

Sand im Getriebe

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: www.sand-im-getriebe.org E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de

Palästina Mai 2025



**„Ich bitte euch jetzt:
Hört nicht auf, über Gaza zu sprechen.
Lasst die Welt nicht wegschauen.
Kämpft weiter, erzählt unsere Geschichten –
bis Palästina frei ist.“**

Hossam Shabat, palästinensischer Journalist aus Gaza, am 24. März 2025 getötet

Vorwort

5. Mai 2025 – Gideon Levy schrieb in der israelischen Zeitung [Haaretz](#) am 23. April 2025: „Es gibt keine Ähnlichkeit zwischen dem einmaligen, tödlichen Anschlag vom 7. Oktober und dem Holocaust. Aber was darauf folgte, ruft sehr wohl die Erinnerung an ihn hervor. In Gaza gibt es kein Auschwitz oder Treblinka, aber es gibt Konzentrationslager. Es gibt auch Hunger, Durst. Menschen werden wie Vieh von einem Ort zum anderen getrieben und es gibt eine Blockade für Medikamente. Es ist noch nicht der Holocaust, aber eines seiner Grundelemente ist längst vorhanden: Die Entmenschlichung der Opfer, die bei den Nazis Einzug gehalten hatte, schlägt nun auch in Israel mit voller Wucht zu. Seit der Wiederaufnahme des Krieges im März wurden in Gaza 1.600 Palästinenser getötet. Es ist ein Blutbad, kein Kampf. Es findet nicht weit von uns entfernt statt und wird von den besten unserer Söhne verübt. Es geschieht in der Stille und der übelriechenden Gleichgültigkeit der meisten Israelis.“ (Übersetzung aus [orientxxi.info](#))

Man *kann* es alles wissen: Die Folgen des Vernichtungskriegs durch Bombardierungen, Drohnenangriffe, Aushungern und Vertreibungen (S. 4 ff.), die tödlichen Kosten der israelischen Beschränkungen für ausländische Ärzte in Gaza (S. 32), die gezielten Tötungen von Journalisten (S. 16), die willkürliche Gefangennahme von Palästinensern und deren Misshandlungen (S. 25), die verstärkten Angriffe von Siedlern und Armee im Westjordanland (S. 38).

„Warum führt Israel Krieg gegen palästinensische Kinder?“, das erklärt Soumaya Ghannoushi (S. 22).

Und warum überhaupt diese nicht endenden Vernichtungen? Es geht keineswegs nur um die persönliche Karriere von Netanyahu (übrigens mit guten Beziehungen zur AfD, S. 42), sondern um geopolitische Interessen, um Pläne einer gänzlichen –

völkerrechtswidrigen – Vertreibung aus Gaza, um den israelischen Siedlerkolonialismus. (S. 45)

Jetzt (5. Mai) will die israelische Regierung zigtausende Reservisten einberufen und plant wieder, alle Menschen aus Nordgaza zu vertreiben. Israel führt auch Angriffe auf die umliegenden Länder aus und droht dem Iran.

Wie kann diese Tötungsmaschine gestoppt werden?

Weltweit protestieren viele Menschen. Sie versuchen, – auch mit Blockaden, Hungerstreik, Boykott, ... (S. 73) – auf Israel und dessen Komplizen in einigen Regierungen und Firmen (Microsoft, Elbit, ...) Druck auszuüben. In Israel selbst wächst der Widerstand. (S. 43-44). Aber auch Regierungen und UN fordern ein Ende der Besatzung. (S. 73) Leitfa- den ist dabei das Recht auf Selbstbestimmung der Palästinenser – auch beim Wiederaufbau von Gaza (S. 62 ff.). Die Palästinensische Nationalkonferenz ruft zum Wiederaufbau der PLO (S. 60).

Josep Borrell, ehemaliger Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, mahnt: „Die EU darf nicht länger tatenlos zusehen, wie sich in Gaza ein Horror abspielt und das Westjordanland 'gazafiziert' wird.“ (Passionswoche in Gaza, S. 13; zur EU-Politik: S. 58 und 83) Das gleiche gilt u.a. für Deutschland! „Deutschland, steh nicht wieder auf der falschen Seite der Geschichte!“

Hossam Shabat, palästinensischer Journalist aus Gaza (S. 16 ff.), hatte im Bewusstsein seiner wahrscheinlichen Ermordung durch die israelische Armee geschrieben (am 24. März wurde er getötet): „**Ich bitte euch jetzt: Hört nicht auf, über Gaza zu sprechen. Lasst die Welt nicht wegschauen. Kämpft weiter, erzählt unsere Geschichten – bis Palästina frei ist.**“

Das versuchen wir mit diesem Leseheft.



Der Newsletter Sand im Getriebe (SiG) informiert seit 2001 über internationale (Attac-) Bewegungen (*Ignacio Ramonet: „Die Märkte entwaffnen“; Attac-Charta vom Dezember 1998*).

Der Titel "Sand im Getriebe" spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein [Gedicht](#) von Günter Eich an. Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.

Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.

In eigener Sache: Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste (Dokumentation über diesen für Attac Deutschland unrühmlichen Vorgang auf unserer neuen Website: www.sand-im-getriebe.org)

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Gedruckte Exemplare zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Sondernummer „Palästina“: 4€ . Abonnement: 17 € für 5 Ausgaben.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken,

Bestellung gedruckter Exemplare per E-Mail an die **Redaktion:** sand-im-getriebe@posteo.de

Newsletter abonnieren: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/>

Redaktion dieser Nummer: Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber, Christel Wöhler (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).

Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Lage in Palästina4	Geopolitische Interessen und Zukunft 45
Ein Kriegsverbrechen: Gaza wird ausgehungert4	Helga Merkelbach: Pläne für Gaza – Trump-Netanjahu-Treffen am 4. Februar 2025 ...45
7. April 2025 - Die Welt muss dringend handeln, um die Palästinenser in Gaza zu retten5	Pablo Flock, 14. Februar 2025: Brüchiger Waffenstillstand in Gaza48
Internationaler Gerichtshof, Anhörungen zu den Verpflichtungen Israels5	Derek Albert Schurbon: Der Waffenstillstand im Gazastreifen; wie wir alle hereingelegt wurden ...53
Gaza, 8. April 20256	Trump und Netanyahu: Zwangsumsiedlungspläne57
Folgen des Vernichtungskriegs gegen die palästinensische Bevölkerung7	Martin Konecny: EU zum Waffenstillstand58
Owen Jones, The Guardian: Stellen Sie sich vor, alle würden ihre Stimme erheben7	Microsoft unterstützt Israels Militär59
Karin Leukefeld: Die Front gegen Palästina – die Menschen im Visier9	Palästinensische Nationalkonferenz ruft zum Wiederaufbau der PLO auf60
Josep Borrell: Passionswoche in Gaza13	Pläne der arabischen Staaten62
Überleben und sich zurechtfinden in Gaza15	Katherine Hearst: Warum die Pläne für den Wiederaufbau Gazas voller Lücken sind62
Prominenter palästinensischer Journalist Hossam Shabat getötet16	Ramzy Baroud: Arabische Regierungen und die Aufrechterhaltung der israelischen Brutalität64
Französische Journalisten solidarisch mit ihren Kolleginnen und Kollegen in Gaza19	Abraham-Abkommen: Avi Shlaim (2020): UAE-Israel-Abkommen: Durchbruch oder Verrat? ...66
Helga Baumgarten: Das Martyrium der Kinder21	Die begehrte Region Westasien68
Soumaya Ghannoushi: Warum Israel Krieg gegen palästinensische Kinder führt22	RLS Ägypten: Al-Sisis Schwäche verschärft die Brutalität seiner Diktatur68
Loaay Wattad: Dorgham Qreaiqea, der den Kindern in Gaza Lebensfreude schenkte24	Imad Mustafa Syrien: Die Schatten des Krieges72
Verein Solidarität Frankreich-Palästina: Freilassung aller palästinensischen politischen Gefangenen! ...25	Solidarität weltweit73
Aseel Saleh: Dr. Abu Safiya spricht aus dem Gefängnis26	Erklärung der Haager Gruppe, 31. Januar 202573
UN-Menschenrechtsrat: “Mehr als ein Mensch ertragen kann”28	Das israelische Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten75
Eyal Weizman: Architektur ist eine Waffe, mit der Völkermord verübt wird30	Palästina-Solidarität Österreich – PSÖ75
Hintergrund: Zerstörung in Zahlen31	Wiener Jüdisch-antizionistische Initiative75
P. Sastre: Die tödlichen Kosten der israelischen Beschränkungen für ausländische Ärzte in Gaza . 32	Anwälte werfen britischen Israelis Kriegsverbrechen im Gazastreifen vor76
Westjordanland und Ostjerusalem38	Mexiko erkennt Palästina an76
Nesrine Malik: Das Töten, die Vertreibung und die Verweigerung von Hilfe gehen weiter38	Das Völkerrecht kennt keine Staatsräson! Offener Brief an CDU/CSU & SPD77
Oscar-Verleihung für „No Other Land“40	Rüstungsexporte nach Israel stoppen!78
Yasmine El-Sabawi: Hamdan Ballal von israelischen Siedlern schwer misshandelt40	IALANA zur Merzs Einladung an Netanjahu79
Israel42	DPG zum Interview des Antisemitismus-beauftragten der Bundesregierung80
German Foreign Policy: Zu Gast in Israel42	Bundesausschuss der DFG-VK: „Menschenrechte achten – Antisemitismus entgegenwirken!“81
Combatants for Peace: Gesetzesentwurf bedroht Friedens- und Menschenrechts-NGOs in Israel43	Positionierung zu Palästina: Der Papst Franziskus82
Widersprüche in Israel – einige Einblicke44	M. Konecny zum Assoziationsrat EU-Israel83
	Europäische Gewerkschaften: Aussetzung des Assoziierungsabkommens EU/Israel!84
	SiG-Sonderseite und weitere Hinweise86

Aktuelle Lage in Palästina

Ein Kriegsverbrechen: Gaza wird ausgehungert

Tom Fletcher, Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator, zum Gazastreifen, 1. Mai 2025 – ochaopt.org

Vor zwei Monaten haben die israelischen Behörden die bewusste Entscheidung getroffen, jegliche Hilfe für den Gazastreifen zu blockieren und unsere Bemühungen um die Rettung von Überlebenden mit ihrer Militäroffensive zu unterbinden. Sie haben offen und unumwunden erklärt, dass sie mit dieser Politik die Hamas unter Druck setzen wollen.

Ja, die Geiseln müssen freigelassen werden, und zwar sofort. Sie hätten niemals ihren Familien entrissen werden dürfen. Aber das Völkerrecht ist eindeutig: Als Besatzungsmacht muss Israel humanitäre Hilfe zulassen. Hilfe, durch die Menschenleben gerettet werden, darf niemals ein Druckmittel sein.

Die Blockierung von Hilfsgütern lässt Zivilisten verhungern. Es lässt sie ohne grundlegende medizinische Versorgung zurück. Sie beraubt sie ihrer Würde und Hoffnung. Es ist eine grausame kollektive Bestrafung. Die Blockade von Hilfsgütern tötet.

Die humanitäre Bewegung ist unabhängig, unparteiisch und neutral. Wir glauben, dass alle Zivilisten gleichermaßen schützenswert sind. Wir sind trotz der Risiken weiterhin bereit, so viele Menschenleben wie möglich zu retten. Aber wie der UN-Generalsekretär deutlich gemacht hat, entspricht die von den israelischen Behörden vorgeschlagene Vorgehensweise nicht den Mindestanforderungen an eine prinzipienfeste humanitäre Hilfe.

Den israelischen Behörden und denjenigen, die noch mit ihnen reden können, sagen wir erneut: Heben Sie diese brutale Blockade auf. Lassen Sie humanitäre Helfer Leben retten.

Gegenüber den Zivilisten, die schutzlos zurückgelassen wurden, kann keine Entschuldigung ausreichen. Aber es tut mir aufrichtig leid, dass wir nicht in der Lage sind, die internationale Gemeinschaft zu bewegen, diese Ungerechtigkeit zu verhindern. Wir werden nicht aufgeben, auch wenn die Welt Euch allen Grund gegeben hat, uns aufzugeben.

S. auch (4. Mai 2025) : [Statement](#) by the Humanitarian Country Team of the Occupied Palestinian Territory – on principled aid delivery in Gaza

Vertretung des Staates Palästina in Österreich

Blog: Ein Kriegsverbrechen: Gaza wird ausgehungert

17.04.2025 - Erklärung von 12 Hilfsorganisationen (darunter Save the Children, Oxfam, Norwegian Refugee Council, Care International und Medical Aid for Palestinians): „Dies ist eines der schlimmsten humanitären Versagen unserer Generation. Jeder einzelne Mensch in Gaza ist auf humanitäre Hilfe angewiesen, um zu überleben. Seit die israelischen Behörden am 2. März eine Blockade gegen alle Hilfslieferungen verhängt haben, ist diese Lebensader völlig abgeschnitten. Hilfsgüter stehen bereit. Wir haben ausgebildetes medizinisches Personal. Wir haben das Fachwissen. Was wir nicht haben, ist der Zugang - oder die Garantie der israelischen Behörden,

dass unsere Teams ihre Arbeit in Sicherheit erledigen können. Das Überleben selbst ist nun kaum noch möglich, und das humanitäre Hilfssystem bricht zusammen.“
„Das World Food Programme hat seine Nahrungsmittelvorräte in Gaza vollständig aufgebraucht. Heute wurden die letzten verbleibenden Lebensmittelvorräte an die Garküchen im Gazastreifen geliefert. Es wird erwartet, dass diese Küchen in den nächsten Tagen keine Nahrungsmittel mehr haben werden.“

Statement von World Food Programme, 25.04.2025

„Das World Food Programme hat ab heute keine Nahrungsmittel mehr in Gaza.“ WFP, 27.04.2025

„Die warmen „Mahlzeiten“, die seit Wochen ausgegeben werden, bestehen eigentlich nur aus Reis. Manchmal gibt es ein paar Kichererbsen oder andere Hülsenfrüchte aus Dosen dazu. Ich habe mir die Videoaufnahmen angesehen, in denen die Kinder unserem INARA-Team helfen, denn das tun sie immer. Und ich habe gestaunt, wie selbst die Kleinsten unter ihnen nicht einfach mit den Reistellern abhauen, sondern auch in einem so jungen Alter verstehen, dass sie teilen müssen, dass sie – obwohl sie wissen, dass ihre Portion kaum ihren eigenen Hunger stillen wird – ein Maß an Rücksichtnahme auf andere haben, das den meisten Menschen, jenen, die „haben“, fehlt. Gaza verhungert. Eine Mahlzeit pro Tag. Für die meisten nur Reis. Und der geht nun zur Neige.

Die Blockade muss ein Ende haben. Humanitäre Hilfe ist keine Verhandlungsmasse. Die Lastwagen stehen auf der anderen Seite der Grenze. Das ist Wahnsinn.“

Arwa Damon, ehemalige CNN-Korrespondentin und heute Leiterin der INARA-Hilfsorganisation, 27.04.2025

Zur Lage der Palästinenser in Gaza, April 2025 – Einige Links

Bombardierungen:

Berichte [The Guardian](#); [Middleeasteye](#) (18.3.2025)

Jewish Voice for Peace:

[Tell Congress: Block the bombs](#)

Journalisten, Helfer werden getötet:

[ZDF-Bericht](#) vom 27.3.2025;

[Palestinemission.at](#) → Artikel S. 14 ff.

Amnesty International:

[Jahresbericht 2025](#), Seiten 211-216

Kinder leiden besonders:

- UNICEF: [Stellungnahme](#), 6. April 2025:

„Die Blockade von humanitärer Hilfe hat verheerende Folgen für eine Million Kinder im Gazastreifen“

- [Rede vor den Vereinten Nationen von Dr. Tanya Haj-Hassan](#) (mehrmals als Freiwillige bei medizinischen Missionen in Gaza im Einsatz), November 2024

Abed Schokry (Vortrag):

["Überleben. Vom Kriegsalltag in Gaza"](#)

7. April 2025 - Die Welt muss dringend handeln, um die Palästinenser in Gaza zu retten, sagen hochrangige UN-Beamte

Erklärung der Leiter von OCHA, UNICEF, UNOPS, UNRWA, WFP, WHO und IOM

Seit über einem Monat sind keine kommerziellen oder humanitären Hilfsgüter mehr in Gaza eingetroffen. Mehr als 2,1 Millionen Menschen sind erneut eingeschlossen, **bombardiert und ausgehungert**, während sich an den Grenzübergängen Lebensmittel, Medikamente, Treibstoff und Unterkünfte stapeln und lebenswichtige Ausrüstung festsetzt.

Berichten zufolge wurden allein in der ersten Woche nach dem Zusammenbruch des Waffenstillstands **über 1.000 Kinder getötet oder verletzt**, die höchste Zahl an Todesopfern unter Kindern in Gaza innerhalb einer Woche im vergangenen Jahr.

Vor wenigen Tagen mussten **die 25 Bäckereien**, die während der Waffenruhe vom Welternährungsprogramm unterstützt wurden, wegen Mehl- und Gas-mangels **schließen**.

Das teilweise funktionierende **Gesundheitssystem** ist überlastet. Die lebenswichtigen medizinischen und Trauma-Versorgungsgüter gehen rasch zur Neige und drohen, die mühsam errungenen Fortschritte bei der Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems zunichte zu machen.

Der jüngste Waffenstillstand ermöglichte es uns, in 60 Tagen das zu erreichen, was Bomben, Blockaden und Plünderungen in 470 Kriegstagen verhindert hatten: lebensrettende Hilfsgüter erreichten fast jeden Teil des Gazastreifens.

Dies bot zwar eine kurze Atempause, doch die Behauptung, es gebe jetzt genug Lebensmittel, um alle Palästinenser im Gazastreifen zu ernähren, entspricht bei weitem nicht der Realität vor Ort, und die Vorräte gehen extrem zur Neige.

Wir sind Zeugen von Kriegshandlungen in Gaza, die eine völlige Missachtung menschlichen Lebens zeigen.

Neue israelische Vertreibungsbefehle haben Hunderttausende Palästinenser erneut zur Flucht gezwungen, ohne dass sie einen sicheren Zufluchtsort hätten. Niemand ist sicher.

Seit Oktober 2023 wurden mindestens **408 humanitäre Helfer getötet**, darunter über 280 von UNRWA.

Da die verschärfte israelische Blockade des Gazastreifens nun in den zweiten Monat geht, **appellieren wir an die Staats- und Regierungschefs der Welt, entschlossen, dringend und entschieden zu handeln**, um sicherzustellen, dass die Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts eingehalten werden.

Schützen Sie Zivilisten. Erleichtern Sie die Hilfe. Lassen Sie die Geiseln frei. Erneuern Sie einen Waffenstillstand.

Tom Fletcher, Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekordinator; Catherine Russell, Exekutivdirektorin, UNICEF; Jorge Moreira da Silva, Exekutivdirektor, UNOPS; Philippe Lazzarini, Generalkommissar, UNRWA; Cindy McCain, Exekutivdirektorin, WFP; Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor, WHO; Amy Pope, Generaldirektorin, IOM

UN-Generalsekretär Guterres, 8. April 2025

[...] „**Als Besatzungsmacht hat Israel eindeutige Verpflichtungen nach dem Völkerrecht** – einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen.

Artikel 55, Absatz 1 der Vierten Genfer Konvention sieht vor, dass „die Besatzungsmacht die Pflicht hat, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten sicherzustellen“.

Artikel 56, Absatz 1 der Vierten Genfer Konvention besagt, dass „die Besatzungsmacht die Pflicht hat, die medizinischen und Krankenhaus-Einrichtungen und -Dienste, die öffentliche Gesundheit und Hygiene im besetzten Gebiet sicherzustellen und aufrechtzuerhalten“.

Vollständige Erklärung auf Englisch

Internationaler Gerichtshof, Anhörungen zu den Verpflichtungen Israels

28.4.2025 -2.5.2025, <https://www.icj-cij.org/case/196>

Am 19. Dezember 2024 hat die UN-Generalversammlung die Resolution A/RES/79/232 verabschiedet, in der sie den Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten ersucht.

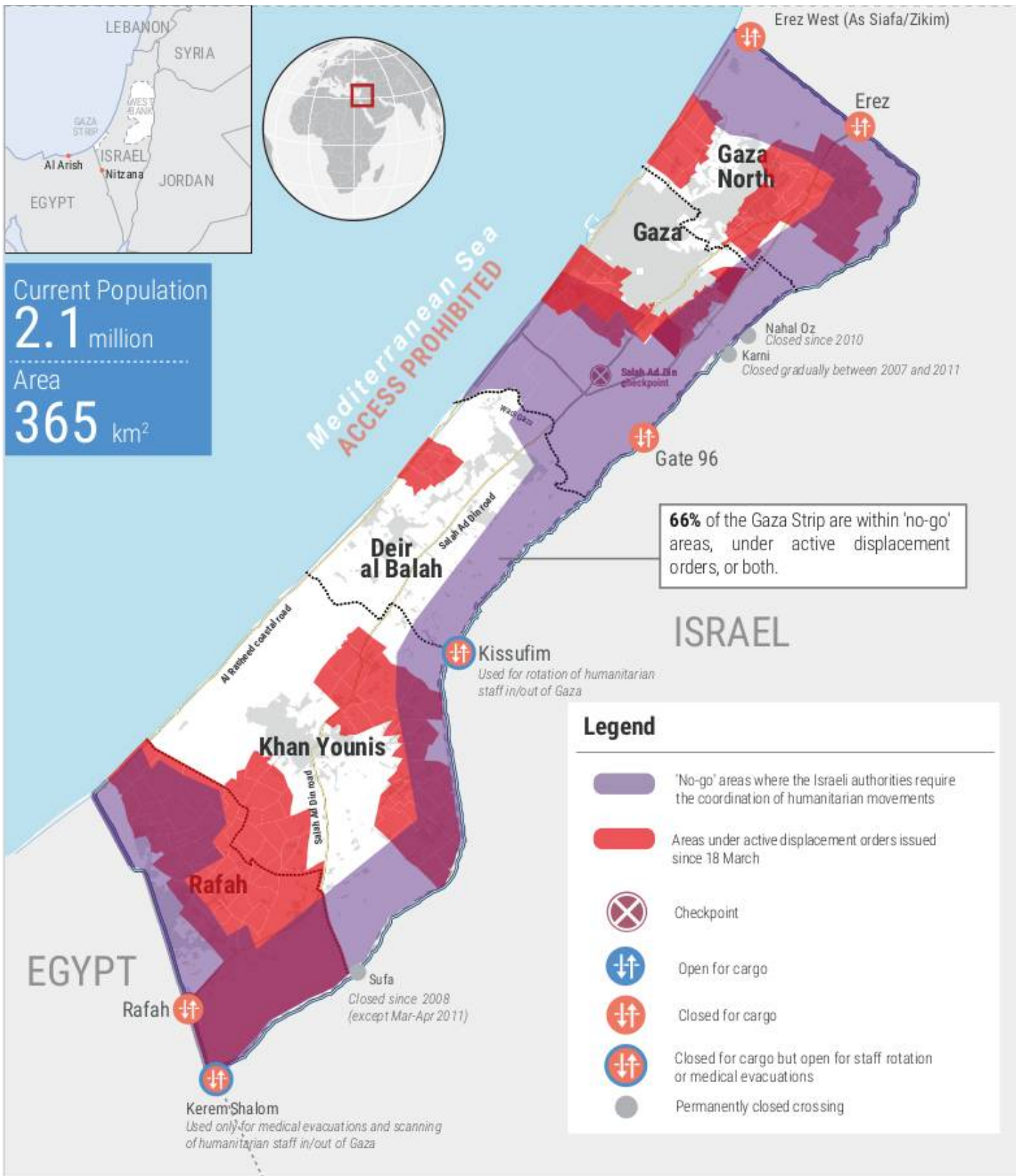
„Die Generalversammlung [...] beschließt [...] den Internationalen Gerichtshof zu ersuchen, [...] vorrangig und dringend ein Gutachten zu der nachstehenden Frage abzugeben, unter Berücksichtigung [...] des Gutachtens des Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 und des **Gutachtens des Gerichtshofs vom 19. Juli 2024**, in dem dieser die Verpflichtung der Besatzungsmacht bekräftigt hat, das besetzte Gebiet im Interesse der dort lebenden Bevölkerung zu verwalten, und festgestellt, dass Israel keinen Anspruch auf Souveränität über irgendeinen Teil des besetzten palästinensischen Gebiets hat und aufgrund seiner Besetzung keine Hoheitsrechte ausüben kann:

Welche Verpflichtungen hat Israel als Besatzungs-

macht und Mitglied der Vereinten Nationen hinsichtlich der Präsenz und der Aktivitäten der Organisation, einschließlich ihrer Organe und Einrichtungen, anderer internationaler Organisationen und dritter Staaten im besetzten palästinensischen Gebiet und in Verbindung damit, einschließlich der Gewährleistung und Erleichterung der ungehinderten Lieferung von lebenswichtigen Gütern, die für das Überleben der palästinensischen Zivilbevölkerung unerlässlich sind, sowie von grundlegenden Dienstleistungen und humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe im Interesse der palästinensischen Zivilbevölkerung und zur Unterstützung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung? [...]“

PM zur Einleitung der Anhörung mit dem Beschluss der UN-Vollversammlung; **PM** zum Abschluss

Die Video-Aufnahmen aller Anhörungen:
<https://www.icj-cij.org/multimedia/205239>



Gaza, 8. April 2025

Quelle: https://www.ochaopt.org/sites/default/files/Gaza_Reported_Impact_Snapshot_08_April_2025.pdf

Letzte Meldung, 3. Mai 2025:
“Freedom Flotilla” attacked by drone in international waters on its way to deliver aid amid Gaza blockade - Artikel: [peopledispatch.org](https://www.peopledispatch.org)

Folgen des Vernichtungskriegs gegen die palästinensische Bevölkerung

(SiG-Redaktion) Die kurz-, mittel- und langfristigen Folgen von 16 Monaten der Zerstörungen in Gaza sind katastrophal. Hier nur einige Aspekte.

Das zuständige Büro der UNO stellte fest:

In Gaza gibt es „nach konservativen Schätzungen mindestens 17.000 Kinder, die von ihren Familien getrennt wurden und weitere geschätzte 35.000 Kinder, die im letzten Jahr ein Elternteil oder beide Eltern verloren haben.“

„292.000 Wohneinheiten wurden zerstört, was einem Anteil von 62 Prozent des gesamten Wohnungsbestands entspricht.“ Nach Angaben der Weltbank vom Februar 2025 wurden 81% des Straßennetzes beschädigt oder zerstört.“

„Die flächendeckende Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur in Gaza hat enorme Mengen von Schutt zur Folge. Sie werden auf 41 bis 47 Millionen Tonnen geschätzt.“ „Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen schätzt, dass 2,3 Millionen Tonnen der Trümmer mit Asbest verseucht sein könnten.“

„Das hohe Ausmaß der Verseuchung durch Sprengkörper in Gaza, die tief in der Erde begraben oder nicht explodiert sind, wird in den nächsten 10 Jahren etwa 500 Millionen US-Dollar für die Räumung erfordern und wird gefährliche Auswirkungen auf Menschenleben haben. Ein kritischer Aspekt bei der Räumung des Schutts ist zudem der würdevolle Abtransport und die Dokumentation von geschätzten 10.000 Leichen, die unter dem Schutt begraben sind.“

<https://www.ochaopt.org/publications/humanitarian-situation-update> (Aus # 257, #258, #269, #271)

10.02.2025 - Kinder in Gaza:

"Du kannst sie nicht ansprechen, sie schauen durch dich hindurch" Die Psychologin Katrin Glatz Brubakk behandelt traumatisierte Kinder in Gaza. Kinder, die verstummen oder nicht aufhören zu schreien. Und die trotzdem träumen. **Artikel in [Zeitonline](#)**

Owen Jones, The Guardian

Stellen Sie sich vor, alle, die über die schrecklichen Verbrechen in Gaza schweigen, würden ihre Stimme erheben

*Kein Verbrechen in der Geschichte ist von seinen Opfern so gut dokumentiert worden.
Und doch herrschen Untätigkeit und Zensur.*

19. März 2025 ([Originalbeitrag](#) in englischer Sprache)

Israels Völkermord pausiert nur: Für die PalästinenserInnen, die Montagnacht von einer grausamen Reihe von Luftangriffen geweckt wurden, war die Wiederaufnahme nicht weniger schockierend. [Mehr als 400 Menschen](#) – viele von ihnen Kinder – wurden innerhalb weniger Stunden abgeschlachtet, in einem Angriff, der laut Bericht von [Donald Trump „grünes Licht“](#) erhalten hat.

Auf dieses Chaos folgten rasch Evakuierungsbefehle, d. h. Zwangsvertreibungen, die die Möglichkeit einer neuen Bodenoffensive nahelegt.

Israels Rechtfertigung? Die erfundene Behauptung, die Hamas habe sich nicht an die Bedingungen des sogenannten Waffenstillstandsabkommens vom Januar gehalten, das Israel selbst immer wieder gebrochen hat.

Nach den Angriffen [berichtete CNN](#), dass Israels Attacken „Zweifel an der brüchigen Waffenruhe“ aufkommen ließen. Das ist nicht einmal ansatzweise orwell'sch, um eine solche Darstellung zu beschreiben. Tatsächlich gab es nie einen „Waffenstillstand“: zumindest nicht, wenn man die Einstellung des Beschusses als solchen definiert. Ein [einziges Israeli](#) ist Berichten zufolge während der „Waffenruhe“ im Gazastreifen ums Leben gekommen: ein Bauunternehmer, der von der israelischen Armee getötet wurde, die ihn mit einem Palästinenser verwechselten.

Berichten zufolge wurden während dieser „Waffenruhe“ [150 PalästinenserInnen](#) in Gaza und Dutzende weitere im Westjordanland getötet.

Dies ist ein Beispiel dafür, wie der israelischen Gewalt freien Lauf gelassen und dem palästinensischen Leben jegliche Bedeutung genommen wird. Wäre nur ein einziger israelischer Soldat von einem Hamas-Kämpfer getötet worden, hätten viele Politiker und Medien den Waffenstillstand sofort für beendet erklärt.

Das gleiche Narrativ ist der Grund, warum man uns glauben machen will, dass [vor dem 7. Oktober 2023](#) Frieden herrschte, obwohl in den neun Monaten davor 238 PalästinenserInnen – darunter 44 Kinder – getötet worden sind.

Künftige Generationen werden sich vielleicht fragen: „Wie konnten dermaßen offenkundige Verbrechen so lange ermöglicht werden?“ – Schließlich wurde dank der Mobiltelefone und des Internets kein Verbrechen in der Geschichte von seinen Opfern so gut dokumentiert wie dieses. Wie schon seit 529 Tagen posten die Überlebenden des Gazastreifens die Beweise für ihre eigene Vernichtung in den sozialen Medien und hoffen – vergeblich –, dass genug Mitgefühl entsteht, um das völkermörderische Chaos zu beenden: Ein totes Baby in einem regenbogenfarbenen Overall; ein trauernder Vater, der zum letzten Mal mit dem Zopf seiner Tochter spielt; ganze Familien, die in Leichentücher gehüllt sind und deren Stammbäume aus dem Personenstandsregister gestrichen werden mussten.

Kein Verbrechen wurde von ExpertInnen so gut belegt wie dieses. Letzte Woche wurde [in einem neuen UN-Bericht](#) die sexuelle und reproduktive Gewalt Israels detailliert beschrieben: die Tötung schwangerer Frauen, die Vergewaltigung männlicher Gefangener mit Gegenständen, die von Gemüse bis zu Besenstielen reichen, die [Zerstörung einer IVF-Klinik](#) mit 4 000 Embryonen. Der Krieg gegen die Fähigkeit der PalästinenserInnen, sich fortzupflanzen, wurde als „genozidaler Akt“ bezeichnet.

Es gibt unzählige weitere Beispiele für solche Taten. Ein Bericht nach dem anderen beschreibt Israels Zerstörung der zivilen Infrastruktur – Häuser, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Moscheen, Kirchen –, die [Auslöschung von 83 % aller Pflanzen](#), von mehr als [80 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche](#), von [95 % des Viehbestands](#) und die Zerstörung von mehr als 80 % der Wasser- und Abwasserinfrastruktur. Israel hat den Gazastreifen vorsätzlich und systematisch unbewohnbar gemacht.

Deshalb sind sich die einschlägigen Fachleute – von Amnesty International bis hin zu Wissenschaftlern wie [Omer Bartov](#), dem weltbekannten israelisch-amerikanischen Professor für Holocaust- und Völkermordstudien – einig, dass Israel einen Genozid begeht.

Und zu keinem Verbrechen haben sich die Täter so freimütig bekannt wie zu diesem. Vor 17 Tagen verhängte Israel eine totale Blockade für alle humanitären Hilfsgüter, die in den Gazastreifen gelangen sollen, was eine unbestreitbare Verletzung des Völkerrechts darstellt. Letzte Woche erklärte [Israels Umweltministerin](#), dass die „einzige Lösung für den Gazastreifen darin bestehe, ihn von den BewohnerInnen zu säubern“ - eine von zahllosen Äußerungen krimineller und genozidaler Absichten, die von israelischen Führern und Politikern in den letzten 17 Monaten gemacht wurden. Israel hat keinen Versuch unternommen, seine Überzeugung zu verschleiern, dass die Zivilbevölkerung kollektiv schuldig ist – „menschliche Bestien“, die nur „Zerstörung“ und „Hölle“ verdienen, wie ein [israelischer General](#) zu Beginn sagte – oder seine Absicht, den [Gazastreifen dem Erdboden gleichzumachen](#). Israelische Soldaten haben ihre Verbrechen freudig ins Internet gestellt, [johlend, jubelnd und singend](#), während sie Häuser von ZivilistInnen in die Luft sprengten und Gefangene misshandelten.

Wie kann eine so dokumentierte, bewiesene und gestandene Schandtät – eine Schandtät, die durch westliche Waffen und diplomatische Unterstützung begünstigt wird – so lange fortbestehen? Niemand in westlichen Politik- oder Medienkreisen kann plausibel sagen: „Ich wusste nicht, was wirklich geschah“.

In einer rationalen Welt würden die BefürworterInnen dieser Abscheulichkeit als Monster betrachtet werden, die im öffentlichen Leben keinen Platz haben. Man kann schließlich nicht den Völkermord in Ruanda rechtfertigen und etwas anderes erwarten, als zu einem Paria zu werden. Aber es sind diejenigen, die sich gegen Israels Verderbtheit gestellt haben, die

[verunglimpft, ausgeschaltet, zensiert, entlassen, verhaftet](#) und – im Fall des Columbia-Absolventen Mahmoud Khalil – inhaftiert und möglicherweise [deportiert](#) werden.

Der dreisteste und systematischste Angriff auf die Meinungsfreiheit im Westen seit dem McCarthy-Regime hat sein primäres Ziel erreicht: das weitgehende Schweigen der Mächtigen und Einflussreichen über ein Verbrechen von historischem Ausmaß. Es gibt PolitikerInnen, die dieses Verbrechen unmissverständlich als solches bezeichnet haben, aber sie werden [ausgegrenzt und abgestraft](#). Es gibt Mainstream-JournalistInnen, die [die Wahrheit sagen](#), aber das sind nur wenige. Es gibt Prominente, die ihre Plattform nutzen, um die Wahrheit zu sagen – wie Gary Lineker, [Paloma Faith](#), [Khalid Abdala](#) und [Juliet Stevenson](#) –, aber sie sind isoliert.

Die Stummen haben Angst um ihre Karriere und ihr Einkommen, und das nicht zu Unrecht. Aber die Überlebenden von Gaza haben Angst vor Hunger, Krankheit, lebendig verbrannt zu werden und unter Trümmern zu ersticken.

Schweigen angesichts von Ungerechtigkeit ist immer eine Sünde; wenn die eigene Regierung einen Völkermord unterstützt, ist das ein moralisches Verbrechen. Bei jeder Gräueltat in der Geschichte sind die Schweigenden immer die Hauptakteure.

Was würde passieren, wenn all diejenigen, die wissen, dass ein schreckliches Übel begangen wird, ihre Meinung sagen würden? Die MinisterInnen würden von ihren Regierungen zurücktreten. Zeitungen und Nachrichtensendungen würden nicht nur mit Israels Gräueltaten beginnen, sie würden sie korrekt als abscheuliche Verbrechen darstellen, untermauert mit dem Paukenschlag, dass etwas Drastisches getan werden muss, um sie zu stoppen. Forderungen nach einem [Waffenembargo](#) und Sanktionen gegen Israel würden unüberhörbar werden. Nicht diejenigen, die sich dem Völkermord widersetzen, würden verfolgt und verleumdet, sondern diejenigen, die sich am Völkermord mitschuldig machen, würden aus dem öffentlichen Leben entfernt werden.

Viele der Schweigenden fühlen sich zweifellos schuldig, und das sollten sie auch. Durch ihre Feigheit haben sie entscheidend dazu beigetragen, einige der schlimmsten Gräueltaten des 21. Jahrhunderts zu normalisieren. Das Schweigen zu beenden, bedeutet nicht, dass man mit den Händen ringt und Plattitüden darüber abgibt, wie traurig man über das Sterben von ZivilistInnen ist: Es bedeutet, ein Verbrechen als das zu bezeichnen, was es ist, und Rechenschaft von denen zu verlangen, die es ermöglicht haben.

Die Zeit läuft für die traumatisierten, verstümmelten und hungernden Menschen in Gaza ab. Und damit auch die Zeit für diejenigen, die ihr Gewissen noch retten wollen.

Übersetzung: [Palestinemission.at](#)

SiG-Red. : Links von der Originalausgabe übernommen

Die Front gegen Palästina – die Menschen im Visier



In Gaza sterben immer mehr Menschen unter den israelischen Bomben und am Hunger. War beim Waffenstillstand wieder etwas Hoffnung aufgekommen, hat die Wiederaufnahme der Bombardierungen durch Israel alle Hoffnungen wieder zunichte gemacht. Und die Welt schaut zu ...

22. März 2025 - <https://globalbridge.ch>

(Red.) Unter dem Titel „Israel verwüstet seine Nachbarn an sieben Fronten“ ist Karin Leukefeld an einem mehrteiligen Bericht über die Situation in Palästina und den umliegenden Ländern. Aus aktuellem Anlass schiebt sie aber einen Zwischenbericht ein. Die Drohungen der Regierung unter Benjamin Netanyahu gegen die Bevölkerung im Gaza-Streifen sind härter denn je. Und die USA schauen nicht nur zu, sie helfen Israel weiter! (cm)

Israel hat seinen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser erneut eskaliert und droht Hunderttausenden im Gazastreifen mit der Vertreibung.

Im Jemen fordert die Houthi-Bewegung ein sofortiges Ende der Angriffe auf den Gazastreifen und die Öffnung der Grenzübergänge, damit Hilfsgüter zu den Menschen gelangen. Solange Israel dem nicht nachkomme, würden die Angriffe auf Schiffe im Roten Meer wiederaufgenommen, die für Israel bestimmt sind. Die US-Administration droht die Bewegung „zu vernichten“ und droht gleichzeitig dem Iran, seine Unterstützung für die Houthi-Bewegung einzustellen. Gemeinsam mit Großbritannien starten die USA massive Luftangriffe auf Stellungen der Houthi-Bewegung, mehr als 50 Menschen sterben. Die Houthi-Bewegung reagiert mit Angriffen auf den US-Flugzeugträger USS Eisenhower, der Berichten zufolge beschädigt wird und die Region Richtung Mittelmeer verlassen haben soll. Eine Bestätigung der US-Streitkräfte gibt es nicht.

In Syrien fliegt die israelische Luftwaffe weiter Angriffe auf militärische Stützpunkte in Deraa und Homs. Ein Flughafen bei Palmyra (Homs) wurde angegriffen, der bereits Anfang Dezember 2024 bei einer Angriffswelle Israels weitgehend zerstört worden war.

Im Libanon setzt Israel seine Angriffe fort und weigert sich, libanesisches Territorium im Süden des Landes zu verlassen. Dazu hatte Israel sich bei der Zustimmung zu einem Waffenstillstand (November 2024) verpflichtet.

Die Vernichtung Palästinas geht weiter

Im Gazastreifen werden mehr als 400 Menschen getötet, als israelische Kampffjets und Drohnen in der Nacht zu Dienstag (18.3.) das Gebiet erneut angreifen. Absichtlich hat die Netanyahu-Regierung damit das Abkommen für eine Waffenruhe gebrochen, das am 19. Januar in Kraft getreten war. Unterstützt wird der neue Waffengang von der US-Administration. Der UN-Sicherheitsrat trifft sich am gleichen Tag zu einer Dringlichkeitssitzung.

Anders als Netanyahu beharrt die Palästinenserorganisation Hamas darauf, dass die zweite Phase des Abkommens in Kraft treten soll.

Diese zweite Phase sieht die Freilassung weiterer israelischer Gefangener aus dem Gazastreifen vor, im Gegenzug soll Israel weitere palästinensische Gefangene freilassen. Die israelische Armee soll sich in dieser Phase weiter aus dem palästinensischen Küstenstreifen zurückziehen. Hilfsgüter, Wohncontainer und

Fertighäuser für die Bevölkerung deren Häuser und Wohnungen von Israel seit Oktober 2023 zerstört worden waren, sollen die Grenze passieren. Zudem soll in dieser zweiten Phase über einen anhaltenden Waffenstillstand und den Wiederaufbau des verwüsteten palästinensischen Gebietes verhandelt werden.

Die Vorgeschichte

Beide Seiten hatten nach langwierigen Verhandlungen das Abkommen unterschrieben. Der israelische Regierungschef war erst unter dem Druck des neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump dazu bereit. Dieser hatte Netanyahu gedrängt, den Krieg gegen die Palästinenser zu stoppen bevor er, Trump, ins Weiße Haus einziehe. Die israelische Führung erklärte, mit der zweiten Phase nicht mehr einverstanden zu sein, alle israelischen Gefangenen in Gaza – lebendig und tot – müssten freigelassen werden. Die USA nutzten daraufhin ihren Einfluss nicht, um Netanyahu zu drängen, das ursprüngliche Abkommen einzuhalten. Stattdessen wurde ein „Brückenplan“ vorgelegt, der bis Mitte April dauern sollte. In dieser Zeit sollten alle israelischen Gefangenen – tot und lebendig – an Israel übergeben werden, Hilfslieferungen sollten fortgesetzt werden. Allerdings war ein israelischer Truppenrückzug nicht mehr vorgesehen.

Die Hamas lehnt das ab, da der Brückenplan keine Garantie für einen Waffenstillstand und den israelischen Truppenabzug vorsieht und beharrt auf der Einhaltung des ursprünglichen Plans. Um Druck auf die Hamas auszuüben, schließt Israel in der ersten Märzwoche sämtliche Grenzübergänge für Hilfslieferungen. Mehr als zwei Wochen hält die Blockade an, die ohne Erfolg international verurteilt wird. Die erneuten Angriffe am 18. März werden von martialischen Drohungen der israelischen Seite begleitet. Es sei „erst der Anfang“, sagt Ministerpräsident Netanyahu, nachdem mehr als 400 Menschen den ersten Angriffen zum Opfer gefallen sind.

Verteidigungsminister Israel Katz erklärt, die „Spielregeln haben sich geändert“. Wenn die Hamas „nicht sofort alle Geiseln freilässt, werden sich die Tore der Hölle öffnen“, so Katz bei einem Besuch der israelischen Luftwaffenbasis Tel Nof. Dann werde die Hamas „die ganze Macht der Israelischen Armee aus der Luft, vom Meer und am Boden kennenlernen, bis zu ihrer vollständigen Zerstörung.“

Bis zur vollständigen Zerstörung

An Freitag erklärt die israelische Armee den Beginn einer erneuten Bodenoffensive ausgehend von der palästinensisch-ägyptischen Grenzstadt Rafah. Israelische Soldaten rücken erneut in den Netzarim Korridor vor, der den Norden und den Süden des Gazastreifens zerteilt. Ziel sei eine „Pufferzone“ zu schaffen,

so ein Armeesprecher. Eine weitere Offensive wird aus der Stadt Beit Lahiya im Zentrum des Küstenstreifens gemeldet. Verteidigungsminister Katz fordert die Armee auf, solange die Hamas die Geiseln nicht freilasse, sollten „neue Gebiete eingenommen, die Bevölkerung vertrieben und die Sicherheitszone um Gaza erweitert (werden), um die israelischen Gemeinden und Soldaten zu schützen.“

Am 21. März melden die Vereinten Nationen einen israelischen Angriff auf ein UN-Gebäude in Gaza, in dem UN-Personal untergebracht ist. Ein UN-Angestellter (aus Bulgarien) wird getötet, zwei UN-Mitarbeiter (Frankreich) werden „ernsthaft verletzt“. Das französische Außenministerium fordert eine „Untersuchung, um die Verantwortlichen zu identifizieren“. Humanitäres Personal müsse gemäß dem internationalen humanitären Recht geschützt werden.

Am gleichen Tag melden sich die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands (E3) zu Wort und zeigen sich geschockt über den Angriff auf die UN-Unterkunft. Sie fordern „dringend, zum Waffenstillstand zurückzukehren.“ Man sei „entsetzt über die zivilen Toten“, die Wiederaufnahme der „israelischen Angriffe auf Gaza markieren einen dramatischen Schritt zurück für die Menschen in Gaza, die Geiseln, ihre Familien und die gesamte Region.“ Die Hamas wird aufgefordert, alle israelischen Gefangenen freizulassen, Israel müsse das internationale Recht achten und die humanitäre ungehindert nach Gaza durchlassen.

Die „Guten“

Alle drei Staaten versorgen Israel seit Beginn des Krieges (7. Oktober 2023) mit Waffen, Geld, militärischer Aufklärung und unterstützen das Land politisch und mit so genannten „soft power“ – Interventionen in Palästina, Libanon und Syrien.

Nicht zuletzt mit dem massiven Vorgehen gegen Organisationen und Personen, die Israel und den Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser kritisieren und Demonstrationen oder Konferenzen organisieren, um über die israelische Besatzungspolitik zu informieren, leisten die drei Regierungen und ihre Sicherheitsapparate Unterstützung für Israel. Mitte Februar wurden Veranstaltungen mit der UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten, Francesca Albanese, von den Universitäten München und Berlin abgesagt.

Weder Großbritannien noch Frankreich setzen sich für Strafmaßnahmen gegen Israel ein, wie es in den Kapitel 6 und 7 der UN-Charta vorgesehen ist. Beide Staaten gehören zu den fünf Veto-Mächten im UN-Sicherheitsrat (USA, China, Frankreich, Großbritannien, Russland).

Menschen in Angst

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) verweist darauf, dass „Millionen Zivilisten im Mittleren Osten erneut im nicht enden wollenden Kreislauf der Gewalt gefangen“ seien. „Die Menschen in Gaza brauchen Hilfe und medizinische Versorgung und die Geiseln müssen nach Hause kommen können“, heißt es in einer Erklärung der regionalen IKRK-Vertretung. „Im Jemen sind die Menschen wieder in Angst um ihre Sicherheit. In Syrien wurden durch die jüngsten Gewaltwellen viele Menschen aus ihren Häusern vertrieben (...).“

Am 21. März zerstört die israelische Luftwaffe das einzige Krankenhaus für Krebsbehandlungen in Zentral Gaza. Das türkisch-palästinensische Freundschafts-krankenhaus versorgte vor dem Krieg jährlich rund 10.000 Krebspatienten. Es war 2017 mit Spendengeldern aus der Türkei in Höhe von 34 Millionen US-Dollar renoviert worden. Im November musste die Klinik Strommangel und Zerstörungen aufgrund wiederholter israelischer Angriffe den Betrieb nahezu einstellen. Ende Oktober schloss die Klinik ganz. 2024 wurde das Gebäude, zu dem auch eine medizinische Fachschule gehörte, von der israelischen Armee besetzt und in eine Militärbasis benutzt. Scharfschützen wurden dort stationiert. Die Klinik liegt in dem Gebiet, in dem die israelischen Streitkräfte den „Netzarim Korridor“ anlegten, mit dem der Gazastreifen in einen nördlichen und einen südlichen Teil zerschnitten wird. Für den Bau der militärischen Anlage wurde wichtiges Ackerland der Palästinenser zerstört. Ein Sprecher der Vereinten Nationen in New York verurteilte die Zerstörung als Verstoß gegen das internationale humanitäre Recht. Das Gesundheitsministerium in Gaza sprach von einem „abscheulichen Verbrechen“. Das „kriminelle Verhalten der Besatzer entspricht der systematischen Zerstörung des Gesundheitssystems und ist Teil des anhaltenden Völkermordes“, hieß es in der Erklärung. Das türkische Außenministerium verurteilte die Zerstörung der Klinik scharf. „Alle die für den Völkermord in Gaza verantwortlich sind, einschließlich Netanyahu, werden früher oder später vom internationalen Recht zur Verantwortung gezogen werden.“ Die internationale Gemeinschaft wurde aufgefordert, konkrete und abschreckende Maßnahmen gegen Israels „illegale Angriffe und systematischen Staatsterrorismus“ einzuleiten.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Im November 2024 erließ der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen

die Menschlichkeit. Wegen des Krieges gegen den Gazastreifen und seines Vorgehens gegen die Bevölkerung des Gebietes sieht sich der Staat Israel vor dem Internationalen Gerichtshof einem Verfahren wegen Völkermord gegenüber.

Belegt wird das u.a. auch mit einem UN-Bericht, der Mitte März öffentlich wurde und gezielte Angriffe der israelischen Armee auf Geburtskliniken im Gazastreifen und eine Klinik für reproduktive Gesundheitsförderung als „Akt des Völkermordes“ einstuft. In dem Bericht wird die vorsätzliche Zerstörung wichtiger medizinischer Zentren betont, darunter die Al Basma IVF-Klinik, eine Klinik für künstliche Befruchtung, In vitro-Fertilisation. Die Angriffe sollten palästinensische Geburten verhindern, was nach dem internationalen Recht als Völkermord gilt.

Ein Sprecher der Internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf sagte, der Bericht habe *die Handlung* untersucht, die der Definition nach als Völkermord einzustufen sei. Die Untersuchung der *Absicht* stehe noch aus. Die Hamas erklärte, der Bericht bestätige, was vor Ort geschehe, man hoffe auf eine rasche Verurteilung der israelischen Führung vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Israel wies die Vorwürfe zurück. Benjamin Netanyahu bezeichnete den UN-Menschenrechtsrat, der die Untersuchungskommission eingesetzt hat, als „anti-israelischen Zirkus“. Wieder einmal habe sich die UNO entschieden, den Staat Israel mit absurden Behauptungen und falschen Anschuldigungen anzugreifen. Das Gremium sei schon lange als „anti-semitisch und korrupt“ entlarvt worden, es handele sich um eine „irrelevante Einrichtung, die den Terror unterstützt“, hieß es in einer Stellungnahme des Netanyahu-Büros.

Die israelische Vertretung in Genf beschuldigte die Kommission, eine „politische Agenda“ zu verfolgen, es sei „schamlos, die israelischen Verteidigungskräfte zu belasten“. Seitens der Untersuchungskommission hieß es, Israel behindere die Untersuchungen und verweigere ihr den Zugang nach Israel und in die palästinensischen Gebiete. „Sie lesen unsere Dokumente eindeutig nicht“, so ein Mitglied der Kommission. „Sie haben eindeutig eine Agenda, die sie verfolgen und die nichts mit den Fakten zu tun hat. Es ist eine chronische Lüge“, sagte Chris Sidoti bei der Vorstellung des Berichts.

Die Menschen im Visier

Die UN-Kinderhilfsorganisation UNICEF teilte am 21. März mit, dass seit dem 18. März mindestens 200 Kinder von Israel getötet worden seien. Seit Beginn der erneuten Bodenoffensive werden 590 Tote gemeldet. Die Zahl der Toten steigt stündlich an.

Das Gesundheitsministerium in Gaza gibt die aktuelle Zahl der bestätigten Toten seit Oktober 2023 mit 49.617 an, die Zahl steigt täglich und während die Autorin diesen Text schreibt. Tausende Menschen liegen unter den Trümmern und können weder tot noch lebendig geborgen werden, weil im Gazastreifen die nötigen Räumgeräte fehlen.

Im Westjordanland verschärft die israelische Besatzungsmacht die Zerstörung. Es werden Häuser zerstört, Menschen werden vertrieben. Durch die Zerstörung der zivilen Infrastruktur, werden die bisherigen Wohnorte und Lager der Palästinenser unbewohnbar gemacht.

Die Verwüstung Palästinas, die Ermordung und Vertreibung seiner Bewohner ist die Blaupause, die Israel so oder ähnlich für die Staaten seiner Nachbarschaft und für deren Bevölkerung vorgesehen hat. Israel will die Landkarte des Mittleren Ostens neu zeichnen, wie der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am 2. Februar erklärte. Partner sei die Trump-Administration, mit der Israel die Landkarte „noch weiter neu zeichnen“ könne. Das Ziel für Netanyahu und Unterstützer ist „Groß-Israel“, dem andere sich unterordnen müssen oder vernichtet werden. Für die Staaten der Region bedeutet das Krieg.

Die Bevölkerung im Visier

Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz ragt mit seinen Drohungen besonders hervor. Wenn die Geiseln nicht freigelassen würden, werde die Armee immer mehr Land im Gazastreifen besetzen, die Menschen vertreiben und das Land annectieren. In einem Leitartikel der libanesisch-französischen Tageszeitung L'Orient le Jour heißt es dazu am 22. März, nie sei ein israelischer Regierungsbeamter so weit gegangen, wie Katz in seinen aktuellen Äußerungen zu Gaza. „Man hatte gedroht, es zu zerstören, zu entvölkern, zu

besetzen – was auch geschah -, aber nie, es zu annectieren.“ Jetzt sei das Tabu gefallen: „Gaza wird israelisch sein oder es wird nicht sein“.

Für Journalisten werde es immer schwieriger, über Gaza zu schreiben, so der Autor. „Wir sind zur ständigen Empörung verurteilt. Wir müssen Trumps Plan, die Enklave in eine „zweite Riviera“ zu verwandeln, oder den Plan des amerikanisch-israelischen Duos, die Gaza-Bewohner nach Ostafrika „umzusiedeln“, entschlüsseln, analysieren und kommentieren. All dies ist Teil ein und derselben Software. Sie ist auch im Westjordanland am Werk, wo die Siedler und die Armee mit dem grünen Licht der USA eine neue Realität auf dem Land durchsetzen, um die künftige Annexion vorzubereiten.“ Die israelische Hybris werde weder in Gaza noch im Westjordanland Halt machen, heißt es in dem Artikel. Israel „kann Syrien und den Libanon bombardieren, Teile ihrer Gebiete besetzen und ihnen vorschreiben, was sie zu tun haben.“ Das wichtigste für Israel sei, „einen endgültigen Schlussstrich unter die Palästinenserfrage zu ziehen und alle seine Nachbarn (...) unschädlich zu machen.“

Am gleichen Tag wird auch der deutschen Öffentlichkeit bekannt, dass der israelische Verteidigungsminister Israel Katz der Bevölkerung im Gazastreifen gedroht hat. Sie müsse jetzt die Hamas aus dem Gazastreifen vertreiben und die Geiseln ausliefern, berichtet der ZDF-Korrespondent aus Tel Aviv Thomas Reichart. „Ansonsten drohe ihr der völlige Ruin und die Zerstörung.“ Dazu habe die israelische Luftwaffe Flugblätter über dem Gazastreifen abgeworfen, auf denen den Menschen die „zwangsweise Vertreibung“ angedroht werde. Die Strategie sei offenbar, „dass man die Bevölkerung ins Visier genommen hat und sie dafür sorgen soll, was Israel in mehreren Monaten Krieg nicht erreicht hat, nämlich die Hamas zu vertreiben und die Geiseln auszuliefern (...)“.

<https://globalbridge.ch/die-front-gegen-palaestina-die-menschen-im-visier/>

Ärzte ohne Grenzen: Bericht „Todesfalle Gaza“, Dezember 2024 – [pdf-Veröffentlichung](#)

13. April 2025: Israel bombardiert das letzte voll funktionsfähige Krankenhaus in Gaza-Stadt - Mindestens drei Palästinenser getötet, nachdem israelische Angriffe auf das al-Ahli-Krankenhaus das chirurgische Gebäude und die Sauerstoffproduktionsstation zerstört hatten – middleeasteye.net

Julius Jamal, [etosmedia](https://etosmedia.com), **23.04.2025: Deutsche Mediziner verurteilen Angriffe auf Gesundheitssystem in Gaza und fordern Konsequenzen der Bundesregierung:** In den vergangenen 18 Monaten wurden nach Angaben internationaler Organisationen über [1.000 Mitarbeitende des Gesundheitssystems](#) in Gaza von Israel ermordet. Erst vor wenigen Tagen wurde die Erschießung von [15 Sanitätern durch israelische Soldaten](#) bekannt und sorgte für weltweite Empörung. Auch in Deutschland regt sich nun Protest: [Mehr als 600 Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen](#) haben einen offenen Brief unterzeichnet („Wir schweigen nicht länger“), in dem sie das anhaltende Schweigen der Bundesregierung und deutscher Berufsverbände kritisieren – und konkrete politische Maßnahmen fordern.

Helfer in Gaza - Wie Ärzte und Sanitäter den Krieg erleben – [Panorama-Sendung](#), 6.5.2025

Josep Borrell Passionswoche in Gaza

Dieser Text von Josep Borrell, ehemaliger Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission, erschien am Ostersonntag, 20. April 2025, in der spanischen Zeitung *El País* unter dem Titel „Semana de pasión en Gaza“ (<https://www.pressreader.com/spain/el-pais-1a-edicion-1244/20250420/281685440693306>) Der deutsche Text basiert auf der französischen Übersetzung, die Claude Gregoire vom 'Comité pour une Paix Juste au Proche-Orient', Luxemburg (<https://paixjuste.lu/>), angefertigt hat.

Die EU darf nicht länger tatenlos zusehen, wie sich in Gaza ein Horror abspielt und das Westjordanland „gazafiziert“ wird.

Am 18. März brach Netanjahu die wenige Tage vor der Amtseinführung Trumps vereinbarte Waffenruhe.

Eine Welle von Bombardierungen forderte innerhalb weniger Stunden mehr als 400 Tote. Damit sicherte Netanjahu sich sein politisches Überleben, weil die Fortsetzung des Krieges Bedingung seines rechts-extremen Verbündeten Smotrich zum Erhalt der Regierungskoalition war.

Seitdem sind Tausende weitere palästinensische Zivilisten ums Leben gekommen, darunter überwiegend Frauen und Kinder, auch das Leben der noch lebenden Geiseln wird durch solche Angriffe gefährdet.

Eine totale Blockade und eine allgemeine Hungersnot in einem apokalyptischen Kontext, in dem die Mehrheit der Gebäude und Infrastrukturen zerstört wurden, haben eine bereits dramatische Situation katastrophal verschlimmert.

Alle sind sich über diese schreckliche Diagnose einig. Die Vereinten Nationen warnen, dass die Situation in Gaza den kritischsten Stand seit Kriegsbeginn erreicht hat.

Zwei Tage später erklärte der israelische Verteidigungsminister Israel Katz erneut: „Keine humanitäre Hilfe wird nach Gaza gelangen“, wo die letzte Entsalzungsanlage nicht mehr funktioniert.

Die NGO 'Ärzte ohne Grenzen' hat Gaza als Massengrab für Tausende von Gazanern bezeichnet sowie „auch für diejenigen, die versuchen, ihnen zur Hilfe zu kommen.“

Zwölf der größten internationalen humanitären Nichtregierungsorganisationen haben gerade gemeinsam einen Alarmruf veröffentlicht. Niemand scheint ihn zu hören.

Smotrich bekräftigte die Worte von Katz und erklärte, dass jeglicher Druck ausgeübt werde, um "die

Menschen in den Süden Gazas zu evakuieren und den Plan von Präsident Trump zur freiwilligen Migration für die Bewohner Gazas umzusetzen".*

Ein Plan, von dem Katz, als damaliger Außenminister, uns bereits Anfang 2024 in der EU erzählt hatte. Die Armee hat die Hälfte des Territoriums eingenommen und zwei Drittel Gazas unter Evakuierungsbefehl gestellt, die in „verbotene Zonen“ umgewandelt wurden, ebenso wie die Grenzstadt Rafah.

Ziel ist es, die Voraussetzungen für die größte ethnische Säuberungsaktion seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu schaffen.

Der Satz „Kein einziges Korn Weizen wird nach Gaza gelangen“ ist ein offensichtlicher und vollständiger Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht, denn die Vernichtungsabsicht ist unübersehbar, was der Internationale Strafgerichtshof mit der Ausstellung des Haftbefehls gegen Netanjahu und seinen ehemaligen Verteidigungsminister bereits als solche anerkannte. Dieser Völkermord ist nicht weniger schwerwiegend als die Genozide von Srebrenica und Uganda.

Gleichzeitig führt die Armee im Westjordanland ihre größte Offensive seit Jahrzehnten durch. Mehr als 40.000 Palästinenser wurden im Norden des Gebiets gewaltsam vertrieben. Damit werden die Pläne der rechtsextremen Abgeordneten offensichtlich, die die Ausweitung der nach internationalem Recht illegalen Siedlungen vorantreiben.

Am 23. März hat die Regierung dreizehn dieser gegründeten Siedlungen legalisiert. Die fundamentalistische extreme Rechte hofft, dass Trump ihre Pläne zur teilweisen oder vollständigen Annexion des Westjordanlandes unterstützen wird, was die Tür zur Gründung eines palästinensischen Staates endgültig verschließen würde.

In Spanien und fast ganz Europa sind wir im Urlaub und beschäftigen uns mit Trumps Zolldrohungen. Von Gaza spricht man nicht mehr.

Doch plötzlich weckt das Foto eines Kindes aus Gaza mit beiden amputierten Armen, das einen internationalen Preis gewonnen hat, erneut die Emotionen. Ja, deshalb hindern sie uns daran, die Fotos zu sehen. Aus den Augen, aus dem Sinn. Genauso wie der Tod der Fotografin Fatima Hassouna, die die Protagonistin eines Films war, der für die nächsten Filmfestspiele von Cannes ausgewählt worden war. Aber, mein Gott, es ist nicht ein Kind, nicht hundert, nicht tausend Kinder, die unter grausamen Umständen in Gaza gestorben oder verstümmelt worden sind, sondern Tausende.

Gaza ist Krieg gegen Kinder. Das Foto eines dieser Kinder bringt uns zu Krokodilstränen, aber das Ausmaß der Tragödie scheint uns nicht zu berühren. Währenddessen wird Netanjahu in Washington und Budapest – einem europäischen Land, das bis gestern noch Unterzeichner des Internationalen Strafgerichtshofs war – mit allen Ehren empfangen.

Trotz der zahlreichen Resolutionen der Vereinten Nationen und den Entscheidungen des Internationalen Strafgerichtshofs ist es mir als Hoher Vertreter der EU für Außenpolitik nicht gelungen, den Rat oder die Kommission dazu zu bewegen, auf die massiven und wiederholten Verstöße gegen das Völkerrecht und das humanitäre Recht durch die Regierung Netanjahu zu reagieren, im Gegensatz zu unserem Vorgehen angesichts der Aggression Putins gegen die Ukraine.

Bis zum Ende meiner Amtszeit konnte ich feststellen, wie sehr diese Politik der Doppelmoral die Position der EU in der Welt geschwächt hat, nicht nur in der muslimischen Welt, sondern auch in Afrika, Lateinamerika und Asien...

Spanien und einige wenige andere europäische Länder haben ihre Stimme erhoben und die Kommission aufgefordert, zu prüfen, ob dieses Verhalten mit den Verpflichtungen aus dem Assoziierungsabkommen vereinbar ist.

Als Antwort erhielten sie nur Schweigen. Das schlechte Gewissen einiger europäischer Länder in Bezug auf den Holocaust, das zu einer „Staatsräson“ geworden ist, um die bedingungslose Unterstützung Israels zu rechtfertigen, könnte uns zu Komplizen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit machen.

Ein Grauen rechtfertigt kein anderes. Und wenn wir nicht wollen, dass die Werte, die wir zu verteidigen vorgeben, jegliche Glaubwürdigkeit verlieren, kann die EU nicht weiterhin dem Grauen in Gaza und der „Gazafizierung“ des Westjordanlands tatenlos zusehen.

Entgegen der öffentlichen Debatte und trotz des völligen Mangels an Empathie einiger ihrer Verantwortlichen verfügt die EU über zahlreiche Hebel gegenüber der israelischen Regierung: Wir sind ihr wichtigster Handelspartner in Bezug auf Investitionen und den Austausch von Personen. Wir liefern mindestens ein Drittel der Waffen, die sie einsetzt, und haben mit Israel das umfassendste Assoziierungsabkommen geschlossen. Aber auch dieses ist, wie alle anderen, an die Einhaltung des Völkerrechts und insbesondere des Humanitären Rechts gebunden.

Wenn wir wollen, können wir handeln. Und wir haben schon zu lange gewartet. Viele Israelis, die sich bewusst sind, dass Netanjahus Flucht nach vorn langfristig die Sicherheit und das Überleben des Staates Israel gefährdet, wären uns dafür dankbar.

Josep Borrell Fontelles ist ehemaliger Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission

***Anmerkungen der Redaktion:**

Die israelische Regierung selbst hat zum Ziel die Vertreibung der Palästinenser aus Gaza.

Bereits am 13. Oktober 2023, also wenige Tage nach dem 7. Oktober 2023, veröffentlichte das Misgav [Institut für nationale Sicherheit und zionistische Strategie](#), ein think tank, der eng mit der israelischen Regierung verbunden ist, den voll ausgearbeiteten Plan der Vertreibung der Palästinenser aus Gaza. (s. Die Übersetzung in [Gaza, SiG-Sondernummer](#), Dezember 2023, Seiten 41- 49)

[Urs P. Gasche](#), 11.12.2023:

Israel will die Palästinenser aus Gaza vertreiben - Vieles deutet darauf hin: Das Kriegsziel der Regierung Netanyahu ist ein Israel vom Jordan bis zum Mittelmeer.

[Infosperber.ch](#)

29. April 2025, Gideon Levy:
Israels Aufruf zum Völkermord in Gaza wird Mainstream - [globalbridge](#)

Wie die Menschen in Gaza in Zeiten des Waffenstillstands versuchten, ihr Leben zu organisieren

Mosab Abu Toha, palästinensischer Schriftsteller, am 19. Januar 2025: „Die Familie meiner Frau gräbt in den Trümmern, um die Leichen von fünfzehn Verwandten zu bergen, die seit Oktober letzten Jahres unter ihrem zerbombten Haus begraben sind.

<https://www.palestinemission.at/single-post/stimmen-zum-waffenstillstandsabkommen>

Rami Abou Jamous, 19. Januar 2025: „Es gibt immer noch Menschen, die auf der Straße leben. Es gibt immer noch Tote unter den Trümmern. Es gibt viele Schwerverletzte, Kinder mit Amputationen und sehr viele Waisen. Der Waffenstillstand ist nur eine Erleichterung. Aber danach wird das Leben ein sehr hartes Leben sein. 75 Prozent der Wohnhäuser in Gaza wurden bombardiert. Das heißt, 75 Prozent der Bevölkerung hat kein Dach über dem Kopf.

Wir müssen ein neues Kapitel aufschlagen, wenn wir können. Und ich bin mir sicher, dass wir es dank der Widerstandsfähigkeit der Menschen in Gaza, dank ihres Willens, hier zu bleiben, schaffen werden. Wir sind wie ein Phönix. Wir werden aus der Asche von Gaza auferstehen.“

<https://orientxxi.info/magazine/nous-sommes-des-phoenix-nous-allons-renaitre-des-cendres-de-gaza.7934>

Abu Amir, 10. März 2025: „Die Bewohner Gazas brauchen keine Raketen und Bomben, um den Tod um sich herum zu spüren, denn der Durst nagt an ihnen, der Hunger schwächt sie und die eisige Kälte nimmt ihre Kinder mit. Das Warten auf humanitäre Hilfe wird zur täglichen Demütigung. Die Männer und Frauen stehen stundenlang in endlosen Schlangen, um an Nahrung und Wasser zu kommen, manche werden vor Erschöpfung ohnmächtig, andere gehen mit leeren Händen nach Hause.

<https://ujfp.org/temoignage-dabu-amir-le-1er-mars-dans-lhumiliation-de-lattente/>

www.ochaopt.org

Gazastreifen: Humanitäre Maßnahmen der UN und der humanitären Partner während der ersten Phase des Waffenstillstandes - [Infographik](#)

UNRWA Commissioner-General

Philippe Lazzarini: [Pressekonferenz](#) auf der Münchner Sicherheitskonferenz

15. Februar 2025

[Video-Übertragung](#) der Pressekonferenz (30 Min.)

Videos über Gaza, Februar 2025

(je ca. 10 Min.):

1. Die Menschen kehren zu ihrem Wohnort in Nordgaza zurück: https://www.youtube.com/watch?v=H8WOCx2SX_E

2. Rafah jetzt <https://www.youtube.com/watch?v=Z0FV1SPHoUQ> ; <https://www.youtube.com/watch?v=60mWXBhOmkc>

5.2.2025 - Abdullah Younis, Journalist in Gaza: Die Dichter von Gaza haben nie aufgehört zu schreiben

[...] Einige der Versammelten saßen auf dem Boden und bedeckten sich mit abgenutzten Decken oder Jutesäcken, während andere auf Plastikstühlen saßen.

Abu al-Sheikh trug sein Gedicht in einem trotzigem, aber traurigen Ton vor:

*Die Fesseln haben mein Herz verwundet, nicht meine Handgelenke
und die Nacht hat meine Augen schlaflos gemacht wie die Sterne.*

Weder Tränen noch Blut sind genug.

Und ich weiß nicht mehr, ob meine Tränen oder mein Blut geflossen sind

Die Menge applaudierte Abu al-Sheikh, und nachdem die Lesung beendet war, ging ich zu ihm, um mit ihm zu sprechen.

Abu al-Sheikh, 55, der Autor des Romans „[Palestinian Sorrows](#)“, war einer von mehreren Dichtern, die bei der Organisation der Lesung mitgeholfen hatten. Er sagte, er hoffe, dass die Versammlung den Vertriebenen im Lager einen Raum für den Ausdruck bieten würde – etwas, das ihnen helfen würde, die langen Monate des Schreckens, die den Palästinensern in Gaza zugefügt wurden, zu verstehen.

Der Dichter **Ahmad Tayeh**, ein weiterer Koordinator dieser Dichterlesung, berichtete der Electronic Intifada, dass er vor dem Krieg in verschiedenen Cafés im gesamten Gazastreifen Dichter und Schriftsteller zu Lesungen versammelte.

Die Dichterin und Schriftstellerin Heba Abu Nada, 32, wurde im Oktober 2023 bei einem israelischen Angriff auf das Haus getötet, in dem sie in Khan Younis Zuflucht gesucht hatte.

Ramy Abdu, Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation Euro-Med Monitor, erklärte gegenüber The Electronic Intifada, dass die gezielte Tötung von palästinensischen Dichtern, Schriftstellern und Akademikern "vorsätzlich" sei und darauf abziele, "den kulturellen und kreativen Geist des palästinensischen Volkes zu zerstören".

Quelle: <https://www.palaestina.ch/de/aufgefallen/929-aufgefallen-10-2-2025-die-dichter-von-gaza>

Prominenter palästinensischer Journalist Hossam Shabat getötet

"Wenn Sie dies lesen, bedeutet das, dass ich getötet wurde – höchstwahrscheinlich von den israelischen Besatzungstruppen. Als das alles begann, war ich erst 21 Jahre alt – ein College-Student mit Träumen wie jeder andere auch. In den letzten 18 Monaten habe ich jeden Augenblick meines Lebens meinem Volk gewidmet. Ich habe die Schrecken im nördlichen Gazastreifen Minute für Minute dokumentiert, entschlossen dazu, der Welt die Wahrheit zu zeigen, die sie zu begraben versuchen. Ich schlief auf Bürgersteigen, in Schulen, in Zelten – überall, wo ich konnte. Jeder Tag war ein Kampf ums Überleben. Monatlang ertrug ich Hunger, doch ich wich nie von der Seite meines Volkes.

Bei Gott, ich habe meine Pflicht als Journalist erfüllt. Ich habe alles riskiert, um die Wahrheit zu berichten, und jetzt kann ich endlich zur Ruhe kommen – etwas, das ich in den letzten 18 Monaten nicht gekannt habe. Ich habe dies alles getan, weil ich an die palästinensische Sache glaube. Ich glaube, dass dieses Land uns gehört, und es war die höchste Ehre meines Lebens, bei der Verteidigung dieses Landes und im Dienst für sein Volk zu sterben.

Ich bitte Sie jetzt: Hören Sie nicht auf, über Gaza zu sprechen. Lassen Sie nicht zu, dass die Welt wegschaut. Kämpft weiter, erzählt weiter unsere Geschichten – bis Palästina frei ist.

Zum letzten Mal: Hossam Shabat, aus dem nördlichen Gazastreifen."

Hossam Shabat, palästinensischer Journalist aus Gaza, getötet am 24.03.2025



Sharif Abdel Kouddous, Drop Site News Der letzte Bericht von Hossam Shabat

Der Journalist Hossam Shabat beschrieb wenige Stunden vor seiner Ermordung durch einen israelischen Luftangriff die Wiederaufnahme der israelischen Angriffe in seiner Heimatstadt Beit Hanoun.

24.03.2025 - (Originalbeitrag in englischer Sprache)

Hossam Shabat ist tot. Ich bin außer mir vor Wut und Verzweiflung, während ich diese Worte schreibe. Das israelische Militär hat heute Morgen sein Auto bombardiert, als er in Beit Lahia unterwegs war. Auf meinem Bildschirm sind Videos zu sehen, die zeigen, wie seine Leiche auf der Straße liegt, wie er ins Krankenhaus getragen wird und wie seine Kollegen und Angehörigen um ihn trauern. Dies sind die Art von tragischen Szenen, die Hossam selbst so oft für die Welt dokumentierte. Er war ein vorbildlicher Journalist: mutig, unermüdlich und engagiert, um die Geschichte der PalästinenserInnen in Gaza zu erzählen.

Hossam war einer der wenigen Reporter, die während des genozidalen Krieges Israels im nördlichen Gazastreifen blieben. Seine Fähigkeit, über eine der brutalsten Militäraktionen der jüngeren Geschichte zu berichten, war kaum zu fassen. Siebzehn Monate lang

wurde er fast täglich Zeuge von unsäglichem Tod und Leid. Er wurde mehr als zwanzig Mal vertrieben. Er musste oft hungern. Er begrub viele seiner Journalistenkollegen. Im November wurde er bei einem israelischen Luftangriff verwundet. Ich kann immer noch nicht glauben, dass ich von ihm in der Vergangenheitsform spreche. Israel löscht die Gegenwart aus.

Als ich Hossam im November kontaktierte, um ihn zu bitten, für Drop Site News zu schreiben, war er begeistert. "Hallo Habibi. Möge Gott dich beschützen. Ich freue mich sehr über diese Gelegenheit", schrieb er. „Es gibt so viele Ideen, Szenen und Geschichten.“ Seine erste Reportage für Drop Site war ein erschütternder Bericht über eine brutale Massenvertreibungskampagne des israelischen Militärs in Beit Lahia, die Tausende von palästinensischen Familien zur Flucht aus einer der letzten verbliebenen Unterkünfte in der belagerten Stadt zwang:

„Einige der Verwundeten fielen auf der Straße, ohne Hoffnung auf eine Behandlung. „Ich bin mit meiner Schwester auf der Straße gelaufen“, sagt Rahaf, 16. Sie und ihre Schwester waren die einzigen Überlebenden ihrer Familie bei einem früheren Luftangriff, bei dem 70 Menschen getötet wurden. "Plötzlich fiel meine Schwester durch die Bombardierung um. Ich sah, wie Blut aus ihr floss, aber ich konnte nichts tun. Ich habe sie auf der Straße liegen lassen, und niemand hat sie geholt. Ich habe geschrien, aber niemand hat mich gehört."

Seine Texte waren gefühlvoll und fesselnd. Ich hatte Mühe, seine Texte zu übersetzen und zu redigieren – ihnen gerecht zu werden, seine gefühlsbetonte arabische Sprache in etwas zu übertragen, das auf Englisch verständlich ist. Während des typischen redaktionellen Hin und Her bei der Fertigstellung eines Beitrags wandte ich mich oft mit Klarstellungen und Fragen an ihn und bat ihn um zusätzliche Details und direkte Zitate. Trotz seiner außergewöhnlichen Umstände hat er immer schnell geantwortet.

Im Januar verfasste Hossam einen Artikel über die drei Tage zwischen der Ankündigung des Waffenstillstandsabkommens und seiner geplanten Umsetzung – ein Zeitraum, in dem Israel seine Bombenangriffe auf den Gazastreifen verstärkte:

„Sie nahmen die al-Falah-Schule ins Visier; sie bombardierten einen ganzen Wohnblock in Jabaliya; sie töteten Familien wie die Familie Alloush, deren Leichen bis heute nicht geborgen wurden und immer noch unter und über den Trümmern liegen. Die Kinder, die ich in dieser Nacht sah, schienen glücklich zu sein, aber sie lebten nicht mehr, ihre Gesichter waren in einer Mischung aus Lächeln und Blut erstarrt.“

Anfang Dezember, als ich einen Vorspann zu einem seiner Artikel schrieb, bat ich ihn, sein Alter zu bestätigen. "Hahaha. Ich bin jung. 24", schrieb er. Wenige Augenblicke später stellte er klar: "Eigentlich bin ich noch nicht 24 geworden. Ich bin 23." Ich sagte ihm, er sei nur vom Alter her jung, aber von der Erfahrung her sei er alt (auf Arabisch klingt das besser). „Ich bin wirklich müde“, antwortete er. "Ich schwöre, ich habe keine Kraft mehr. Ich kann keinen Platz zum Schlafen finden. Ich bin schon 20 Mal vertrieben worden." Er fuhr fort: „Wusstest du, dass ich der Einzige in meiner Familie bin, der allein im Norden lebt?“ Letzten Monat, während des „Waffenstillstands“, war er zum ersten Mal seit 492 Tagen wieder mit seiner Mutter vereint.

Im Oktober setzte das israelische Militär Hossam und fünf weitere palästinensische Journalisten auf eine Abschussliste. Damals sagte er, er fühle sich wie ein „Gejagter“. Er rief die Menschen auf, sich unter dem

Hashtag #ProtectTheJournalists zu Wort zu melden: "Ich bitte alle, die Realität der JournalistInnen zu teilen, um das Bewusstsein für die wahren Pläne der israelischen Besatzung zu schärfen, JournalistInnen ins Visier zu nehmen, um eine Mediensperre zu verhängen. Verbreitet den Hashtag und sprecht über uns!"

Im Dezember, nachdem das israelische Militär fünf Journalisten bei einem Luftangriff auf ihr Fahrzeug getötet hatte, schickte ich ihm eine Nachricht, um mich nach ihm zu erkundigen.

„Unser Job ist es nur zu sterben“, antwortete er. "Ich hasse die ganze Welt. Keiner tut etwas. Ich schwöre, ich hasse diesen Job." Über seine überlebenden Kollegen schrieb er: "Wir haben angefangen, uns gegenseitig zu sagen: „Ok, wer ist dran?... Unsere Familien betrachten uns bereits als Tote.“

Als Israel letzte Woche seine Bombardierungen wieder aufnahm, schickte ich ihm erneut eine Nachricht, um mich nach ihm zu erkundigen. Er antwortete mit einem einzigen Wort: „Tod“.

Während der ganzen Zeit meldete sich Hossam mit Ideen für Geschichten oder einfach nur, um zu berichten, was im Norden geschah. In seinen Nachrichten und Sprachnotizen schaffte er es oft, warmherzig und lustig zu sein – eine Art Rebellion gegen den allgegenwärtigen Tod, der ihn umgab.

Nachdem die „Waffenruhe“ in Kraft getreten war, kehrte er in seine Heimatstadt Beit Hanoun am nordöstlichen Rand des Gazastreifens zurück. Kaum ein Gebäude stand noch, aber er war entschlossen, zu bleiben und die Zerstörung zu dokumentieren.

Er schickte mir am späten Sonntagabend eine Nachricht, nur wenige Stunden bevor er getötet werden sollte. Er war gezwungen worden, seine Heimatstadt Beit Hanoun am Tag des erneuten israelischen Angriffs in der vergangenen Woche zu verlassen und wurde erneut vertrieben, diesmal nach Jabaliya. Wir hatten vereinbart, dass er einen Artikel über den Angriff in der vergangenen Woche und das, was er erlebt hatte, schreiben sollte.

„Habibi“, schrieb er. „Ich vermisse dich.“ Ich fragte ihn, wie die Lage in Dschabalija sei. „Schwierig“, sagte er. Er schickte seinen Beitrag, und ich las ihn durch und schickte meine Folgefragen. Er antwortete nur auf eine, bevor er offline ging. Als ich heute Morgen aufwachte, schickte ich ihm erneut eine Nachricht.

Ich wusste noch nicht, dass er getötet worden war. Was Sie jetzt lesen werden, ist Hossams letzter Artikel. Ich habe ihn unter Tränen übersetzt.

Auf palestinemission.at veröffentlicht

Bericht von der vordersten Front von Israels Vernichtungskrieg

24. März 2025 - BEIT HANOUN, GAZA - Die Nacht war dunkel und vorsichtig ruhig. Alle fielen in einen unruhigen Schlaf. Doch die Ruhe wurde schnell durch ohrenbetäubende Schreie durchbrochen. Während die Bomben niederprasselten, kündigten die Schreie der Nachbarn die ersten Momente der Wiederaufnahme der israelischen Militäraktion an. Beit Hanoun wurde von Panik und Terror heimgesucht. Schreie der Verzweiflung ertönten inmitten des Kreischens der Granaten in einer Szene, die das Ausmaß der Katastrophe widerspiegelte, die über die Stadt hereinbrach. Dies war nur der Anfang. Schnell folgte das Massaker an ganzen Familien. Überall stiegen Rauchsäulen auf. Die Bombardierungen hörten nicht einen Moment auf und versenkten alles in einem unerbittlichen Hagel aus Feuer und Leid.

Der israelische Angriff geht also weiter. Die Besatzung übt ihre Brutalität mit beispiellosem Bombardement aus und hinterlässt grauenhafte Szenen der Zerstörung und des Blutvergießens. Nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) hat die Zahl der Toten in den letzten sechs Tagen 700 überschritten, was das Ausmaß dieses unermesslichen menschlichen Leids widerspiegelt. OCHA berichtet auch, dass im Gazastreifen ein gravierender Mangel an Medikamenten und medizinischer Hilfe herrscht, was die ohnehin schon schwierige Lage noch weiter verschlimmert.

In den ersten sechs Tagen dieser erneuten Militäroperation kam es im nördlichen Gazastreifen zu vier blutigen Massakern. Das schlimmste war das Massaker an der Familie Mubarak, das sich ereignete, als die Familie in Trauer zusammenkam, um Dr. Salim Mubarak ihr Beileid auszusprechen. In nur einem Augenblick verwandelte sich ihre kollektive Trauer in ein Meer aus Blut und Leichenteilen. Die gesamte Familie wurde getötet: Dr. Salim, seine Frau, seine Kinder, seine Eltern. Keiner überlebte. Ein Augenzeuge brachte es auf den Punkt: „Sie wurden alle getötet.“ Die Op-

fer befanden sich nicht auf einem Schlachtfeld, sondern in einem Haus der Trauer. Es war ein Verbrechen im wahrsten Sinne des Wortes.

Dieses Massaker war nicht das einzige - es folgten weitere Angriffe auf andere Familien, darunter die Familie Abu Nasr und dann die Familie Abu Halim, was an die furchtbaren Bombardierungen gleich zu Beginn des Krieges nach dem 7. Oktober erinnerte. Die Angriffe gehen weiter, sie sind unerbittlich und zielen wahllos auf unschuldige ZivilistInnen und hinterlassen nur Zerstörung und Tod.

Als ich am Ort des Geschehens ankam, war ich nicht auf das Grauen vorbereitet, das sich mir bot. Die Straßen waren voll von Toten. Dutzende von Menschen schrien unter den Trümmern ihrer Häuser um Hilfe, aber niemand kam, um sie zu retten. Schreie erfüllten die Luft, während alle hilflos dastanden. Meine Tränen hörten nicht auf. Die Szenen waren mehr, als ein Mensch ertragen kann. Die Krankenwagen waren voll mit Leichen, deren Körper und Gliedmaßen übereinandergestapelt und ineinander verschlungen waren. Wir konnten nicht mehr zwischen Kindern und Männern, zwischen Verletzten und Toten unterscheiden.

Im Al-Andalus Krankenhaus war die Situation noch schmerzhafter. Das Krankenhaus war voller toter Menschen. Mütter nahmen stumm Abschied von ihren Kindern. Das medizinische Personal arbeitete unter entsetzlichen Bedingungen und versuchte, die Verletzten mit den einfachsten Mitteln zu behandeln. Es war eine schier unfassbare Situation, denn die Zahl der Toten und Verwundeten, die in erschreckendem Tempo gebracht wurden, war enorm.

Israels Aggression geht weiter. Ein Massaker nach dem anderen, das nur die Schreie von Müttern und die Träume von Kindern hinterlässt, die zu Asche geworden sind. Dafür gibt es keine Rechtfertigung. Alles wird vernichtet: das Leben unschuldiger Menschen, ihre Würde und ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Auf palestinemission.at veröffentlicht

**In defense of
press freedom, we demand
an end to Israel's genocide**

3. Mai 2025

On **World Press Freedom Day**, media organizations from across the globe released a joint statement demanding an end to Israel's genocide in Gaza.

by **Peoples Dispatch**

Journalistengrab Gaza: [jungeWelt](https://www.jungeWelt.de)

**16.04.2025 - euronews : [Foto-
gräfin Fatima Hassouna einen
Tag nach Auswahl ihres Doku-
mentarfilms für Cannes getö-
tet.](https://www.euronews.com/de/16-04-2025-fotografin-fatima-hassouna-einen-tag-nach-auswahl-ihres-dokumentarfilms-fur-cannes-getoetet)**

"Today, Israel killed Fatima Hassouna and ten of her family members, silencing a lens that showed the world Gaza's truth."

[https://x.com/gazanotice/status/
1912571502190358541;](https://x.com/gazanotice/status/1912571502190358541)

[https://www.instagram.com/p/DIqDLwvA-
ziO/?img_index=1](https://www.instagram.com/p/DIqDLwvA-ziO/?img_index=1)

Palästinensische Journalisten:

Viele veröffentlichen auf Instagram;

Einige Webseiten:

Palestine News and Info Agency:

<https://english.wafa.ps/>

<https://www.972mag.com>

"+972 Magazine is an independent, online, nonprofit magazine run by a group of Palestinian and Israeli journalists. Founded in 2010"

<https://www.filastiniyat.org/>

"an embracing environment for Palestinian women journalists"

„Wir, französische Journalisten, erklären uns solidarisch mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Gaza“

Die israelischen Bombardierungen des Gazastreifens haben in 18 Monaten fast 200 palästinensische Journalisten getötet. Ein in der Geschichte dieses Berufs noch nie dagewesenes Massaker, das von einem Zusammenschluss französischer Journalistenorganisationen angeprangert wurde, die alle Journalisten zu einer Versammlung am Mittwoch, den 16. April, in Paris aufrufen.



Journalisten sind seit Beginn der israelischen Aggression in Gaza im Oktober 2023 besonders im Visier © Quds News Network

14. April 2025 - Es ist nicht üblich, dass ein Journalist im Alter von 23 Jahren sein Testament schreibt. Genau das hat jedoch Hossam Shabat getan, Korrespondent des katarischen Senders Al-Jazeera Mubasher im Gazastreifen. Der junge Mann, der sich bewusst war, dass die israelischen Bombenangriffe auf das palästinensische Gebiet die Lebenserwartung seiner Berufsgenossen drastisch reduziert haben, verfasste einen kurzen Text, der veröffentlicht werden sollte, falls ihm etwas zustoßen sollte.

Diese Worte wurden schließlich am Montag, dem 24. März, in den sozialen Netzwerken veröffentlicht. „Wenn ihr dies lest, bedeutet es, dass ich getötet wurde“, beginnt die Nachricht, in der der Al-Jazeera-Reporter von seinem nächtlichen Schlafen auf einem Bürgersteig, vom Hunger, der ihn nie verlassen hat, und von seinem Kampf, „die Gräueltat Minute für Minute zu dokumentieren“, erzählt.

„Endlich werde ich mich ausruhen können, etwas, das ich in den letzten achtzehn Monaten nicht tun konnte“, schließt der palästinensische Reporter, der in Beit Lahia im Norden von Gaza während einer Autofahrt von dem Geschoss einer Drohne getötet wurde. Ein Auto, das das TV-Symbol und das Logo von Al-Jazeera trug.

Unsere palästinensischen Kollegen und Kolleginnen schützen

In anderthalb Jahren Krieg in der Küstenenklave haben die israelischen Operationen nach Angaben internationaler Organisationen zur Verteidigung von Journalisten wie

Reporter ohne Grenzen (RSF), dem Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) und der Internationalen Journalisten-Föderation (IFJ) in Zusammenarbeit mit dem Palestinian Journalists Syndicate (PJS) den Tod von fast 200 palästinensischen Medienschaffenden verursacht.

In der Geschichte unseres Berufs, alle Konflikte zusammengefasst, ist es ein Gemetzel von noch nie dagewesener Größenordnung, wie eine kürzlich von der amerikanischen Brown University durchgeführte Studie zeigt.

Mindestens vierzig dieser Journalisten, wie Hossam Shabat, wurden mit Stift, Mikrofon oder Kamera in der Hand getötet. So auch Ahmed al-Louh, 39 Jahre alt, Kameramann des Senders Al-Jazeera, der bei einem Luftangriff ums Leben kam, als er am 15. Dezember 2024 im Flüchtlingslager Nusseirat einen Bericht drehte. Und der 26-jährige Ibrahim Mouhareb, Mitarbeiter der Zeitung Al-Hadath, der am 18. August 2024 von einem Panzer erschossen wurde, als er über den Rückzug der israelischen Armee aus einem Viertel von Khan Younès berichtete. Fälle, die von den oben genannten Organisationen sorgfältig dokumentiert wurden.

Alle diese Kollegen und Kolleginnen trugen einen Helm und eine kugelsichere Weste mit dem Aufdruck PRESS, die sie eindeutig als Medienschaffende auswiesen. Einige hatten telefonische Drohungen von israelischen Militärs erhalten oder wurden vom Armeesprecher als Mitglieder bewaffneter Gruppen aus Gaza bezeichnet, ohne dass dieser glaubwürdige Beweise für diese Anschuldigungen

gungen vorlegte. All dies deutet darauf hin, dass sie von der israelischen Armee absichtlich ins Visier genommen wurden.

Andere Kolleg*innen aus Gaza starben bei der Bombardierung ihrer Häuser oder des Zeltes, in das sie sich mit ihren Familien geflüchtet hatten, wie Zehntausende andere Palästinenser. So auch Wafa al-Udaini, Gründerin des Journalistenkollektivs 16-Oktober, die am 30. September 2024 bei einem Angriff auf die Stadt Deir al-Balah zusammen mit ihrem Mann und ihren beiden Kindern getötet wurde. Und Ahmed Fatima, eine Persönlichkeit des Maison de la presse de Gaza, einer von europäischen Geldgebern unterstützten NGO, die eine neue Generation von Journalisten ausbildete.

Am 13. November 2023 traf eine Rakete das Stockwerk des Gebäudes, in dem er mit seiner Frau und ihrem sechsjährigen Sohn in Gaza-Stadt wohnte. Die Eltern überlebten die Explosion, aber das Kind wurde im Gesicht verletzt. Ahmed Fatima nahm es in seine Arme und eilte auf die Straße, um es ins Krankenhaus zu bringen. Kaum hatte er fünfzig Meter zurückgelegt, schlug eine zweite Rakete in seiner Nähe ein und tötete ihn. Sechs Tage später, am 19. November, starb auch der Gründer und Direktor des Pressehauses, Bilal Jadallah, als ein israelischer Panzer sein Fahrzeug beschoss.

Andere haben überlebt, aber unter welchen Bedingungen?

Der 25-jährige Bildjournalist Fadi al-Wahidi ist querschnittsgelähmt, seit ihm am 9. Oktober 2024 eine Kugel das Rückenmark durchtrennt hat, als er schon wieder eine Zwangsumsiedlung von Zivilisten filmte, wie das investigative Medienunternehmen Forbidden Stories berichtete.

Wael al-Dahdouh, der berühmte Korrespondent von Al-Jazeera in Gaza, erfuhr seinerseits am 25. Oktober 2023 live im Fernsehen vom Tod seiner Frau und zweier seiner Kinder bei einem Bombenangriff. Für palästinensische Journalisten gehört es inzwischen zur makabren Routine, über den Tod eines Kollegen oder eines Angehörigen zu „berichten“.

Journalisten in Gaza: ein unglaublicher Mut

Wir bedauern auch den Tod der vier israelischen Journalisten, die bei dem von der Hamas am 7. Oktober 2023 durchgeführten Terroranschlag ums Leben kamen, sowie den Tod von neun libanesischen Kollegen und einer syrischen Kollegin bei israelischen Angriffen.

Aber die Dringlichkeit liegt heute in Gaza. Für alle Menschenrechtsaktivisten ist klar: Die israelische Armee versucht, einen Medien-Blackout zu erzwingen und die Zeugen der von ihren Truppen begangenen Kriegsverbrechen so weit wie möglich zum Schweigen zu bringen, während immer mehr internationale NGOs und UN-Gremien diese als völkermordähnliche Handlungen bezeichnen. Dieser Wille, den Informationsfluss zu behindern, zeigt sich auch in der Weigerung der israelischen Regierung, ausländische Journalisten in den Gazastreifen einreisen zu lassen.

Vergessen wir nicht die Situation im besetzten Westjordanland, wo in wenigen Tagen der Todestag von Shireen Abu Akleh vor drei Jahren begangen wird. Die Star-Korrespondentin von Al-Jazeera wurde am 11. Mai 2022 in Dschenin von einem israelischen Soldaten erschossen, der für sein Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen wurde. Die Aggression von Siedlern am 24. März dieses Jahres gegen Hamdan Ballal, Co-Regisseur des mit dem Oscar ausgezeichneten Dokumentarfilms No Other Land, der anschließend von Soldaten in der Ambulanz verhaftet wurde, in der er zur Behandlung gebracht wurde, zeugt von der Gewalt, der sich diejenigen aussetzen, die die Wirklichkeit der israelischen Besatzung zu erzählen versuchen. Sie zeigt auch die Straffreiheit, die fast systematisch denen gewährt wird, die sie zum Schweigen zu bringen versuchen.

Als Journalisten, die sich der Informationsfreiheit zutiefst verpflichtet fühlen, ist es unsere Pflicht, diese Politik anzuprangern, unsere Solidarität mit unseren palästinensischen Kolleginnen und Kollegen zu bekunden und immer wieder das Recht auf Einreise nach Gaza einzufordern. Wir fordern dies nicht, weil wir der Meinung wären, dass die Berichterstattung über Gaza ohne westliche Journalisten unvollständig wäre. Wir wollen vielmehr unsere palästinensischen Kolleginnen und Kollegen, die unglaublichen Mut beweisen, unterstützen und schützen, indem sie uns Bilder und Berichte über die unermessliche Tragödie, die derzeit in Gaza stattfindet, zukommen lassen.

*Ein breites Kollektiv, bestehend aus den wichtigsten Journalistengewerkschaften (SNJ, SNJ-CGT und CFDT Journalistes), Reporter ohne Grenzen, dem Prix Albert-Londres, der Internationalen Journalisten-Föderation, der Europäischen Journalisten-Föderation, dem Kollektiv Reporters solidaires und der Journalistenkommission der SCAM lädt Sie daher ein, sich am **Mittwoch, den 16. April, um 18 Uhr vor der Treppe der Opéra Bastille in Paris und am Alten Hafen in Marseille**, mit folgenden Parolen zu versammeln: „Gaza, Stoppt das Massaker an palästinensischen Journalisten“; „Stoppt die Straffreiheit der Täter dieser Verbrechen“; „Sofortige Öffnung dieses Gebiets für die internationale Presse“.*

Unterzeichner: Die Journalistenverbände SNJ, SNJ-CGT und CFDT-Journalistes, Reporter ohne Grenzen, der Prix Albert-Londres, die Internationale Journalistenföderation, das Kollektiv Reporters solidaires, die Journalistenkommission der SCAM, die Journalistenverbände und Redaktionen folgender Medien: AFP; Arrêt sur images; Arte; BFMTV; Blast; Capital; Challenges; Le Courrier de l'Atlas; Courrier International; Le Figaro; France 2; France 3 rédaction nationale; France 24; FranceInfo TV und franceinfo.fr; „L'Humanité“; L'Informé; Konbini; LCI; „Libération“; M6; „Mediapart“; „Le Monde“; „Le Nouvel Obs“; Orient XXI; „Politis“; „Le Parisien“; Premières Lignes TV; Radio France; Radio France Internationale; RMC; Saphirnews; „Sept à Huit“; „60 millions de consommateurs“; „Télérama“; TF1; „La Tribune“; TV5 Monde; „L'Usine nouvelle“; „La Vie“.

<https://www.france-palestine.org/Nous-journalistes-francais-nous-declarons-solidaires-de-nos-colleagues-de-Gaza> - Übersetzung: SiG-Redaktion, www.sand-im-getriebe.org

**Video der Kundgebung in Paris: humanite.fr
Interview ([TV5Monde](https://www.tv5monde.com)) von Laurent Richard,
Gründer von [https://forbiddenstories.org/](http://forbiddenstories.org/) ;
weiteres Interview von [Mediapart](http://mediapart.fr)**

Helga Baumgarten

Das Martyrium der Kinder

Israelische Armee tötet in Gaza und der Westbank gezielt Minderjährige

34. [»Brief aus Jerusalem«](#) von Helga Baumgarten, emeritierte Professorin für Politik der Universität Birzeit

Seit dem erneuten Beginn des Krieges am 18. März wurden in Gaza täglich 100 Kinder verletzt oder getötet. Das teilte der Generalkommissar des [UN-Palästina-Hilfswerks \(UNRWA\)](#), Philippe Lazzarini, am vergangenen Sonnabend in sozialen Netzwerken mit. Seit Oktober 2023 seien rund 15.000 Kinder getötet worden. »Gaza ist zum ›No land‹ für Kinder geworden«, schließt Lazzarini. »Nichts rechtfertigt die Tötung von Kindern, egal wo.« Das palästinensische Zentralbüro für Statistik meldet, dass inzwischen 876 Kinder getötet worden sind, die noch kein Jahr alt waren, also Babys. Mindestens 52 Kinder starben infolge von Hunger und Mangelernährung. 39.000 Kinder wurden zu Waisen gemacht, 17.000 davon zu Vollwaisen.

US-amerikanische Ärzte, die in Krankenhäusern in Gaza arbeiteten, berichten über die gezielte Tötung von Kindern. Zuerst schrieb die *New York Times* (NYT) am 9. Oktober 2024 darüber. Der Dokumentarfilmer und *Al-Dschasira*-Korrespondent Josh Rushing sprach mit 20 Ärzten von den 65, die in der NYT namentlich genannt wurden. In seinem Film »Kids under Fire« (Kinder unter Beschuss) mit dem Untertitel »Eine Untersuchung über die Erschießung von Kindern durch israelische Soldaten« fasst er zusammen, was die Ärzte erlebt hatten. Das Ergebnis ist ein Film, der nur schwer zu ertragen ist.

Die Mediziner stimmen darin überein, dass täglich mehrere Fälle von Kindern mit Kopf- oder Herzschüssen in die Krankenhäuser eingeliefert wurden, in denen sie arbeiteten. Der Schluss ist unausweichlich: Kinder wurden und werden bis heute gezielt getötet, also kaltblütig ermordet. In der Mehrzahl waren es Kinder unter zehn Jahren. Die Bilder im Film dokumentieren die grausame Wahrheit. So erinnert sich die Ärztin Mimi Syed aus den USA an den 24. August, als Massen Verwundeter in ihr Krankenhaus eingeliefert wurden. Vor ihr auf dem Behandlungstisch lag das vierjährige Mädchen Mira mit einer Schusswunde am Kopf. Das CT zeigte ein Geschoss im Gehirn von Mira. Obwohl bei so schweren Verletzungen normalerweise nichts mehr unternommen wird, weil die Chancen auf Überleben gleich null sind, entschied sich Syed anders: Sie operierte Mira und hatte Erfolg. Das Mädchen überlebte.

Miras Vater Mohammed Al-Darini erzählt, was genau an jenem Tag passierte: Die Familie feierte den Geburtstag der älteren Schwester von Mira, als israelische »Killerdrohnen« das Feuer eröffneten. Eine schoss Mira direkt in den Kopf. Spezialisten bestäti-

gen, dass derjenige, der eine solche Drohne steuert, klar erkennen kann, auf wen er schießt: in diesem Fall auf ein vierjähriges Kind. Die US-amerikanischen Ärzte sind sich auf Grundlage ihrer Erfahrungen einig, dass israelische Soldaten speziell auf Kinder zielen und dies ein »klares Muster« ist.

Laut Miranda Cleland von Defense for Children International werden wir nie genau wissen, wie viele Kinder in Gaza getötet wurden, und wir werden nie ihre Namen erfahren. Als Rushing sie fragt, wie es möglich sei, dass israelische Soldaten derartige Verbrechen begehen, hat sie eine schockierende Antwort: »Seit Jahren werden Kinder in der Westbank gezielt erschossen.« Und niemand reagiere darauf oder unternehme etwas dagegen. Ihre Folgerung: »Israelische Soldaten erschießen palästinensische Kinder, weil sie es wollen. Und ich glaube, sie tun es, weil sie es tun dürfen und niemand sie jemals gestoppt hat.« Damit begeht Israel seit Jahren schwere Kriegsverbrechen.

Der Film zeigt weiter, wie einige Ärzte im Januar 2025 beschließen, Abgeordnete im Kongress in Washington über ihre Erfahrungen und die Kindestötungen zu informieren. Doch eine Reaktion der Politiker selbst auf die schlimmsten Bilder bleibt aus. Eher gibt es Zweifel, ob diese echt sind: Und das bei Aufnahmen, die von den US-amerikanischen Ärzten selbst gemacht wurden. Letztlich zucken die Volksvertreter angesichts der konkreten Erfahrungen der Mediziner mit den Schultern und schweigen. Im Dezember ist Syed wieder in Gaza und besucht Mira. Das Mädchen kann inzwischen wieder reden und beginnt, aufrecht zu stehen und die ersten Schritte zu machen.

Dann kommt der nächste Schlag: Bei einem erneuten Angriff der Armee auf den Ort, an dem sich die Familie – wie alle in Gaza immer auf der Flucht – befindet, Mira erhält gerade physiotherapeutische Behandlung, wird die Mutter getroffen und schwer verletzt, ihr Bein muss amputiert werden. Doch sie gibt nicht auf und kümmert sich weiter um ihre Kinder, speziell um die Vierjährige. Mira muss baldmöglichst aus Gaza gebracht werden, um eine für sie überlebensnotwendige Behandlung in einem spezialisierten Krankenhaus zu bekommen. Syed schließt im Film mit den Worten: »Gaza ist der Friedhof der Menschenrechte.« Josh Rushing hat die verschiedenen Fälle, in denen Kinder gezielt unter Beschuss genommen und ermordet wurden, dem Pressebüro der israelischen Armee vorgelegt. Die Armee zog es vor, nicht zu antworten.

<https://www.jungewelt.de/artikel/497979.brief-aus-jerusalem-das-martyrium-der-kinder.html>

Warum Israel Krieg gegen palästinensische Kinder führt

Die jungen Leute haben von früheren Generationen die Liebe zum Land geerbt und den Traum von der Rückkehr bewahrt – und dafür müssen sie beseitigt werden.

25. März 2025

Sie laufen barfuß durch die Trümmer - Kinder tragen Kinder, kleine Arme um jüngere Geschwister geschlungen, die sich an dem festhalten, was von ihrer Familie übriggeblieben ist.

In Gaza gibt es keine Sicherheit, keine Stille, kein Innehalten. Es gibt nur Bewegung: fliehen, begraben, wieder fliehen. Bomben jagen sie durch das Gebiet. Panzer pirschen sich in Gassen an sie heran. Drohnen summen über ihnen, beobachten sie und warten darauf, zuzuschlagen.

Wir haben ihre Gesichter gesehen. Einige sind mit Asche bedeckt, zu betäubt, um zu weinen; andere schreien Namen in den Staub - Namen, die nicht mehr antworten. Kinder wandern ganz allein von einem Grab zum nächsten. Viele haben nicht einmal mehr Namen, sondern nur noch Markierungen - eine Nummer, ein mit Kugelschreiber auf den Arm gekritzelt Schild, damit im Falle ihres Todes jemand weiß, wer sie waren.

Und trotzdem werden sie gejagt.

Anfang dieses Monats, noch bevor die Sonne aufging, wurden fast 200 Kinder durch ein koordiniertes Sperrfeuer israelischer Angriffe getötet. Dies geschah nicht im Kampf und auch nicht aus Versehen. Sie starben in Häusern, in Zelten, im Schlaf; eingewickelt in Decken, unter Decken, die wie ein zweiter Himmel zusammenbrachen.

Als Israels Botschafterin im Vereinigten Königreich, Tzipi Hotovely auf das Massaker angesprochen wurde, zuckte sie nicht mit der Wimper. Es gab keine Entschuldigung, keine Bekundung des Bedauerns - nicht einmal das Wort "Kinder". Es gab nur das Standard-Skript über Hamas, menschliche Schutzschilde und Selbstverteidigung.

Strategie der Verschleierung

Innerhalb Israels war der Rahmen noch kälter. Die Toten wurden als "eliminierte Terroristen" bezeichnet. Namen oder Alter wurden nicht genannt. Laut dem israelischen Journalisten Orly Noy "haben die Medien die Behauptung aufgestellt, dass es in Gaza keine Unschuldigen gibt".

Diese Sprache ist zur Routine geworden, "mobilisiert, damit [Premierminister] Benjamin Netanjahu und die Armee den Völkermord weiter durchführen können". Das ist kein Fehler in der Berichterstattung. Es ist eine Strategie der Verschleierung.

Aber die Welt sah es und zählte eine winzige Leiche nach der anderen. Seit Oktober 2023 wurden im Gazastreifen mehr als 18.000 Kinder getötet, und man geht davon aus, dass noch viele weitere unter den Trümmern liegen.

Das sind keine Unfälle. Das ist die Strategie.

Hungersnot ist die zweite Belagerung. Vor einem Jahr meldete Unicef, dass im nördlichen Gazastreifen etwa eines von drei Kindern unter zwei Jahren akut unterernährt war – "eine erschütternde Eskalation" im Vergleich zu den Vormonaten. In Khan Younis hungerten 28 Prozent der Kinder, und mehr als 10 Prozent waren vom Tod durch Auszehrung bedroht. Ihre Bäuche schwellen an, ihre Gliedmaßen schrumpfen. Der Hunger zerrt an ihnen, während die Staats- und Regierungschefs der Welt über "Hilfskorridore" diskutieren.

Wenn sie krank werden, gibt es keine Krankenhäuser, keine Medikamente und kein sauberes Wasser. Die Kinder im Gazastreifen werden nicht nur bombardiert, sondern auch ausgehungert, infiziert und unbehandelt gelassen.

Einem im letzten Jahr veröffentlichten Lancet-Artikel zufolge gab es eine Toilette für 220 Menschen und eine Dusche für 4.500 Menschen. Krankheiten sind die neue Waffe, mit Hunderttausenden von akuten Atemwegsinfektionen und Durchfallerkrankungen bei Kindern unter fünf Jahren.

Diejenigen, die die Bomben und den Hunger überleben, verlieren oft ihre Gliedmaßen. Täglich werden etwa 10 Kinder amputiert. In abgedunkelten Räumen ohne Anästhesie schneiden die Chirurgen mit Taschenlampenlicht durch ihr Fleisch.

Der Gazastreifen hat jetzt die höchste Zahl an amputierten Kindern pro Kopf der Bevölkerung in der Welt.

Was für ein Krieg bringt eine Generation von Kindern ohne Beine hervor? Was für ein Staat führt diesen Krieg und nennt ihn Selbstverteidigung?

In den Krankenhäusern des Gazastreifens gibt es jetzt einen Begriff: WCNSF - "verwundetes Kind, keine überlebende Familie". Das ist auf Tafeln gekritzelt. Das sind die Waisenkinder, die aus den Trümmern geborgen wurden - verbrannt, blutverschmiert und allein, mit niemandem mehr, der ihre Namen ausspricht.

Darstellung palästinensischer Kinder als Bedrohung, nicht als Opfer

Während die Kinder in Gaza begraben oder gebrochen werden, werden sie im besetzten Westjordanland gefesselt und zum Schweigen gebracht. Jedes Jahr werden zwischen 500 und 700 palästinensische Kinder - manche erst 12 Jahre alt - verhaftet und vor israelischen Militärgerichten angeklagt. Die häufigste Anklage ist Steinewerfen.

Viele werden nachts aus ihren Häusern gezerrt, mit verbundenen Augen und gefesselt. Sie werden ohne Vorwarnung entführt und ohne Eltern oder Anwälte

verhört. Sie werden geschlagen, bedroht und gezwungen, Geständnisse zu unterschreiben - oft auf Hebräisch, einer Sprache, die sie nicht verstehen. Der 14-jährige Muin Ghassan Fahed Salahat ist seit letztem Monat [der jüngste Palästinenser](#) der ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in [Verwaltungshaft](#) gehalten wird. Aufgrund von geheimen Beweisen, die weder er noch sein Anwalt einsehen können, kann seine Haft auf unbestimmte Zeit verlängert werden. [Video!](#)

Das ist keine Ausnahme. Es ist die Regel. Allein seit Beginn der zweiten Intifada bis 2015 wurden [mehr als 13.000 palästinensische Kinder](#) von israelischen Streitkräften verhaftet.

Tausende weitere werden getötet. Nach Angaben von Defence for Children International-Palestine wurden zwischen der Zweiten Intifada und Mitte 2024 mindestens [2 427 palästinensische Kinder](#) von israelischen Streitkräften getötet, ohne die nach dem 7. Oktober 2023 in Gaza getöteten Kinder. Die Tötungen erstrecken sich über Jahrzehnte an Kontrollpunkten, in Flüchtlingslagern und Städte. Das Ausmaß der Gewalt kann nicht als Kollateralschaden abgetan werden. Es ist Politik: wiederholt, institutionalisiert und verfeinert.

Die Grausamkeit geht über die Gewalt hinaus. Sie infiziert die Sprache.

Ende 2023 wurden bei einem Geiselaustausch israelische Gefangene gegen palästinensische Gefangene ausgetauscht, viele von ihnen minderjährig. Aber die BBC und sogar der Guardian nannten sie zunächst nicht "Kinder". Stattdessen wurden sie als "Teenager" oder "Menschen im Alter von 18 Jahren und jünger" bezeichnet. Solche absichtlichen Euphemismen spiegeln eine stille Auslöschung wider: Nimm ihnen die Kindheit, und du nimmst ihnen die Sympathie. Nimm ihnen die Unschuld, und ihre Käfige brauchen keine Schlüssel.

Das ist keine rhetorische Unachtsamkeit. Es ist Teil einer ideologischen Strategie, palästinensische Kinder als Bedrohung und nicht als Opfer darzustellen. Wenn sie keine Kinder sind, ist es kein Verbrechen, sie zu töten, und es ist nicht nötig, um sie zu trauern.

Jahrzehntelange Auslöschung

Diese Auslöschung hat nicht erst gestern begonnen. Sie ist Jahrzehnte alt.

Während der ersten Intifada (1987-93) erhoben sich Kinder mit Steinen in den Händen. Die israelische Antwort war die Doktrin der stumpfen Gewalt. Yitzhak [Rabin](#), der damalige Verteidigungsminister, befahl den Soldaten, "ihnen die Knochen zu brechen" - und das taten sie auch. Das Filmmaterial zeigt, wie Kinder festgehalten werden, deren Arme mit Steinen in den [Händen](#) der Soldaten zerschmettert werden. Das war kein Chaos. Es war Befehl.

Dieselbe Logik lebt weiter – nicht mehr mit Stöcken, sondern mit Raketen und [weißem Phosphor](#). Aus dem Knochenbrechen ist eine Massenamputation gewor-

den. Das Ziel ist dasselbe: die Zukunft zu verkrüppeln. Eines der deutlichsten Symbole für dieses Erbe ist der Tod von [Muhammad al-Durrah](#). Im Jahr 2000, zu Beginn der Zweiten Intifada, kauerte der 12-Jährige neben seinem Vater hinter einem Fass südlich von Gaza-Stadt. Sein Vater schützte ihn mit seinem Körper, doch der Junge wurde mehrfach von israelischem Gewehrfeuer getroffen. Er starb in den Armen seines Vaters. Der Moment wurde gefilmt, und die Welt sah zu. Israel [leugnete](#), verdrehte, beschuldigte. Aber die Wahrheit blieb bestehen: ein Kind wurde hingerichtet, während die Welt zusah.

Dann kam [Faris Odeh](#). Im Alter von nur 14 Jahren stand er allein vor einem israelischen Panzer, einen Stein in der Hand, den Körper trotzig gekrümmt. Tage später wurde er in der Nähe des Karni-Übergangs im Gazastreifen durch einen Schuss in den Nacken getötet. Das Foto eines Jungen, der sich mit erhobenem Stein in der Hand der Armee entgegenstellt, hat sich in das Gedächtnis der Palästinenser eingebrannt. Sie haben ihn getötet, aber sein Bild lebt weiter.

In der Tat ist die gezielte Tötung von Kindern seit langem israelische Doktrin, vom [Massaker in Deir Yassin](#) 1948 über den Bombenanschlag auf eine [ägyptische Schule](#) in Bahr al-Baqar 1970 bis hin zum [Angriff im libanesischen Qana 2006](#), bei dem Dutzende getötet wurden.

Krieg gegen die Fortexistenz des palästinensischen Volkes

Selbst in Momenten vermeintlicher Ruhe geht das Töten weiter. 2015 legten israelische Siedler einen Brandanschlag auf das [Haus der Familie Dawabsheh](#) im besetzten Westjordanland. Der achtzehn Monate alte Ali wurde lebendig verbrannt. Später tanzten Israelis auf einer Hochzeit und [zerstachen zur Feier ein Foto](#) des toten Babys.

Heute sprechen israelische Politiker und Rabbiner von palästinensischen Kindern [als Feinden](#). Ein Rabbiner rief dazu auf, sie [ohne zu zögern](#) zu töten. Ein Mitglied der Knesset [erklärte](#), jedes in Gaza geborene Kind sei "bereits ein Terrorist". Netanjahu berief sich auf die biblische Erzählung von Amalek, um den Massentod - einschließlich der Tötung von Kindern – als göttliche [Pflicht](#) darzustellen.

Ein Beamter des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes [äußerte](#) sich zur Situation in Gaza: "Der ungeheuerliche Tod von Kindern ist fast einmalig in der Geschichte... Das sind extrem schwere Verletzungen, die wir nicht oft sehen." Aber die Welt hat gesehen, dass sich die kleinen Leichen immer noch aufürmen. Dies ist nicht nur ein Völkermord in Zahlen. Es ist ein Völkermord in der Absicht. Und er endet nicht mit dem Töten und Verstümmeln; er reicht tiefer, bis ins Gedächtnis und in die Phantasie. Diejenigen, die überleben, sind ihrer Kindheit beraubt, ihre Schulen liegen in Schutt und Asche, ihre Lehrer sind unter Kreidetafeln begraben. [Mehr als 80 Prozent](#) der Schulen in Gaza wurden beschädigt oder zerstört. Sogar Spielplätze wurden dem Erdboden gleichgemacht - zu Schrott

verbogene Schaukeln, von Raketen zertrümmerte Fußballplätze.

Palästinensische Kinder werden ihrer Zukunft, ihres Körpers, ihrer Familie – ihrer Fähigkeit zu träumen – beraubt. Und doch halten sie durch. In den Ruinen sehen wir sie: Jungen, die in Stoff eingewickelte Bälle durch den Staub kicken, Mädchen, die in Zelten Haare flechten, Kinder, die Häuser zeichnen, die es nicht mehr gibt. Sie bauen Spielzeughäuser aus verbogenem Metall. Sie lächeln durch Tränen hindurch. Sie spielen unter Geistern. Sie sind verstümmelt, traumatisiert und werden von den Erinnerungen an Klassenkameraden, die nun begraben sind, in den Schlaf gewiegt.

Und doch machen sie weiter, denn Palästinenser lieben das Leben – heftig, trotzig. Sie klammern sich daran, durch Rauch, durch Trümmer, durch jeden Versuch, sie auszulöschen.

Wir sind Zeugen eines Krieges gegen Kinder, gegen Fortexistenz. Sein Ziel ist nicht nur die Beherrschung, sondern die Auslöschung.

Golda Meir – in der Ukraine geboren, einst Inhaberin eines palästinensischen Passes und später Israels Premierministerin - gab ihren Kolonialistenkollegen

einst diese [Zusicherung](#) mit auf den Weg: "Die Alten werden sterben, und die Jungen werden vergessen." Aber sie haben nicht vergessen. Die Alten starben, aber nicht bevor sie die Namen der Dörfer, die Geschichten der Bäume, die Schlüssel zu verschlossenen Türen und die Landkarten weitergegeben hatten, die sich in ihr Gedächtnis eingebrannt hatten. Die Jungen haben all das geerbt: die Liebe zum Land und das Recht, zurückzukehren. Und dafür müssen sie beseitigt werden. In den Augen Israels sind sie die größte Bedrohung. Denn so lange es Kinder gibt, geht die Geschichte weiter. Solange es Kinder gibt, lebt Palästina.

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten gehören der Autorin und spiegeln nicht unbedingt die redaktionelle Politik des Middle East Eye wider.

Soumaya Ghannoushi ist eine britische tunesische Schriftstellerin und Expertin für die Politik des Nahen Ostens. Ihre journalistischen Arbeiten sind in The Guardian, The Independent, Corriere della Sera, aljazeera.net und Al Quds erschienen. Eine Auswahl ihrer Schriften ist zu finden unter: soumayaghannoushi.com und sie twittert "SMGhannoushi".

Quelle: [MIDDLE EAST EYE](#)

Übersetzung mit Hilfe von Deepl durch K&T

Loaay Wattad

In Erinnerung an den Künstler Dorgham Qreaiqea, der den Kindern in Gaza Lebensfreude schenkte

18. April 2025 - Dorgham Qreaiqea leitete Film-, Theater- und Malereiprojekte mit einem unerschütterlichen Glauben an die Kraft der Kunst, den Krieg zu überwinden. Ein israelischer Luftangriff tötete ihn.



In diesem Land, in dem der Himmel Feuer regnet und die Zukunft von Rauch und Trümmern verdeckt ist, pflanzte Dorgham Qreaiqea Samen der Hoffnung. Der 1997 geborene Dorgham war ein palästinensischer Künstler, der von vielen in Gaza gekannt und geliebt wurde.

Durch Theater, Kino, Malerei und Gesang zauberte er den vertriebenen Palästinensern - vor allem Kindern - während des Völkermords ein Lächeln ins Gesicht. Doch Dorgham war nicht nur ein Maler, Filmemacher oder Theaterregisseur: Mit seiner bescheidenen Präsenz und seiner sanften Stimme gab er Kindern, denen

der Krieg die Kindheit geraubt hatte, die Chance, wieder zu träumen, und die Hoffnung, dass diese Träume eines Tages Wirklichkeit werden würden.

Dorgham war ein wichtiger Teil des Banafsaj-Projekts am Tamer Institute for Community Education, einer gemeinnützigen Einrichtung, die 1989 gegründet wurde, um palästinensischen Kindern den Zugang zu Büchern, Theater und anderer kultureller Bildung zu erleichtern. Banafsaj (die Farbe Lila auf Arabisch) ist ein von Jugendlichen geleitetes Team für bildende Kunst, das junge Menschen zusammenbringt, um Kunst, Malerei, Fotografie, Design und Bildhauerei als Formen des kreativen Ausdrucks und des gegenseitigen Lernens zu erkunden.

Auszug aus: <https://www.972mag.com/dorgham-qreaiqea-artist-gaza/>; Übersetzung: SiG-Redaktion

Verein Solidarität Frankreich-Palästina

Alle palästinensischen politischen Gefangenen müssen freigelassen werden

21.01.2025 – Das Abkommen über den vorübergehenden Waffenstillstand vom Sonntag, dem 19. Januar, beinhaltet die Freilassung der israelischen Geiseln und mehrerer hundert palästinensischer politischer Gefangener in mehreren Phasen.

Die erste, sechswöchige Phase umfasst die schrittweise Freilassung von 33 Israelis und 1737 Palästinensern, darunter 1000 aus Gaza. Dies führte am Sonntag (19.) zur Freilassung von drei israelischen Geiseln und 90 palästinensischen Gefangenen – 69 Frauen und 21 Kinder - aus dem besetzten Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem.

Die meisten der freigelassenen Frauen sind Studentinnen, aber auch Professorinnen, Anwältinnen, Journalistinnen, Rettungsanwältinnen und Aktivistinnen. Unter ihnen ist auch die Feministin und Parlamentsabgeordnete Khalida Jarrar, bereits zum fünften Mal inhaftiert; sie wurde im Dezember 2023 festgenommen und in Verwaltungshaft genommen und befand sich sechs Monate lang in Isolationshaft. Mehrere von ihnen waren bereits im Rahmen des Abkommens vom November 2023 freigelassen und seitdem wieder festgenommen worden.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel mehr als 12.000 Palästinenser/innen in Gaza und im Westjordanland (einschließlich Ost-Jerusalem) in Voraussicht auf den Austausch festgenommen.

Am 7. Januar befanden sich 10.400 Gefangene in israelischen Gefängnissen, darunter 3476 in Administrativhaft (ohne Gerichtsverfahren oder Bekanntgabe von Anklagepunkten), 320 Kinder und 88 Frauen. Diese Zahlen berücksichtigen nicht die Tausenden verhafteten Gazaer, die immer noch in israelischen Militärlagern festgehalten werden. Die Zahl derjenigen, die verschwunden oder gestorben sind, ist nicht bekannt.

Die Umstände der Verhaftungen und die Haftbedingungen sind unmenschlich und erniedrigend, wenn nicht sogar kriminell. Bei ihrer Freilassung berichten alle, dass sie Gewalt, Folter, sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen und Erniedrigungen gesehen oder erlitten haben und dass es ihnen an Hygiene, angemessener Nahrung und angemessener Pflege mangelte. Gefangene werden für einen Zeitraum von bis zu mehreren Monaten in Einzelhaft gehalten. Viele Gefangene haben sich mit Krätze angesteckt.

Seit dem 7. Oktober 2023 sind sechshundertfünfzig Gefangene in israelischen Gefängnissen gestorben. Es sei daran erinnert, dass Israel die Leichen von Häftlingen nicht vor dem vorgesehenen Ende ihrer Haft zurückgibt.



Ebenso hält es die Leichen von Menschen zurück, die es bei seinen Überfällen auf besetztes palästinensisches Gebiet ermordet.

Die Videos der ersten Freilassungen veranschaulichen, was der israelische Staat Gefangenen antut, und ihre Aussagen sind erschütternd.

Die Inhaftierung von Männern, Frauen und Kindern ist systemisch und erfolgt in völliger Willkür. **Die Politik der Inhaftie-**

rung des palästinensischen Volkes von der Festnahme bis zur Freilassung verstößt gegen das internationale Menschenrecht und das humanitäre Kriegsrecht. Sie ist ein Instrument der Unterdrückung, Entmenschlichung und Schikanierung, das ein ganzes Volk in ständiger Unsicherheit hält.

Sie ist ein Werkzeug der israelischen Besatzung, Kolonisierung und Apartheid.

All diese Frauen, Kinder und Männer, die noch inhaftiert sind, müssen freigelassen werden.

Im besetzten Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, setzt der israelische Staat seine Verhaftungen und Übergriffe in israelischen Gefängnissen fort. Dieser Politik muss ein Ende gesetzt werden!

Seit der Freilassung der 90 Gefangenen sind bereits mindestens ebenso viele verhaftet worden, 64 davon bei einer nächtlichen Razzia im Dorf Azzun im Westjordanland.

Die Staaten müssen die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um Israel dazu zu zwingen, die Rechtsverletzungen einzustellen. Sie verfügen über die entsprechenden Druckmittel.

Frankreich sowie die anderen EU-Staaten müssen insbesondere das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel aussetzen, das eine solche Maßnahme im Falle der Missachtung von Menschenrechten vorsieht.

Wer kann behaupten, dass der israelische Staat die Menschenrechte achtet?

<https://www.france-palestine.org/Prisonnier-es-politiques-palestiniens-es-ils-et-elles-doivent-tous-tes-etre>

Übersetzung: SiG-Redaktion

S. auch: <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-269-gaza-strip>

**Gegensätzliche Realitäten:
Die Behandlung von israelischen
und palästinensischen Gefangenen**
<https://www.palaestina.ch/de>

Aseel Saleh

"Ein Mensch schreibt Geschichte, und die Geschichte baut auf den Positionen auf, die er einnimmt" - Dr. Abu Safiya spricht aus dem Gefängnis

13. März 2025 - Obwohl Dr. Hussam Abu Safiya 13 Tage lang verhört und brutal gefoltert und misshandelt wurde, hat er seine Moral aufrecht erhalten, bestätigte ein palästinensischer Anwalt.



Szenen der israelischen Belagerung des Kamal Adwan Krankenhauses.

Links das letzte Foto von Dr. Hussam Abu Safiya, wie er auf israelische Panzer zugeht.

Rechts: Die IOF zwang das medizinische Personal und die Patienten, das Krankenhaus zu räumen.

Foto: Screenshots

Obwohl er 13 Tage lang verhört, brutal gefoltert und misshandelt wurde, bestätigte ein palästinensischer Anwalt, dass Dr. Hussam Abu Safiya seine Moral aufrecht gehalten hat.

Nach über zwei Monaten Haft in israelischen Gefängnissen sind neue Informationen über Dr. Hussam Abu Safiya, den Direktor des Kamal Adwan Krankenhauses in Gaza, bekannt geworden. Nach Angaben des palästinensischen Anwalts, der Dr. Abu Safiya in der vergangenen Woche besuchte, hat er lange Zeit anhaltende Verhöre und Folter sowie mehrere Gefängnisverlegungen durchlaufen.

Dr. Abu Safiya wurde inmitten einer brutalen Belagerung des Kamal Adwan Krankenhauses durch die israelischen Streitkräfte verhaftet, die am 27. Dezember ihren Höhepunkt erreichte, als die israelischen Besatzungstruppen das Kamal Adwan Krankenhaus in Brand setzten. Die IOF forderte außerdem 350 Personen, darunter 75 Patienten und ihre Begleitpersonen sowie 185 medizinische Mitarbeiter auf, das Krankenhaus zu verlassen.

In den Monaten zuvor hatte Dr. Abu Safiya seine eigene Social-Media-Seite genutzt und Interviews in lokalen und westlichen Medien gegeben, um ständig über

die israelische Belagerung des Krankenhauses zu berichten und internationale Institutionen aufzufordern, Maßnahmen zu ergreifen, um die israelischen Angriffe zu beenden. Er wurde zu einem sichtbaren Sprecher für die Menschen im Gazastreifen während des Völkermords und insbesondere für die Beschäftigten im Gesundheitswesen, die in ihrem Kampf, das Gesundheitssystem inmitten der israelischen Blockade und gezielter Angriffe am Laufen zu halten, unverhältnismäßig viel Gewalt ausgesetzt waren.

Während Medienberichte kursierten, die darauf hindeuteten, dass Dr. Abu Safiya in der letzten Phase des ersten Abschnitts des Abkommens zwischen der Hamas und Israel über den Austausch von Gefangenen Ende Februar freigelassen werde, hält Israel den Krankenhausdirektor trotz der massiven internationalen Kampagne für seine Freilassung weiterhin gefangen.

Abu Safiyas Misshandlung und Isolationshaft in israelischer Haft

Vor dem Treffen mit Qassem am Donnerstag, dem 6. März, durfte Abu Safiya während seiner über zwei-monatigen Haft nur einmal einen Anwalt sehen. Während seiner Inhaftierung verbrachte er einige Wochen

in Einzelhaft in Israels berüchtigtem Gefangenenlager Sde Teiman, das er als "Schlachthaus" bezeichnete. Dr. Hussam berichtete, dass er in Sde Teiman "gewaltsam entkleidet, an den Händen gefesselt und von den israelischen Streitkräften gezwungen wurde, etwa fünf Stunden lang auf scharfem Kies zu sitzen."

Darüber hinaus war er "schweren körperlichen Misshandlungen ausgesetzt, darunter Schläge mit Schlagstöcken und Elektroschockstöcken sowie wiederholte Schläge auf die Brust."

Der palästinensische Arzt wurde später in das Ofer Gefängnis im besetzten Westjordanland verlegt, wo er 25 Tage lang in Einzelhaft saß. Anschließend wurde er mit anderen Gefangenen aus dem Gazastreifen in Abteilung 24 verlegt.

Qassem stellte klar, dass Abteilung 24 neben Abteilung 23 für Gefangene aus dem Gazastreifen vorgesehen ist, um sie von anderen palästinensischen Gefangenen aus dem Westjordanland und den 1948 von Israel besetzten Gebieten zu isolieren.

Schreckliche Berichte aus dem "Schlachthaus"

Auf der Grundlage der Berichte von Abu Safiya und anderen Gefangenen, die er getroffen hat, beschrieb Qassem die Bedingungen in Sde Teiman mit den Worten: "Wenn wir über dieses Gefängnis sprechen, ist es in jeder Hinsicht ein Schlachthaus. Die Folterungen, die Verstöße und der Hunger sind beispiellos."

Der Anwalt lieferte weitere Einzelheiten über die Grausamkeiten, die an palästinensischen Gefangenen in der berüchtigten Haftanstalt begangen wurden, darunter die zehnmönatige Fesselung von Gefangenen, die Verweigerung der medizinischen Versorgung von Amputierten, das Fesseln älterer Gefangener und das Verbinden ihrer Augen.

Darüber hinaus berichteten die Gefangenen, wie sie bei eisigen Temperaturen in Freiluftkäfigen ausharren, wo sie ständig Wind und Regen ausgesetzt sind, auf dem Boden sitzen müssen und daran gehindert werden, zu sprechen, zu beten oder den Koran zu lesen. Was die psychologische Folter betrifft, so wurde Qassem mitgeteilt, dass der "israelische Geheimdienst den Gefangenen in Sde Teiman oft erzählt, dass ihre gesamten Familien getötet wurden, ob dies nun stimmt oder nicht." "Solche Taktiken hinterlassen tiefe psychologische Narben", sagte er.

Israel stellte Abu Safiya unter den Status eines "ungesetzlichen Kämpfers"

Am 12. Februar ordnete der Leiter des Südkommandos der IOF, Yaron Finkelman, an, Abu Safiya nach dem Gesetz über "ungesetzliche Kämpfer" zu inhaftieren, anstatt ein übliches Gerichtsverfahren durchzuführen, so das palästinensische Al-Mezan-Center for Human Rights.

Qassem erklärte, die israelischen Behörden hätten Abu Safiya als "ungesetzlichen Kämpfer" eingestuft, da sie keine Beweise gegen ihn finden konnten, nachdem sie ihn 45 Tage lang verhört hatten.

Mit dieser Einstufung beraubten sie Abu Safiya seiner grundlegenden Rechte, einschließlich eines Rechtsbeistands oder einer formellen Anklage, und rechtfertigten die wiederholte Verlängerung seiner Inhaftierung ohne Anklage.

Längere aufeinanderfolgende Verhöre und brutale Folter

Die Aussagen des palästinensischen Anwalts ergaben, dass Abu Safiya an 13 aufeinanderfolgenden Tagen langwierigen Verhören ausgesetzt war, die jeweils etwa 8 bis 10 Stunden dauerten. Abu Safiya wurde außerdem gefoltert und geschlagen sowie verbal und psychologisch misshandelt.

Qassem verwies auf den erzwungenen Medienauftritt von Abu Safiya in einem Interview, das der israelische Fernsehsender Channel 13 Ende Februar ausstrahlte, als Beweis für die psychische Misshandlung, der Abu Safiya ausgesetzt war.

Der Anwalt wies darauf hin, dass Abu Safiya nicht wusste, dass das Interview aufgezeichnet würde. "Er wurde von den Filmaufnahmen überrascht. Er wurde nicht informiert, und nach dem Interview wurde er isoliert, gedemütigt, geschlagen und gefoltert", sagte er. Für viele war es das Ziel der israelischen Besatzungsbehörden, Abu Safiya und seine Unterstützer in aller Welt zu demoralisieren, indem sie ihn erschöpft und gefesselt filmten. Dennoch bestätigte Qassem die Standhaftigkeit, die Abu Safiya bewies. Unerschüttert von der groben unmenschlichen Behandlung und Folter, die er erleiden musste, sagte der unverwundliche palästinensische Arzt zu Qassem: "Ein Mensch schreibt Geschichte, und die Geschichte baut auf den Positionen auf, die er einnimmt. Diese Geschichte muss aufgezeichnet und an andere weiter gegeben werden."

Quelle : ["A person creates history, and history is built upon the stands one takes": Dr. Abu Safiya says from prison : Peoples Dispatch](#)

Übersetzung: SiG-Redaktion

S. auch: <https://www.saba.ye/fr/news3449175.htm>

S.auch: Peoples Dispatch (Dez.24): [Die Belagerung des Kamal Adwan Krankenhauses: Als Israel ein Krankenhaus, sein Personal und seine Patienten zu militärischen Zielen machte](#)

[The Palestinian Prisoners' Movement: the struggle behind bars- peopledispatch](#), Nov.2024

Amnesty International:
[Unterschriftensammlung zur sofortigen Freilassung von Dr. Hussam Abu Safiya](#)

UN-Menschenrechtsrat "Mehr als ein Mensch ertragen kann"

Israels systematische Anwendung von sexueller, reproduktiver und anderer Formen geschlechtsspezifischer Gewalt seit Oktober 2023

Pressemitteilung - GENF , 11. März 2025

Israel setzt seit langem und zunehmend sexuelle, reproduktive und andere Formen geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Palästinenserinnen und Palästinenser als Teil eines umfassenderen Versuchs ein, ihr Recht auf Selbstbestimmung zu untergraben, und begeht Völkermord durch die systematische Zerstörung von Einrichtungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsfürsorge. Dies geht aus einem neuen Bericht hervor, der heute von der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete, einschließlich Ost-Jerusalem, und Israel veröffentlicht wurde. Der Bericht dokumentiert ein breites Spektrum von Gewalttaten gegen palästinensische Frauen, Männer, Mädchen und Jungen in den besetzten palästinensischen Gebieten seit dem 7. Oktober 2023, die ein wesentliches Element der Misshandlung von Palästinenserinnen und Palästinensern darstellen und Teil der rechtswidrigen Besetzung und Verfolgung der Palästinenser als Gruppe sind.

"Die von der Kommission gesammelten Beweise zeigen eine beklagenswerte Zunahme von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt", sagte Navi Pillay, Vorsitzende der Kommission. "Es gibt keinen anderen Schluss, als dass Israel sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Palästinenser einsetzt, um sie zu terrorisieren und ein System der Unterdrückung aufrechtzuerhalten, das ihr Recht auf Selbstbestimmung untergräbt."

Die Veröffentlichung des Berichts wurde von öffentlichen Anhörungen an zwei Tagen begleitet, die am 11. und 12. März in Genf stattfanden. Dabei hörte die Kommission Opfer und Zeugen sexueller und reproduktiver Gewalt, medizinisches Personal, das sie unterstützte, sowie Vertreter der Zivilgesellschaft, Akademiker, Anwälte und medizinische Experten.

Der Bericht stellt fest, dass sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt - die in Häufigkeit und Schwere zugenommen hat - in den besetzten palästinensischen Gebieten als Kriegsstrategie Israels zur Unterdrückung und Vernichtung des palästinensischen Volkes verübt wird.

Bestimmte Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt - wie erzwungene öffentliche Entkleidung und Nacktheit, sexuelle Belästigung einschließlich der Androhung von Vergewaltigung sowie sexuelle Übergriffe - sind Teil der Standardverfahren der israelischen Sicherheitskräfte gegenüber Palästinensern.

Andere Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich Vergewaltigung und Gewalt an den Genitalien, wurden entweder auf ausdrücklichen Befehl oder mit stillschweigender Ermutigung durch die oberste zivile und militärische Führung Israels begangen, so der Bericht.

Ein Klima der Straflosigkeit herrscht auch bei sexuellen und geschlechtsspezifischen Straftaten, die von israelischen Siedlern im Westjordanland begangen werden, um die palästinensische Gemeinschaft in Angst und Schrecken zu versetzen und sie zu vertreiben.

"Die entschuldigenden Erklärungen und Handlungen der israelischen Führung und die mangelnde Bereitschaft der Militärjustiz, Fälle zu verfolgen und Täter zu verurteilen, senden eine klare Botschaft an die Mitglieder der israelischen Sicherheitskräfte, dass sie weiterhin solche Taten begehen können, ohne Angst haben zu müssen, zur Rechenschaft gezogen zu werden", sagte Pillay. "In diesem Zusammenhang ist die Strafverfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof und die nationalen Gerichte, sei es auf der Grundlage ihres innerstaatlichen Rechts oder der Ausübung der universellen Gerichtsbarkeit, von entscheidender Bedeutung, wenn die Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten und den Opfern Gerechtigkeit zuteil werden soll."

Die Kommission stellte fest, dass die israelischen Streitkräfte systematisch Einrichtungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung im gesamten Gazastreifen zerstört haben. Gleichzeitig haben sie eine Belagerung verhängt und humanitäre Hilfe verhindert, einschließlich der Bereitstellung der notwendigen Medikamente und Ausrüstung, um sichere Schwangerschaften, Entbindungen und die Versorgung von Müttern und Neugeborenen zu gewährleisten. Diese Handlungen verletzen die reproduktiven Rechte und die Autonomie von Frauen und Mädchen sowie ihr Recht auf Leben, Gesundheit, Familiengründung, Menschenwürde, körperliche und geistige Unversehrtheit, Freiheit von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung sowie auf Selbstbestimmung und den Grundsatz der Nichtdiskriminierung.

Frauen und Mädchen starben an Komplikationen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt, aufgrund der von den israelischen Behörden auferlegten Bedingungen, die den Zugang zu reproduktiver Gesundheitsfürsorge verweigerten - Handlungen, die dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkommen.

Die Kommission stellte fest, dass die israelischen Behörden die Fortpflanzungsfähigkeit der Palästinenser im Gazastreifen durch die systematische Zerstörung der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsfürsorge teilweise zerstört haben, was zwei Kategorien von völkermörderischen Handlungen im Sinne des Römischen Statuts und der Völkermordkonvention darstellt, darunter die vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen, die auf die physische Vernichtung der Palästinenser abzielen, und die Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten.

"Die gezielten Angriffe auf Einrichtungen der reproduktiven Gesundheitsfürsorge, darunter direkte Angriffe auf Entbindungsstationen und die wichtigste In-vitro-Fertilitätsklinik im Gazastreifen, in Verbindung mit dem Einsatz von Hunger als Kriegsmethode, haben sich auf alle Aspekte der Fortpflanzung ausgewirkt", sagte Kommissarin Pillay. "Diese Gewalttaten haben nicht nur schwere unmittelbare körperliche und seelische Schäden und Leiden bei Frauen und Mädchen verursacht, sondern auch irreversible langfristige Auswirkungen auf die psychische Gesundheit und die Reproduktions- und Fruchtbarkeitschancen der Palästinenser als Gruppe."

Die Kommission stellte fest, dass die Zahl der weiblichen Todesopfer im Gazastreifen zunimmt, was auf die beispiellose israelische Strategie zurückzuführen ist, gezielt Wohnhäuser anzugreifen und schwere Sprengstoffe in dicht besiedelten Gebieten einzusetzen. Die Kommission dokumentierte auch Fälle, in denen Frauen und Mädchen aller Altersgruppen, darun-

ter auch Wöchnerinnen, zur Zielscheibe wurden - Handlungen, die den Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit und das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Tötung erfüllen.

Der ausführliche Bericht der Kommission kann [hier](#) eingesehen werden.

Die Ergebnisse der Kommission über sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, die vom militärischen Flügel der Hamas und anderen bewaffneten palästinensischen Gruppen am 7. Oktober 2023 verübt wurde, finden Sie [hier](#).

Hintergrund: Der [UN-Menschenrechtsrat](#) beauftragte die Kommission am 27. Mai 2021, "in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, und in Israel alle mutmaßlichen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und alle mutmaßlichen Verstöße und Missbräuche gegen die internationalen Menschenrechtsnormen bis zum und seit dem 13. April 2021 zu untersuchen".

In der [Resolution A/HRC/RES/S-30/1](#) wird die Untersuchungskommission ferner aufgefordert, "alle tieferen Ursachen für die wiederkehrenden Spannungen, die Instabilität und die Verlängerung des Konflikts zu untersuchen, einschließlich der systematischen Diskriminierung und Unterdrückung aufgrund der nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Identität". Die Untersuchungskommission wurde beauftragt, dem Menschenrechtsrat und der Generalversammlung jährlich Bericht zu erstatten, und zwar ab Juni 2022 bzw. September 2022.

Presseerklärung: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/03/more-human-can-bear-israels-systematic-use-sexual-reproductive-and-other>

Übersetzung: SiG-Redaktion

S.dazu auch: <https://www.middleeasteye.net/news/war-against-women-israel-committed-genocidal-acts-through-systematic-targeting-womens>

Frauen in Gaza haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung für Mütter, während die Hilfsblockade in die vierte Woche geht

Bericht von United Populations Fund (UNFPA), 25. März (!) 2025

„54 Ultraschallgeräte zur Überwachung der Gesundheit von Föten, neun Brutkästen, in denen Frühgeborene und Neugeborene mit geringem Geburtsgewicht am Leben erhalten werden, und 350 Hebammenkits, die es den Hebammen in den Gemeinden ermöglichen würden, sichere Entbindungen für mehr als 15 000 Frauen durchzuführen, stehen an der Grenze bereit. Laborreagenzien und Antibioti-

ka, Mittel zur Infektionsvorbeugung und -bekämpfung und andere grundlegende Dinge gehen nun zur Neige. Die Vorräte an Folsäure, Multivitaminen und anderen wichtigen Nahrungsergänzungsmitteln sind erschöpft, was das Risiko von Geburtsfehlern, Anämie und anderen schwangerschaftsbedingten Komplikationen erhöht. (...) Schwangere Frauen und Neugeborene im Gazastreifen leiden

überdurchschnittlich häufig an Komplikationen, die auf die weit verbreitete Unterernährung zurückzuführen sind, die durch die anhaltende Hilfsblockade noch verstärkt wird.

Rund 520 Babys – eines von fünf –, die seit der Verhängung der letzten Hilfsblockade am 2. März geboren wurden, benötigen medizinische Versorgung, die immer seltener zur Verfügung steht.“

Architektur ist eine Waffe, mit der Völkermord verübt wird

Siedlerkolonialismus in Palästina: Über die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung durch die israelische Armee. Ein Gespräch mit Eyal Weizman - Interview: Karim Natour

Eyal Weizman ist ein in Israel geborener britischer Architekt und Direktor der Forschungsagenturen Forensic Architecture in London sowie Forensis in Berlin.

Sie sind Architekt. Warum haben Sie im Februar in Berlin auf einem Podium mit der UN-Sonderbericht-erstatteerin für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, gesprochen?

Zunächst einmal: Ich habe mich nicht selbst eingeladen. Ich bin eng mit Francesca befreundet, und wir arbeiten oft zusammen. Die Forschungsorganisation Forensic Architecture, die ich leite, unterstützt das südafrikanische Anwaltsteam in Den Haag im Zusammenhang mit der Klage Südafrikas gegen Israel wegen Völkermordes. Bei der Veranstaltung im Februar wurde ich gebeten, eine evidenzbasierte juristische Analyse des israelischen Völkermordes in Gaza vorzutragen. Die UN-Sonderbericht-erstatteerin und ich sind beide starke Verfechter des Völkerrechts. Die Einhaltung des Völkerrechts sollte eigentlich ein Mainstream-Thema sein. In Deutschland hingegen werden wir als hasserfüllt oder radikal dargestellt, obwohl wir lediglich ein Ende der Gräueltaten, des aktuellen Völkermordes und der vorangegangenen Apartheid und Besatzung fordern.

Sie haben die Organisation Forensic Architecture erwähnt, die Sie 2010 in London gegründet haben. Was erforschen Sie, und wie gehen Sie dabei vor?

Es gibt eine Vorgeschichte zum 7. Oktober. Ich meine die Vertreibung und Entmenschlichung der Palästinenser, die Kolonialisierung des Landes, die seit Jahrzehnten andauert. Der Krieg, der nach dem 7. Oktober schnell in einen Völkermord ausartete, hat eine bedeutende räumliche Dimension – die Zerstörung der Umwelt ist einer der wichtigsten Gesichtspunkte für den Nachweis eines Völkermordes. Artikel II c) der UN-Völkermordkonvention besagt, dass die Schaffung von Lebensbedingungen, die zur Vernichtung eines Volkes führen, einen Genozid darstellt.

Können Sie das näher erläutern?

Zu diesen Lebensbedingungen gehören Gebäude, Krankenhäuser, Schulen und andere zivile Infrastruktur, die die Gesellschaft zusammenhält. Diese wurden im Gazastreifen systematisch dem Erdboden gleichgemacht. Dazu gehört auch die Zerstörung der Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit. Das gleiche gilt für das Gesundheitswesen, das systematisch angegriffen wurde. Der Einsatz von Architektur als Waffe – die Umgestaltung der Umwelt – ist zum Mittel des Völkermordes geworden. Die Verbrechen lassen sich also auch in der Architektur nachweisen.

Das israelische Vorgehen im dicht besiedelten Gazastreifen hat internationale Kritik auf sich gezogen. Wie untersuchen Sie die »Architektur als Waffe«, wie Sie es ausdrücken?

Meine Kollegin Nour Abuzaid, eine Palästinenserin aus dem Gazastreifen, hat mir zu Beginn des Krieges etwas

sehr Wichtiges gesagt: Wenn Menschen filmen und es hochladen, wollen sie, dass es angesehen wird. Es ist unsere Pflicht, nicht wegzuschauen. Bei Forensic Architecture schauen wir uns die Videos auch an, damit andere das nicht müssen – sie sind zu traumatisierend. Jedes Video ist ein Zeugnis der Menschen vor Ort. Wir suchen in den Zehntausenden von Schnipseln nach Mustern. Das ist also nicht derselbe Ansatz, den wir in Deutschland beim Anschlag in Hanau oder beim NSU verfolgt haben. In Gaza geht es nicht um die Frage, wer eine Straftat begangen hat – denn das ist offensichtlich. Uns interessiert, ob systematische Zusammenhänge zwischen verschiedenen Gräueltaten zu erkennen sind. Unsere Leitfrage lautet also: Ergibt sich ein Bild, das auf einen Völkermord hinausläuft?

Wie lautet Ihre Antwort?

Wir sehen, dass es Israel nicht um die Zerstörung eines bestimmten Gebietes geht, sondern um die vollständige Vernichtung von allem, was zum Leben notwendig ist. Ein weiteres Beispiel: Obstplantagen und Felder werden angegriffen, während gleichzeitig Hilfslieferungen ins Visier genommen werden – wie bei dem »Mehlmassaker« im Februar 2024. Wir haben inzwischen Dutzende von ähnlichen Vorfällen registriert. Die Zerstörung der Landwirtschaft verstärkt die Auswirkungen der ohnehin beschränkten Hilfen.

In einer *AI-Dschasira*-Dokumentation über die »Architektur der Besatzung« beschreiben Sie Architektur als »langsame Gewalt«. Was meinen Sie damit?

Meine Arbeit begann mit der Kartierung der israelischen Siedlungspolitik im Zusammenhang mit der Kolonisierung des Westjordanlands. Ich habe gezeigt, wie die israelischen Planer auf dem Reißbrett einen Raum geschaffen haben, der es der jüdischen Gemeinschaft ermöglicht, Land und Wasser zu bekommen und die besten Gebiete zu besiedeln. Um dies zu erreichen, müssen die palästinensischen Gebiete stetig schrumpfen. Die Bewohner werden Stück für Stück verdrängt. Seit Generationen werden palästinensische Städte, Dörfer, Felder und Landschaften systematisch zerstört, Menschen vertrieben und auf den Ruinen Siedlungen gebaut – ausschließlich für Juden. Die Geschichte wird durch architektonische Veränderungen sichtbar. Was wir in Gaza sehen, ist schlicht die Beschleunigung der schleichenden architektonischen Gewalt, die es schon immer gegeben hat.

Neben dem Krieg im Gazastreifen stehen also vor allem die Siedlungen im Westjordanland im Mittelpunkt Ihrer Analyse. Wie unterscheidet sich die Situation von dem Gebiet innerhalb der offiziellen israelischen Staatsgrenzen? (1)

In meinem ersten Buch habe ich mich auf die Geschichte der Architektur des israelischen Siedlerkolonialismus in Palästina konzentriert. Seit dem frühen 20. Jahrhundert, also noch vor der Staatsgründung, wurden zionisti-

sche Siedlungen mit Wehrtürmen und Mauern in von Palästinensern bewohnten Gebieten errichtet. Wo immer diese hoch aufragenden Siedlungen gebaut wurden, wurde das Gebiet um sie herum systematisch ethnisch gesäubert. Später, während der Nakba (Vertreibung der Palästinenser ab 1948, jW), ging die systematische Zerstörung von Städten und Dörfern Hand in Hand mit neuen Bauprojekten. Israelische Planer errichteten Kibbuzim auf gestohlenem palästinensischem Land, vor allem im Gazastreifen. Dies ist für die aktuelle Situation von Bedeutung: Die Siedlungen, die am 7. Oktober angegriffen wurden, sind praktisch die erste Verteidigungslinie der Belagerung des Gazastreifens. Es handelt sich um eine künstliche Struktur, eine Folge der Nakba. Davor war der Gazastreifen mit arabischen Städten wie Hebron (Al-Khalil, jW) und Beersheba verbunden. Nach dem Ende des Krieges 1948 blieb die ägyptische Armee entlang der Strecke zwischen Rafah und Gaza stationiert. Israel isolierte das Gebiet. Die Belagerung hat also nicht erst in den letzten zwei Jahrzehnten begonnen. Sie wurde ursprünglich von zivilen Kibbuzim und ihren Feldern errichtet, die die Grenze bildeten. Die sogenannte organische Mauer, die gebaut wurde, um über 200.000 palästinensische Geflüchtete einzusperren.

Unterscheidet sich die Architektur als Element der Kontrolle in Palästina/Israel von anderen kolonialen Situationen?

Jedes Kind ist anders, aber sie kommen aus der gleichen Familie. Wir analysieren zum Beispiel auch den deutschen Völkermord zu Beginn des 20. Jahrhunderts im heutigen Namibia. Die deutschen Siedlungen und die Art und Weise, wie die Umwelt in den Herero- und Nama-Gebieten verändert wurde, weisen Ähnlichkeiten zu Palästina auf. Die deutschen Kolonialherren versuchten damals, die vermeintliche Wüste in eine »blühende Landschaft« zu verwandeln. Das ist die gleiche »Lebensraumpolitik« wie beim Zionismus. So geht man vor, wenn man versucht, eine Bevölkerung durch eine andere zu ersetzen.

Sie sind israelischer Staatsbürger. Wie wird Ihre Arbeit in Ihrem Heimatland aufgenommen?

Ich war immer Teil des binationalen Widerstands gegen die israelische Apartheid. Es gab stets eine kleine antikonkoloniale Bewegung in Israel. Ich hatte und habe Freunde, sowohl jüdische als auch arabische, die gemeinsam für Gerechtigkeit und Freiheit in Palästina gekämpft haben. Palästina zu befreien bedeutet für mich auch, uns aus der Rolle der Unterdrückten zu befreien. Wissen Sie, ich tue diese Arbeit nicht aus Hass. Ich tue sie aus Liebe zu dem, was sein könnte.

Und was könnte das sein?

Ich glaube, dass ein gemeinsamer demokratischer Staat die einzige gerechte Lösung und in gewisser Weise sogar unvermeidlich ist. Gleiche Rechte für alle. Die Abschaffung der jüdisch-israelischen Vorherrschaft. Ich bin in Haifa geboren, meine Mutter in Deutschland, ihr Großvater in Polen. Aber weder Polen noch Deutschland sind meine Heimat. Ich bin ein Kind dieses Landes.

Werden Sie wegen Ihrer Arbeit angegriffen?

Es gibt viele Menschen, die sehr wütend darüber sind, was wir tun. Mehr werde ich dazu nicht sagen.

Quelle: <https://www.jungewelt.de/artikel/495989.gaza-architektur-ist-eine-waffe-mit-der-v%C3%B6lker-mord-ver%C3%BCbt-wird.html>

(1) SiG-Red: Israel hat keine offiziellen Staatsgrenzen. Was hier gemeint ist, ist die Anerkennung durch die PLO der Waffenstillstandslinie von 1949 als Grenzen des palästinensischen Staates, der von Israel abgelehnt wird.

Hintergrund: Zerstörung in Zahlen

Die israelische Kriegsführung im dicht besiedelten Gazastreifen seit dem 7. Oktober 2023 hat die Lebensbedingungen der knapp über zwei Millionen Einwohner fast vollständig zerstört.

Laut einem Bericht des *Time*-Magazines vom Februar 2025 sind seit Ausbruch des Krieges rund 90 Prozent der Bevölkerung vertrieben worden.

Mehr als 92 Prozent aller Wohneinheiten und nahezu alle Schulgebäude wurden beschädigt oder vollständig zerstört. Ebenso mehr als 84 Prozent der Gesundheitseinrichtungen.

Über 48.200 Palästinenser wurden bisher getötet – zwei Prozent der Vorkriegsbevölkerung – mindestens die Hälfte davon Minderjährige und Frauen. Eine Studie der medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* vom Januar 2025 geht davon aus, dass die offizielle Zahl der Todesfälle in den ersten neun Monaten des Krieges noch höher liegt. Die Autoren meinen, dass die Sterbezahlen bis Oktober 2024 die Marke von 70.000 überstiegen haben. Die Organisation Human Rights Watch erklärte, bis Ende August 2024 habe das israelische Militär mindestens 31 von 54 Wasserreservoirs zerstört. Zwischenzeitlich waren über 96 Prozent des Trinkwassers nicht zum Verzehr geeignet und nahezu die gesamte Bevölkerung war durch die Blockade von Hilfslieferungen und die Zerstörung von Feldern von Nahrungsunsicherheit betroffen. Eine Untersuchung des katarischen Senders *Al-Dschasira* ergab, dass Israel den hungernden Menschen im Gazastreifen systematisch Hilfe und Wasser verweigert hat. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) warnte vergangene Woche davor, dass durch die Abschaltung der wichtigsten Entsalzungs- und Wasseraufbereitungsanlage die Gefahr einer Überschwemmung mit Abwasser in zivilen Gebieten steigt. Anfang März 2025 hatte Israel den Strom für die Entsalzungsanlage im Süden des Gazastreifens abgeschaltet. Laut den Vereinten Nationen hat das Vorgehen der israelischen Armee seit Oktober 2023 rund 50 Millionen Tonnen Schutt und Trümmer hinterlassen.

Nach Angaben der palästinensischen Behörde für Umweltqualität wurden in dem Zeitraum über 85.000 Tonnen Bomben auf den Gazastreifen geworfen. Das entspricht etwa dem Dreifachen der Menge, die während des Zweiten Weltkriegs auf Dresden, Hamburg und London zusammen abgeworfen wurde. Dutzende Moscheen und ganze Straßenzüge wurden gesprengt. Die Kosten für einen Wiederaufbau werden aktuell auf rund 53 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Auch im Westjordanland wurde seit Ausbruch des Krieges zivile Infrastruktur gezielt angegriffen. In Städten wie Dschenin, Tulkarem und Nablus wurden Straßen, Wasserleitungen, Abwassersysteme und Wohnhäuser beschädigt oder vollständig zerstört. (kan)

Patricia Martinez Sastre
**Die tödlichen Kosten der israelischen Beschränkungen
für ausländische Ärzte in Gaza**

30. Januar 2025 - Freiwillige Ärzte, denen nach der israelischen Übernahme von Rafah die Einreise und die Versorgung mit medizinischen Hilfsgütern verweigert wurde, berichten von einer Politik, die ihre lebensrettende Arbeit verhindern soll.

Bei dem Versuch, das Leben palästinensischer Kinder in einem Krankenhaus in Gaza zu retten, tat Dr. Ayaz Pathan etwas, von dem er nie gedacht hätte, dass er es tun würde: Er ließ zu, dass Kinder starben - im Alter seiner eigenen Kinder von 8 bis 14 Jahren. "Wir hatten kein einziges Bett für sie", erzählt er von seiner Zeit im Nasser-Krankenhaus in Khan Younis, dem größten Krankenhaus im südlichen Gazastreifen. "Sie lagen auf dem Boden, und wir zogen sie zur Seite, während sie noch atmeten [und] ihr Herz noch schlug, wohl wissend, dass sie ihre Verletzungen wahrscheinlich nicht überleben würden. Hätten sie in Jerusalem überlebt? Auf jeden Fall. In den U.S.A.? Auf jeden Fall."

Pathan, ein Notarzt aus North Carolina, war von Ende Juli bis Mitte August 2024 als freiwilliger Helfer im Gazastreifen. Er gehörte zu den so genannten Emergency Medical Teams (EMTs) - Gruppen ausländischer medizinischer Fachkräfte, darunter Chirurgen, Notärzte, Krankenschwestern und Anästhesisten, die in humanitären Krisen eingesetzt werden, um die Versorgung sicherzustellen, wenn das lokale Gesundheitssystem überfordert ist. Im Gazastreifen, wo [das Gesundheitssystem kurz vor dem Zusammenbruch steht](#), nachdem das israelische Militär [systematisch Gesundheitseinrichtungen und -fachkräfte angegriffen hat](#), sind diese ausländischen medizinischen Missionen besonders wichtig geworden.

Pathans Erfahrung ist bei weitem nicht einzigartig. Es liegen +972 Zeugenaussagen von sechs Fachärzten vor, die in Gaza gearbeitet haben, und von acht Beamten der Vereinten Nationen sowie von NRO, die mit dem Coordinator of Government Activities in the Territories (COGAT) verhandeln, also mit der israelischen Militärbehörde, die die humanitäre Hilfe in den besetzten palästinensischen Gebieten überwacht. Diese Zeugen beschreiben ein Nothilfesystem, das auf die katastrophalen Bedingungen vor Ort überhaupt nicht vorbereitet ist. Monate vor dem Waffenstillstand hatte Israel die Einreise ausländischer Ärzte sowie die Einfuhr humanitärer und kommerzieller Güter in den Gazastreifen stark eingeschränkt und gleichzeitig [palästinensische Polizeikräfte angegriffen](#), die Hilfskonvois bewachten, so dass bewaffnete Gruppen die Lieferungen plündern konnten. In den vier Wochen vor dem 11. Januar fuhren [weniger als 2.000 Lastwagen in die Enklave](#), d.h. etwa 70 pro Tag. Eine Analyse von Oxfam ergab, dass allein 221 Lastwagen

mit Lebensmitteln pro Tag benötigt würden, um die Mindestkalorienzufuhr für alle Menschen im Gazastreifen zu gewährleisten. Von den Lastwagen, die in die Enklave kamen, transportierten nur 13 medizinische Hilfsgüter.

Seit dem Inkrafttreten des Waffenstillstands am 19. Januar hat die Zahl der Hilfsgütertransporte in den Gazastreifen [erheblich zugenommen](#). Da jedoch nur eine begrenzte Anzahl von Ärzten einreisen darf, die oft nur über wenig oder gar keine medizinischen Hilfsgüter verfügen, ist eine spezialisierte medizinische Versorgung in der Enklave weitgehend nicht möglich. In der Zwischenzeit bleibt der Grenzübergang Rafah zu Ägypten geschlossen, und medizinische Evakuierungen ins Ausland - die [laut Weltgesundheitsorganisation](#) für über 12.000 Menschen kritisch sind - sind nach wie vor äußerst selten. (Anm. der Redaktion: „Seit Beginn der medizinischen Evakuierungen über den Grenzübergang Rafah am 1. Februar hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die medizinische Evakuierung von 360 Patienten, darunter 156 Kinder, unterstützt. Zwischen 12.000 und 14.000 Menschen, darunter etwa 5.000 Kinder, benötigen weiterhin dringend eine medizinische Evakuierung.“ <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-263-gaza-strip>, 11.2.2025)

„Sie wissen, dass wir hier sind, um zu helfen – so, warum lassen sie uns nicht rein?“

Alle Mediziner, die mit +972 sprachen, nannten den 7. Mai 2024 – den Tag, an dem Israel die vollständige Kontrolle über den Grenzübergang Rafah übernahm – als den Moment, an dem sich die Dinge änderten. Vor diesem Datum gab es praktisch keine Obergrenze für die Zahl der Mediziner, die über Rafah in den Gazastreifen einreisen durften, und auch nicht für die Menge an Hilfsgütern, die sie mitnehmen konnten. Ausländische Ärzte, die im Gazastreifen arbeiteten, sagten, sie könnten "lebensnotwendige Güter" wie Babynahrung und große Mengen an Trockennahrung zur Verteilung sowie kleine medizinische Geräte wie Schmetterlings-Ultraschallgeräte, chirurgische Abdeckungen, Handschuhe und Verbände einführen.

Dr. Tammy Abughnaim, eine amerikanische Ärztin, die im März 2024 zum ersten Mal in den Gazastreifen einreiste, erinnerte sich, wie sie und sieben ihrer Kollegen insgesamt 42 Taschen voller Ausrüstung und Hilfsgüter mitnehmen konnten. Die ägyptischen Behörden kontrollierten ihre Koffer am Flughafen und an der Grenze und beschlagnahmten nur eini-

ge wenige Gegenstände, darunter starke Schmerzmittel wie Morphin oder Ketamin.

Seit dem 7. Mai sind jedoch die meisten ausländischen medizinischen Missionen, die Zugang zum Gazastreifen suchen, gezwungen, über den israelischen Grenzübergang Kerem Shalom einzureisen, wo sie sehr viel strengeren Kontrollen unterworfen sind und praktisch keine medizinischen Güter oder Instrumente einführen dürfen.

"Hilfskräfte aus der ganzen Welt versuchen zu helfen. Aber es gibt nur etwa 20 [einzelne Helfer] in gepanzerten Fahrzeugen, die entweder dienstags oder donnerstags einreisen", sagte Dr. Nabeel Rana, ein amerikanischer Gefäßchirurg, der im Juli und Oktober 2024 als Freiwilliger in Gaza war. "Und davon sind nur etwa sieben oder acht für medizinisches Personal [reserviert]", fügte er hinzu und nannte dies eine "dramatische Veränderung" im Vergleich zu dem Verfahren vor dem 7. Mai.

Ärzten, die über Kerem Shalom in den Gazastreifen einreisen, wurde von den Vereinten Nationen angeraten, gemäß der COGAT-Politik nur einen Koffer und ein Handgepäck mitzunehmen, und es wurde ihnen untersagt, etwas mitzunehmen, das nicht für

ihren persönlichen Gebrauch bestimmt ist, einschließlich medizinischer Ausrüstung. Alle beanstandeten Gegenstände – mehr als die erlaubten 2.000 Dollar in bar, zu viele Seifenstücke, sogar doppelte Laptops – würden beschlagnahmt und dies hätte unmittelbar zur Folge, dass sich Konvois verzögern würden oder Ärzten die Einreise verweigert werden würde.

"Sie wissen, dass wir hier sind, um zu helfen, also [warum nicht] lassen sie uns mit den Vorräten rein?" sagte Pathan gegenüber +972. Wenn ich 10 Ultraschallgeräte mitbringe, die fünfmal (bei den Kontrollpunkten) durchleuchtet werden, wie könnte es etwas anderes sein als Ultraschallgeräte? Und letztendlich gibt es keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die ein Ultraschallgerät in eine Bombe verwandeln, oder?"

Diesen Quellen zufolge haben diese Beschränkungen dazu geführt, dass Mediziner und Ärzte "Schadensbegrenzung statt Medizin" betreiben und oft gezwungen sind, unmögliche Entscheidungen darüber zu treffen, welche Patienten zu behandeln und zu retten sind und welche dem Tod überlassen werden sollen – am meisten Frauen und Kinder.



Palästinenser, die bei einem israelischen Luftangriff auf das Flüchtlingslager Al-Bureij im zentralen Gazastreifen verletzt wurden, werden in das Al-Aqsa-Märtyrer-Krankenhaus in Deir Al-Balah gebracht, 7. September 2024. (Ali Hassan/Flash90)

Im Gazastreifen tätige ausländische Ärzte, die mit +972 sprachen, berichteten, dass sie nicht sterilisierte Beatmungsschläuche an Patienten wiederverwenden, Gliedmaßen mit großen Gummibändern statt mit Aderpressen abbinden und Kinder, die noch "sehr lebendig" waren, von den wenigen verfügbaren Beatmungsgeräten entfernen mussten, um anderen mit besseren Überlebenschancen den Vorrang zu geben.

"Es gibt keine Seife [in Gaza]. Sie verwenden jodiertes Salzwasser, um sich die Hände zu waschen und die Ausrüstung zu sterilisieren", so Abughnaim gegenüber +972. Als sie Ende Juli zum zweiten Mal nach Gaza kam, mussten sie und ihre Kollegen viel kreativer sein. "Man kann nicht wirklich eine große Menge Seife mitbringen, ohne dass das verdächtig wirkt, also habe ich kleine Blätter mit löslicher Seife mitgebracht, aus denen wir Flaschen nach unserer

Ankunft machen konnten. Sie verriet auch, dass sie unverpackte Medikamente in ihrer Tasche versteckte, damit es so aussah, als wäre es ihre Tasche, was es einfacher machte, harmlose Dinge wie Scheren und Blutdruckmanschetten hineinzuschmuggeln.

Auf Anfrage von +972 antwortete ein Sprecher von COGAT, dass Israel "die Anzahl der humanitären Teams, die im Namen der internationalen Gemeinschaft in den Gazastreifen einreisen können, nicht einschränken würde, vorbehaltlich technischer Vorkehrungen, die aus Sicherheitsgründen erforderlich sind", und dass der Kerem-Shalom-Übergang speziell für diesen Zweck ausgewiesen worden sei. Sie wiesen auch darauf hin, dass ein "förmlicher Antrag" gestellt werden müsse, damit freiwillige medizinische Teams Ausrüstung in den Gazastreifen bringen können, ein Verfahren, das erforderlich sei, weil "terroristische Organisationen im Gazastreifen oft zivile Ausrüstung und humanitäre Infrastruktur für terroristische Aktivitäten ausnutzen würden".

Ein Katz- und Mausspiel

Die Beschränkungen für Rettungssanitäter bei der Einreise in den Gazastreifen wären weniger bedrohlich, wenn "der andere Teil derselben Gleichung" funktionieren würde, erklärten zwei Quellen gegenüber +972 und bezogen sich dabei auf die Einreise und sichere Verteilung von Hilfsgütern und medizini-

scher Ausrüstung durch humanitäre Hilfskonvois. Israel, so die Quellen, habe aber auch diese Form der Hilfeleistung wiederholt behindert, vor allem [im nördlichen Gazastreifen](#), wo in den letzten vier Monaten praktisch keine humanitäre Hilfe hineingelassen worden sei.

"Seit dem 7. Mai sind alle humanitären Operationen im Gazastreifen auf diesen UN-Konvoi angewiesen, der zweimal pro Woche fährt und jedes Mal maximal acht medizinische Mitarbeiter mitnimmt", sagte eine UN-Quelle, die aus Angst vor einem Verlust von Einflussmöglichkeiten anonym bleiben wollte, gegenüber +972. "Wir haben auch nicht genug Leute im Gazastreifen, um internationale Mitarbeiter als Fahrer einzusetzen [wie es COGAT fordert]", fügte er hinzu und schätzte, dass die Gesamtzahl der ausländischen Mitarbeiter in dieser Zeit zwischen 69 und 83 schwankte.

Dieser Beamte beschrieb, wie auch andere von +972 befragte Personen, das System als "absichtlich so gestaltet, dass es humanitäre Aktivitäten" im Gazastreifen nicht erleichtert, und als "viel bürokratischer als lösungsorientiert". Als Beispiel wurde angeführt, dass die UNO erst Ende Dezember eine "vorläufige" israelische Genehmigung für die Einfuhr von zwei neuen gepanzerten Fahrzeugen für die Verteilung humanitärer Hilfe erhielt, nachdem diese vier Monate lang an einem Grenzübergang gestanden hatten



Mit humanitärer Hilfe beladene Lastwagen, die am 23. Januar 2025 über den israelischen Grenzübergang Kerem Shalom in der Nähe von Rafah im südlichen Gazastreifen in den Gazastreifen fahren.
(Abed Rahim Khatib/Flash90)

"Es ist wirklich schwierig, alle Ausrüstungsgegenstände und Materialien einzuführen", so der UN-Beamte. Im Rahmen der "Dual-Use"-Politik [bei der Israel Gegenstände mit der Begründung einschränkt, dass sie auch für terroristische Aktivitäten verwendet werden könnten] kann alles gerechtfertigt werden. Beatmungsgeräte werden verzögert, Sauerstoffkonzentratoren werden verzögert. Vom Standpunkt der humanitären Medizin aus gesehen gibt das keinen Sinn. Aber wir sind nicht diejenigen, die die Waffen in der Hand haben.

Ein Mitarbeiter von MedGlobal, einer humanitären Non-Profit-Organisation, die Nothilfe- und Gesundheitsprogramme im Gazastreifen durchführt, der aus Angst vor israelischen Vergeltungsmaßnahmen anonym mit +972 sprach, beschrieb das Verfahren, um selbst lebensrettende Hilfsmittel von COGAT genehmigen zu lassen, als "ein Katz- und Mausspiel". Er erklärte, wie Gegenstände, die zunächst abgelehnt werden, Wochen später genehmigt werden können, wenn UN-Organisationen oder die US-Regierung Druck auf Israel ausüben.

"Das hat uns wieder das Gefühl gegeben, dass es sich um ein Spiel um Macht und Einfluss handelt", sagte er. "Wieso ist es für die Sicherheit von Belang, wenn Zeltstangen in den ersten sechs Monaten verboten waren, dann aber später erlaubt wurden? Oder vor kurzem durften Generatoren nur bis zu 32 Kilowatt betrieben werden, und jetzt haben sie die Leistung auf 40 Kilowatt erhöht", sagte er. "Wenn es Druck von oben gibt, [zum Beispiel] von den USA, scheinen diese Sicherheitsbedenken plötzlich weniger real. Das erweckt bei uns den Eindruck, dass sie uns nur das Nötigste geben wollen, anstatt ein ehrlicher Makler zu sein, der die Hilfe erleichtern will."

Doch selbst der Druck der USA hat seine Grenzen. Am 13. Oktober stellten der Außen- und der Verteidigungsminister der USA gemeinsam [ein 30-tägiges Ultimatum an die israelische Regierung](#), in dem sie forderten, "alle Formen der humanitären Hilfe" in den Gazastreifen zu bringen und "die Isolierung des nördlichen Gazastreifens zu beenden", und warnen, dass die Nichteinhaltung dieser Forderung die Militärhilfe gefährden könnte.

Genau einen Monat später, nachdem Israel beiden Forderungen nicht nachgekommen war, [antworteten](#) der israelische Verteidigungsminister Israel Katz und der Minister für strategische Angelegenheiten Ron Dermer den US-Sekretären und teilten ihnen mit, dass die Zahl der Hilfsgütertransporte in den Gazastreifen im September und Oktober tatsächlich zurückgegangen sei. Sie führten dies "größtenteils auf operative Gründe und spezifische nachrichtendienstliche Warnungen vor Angriffen zurück, die an den Grenzübergängen und unter Nutzung des Systems für die Lieferung humanitärer Hilfe geplant waren", ohne diese Behauptungen mit Beweisen zu untermauern.

In dem Schreiben wies Israel auch darauf hin, dass in Vorbereitung auf den Winter 30 Artikel von der Liste der Güter mit doppeltem Verwendungszweck gestrichen worden waren. Zu diesen Artikeln, die erst ab dem 13. November für die Einreise freigegeben wurden, gehörten lebenswichtige Güter wie große Zelte, Zelterhöhungsplattformen, tragbare Toiletten, Schlafsäcke, Handwärmer und Regenwasserspeicher. Zum ersten Mal war auch persönliche Schutzausrüstung erlaubt, aber Quellen sagten +972, dass die Helfer die Ausrüstung mitnehmen mussten, wenn sie den Gazastreifen verließen.



Zelte, in denen vertriebene Palästinenser untergebracht sind, im Yarmouk-Stadion in Gaza-Stadt, 24. November 2024. (Omar El-Qattaa)

Nach Aussage des MedGlobal-Mitarbeiters gibt es bei COGAT keine klaren Richtlinien für das Prüfverfahren. Massenartikel, die zur Vorabkontrolle eingebracht werden, können wochen- oder monatelang in der Schwebe bleiben, wenn sie überhaupt jemals genehmigt werden, und die meisten lebensrettenden Geräte wie Beatmungsgeräte oder Sauerstoffkonzentratoren wurden in den letzten sechs Monaten rundweg abgelehnt.

Der schwierigste Aspekt bei der Lieferung von Hilfsgütern in den Gazastreifen ist nach Angaben mehrerer Quellen die Koordinierung der Einreise, nachdem Israel die Genehmigung für den Großteil der Güter erteilt hat. Hilfsorganisationen sind verpflichtet, COGAT ausführliche Informationen über die Fracht zu übermitteln, einschließlich Informationen über den Fahrer, das Nummernschild des Fahrzeugs, die Herkunft der Güter, die Finanzierungsquelle und endgültigen Bestimmungsort der Lieferung. Doch selbst wenn all diese Anforderungen genauestens erfüllt werden, verweigern die israelischen Behörden routinemäßig die Annahme von Sendungen, ohne dafür eine klare Erklärung zu liefern.

"COGAT verhält sich wie die Liebhaber des Gaslighting. Sie lehnen die Einfuhr von Hilfsgütern ab und sagen ihnen, dass es ihre Schuld wäre, dass es einen Fehler im Formular gäbe oder dass sie die Einfuhr nicht mit der Weltgesundheitsorganisation koordiniert hätten. Es gibt eine Million Gründe, warum ein Lastwagen nicht reinkommt", erklärte der MedGlobal-Mitarbeiter. Anfang September gelang es der NRO nach vier bis fünf Versuchen, 25 Sauerstoffkonzentratoren in den Gazastreifen zu bringen, aber seither ist es ihr nicht gelungen, diesen Erfolg zu wiederholen.

Der COGAT-Sprecher erklärte gegenüber +972, dass Israel "in ständigem Kontakt mit Vertretern der internationalen Gemeinschaft und mit lokalen Behörden stehe, die den medizinischen Bedarf vor Ort melden", und daran arbeite, diesen Bedarf zu decken, "sei es durch die Einfuhr von Ausrüstung oder durch die Koordinierung humanitärer Aktivitäten". Sie behaupteten, dass seit Beginn des Krieges „Zehntausende Tonnen an medizinischen Hilfsgütern ins Land gebracht wurden, darunter Medikamente für Krebspatienten, Insulin-Pens, Anästhetika, Röntgengeräte, Computertomografen und Sauerstoffgeneratoren für Krankenhäuser.“

Diskriminierung palästinensischer Mediziner

Alle Mediziner, die mit +972 sprachen, beschrieben ein überwältigendes Gefühl der Unsicherheit im Vorfeld ihrer Einsätze. Die Erlaubnis zur Einreise in den Gazastreifen – oder zur Ausreise nach Beendigung ihrer Einsätze – wurde oft erst Stunden vor der geplanten Abfahrt ihrer medizinischen Konvois bestätigt. In vielen Fällen verzögerte COGAT willkürlich und ohne Erklärung sowohl die Ein- als auch

die Ausreisedaten um Wochen, was sich auf geplante Operationen in ihren Heimatländern auswirke.

Die meisten befragten Mediziner bestätigten auch, dass die israelischen Behörden Ärzten palästinensischer Abstammung systematisch die Einreise in den Gazastreifen verweigern würden, selbst wenn sie die amerikanische, kanadische oder britische Staatsbürgerschaft besäßen. Einige NRO-Mitarbeiter wiesen darauf hin, dass sogar Ärzten, die keine direkte Verbindung zu Palästina hätten, sondern aus Ländern mit muslimischer Mehrheit wie Ägypten oder Kuwait stammen würden, die Einreise von COGAT ohne jede Erklärung verweigert werden würde.

„Ich bin kein Palästinenser und habe dort keine Familie, aber ich habe das Gefühl, dass sie uns gleich sind. Warum sollte ich also nicht gehen, wenn ich die Fähigkeiten habe, ihnen zu helfen?“, sagte eine Quelle, die anonym bleiben wollte, gegenüber +972. Nachdem sie im Januar dieses Jahres zum dritten Mal versucht hatten, nach Gaza zurückzukehren, wurden sie von den israelischen Behörden erneut ohne Begründung abgewiesen.

Im vergangenen Juli enthüllte [ein CNN-Bericht](#), dass die WHO Hilfsorganisationen davon abriet, medizinisches Fachpersonal mit doppelter Staatsbürgerschaft oder palästinensischem Hintergrund – und sei es auch nur in Bezug auf einen Eltern- oder Großelternanteil – in den Gazastreifen zu bringen, da sie "Probleme mit Genehmigungen" hätten, was die Organisation internen Vermerken zufolge als Israels neue Politik bezeichnete.

Als Antwort auf die Anfrage von +972 zu dieser diskriminierenden Politik lehnte der Sprecher von COGAT einen Kommentar ab.

Diese offen zur Schau gestellte Rassendiskriminierung wurde auch von [amerikanischem Gesundheitspersonal](#) sowie [britischen und kanadischen Ärzten](#) aus erster Hand berichtet, die alle als Freiwillige in Krankenhäusern im Gazastreifen gearbeitet hatten. "Unglaublich, dass Israel weiterhin medizinisches Personal palästinensischer Abstammung daran hindert, im Gazastreifen zu arbeiten, selbst amerikanische Staatsbürger. Dies ist eine Verhöhnung des amerikanischen Ideals, dass 'alle Menschen gleich geschaffen sind', und entwürdigt sowohl unsere nationalen Ideale als auch unseren Beruf", schrieben die amerikanischen Freiwilligen im Oktober an Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris. "Unsere Arbeit ist lebensrettend. Unsere palästinensischen Kollegen im Gesundheitswesen in Gaza brauchen dringend Hilfe und Schutz, und sie haben beides verdient.“ Zwei Beamte der Medical Aid for Palestinians (MAP), einer im Vereinigten Königreich ansässigen Wohltätigkeitsorganisation, der mehreren ihrer Freiwilligen die Einreise nach Gaza verweigert wurde,

erklärten gegenüber +972, dass das Verbot für Mitarbeiter palästinensischer Abstammung eher ein offenes Geheimnis als ein ausdrückliches Verbot sei ist. "Das Formular, das wir an COGAT schicken müssen, fragt nach dem Namen des Vaters und Großvaters, [und] sie fragen ausdrücklich nach einem palästinensischen Hintergrund. Es wird also nicht gesagt, dass es verboten ist, aber ich bin mir nicht sicher, dass man in den Gazastreifen einreisen kann, wenn man [angibt, dass man palästinensischer Abstammung ist]."

Mitglieder des jordanischen Feldlazaretts setzen palästinensischen Amputierten, die während des Krieges verletzt wurden, in Khan Younis im südlichen Gazastreifen Prothesen ein, 17. September 2024. (Abed Rahim Khatib / Flash90)



"Sie kamen nach Jordanien und bekamen keine Einreisegenehmigung, auch nicht nach zwei Wochen Wartezeit. COGAT gab keinen Grund an, warum ihnen die Einreise verweigert wurde, außerdem durften sie nur einen Koffer und persönliche Gegenstände mitnehmen", sagte sie.

"Das ist einfach schändlich. Man weiß erst am Abend zuvor, ob man eine Einreisegenehmigung bekommt. COGAT hält einen bis zur letzten Minute hin und kann die Genehmigung aus welchen Gründen auch immer ablehnen."

Eine der abgelehnten Personen war Dr. Jeelanis, britisch-indische Kollegin, eine Muslimin, die zwei Wochen lang in Amman wartete, nur um festzustellen, dass ihr Name von COGAT ständig als "ausstehend" geführt wurde. Anonym sagte sie, dass die israelische Politik so unberechenbar sei, dass selbst wenn humanitäre Organisationen sorgfältig Personen auswählen, von denen sie glauben, dass ihnen die Einreise gewährt werde, "es fast ein Glücksspiel ist". [...]

Die Beschränkungen für ausländische Ärzte, die sonst einen Hoffnungsschimmer für die Menschen im Gazastreifen darstellen, sind ein weiterer Schlag für das Gesundheitssystem, in dem mehr als 1.000 Fachkräfte getötet, [die meisten Krankenhäuser zerstört](#) und viele Mitarbeiter [willkürlich verhaftet wurden](#).

Dr. Ana Jeelani, orthopädische Kinderchirurgin und MAP-Freiwillige aus dem Vereinigten Königreich, reiste im März 2024 mit einem Team von Freiwilligen, bestehend aus einem britisch-indischen Anästhesisten, vier Jordanern und einem Kuwaiter, in den Gazastreifen ein. Alle kamen ohne Probleme hinein, sagte sie, zusammen mit 54 Koffern voll medizinischer Ausrüstung und Lebensmittel.

Als jedoch im vergangenen Juli ein fünfköpfiges Team versuchte, in das Nasser-Krankenhaus im südlichen Gazastreifen einzureisen, wies Israel

"Ihre Überlebenschancen sind einfach so gering", sagte Jeelani, den ein Angriff mit vielen Toten im März in Deir Al-Balah im zentralen Gazastreifen nicht mehr losließ. Unter den Verletzten war auch ein junges Mädchen, das sich in der Wohnung ihrer Familie befand, als diese von einem israelischen Luftangriff getroffen wurde. Sie kam mit mit offenen Gedärmen, einer verheerenden Kopfverletzung und beiden zerschmetterten Beinen mit schweren offenen Wunden ins Al-Aqsa-Krankenhaus.

"Trotz ihrer schweren Verletzungen versuchten die Ärzte mit allen verfügbaren Mitteln, sie zu retten, aber sie konnten es nicht", erinnert sich Jeelani. "Wenn ich sie im Oktober gesehen hätte, hätte sie es nicht einmal in einen Operationssaal geschafft. Alle warten nur auf den Tod."

Patricia Martínez Sastre ist eine in Jerusalem lebende Journalistin. Zuvor arbeitete sie als Korrespondentin in Nairobi und untersuchte staatsanwaltschaftliches Fehlverhalten für Columbia Journalism Investigations und NPR in New York City. Sie begann ihre journalistische Laufbahn als freiberufliche Korrespondentin in Brasilien.

<https://www.972mag.com/the-deadly-cost-of-israels-restrictions-on-foreign-doctors-in-gaza/>

Übersetzung: SiG-Redaktion

Westjordanland und Ostjerusalem

Nesrine Malik

Das Töten, die Vertreibung und die Verweigerung von Hilfe gehen weiter

[The Guardian](#) 10. März 2025

Gaza in der Zeit der „Waffenruhe“

Am 19. Januar 2025 trat im Gazastreifen eine Waffenruhe in Kraft, und es ist offensichtlich, dass diese eher als „Feuerpause“ denn als Waffenstillstand bezeichnet werden sollte. Nach wie vor werden zahlreiche Menschen getötet – genug, um in jedem anderen Szenario sowohl alarmierend als auch berichtenswert zu sein. Nach Angaben des Sprechers des Zivilschutzes in Gaza sind in den 6 Wochen seit dem 19. Januar [mehr als 100 Menschen](#) getötet worden. Diese Tötungen bilden zusammen mit anderen Verstößen eine düstere Bilanz von [Hundertern dokumentierten Verletzungen](#) der Waffenruhe seitens der israelischen Regierung.

Die jüngste dieser Verletzungen ist die Entscheidung der israelischen Behörden, [die humanitäre Hilfe für den Gazastreifen zu stoppen](#), um Druck auf die Hamas auszuüben, damit sie neue Waffenstillstandsbedingungen akzeptiert: Nur wenige Stunden nach Ablauf der ersten Phase des Waffenstillstands [stellte Israel alle Lieferungen ein](#). Damit nutzt Israel Nahrungsmittel und zivile Hilfsgüter als politisches Instrument, um seine Ziele zu erreichen. Das katarische Außenministerium, das in den letzten Monaten die Geiselnbefreiungen und Waffenstillstandsvereinbarungen eingefädelt hat, bezeichnete diesen Schritt als [„klaren Verstoß“](#) gegen die Bedingungen des Waffenstillstands und das humanitäre Völkerrecht.

Diese Blockade betrifft nicht nur einige wenige PalästinenserInnen, sondern jeden einzelnen Bewohner und jede einzelne Bewohnerin des Gazastreifens. Die gesamte Bevölkerung wird als Geisel gehalten. [Laut Amjad al-Shawa](#), Direktor des palästinensischen NGO-Netzwerks in Gaza, „ist die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens aufgrund der Zerstörung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur vollständig auf Hilfsgüter aller Art angewiesen“. Der Waffenstillstand in seiner jetzigen Form ist kein Hindernis für den Tod, den Hunger und die Belagerung einer ganzen Bevölkerung, deren Häuser zerstört wurden und deren Babys immer noch in der Kälte zerrissener Zelte [erfrieren](#).

Westjordanland:

israelische Operation „Eiserne Mauer“

Im Westjordanland ist das Muster der langsamen, aber zermürbenden Angriffe seit Monaten zu beob-

achten und eskaliert seit Wochen. Im Westjordanland beläuft sich die Zahl der Todesopfer seit dem 7. Oktober und infolge der zunehmenden Siedlergewalt und der Angriffe der israelischen Armee nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums auf [fast 1000](#). Der Waffenstillstand hat die Situation nur noch verschlimmert. Da der Gazastreifen nun weniger Ressourcen und aktives militärisches Engagement erfordert, hat Israel seine Aufmerksamkeit auf die besetzten Gebiete im Westjordanland verlagert – ein Prozess, der als [„Gazafizierung“](#) bezeichnet wurde. Der Krieg im Gazastreifen und das, was dort in Form von Tötungen von ZivilistInnen, Massenvertreibungen und Angriffen auf medizinische Einrichtungen zugelassen wurde, ist zu einem stresserprobten Modell geworden, das nun im Westjordanland angewendet wird. In der Gewissheit, dass westliche Verbündete sie weiterhin unterstützen und mit Waffen und politischer Rücken- deckung versorgen werden, wiederholt die israelische Regierung ihre Taktik nun auch anderswo.

In dem Moment, in dem ein Waffenstillstand vereinbart wurde, startete Israel die Operation „Eiserne Mauer“, eine Militäraktion im Westjordanland, als ob es mit seinem Timing signalisieren wollte, dass dies nun ein ewiger Krieg der permanenten Rache ist.

Allein im vergangenen Jahr wurden nach Angaben des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer An- gelegenheiten [mehr als 224 Kinder im Westjordanland](#) durch israelische Streitkräfte und Siedler getötet. Um eine Vorstellung davon zu vermitteln, wie stark der Ab- wärtstrend ist, stellt diese Zahl fast die Hälfte aller Kin- der dar, die im Westjordanland seit Beginn der Auf- zeichnungen vor 20 Jahren getötet wurden.

Unter ihnen ist auch [Ayman al-Hammouni, dessen Er- schießung von einer Kamera festgehalten wurde](#), eine weitere Video- und Audioaufzeichnung der erschüt- ternden und panischen letzten Momente eines Kindes vor seinem Tod in den palästinensischen Gebieten. Unter ihnen ist auch die zweijährige [Layla al-Khatib](#), die in ihrem eigenen Haus erschossen wurde.

Und das ungeborene Kind von [Sundos Jamal Moham- med Shalabi](#), die im achten Monat schwanger war und zusammen mit ihrem Kind starb, als sie erschossen wurde.

Und so geht es immer weiter: unerbittlich, unvorstell- bar, unaufhaltsam.

Die Vorgehensweise und die Rechtfertigungen sind denen in Gaza unheimlich ähnlich. Die gezielte Bekämpfung von Kämpfern wird zur Erklärung für eine ganze Reihe ruinöser Aktivitäten, zu denen unter anderem die Zerstörung der Infrastruktur, die Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern ohne Rückkehrrecht (nach Angaben der UN-Hilfsorganisation UNRWA bisher [40 000 Vertriebene](#) in weniger als zwei Monaten), die [gezielte Bekämpfung medizinischer Einrichtungen und des Personals](#) und die Zerstörung ganzer Stadtteile gehören, sowie die tödlichste Maßnahme, die Lockerung der militärischen Einsatzregeln, die den Soldaten mehr Spielraum und die Erlaubnis gibt, das Feuer zu eröffnen. Laut [UNRWA](#) ist „der Einsatz von Luftangriffen, gepanzerten Bulldozern, kontrollierten Sprengungen und fortschrittlichen Waffen durch die israelischen Streitkräfte im Westjordanland alltäglich geworden und eine Auswirkung des Krieges in Gaza“. Das Ergebnis ist ein Angriff auf das Westjordanland, der ebenso historisch ist, wie er es in Gaza war und ist.

Schon jetzt ist die Operation Eiserne Mauer die längste im Westjordanland seit der zweiten Intifada. Panzer sind angerollt, und zum ersten Mal seit 20 Jahren [richten sich israelische Soldaten in Flüchtlingslagern](#) in Gebieten wie Jenin und Tulkarem für einen längeren Zeitraum ein. Diese Aktionen markieren eine wesentliche Veränderung in der Art und Weise, wie Israel mit der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen und im Westjordanland umgeht. Der Übergang von der brutalen Zermürbung durch Siedlergewalt, Belagerung, Rechtsbeugung und Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren zu einer tödlicheren und repressiveren Form der Autorität, die kein strategisches Ziel oder einen langfristigen Plan für Stabilität zu haben scheint, ist vollzogen. Das Ziel scheint die Ausweitung der Siedlungen, der Militärpräsenz und des Einschlusses und der Kontrolle über das Leben von Millionen PalästinenserInnen zu sein, indem man ihnen alles vorschreibt, von der Frage, ob sie zu essen haben, bis hin zu der Frage, ob sie ein Recht auf Leben haben. Das Ergebnis ist eine Beschneidung des ohnehin wenigen, das die PalästinenserInnen noch haben - noch weniger Land, noch weniger Autonomie und noch weniger Menschenrechte.

In einem derart asymmetrischen Machtverhältnis und mit einer derartigen Straflosigkeit hat [Israel](#) keinen Anreiz, so zu agieren, dass sich die Dinge beruhigen. Die israelische Blockade des Gazastreifens zeigt, dass Israel die Bedeutung der Aufrechterhaltung der Verhandlungen nicht ernst nimmt. Wenn der Waffenstillstand in Gaza zusammenbricht, wird der Konflikt wieder zu unverhältnismäßig hohen Opfern auf paläs-

tinensischer Seite führen. Wenn im Westjordanland mehr Menschen sterben, nährt das nur die Siedlungen, die sich in den Gebieten der Vertriebenen ausbreiten.

Ein derart blutiger und erdrückender Waffenstillstand sollte niemanden darüber hinwegtäuschen, dass sich Israel-Palästina auf dem Weg zurück zum Status quo vor dem Krieg befindet oder dass es nach dem Krieg irgendeine Aussicht auf eine stabile Zukunft gibt. Donald Trump, die arabischen Führer und die israelische Regierung können so viel hin und her diskutieren, wie sie wollen, was der beste „Gaza-Plan“ ist. Die Realität ist, dass der Krieg in Gaza vielleicht vorerst vorbei sein mag, aber in den anderen [palästinensischen Gebieten](#) hat er gerade erst begonnen.

Nesrine Malik ist Kolumnistin des Guardian.

Übersetzung von der Palästinensischen Vertretung in Österreich, <https://www.palestinemission.at>

Das Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten der UNO schreibt:

„Am 21. Januar verkündete das israelische Militär „für Jenin den Beginn der Operation 'Eisenwand', in der Beschuss aus Hubschraubern und Luftschläge die Operationen am Boden unterstützten. ...“

Das Gesundheitsministerium bestätigte nach diesem Angriff 12 Tote und mindestens 50 verletzte Palästinenser. Das staatliche Krankenhaus wurde durch israelische Streitkräfte abgeriegelt, Patienten, medizinisches Personal und Begleitpersonen sind im Krankenhaus eingeschlossen und können es nicht verlassen. Die Hauptstraßen um das Krankenhaus wurden zerstört und Schutt blockiert den Eingang, wodurch die Versorgung mit Lebensmitteln und medizinischen Gütern verhindert wird. Der palästinensische Rote Halbmond berichtete, dass israelische Kräfte den Einsatz ihrer Rettungswagen verhindert haben. (...)

<https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-258-west-bank>

„Siedlermilizen greifen Dörfer an und nehmen Land und Eigentum in Besitz, während sie von der Armee geschützt werden. Das israelische Militär führt Razzien und Bombardierungen durch und zerstört Gebäude im gesamten Westjordanland, vor allem aber in den Städten Jenin, Tulkarem und Nablus (...) Israels Verteidigungsminister Israel Katz verkündete stolz, dass das israelische Militär 40.000 Palästinenser aus ihren Häusern im Westjordanland vertrieben hat.“

<https://bip-jetzt.de/2025/03/03/bip-aktuell-338-massenvertreibungen-im-westjordanland/>

Oscar-Verleihung für „No Other Land“

SiG-Redaktion

Letztes Jahr gab es bei der Berlinale um die Preisverleihung für "No Other Land" einen ausgewachsenen (oder besser: aufgeblasenen) Antisemitismusskandal (siehe [SiG 154](#)). Viele deutsche Medien hatten sich dabei nicht mit Ruhm bekleckert.

Nun wurde der Film wurde bei der diesjährigen Oscar-Verleihung als bester Dokumentarfilm ausgezeichnet und der öffentlich-rechtliche Qualitätsjournalismus hatte ein große Gelegenheit zur Wiedergutmachung. Hier die kurzen Dankesreden von zwei der vier Filmemacher in deutscher Übersetzung:

Basel Adra: „Vielen Dank an die Academy für die Auszeichnung. Es ist eine große Ehre für uns vier und alle, die uns bei diesem Dokumentarfilm unterstützt haben. Vor etwa zwei Monaten bin ich Vater geworden. Und ich hoffe für meine Tochter, dass sie nicht dasselbe Leben führen muss wie ich jetzt, immer in Angst - immer in Angst vor der Gewalt der Siedler, der Zerstörung von Häusern und der gewaltsamen Vertreibung, die meine Gemeinde, Masafer Yatta, jeden Tag unter der israelischen Besatzung erlebt und erleidet. No Other Land' spiegelt die harte Realität wider, die wir seit Jahrzehnten ertragen und der wir immer noch widerstehen, während wir die Welt auffordern, ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen, um die Ungerechtigkeit zu beenden und die ethnische Säuberung des palästinensischen Volkes zu stoppen.“

Yuval Abraham: „Wir haben diesen Film gemacht - wir haben diesen Film gemacht, Palästinenser und Israelis, weil unsere Stimmen gemeinsam stärker sind. Wir sehen uns gegenseitig: die grausame Zerstörung von Gaza und seiner Bevölkerung, die ein Ende haben muss; die israelischen Geiseln, die bei dem Ver-

brechen vom 7. Oktober brutal entführt wurden und befreit werden müssen. Wenn ich Basel anschau, sehe ich meinen Bruder. Aber wir sind ungleich. Wir leben in einem Regime, in dem ich unter zivilem Recht frei bin, während Basel unter Militärgesetzen steht, die sein Leben zerstören und die er nicht kontrollieren kann. Es gibt einen anderen Weg: eine politische Lösung ohne ethnische Vorherrschaft, mit nationalen Rechten für unsere beiden Völker. Und ich muss sagen, da ich hier bin: Die Außenpolitik in diesem Land trägt dazu bei, diesen Weg zu blockieren. Und wissen Sie, warum? Sehen Sie nicht, dass wir miteinander verwoben sind, dass mein Volk wirklich sicher sein kann, wenn Basels Volk wirklich frei und sicher ist? Es gibt einen anderen Weg. Es ist noch nicht zu spät für das Leben, für die Lebenden. Es gibt keinen anderen Weg. Ich danke Ihnen.“

Rede von Basel Adra auf [Youtube](#), von Yuval Abraham auf [Instagram](#); beide Texte auf [democracynow](#)

Beim [MDR Podcast "Das Interview"](#) (ab Minute 2:54) wurde das Ganze so wiedergegeben: "Und der Film 'No Other Land' hat den Oscar für den besten Dokumentarfilm gewonnen. Der israelische Filmemacher Yuval Abraham, der hat dafür geworben in einer kurzen Rede, dass wir den Hass in der Welt überwinden müssen, dass es einen Weg geben muss, den Rassismus im Gazastreifen zu beenden und dass die noch lebenden Geiseln nach Hause geholt werden sollen."

Mit viel gutem Willen kann man dafür vielleicht eine Fünf Minus geben. Immerhin sind der Name des Filmemachers und zwei Halbsätze korrekt - wenn auch sinnentstellend zusammengewürfelt - zitiert worden.

Yasmine El-Sabawi

Palästinensischer Oscar-Gewinner Hamdan Ballal von israelischen Siedlern schwer misshandelt

24. März 2025 - Hamdan Ballal, Co-Regisseur des Oscar-prämierten Films „No Other Land“, kehrte Anfang März aus Los Angeles zurück. Am Montagabend wurde er in dem palästinensischen Dorf Susya südlich von Hebron im besetzten Westjordanland von einem „Lynchmob“ israelischer Siedler brutal angegriffen, wie sein Kollege es beschrieb. (In Susya befindet sich auch eine israelische Siedlung, die nach internationalem Recht illegal ist und nach Ansicht der meisten amerikanischen Regierungen gegen Artikel 49 der Genfer Konvention verstößt.)

Nachdem israelische Soldaten Ballal aus dem Krankenwagen, in dem er behandelt werden sollte, herausgeholt hatten, war sein Aufenthaltsort unbekannt, sagte sein Co-Regisseur und Kollege, der Oscar-Preisträger des Dokumentarfilms *No Other Land*, Yuval Abraham, [auf X](#).

Abraham, ein Journalist des Magazins +972, äußerte in einem separaten Beitrag mit einem verwackelten Handyvideo, dass maskierte Siedler "Hamdans Dorf angriffen, sowie fortführen, amerikanische Aktivisten anzugreifen und deren Auto mit Steinen zu zertrümmern".

Die fünf jüdisch-amerikanischen Aktivisten vor Ort „nehmen an einem dreimonatigen Widerstandsprojekt“ in Masafer Yatta teil, dem Dorf im Herzen von *No Other Land*, wie das Center for Jewish Nonviolence in einer am Montag veröffentlichten Erklärung mitteilte. Masafer Yatta liegt nur eine kurze Autofahrt südöstlich von Susiya.

Die Aktivisten „folgten dem Aufruf, das Dorf Susiya zu unterstützen, während es angegriffen wurde“, und „als die Aktivisten zu ihrem Auto zurückkehrten, um Schutz

zu suchen, umzingelten die Siedler das Auto, zersta-
chen die Reifen und zerschlugen die Scheiben mit
Steinen“, heißt es in der Erklärung.

„So löschen sie Masafer Yatta aus.“

Angriffe israelischer Siedler auf Palästinenser und ihre
Häuser und Farmen sind an der Tagesordnung. Die
Angriffe sind oft gewalttätig und können tödlich sein,
sie umfassen das Anzünden von Eigentum und Tieren
sowie das Verprügeln von Bewohnern.

Das humanitäre Hilfswerk der Vereinten Nationen,
OCHA, hat allein im Jahr 2025 mindestens 220 Angrif-
fe israelischer Siedler auf Palästinenser dokumentiert.

In einem besonders grausamen Fall im Jahr 2015
wurde ein 18 Monate alter palästinensischer Junge
bei lebendigem Leib verbrannt, als Siedler ein Haus in
Duma südlich von Nablus in Brand steckten.

Der ehemalige US-Präsident Joe Biden verhängte
Sanktionen gegen eine Reihe israelischer Siedler, die
solche Angriffe verübt hatten, aber Präsident Donald
Trump hat diese Sanktionen inzwischen aufgehoben.

„Lokale und internationale Aktivisten dokumentieren
regelmäßig die Aktionen von Siedlern, die ähnliche
Angriffe durchführen, und rufen oft die Polizei, um
eine Art Rückgriff zu erwirken, aber Siedler werden
selten, wenn überhaupt, für ihre Verbrechen zur Re-
chenschaft gezogen“, so das Center for Jewish Nonvi-
olence.

Chabott, ISM-Mitglied: „Ihre Hände waren lila“

Augenzeugen haben oft berichtet, wie das israelische
Militär entweder tatenlos zusieht, wie Siedler Angriffe
durchführen, oder die Palästinenser und ausländi-
schen Aktivisten festnimmt, die das Eigentum verteidigen.

Middle East Eye sprach kürzlich mit dem 44-jährigen
Aktivisten Alex Chabott, der diesen Monat in die USA
abgeschoben wurde und „für 99 Jahre“ nicht mehr
nach Israel, in das Westjordanland und den Gazastreifen
einreisen darf.

Chabott befand sich im Rahmen der International
Solidarity Movement nördlich von Masafer Yatta in at-
Tawani, als er sagte, dass israelische Siedler mit
Sturmgewehren und Messern anrückten, um palästi-
nensische Familien zu bedrohen. Als Chabott und
ein Mitstreiter begannen, zu filmen, wurden sie von is-
raelischen Streitkräften aufgehalten, durchsucht und
beschuldigt, die Messer mitgebracht zu haben.

„Dann wurde ihnen klar, dass das nicht der Fall war“,
sagte Chabott gegenüber MEE. „Sie hatten diese
vier palästinensischen Männer auf dem Boden festge-
bunden, mit Kabelbindern, die superfest angezogen
waren. Ihre Hände waren lila“, sagte er.

[...] Chabott wurde verhaftet und verhört, sein Tele-
fon wurde beschlagnahmt und er wurde in eine Arrest-
zelle gesteckt, bevor er nach Kalifornien zurückge-
schickt wurde.

Er betonte, dass die Amerikaner verstehen müssten,
dass es für palästinensische Familien im Westjordan-
land keinen Schutz gibt, da die Zahl der israelischen
Siedlungen wächst. „Sie haben buchstäblich freie
Hand, zu tun, was sie wollen und wann sie es wollen“,
sagte er gegenüber MEE.

„Sie können einfach hereinkommen, eine Menge Zeug
stehlen, Solarmodule zerstören, und schließlich wer-
den einige dieser [palästinensischen] Familien entwe-
der vom Militär aufgefordert, ihr Zuhause zu verlas-
sen, oder ihre Häuser werden zerstört, oder einige ge-
ben einfach auf, weil sie denken: ‚So kann ich nicht
mehr leben‘.“

[https://www.middleeasteye.net/news/palestinian-os-
car-winner-severely-beaten-israeli-settlers](https://www.middleeasteye.net/news/palestinian-os-car-winner-severely-beaten-israeli-settlers)

Übersetzung: SiG-Redaktion

Nachtrag: [Basel Adra auf X](#): @basel_adra
Hamdan wurde entlassen und befindet sich derzeit im
Krankenhaus in Hebron, wo er behandelt wird. Er wur-
de von Soldaten und Siedlern am ganzen Körper ge-
schlagen. Die Soldaten ließen ihn letzte Nacht mit ver-
bundenen Augen und Handschellen auf dem Militär-
stützpunkt zurück.

Die Gemeinde Masafer Yatta in Westjordanland

Basel Adra, palästinensischer Journalist, Aktivist, Filmregisseur und Oscar-Preisträger, kämpft seit vielen
Jahren dafür, seine Gemeinde Masafer Yatta, vor der Zwangsräumung zu retten: Der preisgekrönte Film
„No other Land“, der inzwischen in vielen Ländern gezeigt wurde, hat Masafer Yatta im Westjordanland mit
Siedlerkolonialismus und israelischen Militäreinsätzen weltweit bekannt gemacht.

Szenen aus dem Film „No other land“: <https://www.youtube.com/watch?v=oGJiNOhIQYc>

Es werden immer wieder **neue Dokumentationen** veröffentlicht, die zeigen, mit welcher Brutalität Zerstö-
rungen erfolgen und die Menschenrechte der Palästinenser verletzt werden, z.B.:

FRANCE 24: In West Bank village of Masafer Yatta, Israelis and Palestinians unite against settlers

– [Video](#), 6 Min.

Al Jazeera English: Masked Israeli settlers attacked Palestinian families in West Bank's Masafer Yatta area –

[Video](#), 2,5 Min.

International Solidarity Movement (ISM), 5. April 2025:

Ethnic cleansing in Masafer Yatta: a focus on Susiya

<https://palsolidarity.org/2025/04/ethnic-cleansing-in-masafer-yatta-a-focus-on-susiya/>

German Foreign Policy: Zu Gast in Israel

Israels ultrarechte Regierung kooperiert mit der extremen Rechten in Europa und schließt eine Zusammenarbeit mit der AfD nicht grundsätzlich aus. Berlin hält an bedingungsloser Kooperation mit Israel fest.

31 März 2025 - Israels ultrarechte Regierung intensiviert ihre Zusammenarbeit mit der extremen Rechten in Europa und schließt auch eine Kooperation mit der AfD nicht grundsätzlich aus.

An einer Internationalen Konferenz zum Kampf gegen den Antisemitismus, zu der vergangene Woche Israels Ministerium für Diasporaangelegenheiten eingeladen hatte, nahmen Repräsentanten diverser Parteien der extrem rechten **Patrioten für Europa (PfE)** teil, darunter etwa Jordan Bardella, Präsident des französischen Rassemblement National (RN). Zuvor hatte der Likud, die Partei von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, Beobachterstatus bei den PfE erlangt; Außenminister Gideon Saar hatte Israels Diplomaten unter anderem in Frankreich angewiesen, die Beziehungen zu diversen Parteien der extremen Rechten zu normalisieren. Diese entstammen mehrheitlich dem Milieu alter Antisemiten und stehen häufig in direkter Tradition zu NS-Kollaborateuren. Israels Diasporaminister Chikli erklärt, er „hoffe“, die AfD werde sich von einigen umstrittenen Politikern lösen. Dann sei er bereit, mit ihr zu kooperieren. Mit Netanjahu, der ihn unterstützt, arbeitet die deutsche Regierung sehr eng zusammen.

[...] Für Politiker und Parteien der extremen Rechten in Europa ist die Einladung des israelischen Ministeriums zu der Konferenz in mehrfacher Hinsicht ein Gewinn. Zum einen erlaubt sie es ihnen, ihre Ursprünge in alten antisemitischen Milieus vergessen zu machen, die zudem in vielen Fällen in der Tradition der NS-Kollaboration stehen.[1] Faktisch stellt ihnen die israelische Regierung damit einen Persilschein aus. Dies ist der Grund, weshalb schon in den vergangenen Jahren immer wieder Politiker der extremen Rechten bemüht waren, zu einer Reise nach Israel eingeladen zu werden; [...] Es kommt hinzu, dass die extreme Rechte in Europa in Israel trotz ihres fortbestehenden Antisemitismus einen strategisch wichtigen Verbündeten im Kampf gegen den Islam sieht, der für sie wiederum vor allem ein Kampf gegen Migranten ist. Nicht zuletzt ermöglichte es die Konferenz den eingeladenen Repräsentanten der extremen Rechten, internationale Beziehungen zu knüpfen. Zugegen war etwa auch Matt Schlapp, Vorsitzender der American Conservative Union (ACU), die die Conservative Political Action Conference (CPAC) organisiert (german-foreign-policy.com berichtete [3]).

[...] Für die israelische Rechte bot die Konferenz die Gelegenheit, ihre Beziehungen zu ähnlich gesinnten politischen Kräften in Europa auf- und auszubauen.

Hoffnung auf Kooperation

Dies geschieht zu einer Zeit, zu der die Trump'sche Rechte in den Vereinigten Staaten ebenfalls Beziehungen zur extremen Rechten in Europa knüpft und intensiviert. So hielt sich schon im unmittelbaren Vorfeld der PfE-Generalversammlung im Februar der Präsident der

Heritage Foundation, Kevin Roberts, zu Gesprächen mit PfE-Politikern in Madrid auf [7]. Erst Elon Musk, dann auch US-Vizepräsident JD Vance haben sich im deutschen Wahlkampf für die AfD stark gemacht.[8] [...] In einem Post auf X erklärte Chikli am Tag nach der Bundestagswahl, die Partei, die sich in Deutschland am deutlichsten gegen jede Unterstützung für „antiisraelische“ Gruppierungen positioniere, sei „überraschenderweise“ die AfD.[9] Die Partei habe im April 2019 eine Gesetzesvorlage zum Verbot der BDS-Kampagne und im Juni 2019 eine weitere zum Verbot sämtlicher Hizbollah-Aktivitäten in Deutschland in den Bundestag eingebracht. Zwar gebe es noch „Stimmen“ wie den bisherigen Europa- und jetzigen AfD-Bundestagsabgeordneten Maximilian Krah, der die Waffen-SS verharmlost habe. Mit anderen, etwa mit AfD-Bundessprecherin Alice Weidel, sei eine Kooperation problemlos möglich. Er „hoffe“, die AfD könne sich von Personen wie Krah lösen, fügte Chikli hinzu.

Was von derlei Abgrenzungsversuchen zu halten ist, zeigt das Beispiel Ungarn. [...] Unter der Amtsführung von Viktor Orbán wurden Werke der Schriftsteller József Nyirő und Albert Wass in den Lehrplan für die ungarischen Schulen aufgenommen. Nyirő, ein Goebbel-Bewunderer, hatte 1942 in einer Rede verlangt: „Aus dem Weg mit den Brunnenvergiftern, mit denjenigen, die die ungarische Seele destruieren, die unseren Geist infizieren, die die ungarische Kraftentfaltung verhindern.“[11] Gemeint waren Juden. [...]

Die enge Kooperation der israelischen Regierung unter Netanjahu mit der extremen Rechten in Europa verstärkt den Druck auf Berlin, sich seinerseits für die extreme Rechte zu öffnen. [...] Der mutmaßlich nächste Bundeskanzler Friedrich Merz hat sich aber zu fast bedingungsloser Kooperation mit Netanjahu bekannt; so hat er erklärt, er werde Netanjahu nach Deutschland einladen und gleichzeitig sicherstellen, dass der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gegen den israelischen Ministerpräsidenten nicht vollstreckt werde.[13] Merz kündigte dies an, nachdem Netanjahus Partei Likud offiziell Beobachterstatus bei den PfE erhalten hatte. Letzterer steht einer überaus engen Zusammenarbeit mit der Bundesregierung nicht im Weg.

[1] S. dazu [Die Umwertung der Werte](#).

[3] S. dazu [Die transatlantische extreme Rechte \(II\)](#).

[7] S. dazu [Die transatlantische extreme Rechte \(II\)](#).

[8] S. dazu [Die transatlantische extreme Rechte \(III\)](#).

[9] Reaching out to Europe's rising Right: Israel's Diaspora Minister Chikli explains approach to German AfD party. allisrael.com 25.02.2025.

[11] S. dazu [Die Ära des Revisionismus \(III\)](#).

[13] Merz lädt Netanjahu trotz Haftbefehls nach Deutschland ein. handelsblatt.com 25.02.2025.

Auszüge aus:

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9929>

Combatants for Peace

Dringend: Vorgeschlagener Gesetzesentwurf bedroht Friedens- und Menschenrechts-NGOs in Israel

<https://cfpeace.org/> - CfP-Newsletter 18.02.2025

Wir sind zutiefst besorgt über eine gefährliche neue gesetzliche Entwicklung, die Combatants for Peace und andere Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in Israel bedroht: Der Ministerausschuss für Gesetzgebung der israelischen Regierung hat soeben einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Vereinsgesetzes (1980) verabschiedet, der NGOs, die von ausländischen staatlichen Stellen finanziert werden, strenge finanzielle und operative Beschränkungen auferlegt. Sollte dieser Gesetzesentwurf verabschiedet werden, wird er unsere Handlungsmöglichkeiten drastisch einschränken und die Stimmen für Frieden, Menschenrechte und binationale Zusammenarbeit zum Schweigen bringen.

Der Gesetzesentwurf beschränkt nicht nur die Finanzierung, sondern versucht auch, den NGOs den Zugang zu gerichtlicher Überprüfung in Menschenrechtsangelegenheiten und Petitionen gegen staatliche Stellen zu verwehren. Im Entwurf heißt es: „Ein Gericht darf keinen Antrag einer NGO prüfen, deren Hauptfinanzierung von einer ausländischen staatlichen Einrichtung stammt, bzw. wenn sie nicht vom Staat (Israel) finanziert wird.“ Dies bedeutet, dass NGOs, die auf internationale Finanzierung angewiesen sind - die große Mehrheit der israelischen Menschenrechtsorganisationen - ihre Fähigkeit verlieren würden, Petitionen an israelische Gerichte zu richten. Dies ist ein direkter Angriff auf die Demokratie und beraubt die Zivilgesellschaft eines ihrer wichtigsten Instrumente zum Schutz der Menschenrechte.

Warum dies wichtig ist

Es verhindert, dass Menschenrechtsverletzungen gerichtlich angefochten werden, und verweigert denjenigen, die es am meisten brauchen, Gerechtigkeit.

Es bringt die Zivilgesellschaft zum Schweigen und schneidet die internationale Unterstützung für Organisationen ab, die sich für Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit einsetzen.

Es untergräbt die Demokratie, indem sie der Regierung unkontrollierte Macht verleiht, um abweichende Meinungen zu unterdrücken.

Es wird die Besatzung vertiefen und verfestigen, indem es eine der letzten verbliebenen Kontrollen der Regierungspolitik, die Menschenrechtsverletzungen und Gewalt aufrechterhält, beseitigt.

Was dies für die Palästinenser bedeutet

Mehr Landraub und Häuserabrisse - Da es weniger rechtliche Anfechtungen gibt, kann Israel die Siedlungen ausbauen und palästinensisches Land noch schneller beschlagnahmen.

Mehr Siedler- und Militärgewalt - Ohne Mechanismen der Rechenschaftspflicht werden die Angriffe auf palästinensische Gemeinschaften unkontrolliert eskalieren.

Geringere internationale Aufmerksamkeit – Menschenrechtsorganisationen werden zum Schweigen gebracht, was es schwieriger macht, die tägliche Realität der Besatzung aufzudecken.

Ein Ende der Friedensbemühungen an der Basis - Gruppen wie Combatants for Peace, die Israelis und Palästinenser für gewaltfreie Aktionen zusammenbringen, werden wichtige Unterstützung verlieren.

Wie Sie helfen können

[...] Kontaktieren Sie Ihre Vertreter und Ihre nationale Regierung und fordern Sie sie auf, sich gegen dieses Gesetz auszusprechen und diplomatischen Druck auf Israel auszuüben, um die Zivilgesellschaft zu schützen. Erhöhen Sie die Aufmerksamkeit, indem Sie diese Informationen an Ihre Netzwerke, Menschenrechtsorganisationen und Medienkontakte weitergeben. [...]

Bei diesem Gesetzentwurf geht es nicht nur darum, israelische Nichtregierungsorganisationen einzuschränken - er ist ein direkter Angriff auf die Rechte der Palästinenser, den Zugang zur Justiz und die Friedensbewegung. Durch die Lähmung der Zivilgesellschaft würde die israelische Regierung dafür sorgen, dass die militärische Besatzung und die Ausbreitung der Siedler unkontrolliert und mit weniger Hindernissen für den Widerstand weitergehen. **Es ist Zeit zu handeln.** Gemeinsam können wir das Recht verteidigen, uns der Unterdrückung zu widersetzen, für den Frieden einzutreten und eine gerechte Zukunft für alle aufzubauen.

Quelle - Übersetzung: Redaktion von 'Sand im Getriebe' Druckversion

Presseerklärung vom New Israel Fund: This Bill Silences the Human Rights Community in Israel

Combatants for Peace: 15 persönliche Geschichten – SiG-SN (Juni 2024)

Hunderte von Israelis beteiligen sich an stillen Mahnwachen für getötete Kinder aus dem Gazastreifen

Am 26. April standen Hunderte von Demonstranten in der Innenstadt von Tel Aviv in absolutem Schweigen zusammen und hielten Porträts von Kindern aus dem Gazastreifen in den Händen, die seit Israels Bruch des Waffenstillstands am 18 März getötet wurden. Die **Mahnwache** fand zeitgleich mit den wöchentlichen Anti-Regierungs-Protesten statt. Angesichts der allgemeinen Gleichgültigkeit der israelischen Öffentlichkeit gegenüber der Zerstörung des Gazastreifens haben diese seit dem 22. März stattfindenden Mahnwachen es geschafft, die Mauer der Gleichgültigkeit zu durchbrechen.

Der Aktivist Schilo erklärt: "Es gibt hier eine einfache Wahrheit, die für sich selbst spricht. Wir haben so viele Kinder getötet - das ist schwer zu bestreiten." Die Menschen kommen oft wütend zu der Aktion, aber dann bleiben sie stehen und werden still. Schweigen ist Macht. Und die Tatsache, dass die Aktion nicht von einer bestimmten Organisation organisiert wird, bewegt die Menschen wirklich. Mehr: 972mag.com

Widersprüche in Israel – einige Einblicke

Immer mehr Reservisten verweigern den Dienst in der israelischen Armee. Mehr als 100.000 sollen es sein. Einige stellen sich öffentlich gegen den Krieg. Für die Regierung hat das Folgen. [Tagesschau](#)

Meron Rapaport, 11.4.2025 , www.972mag.com:

„Die Verweigerungen kommen in Wellen, und dies ist die größte Welle seit dem Ersten Libanonkrieg 1982,“, sagte Ishai Menuchin, einer der Anführer der Verweigerungsbewegung **Yesh Gvul** („Es gibt eine Grenze“), die während dieses Krieges gegründet wurde.

Laut Menuchin steht Yesh Gvul seit Oktober 2023 in Kontakt mit über 150 ideologischen Verweigerern, während **New Profile**, eine weitere Organisation, die Verweigerer unterstützt, mehrere hundert solcher Fälle bearbeitet hat. Während Teenager, die sich aus ideologischen Gründen der Wehrpflicht verweigern, mit mehrmonatigen [Freiheitsstrafen](#) rechnen müssen, ist Menuchin nur ein Fall bekannt, in dem ein Reservist für seine jüngste Verweigerung bestraft wurde – mit zwei Wochen Bewährung.

[...] Yuval Green weigerte sich, seinen Dienst in Gaza fortzusetzen, [nachdem er einen Befehl zum Anzünden eines palästinensischen Hauses](#) missachtet hatte, und führt nun eine **Antikriegsbewegung namens „Soldiers for the Hostages“** an, der sich 220 Reservisten mit einer Verweigerungserklärung angeschlossen haben. [...]

[Yael Berda](#), Soziologin an der Hebräischen Universität und linke Aktivistin, erklärte, dass die sinkende Bereitschaft, zum Reservedienst zu erscheinen, in erster Linie auf wirtschaftliche Sorgen zurückzuführen sei. Sie verwies auf eine [aktuelle Umfrage](#) der israelischen Arbeitsagentur, wonach 48 Prozent der Reservisten seit dem 7. Oktober erhebliche Einkommensverluste gemeldet haben und 41 Prozent angaben, aufgrund der langen Dienstzeit in der Reserve entlassen worden zu sein oder ihren Arbeitsplatz aufgeben zu müssen.

Menuchin liefert eine zusätzliche Erklärung: „Die Israelis wollen sich nicht wie Trottel fühlen, und sie erreichen jetzt einen Punkt, an dem sie das Gefühl haben, ausgebeutet zu werden. Sie sehen, dass andere Ausnahmen bekommen, und sie gehen davon aus, dass niemand sie oder ihre Familien unterstützen wird, wenn ihnen etwas zustößt. Es herrscht ein Gefühl der Verlassenheit.[...]“

Israelische Soldaten sprechen über Kriegsverbrechen in der "Tötungszone" des Gazastreifens
https://antikrieg.com/aktuell/2025_04_09_israelische-soldaten.htm ;
Das erwähnte Dokument: [Breaking the Silence](#)

Hunderte israelische Reservisten wegen Anti-Kriegsbrief entlassen

Mehr als 900 israelische Reservisten und pensionierte Angehörige der Luftwaffe haben einen Brief unterzeichnet, in dem sie die Freilassung israelischer Ge-

fangener fordern, selbst wenn dies das Ende des Krieges in Gaza bedeuten würde. Als Reaktion darauf beschlossen Generalstabschef Eyal Zamir und Luftwaffenkommandant Tomer Bar, die Reservisten zu entlassen.

Kabinettsmitglieder unterstützten die Entscheidung von Zamir und Bar und behaupteten, der Brief komme einer Aufforderung zur Verweigerung des Militärdienstes gleich.

Premierminister Benjamin Netanjahu bezeichnete die Unterzeichner als „extremistische Randgruppe“, die „ein einziges Ziel“ verfolge, nämlich „den Sturz der Regierung“.

„Die Entscheidung des Stabschefs, die Unterzeichner des Luftwaffenbriefes zu entlassen, ist nichts anderes als der Beginn einer politischen Säuberung in den Reihen der Armee.“ – Yagil Levy, Experte für militärische Angelegenheiten

Verteidigungsminister Israel Katz warf ihnen vor, „die Legitimität des gerechten Krieges der IDF in Gaza untergraben zu wollen“.

Die Entlassungen wurden jedoch innerhalb des politischen Systems und in den Medien Israels weitgehend kritisiert. [...] Nach der Bekanntgabe der Entlassung der Reservisten wurden drei ähnliche Briefe von Hunderten von Reservisten der Marine, des Geheimdienstes und von Kampfeinheiten unterzeichnet und veröffentlicht. In den Briefen wurde auch ein Ende des Krieges gefordert, um die Freilassung der Gefangenen zu erreichen. [...]

<https://www.middleeasteye.net/news/israeli-press-review-high-tech-brain-drain-plagues>

**8.-9. Mai in Jerusalem:
Friedensgipfel der Völker**
Interview der beiden Hauptorganisatoren,
Mitglieder von <https://www.iinteract.org>

15.04.2025 - **Die Mehrheit der Israelis wünscht sich eine Waffenruhe in Gaza und ein Ende des Krieges**, sagt der frühere Botschafter **Avi Primor**.

Aber die Regierung Netanjahus habe daran kein Interesse, sondern führe die Kämpfe aus dem Wunsch nach Machterhalt weiter – [deutschlandfunk](#)

Tausende Hightech-Fachkräfte verlassen Israel

Laut der Nachrichtenwebsite Ynet haben zwischen Beginn des Krieges im Gazastreifen im Oktober 2023 und Juli 2024 rund 8.300 Hightech-Fachkräfte Israel verlassen.[...] Obwohl sie weniger als acht Prozent der Erwerbsbevölkerung ausmachen, trugen Hightech-Fachkräfte laut dem israelischen Finanzministerium im Jahr 2021 35 Prozent der Einkommenssteuereinnahmen bei. [...] Kürzlich wurde berichtet, dass seit Beginn des Krieges mehr als 80.000 Israelis ausgewandert sind, 40 Prozent davon junge Erwachsene zwischen 20 und 40 Jahren. [...] middleeasteye.net

Geopolitische Interessen und Zukunft

Helga Merkelbach

Pläne für Gaza – Trump-Netanjahu-Treffen am 4. Februar 2025

„*Sie werden es tun. Wir tun eine Menge für sie, und sie werden es tun.*“, sagte [Trump](#) am 31. Januar 2025 und meint damit, dass Ägypten und Jordanien letztlich seiner Forderung der [Umsiedlung](#) von Palästinenser:innen aus Gaza dorthin zustimmen werden. Gaza soll nicht unter palästinensische Kontrolle fallen, sondern zu einem Handelsdrehschwerpunkt zwischen Asien und Europa werden.

Trump veröffentlichte seine Pläne im Januar 2020, Netanjahu sprach öffentlich seit September 2023 darüber. Aufbau und Betrieb eines Handelsdrehschwerpunkts in Gaza dienen ökonomischen Interessen von Unternehmen aus den USA, Europa, Israel und solchen arabischen Staaten, die mitspielen. – Um Menschen und Menschlichkeit geht es dabei nicht.

Ob mehr als anderthalb Millionen Palästinenser:innen vertrieben und in Ägypten, Jordanien, Indonesien oder anderswo angesiedelt werden, wie es US-Präsident Trump kurz nach Amtsantritt vorschlug oder ob [in Gaza Israelis angesiedelt](#) werden, wie es von extremrechten Siedlergruppen vorgeschlagen wird, ist dabei verhandelbar, aber nicht, dass Gaza unter israelischer, allenfalls internationaler westlicher Kontrolle bleibt.

Welche Pläne zeichnen sich bislang für Gaza ab?

Trump hat 2020 seinen Plan für Israel und Palästina [„Peace to Prosperity“](#) vorgestellt (180 Seiten politische und wirtschaftliche Ausführungen). 2018 war schon eine US-Botschaft im eigentlich besetzten, von Israel 1980 illegal annektierten Ostjerusalem eröffnet worden, ein Zeichen, dass die USA für die seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiete künftig israelische Kontrolle anstatt Schaffung eines völlig autonomen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 vorzieht.

Am 09.09.2023 vereinbarten die USA, Indien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Frankreich, Deutschland und Italien das Memorandum of Understanding ([IMEC](#)) für die Einrichtung eines Handelskorridors von Indien über den Hafen Haifa in Israel nach Europa. Das geschah beim G20 Treffen in Neu-Delhi, vor dem 7. Oktober und dem Hamas-Angriff auf Südisrael. Ebenfalls vor dem 7. Oktober, nur 10 Tage nach dem G20 Treffen, trat der israelische Ministerpräsident Netanjahu am 20. September 2023 mit einer Karte der Region [vor der UN Generalversammlung](#) auf und zeichnete eigenhändig eben diesen IMEC-Handelskorridor ein.

Am 3. Mai 2024 veröffentlichte das Büro [Netanjahus Plan „Gaza 2035“](#), der aus drei Stufen besteht. Phase 1: Zerschlagung der Hamas, Phase 2: Humanitäre Hilfe (12 Monate), Phase 3: Neuaufbau (5 bis 10 Jahre), Phase 4: Selbstverwaltung. Dieser Plan „verschwand“ im August

2024 aus dem Internet, ist mit der Wayback Machine und [diesem Link](#) (auf Hebräisch) original zu finden.

Am 25. Juli 2024 greift die bundeseigene Marketing-Agentur Germany Trade and Invest (GTAI) das Problem auf, dass jemenitische Huthis zur Unterstützung Palästinenser Handelsschiffe an der Meerenge Al Bab beschießen, die im Zusammenhang mit Israels Krieg in Gaza stehen. Der GTAI-Experte für Nahost, Detlef Gürtler zeigt mit einer [Karte](#), dass die krisengeschüttelte Region zum Hoffnungsträger werden könnte, in Friedenszeiten. Auf dieser Karte führt eine IMEC-Route an der Westküste Saudi-Arabiens entlang, die in Gaza endet. Die Karte wurde bald wieder entfernt.

Am 27. September 2024 tritt Netanjahu erneut vor der UN-Generalversammlung auf und bringt wieder [zwei Karten der Region](#) mit. Auf der einen ist schwarz markiert, dass terroristische islamistische Organisationen und Staaten zum „Fluch“ werden könnten. Auf der anderen ist der Handelskorridor zu sehen, der „Segen“ brächte.

Am 29. Januar 2025 meldet [Reuters](#), dass Netanyahu den US Gesandten für den Nahen Osten, Steve Witkoff getroffen hat, der sich selbst ein Bild von der Waffenruhe in Gaza gemacht hat. Oder will er abstecken, wie die Umstände für Wiederaufbau realistisch einzuschätzen sind? Trump hoffe, dass ein breiteres Abkommen zustande käme, das diplomatische Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien einschliesse. Am 4. Februar will Netanjahu Trump treffen, der Tag, an dem auch die Gespräche der 2. Phase in der Waffenruhe wieder aufgenommen werden.

Das zwischen Hamas und israelischer Regierung von Ägypten und Katar ausgehandelte Abkommen zur 42-tägigen Waffenruhe ist bislang [nicht im Original](#) als Ganzes veröffentlicht worden.

Was könnten Trump und Netanjahu absprechen?

In [Trumps Plan](#) „Peace to Prosperity“ steht *„Gaza ist eine sehr komplizierte Situation“* (S. 2). Er sieht vor, die Hamas zu entwaffnen, Gaza zu entmilitarisieren und allenfalls die Palästinensische Autonomiebehörde oder internationale Gremien, wenn das *„für den Staat Israel akzeptabel ist“* zur Verwaltung einzusetzen (S. 26). Eine

wirtschaftliche Vision, Investitionen und Staatenbildung könne erst beginnen, wenn diese Gaza-Kriterien erfüllt seien (Section 9). Nach fünf Jahren stellt der Plan den Bau einer künstlichen Insel in Aussicht, auf der ein kleiner Flughafen und ein großer Hafen gebaut werden könnten (Section 12). Bezüglich palästinensischer Flüchtlinge spricht der Plan den „arabischen Brüdern eine moralische Verantwortung zu, sie in ihren Ländern zu integrieren, wie die Juden in den Staat Israel integriert wurden“ (die aus arabischen Ländern vertrieben wurden oder geflohen sind). Rückkehr oder Kompensation, wie in der [UN-Resolution](#) 194 Punkt 11 von 1948 gefordert und mit Israels Beitritt in die Vereinten Nationen so akzeptiert, sind nicht vorgesehen. „No right to return“ – kein Recht auf Rückkehr heißt es S. 36, auch keine Kompensation.

Durch den Krieg 2023/24 ist die Situation in Gaza verändert. Israels Bomben haben Infrastruktur und Wohngebäude weitgehend zerstört. Das ermöglicht unmittelbare Investitionen in Räumung und Wieder- bzw. Neuaufbau. Die nach dem 7. Oktober 2023 zum Teil mehrfach vertriebenen / geflüchteten Menschen kehren vom Süden zurück nach Hause in den Norden. Anders als bei den vorangegangenen Kriegen ab 2008/9 stellen nicht explodierte Munition, kontaminierte Böden und fast kein vorhandenes Material, Energie und Gerätschaften eine Herausforderung dar, die sie kaum ohne Hilfe bewältigen können. Obendrein sind sie auf Genehmigung Israels angewiesen, die den Einlass von Hilfslieferungen kontrolliert und bislang extrem limitieren. Dennoch haben die Palästinenser:innen Trumps Angebot abgelehnt, ihre Heimat freiwillig auch nur vorübergehend zu verlassen, in ein anderes muslimisches Land zu ziehen, um Gaza von Grund auf neu wiederaufbauen zu lassen. Ein Zeichen von „Sumud“ (Standfestigkeit, nicht zu weichen), wie solcher gewaltfreier Widerstand von ihnen bezeichnet wird.

Die erste Phase von Netanjahus „Gaza 2035“ ist mit sechswöchiger Waffenruhe ab 19. Januar 2025 zumindest abgebrochen, die Hamas zwar nicht zerschlagen, aber Gaza ist unbewohnbar gemacht worden, wenn nicht massive Aufbauhilfe geleistet wird. Die zweite Phase hat begonnen, humanitäre Hilfe fließt zumindest mehr als zuvor. Da das israelische Parlament beschlossen hat, ab Ende Januar diesen Jahres der Flüchtlingshilfe für Palästinenser:innen (UNRWA) jedwede Zusammenarbeit zu versagen, also in Gaza wie in Ostjerusalem und im Westjordanland (also den besetzten palästinensischen Gebieten) die Not der Menschen nur noch größer wird, ist die Frage, inwieweit zum einen die Hamas Kompromisse macht, um die Bevölkerung versorgt zu wissen und die eigene Macht zu erhalten, zum anderen, worauf sich die Palästinensische Autonomiebehörde einlässt, um dem eigenen Volk Erleichterung zu verschaffen und sich an der Macht zu halten.

Der Gedanke, Zivilgesellschaft selbst an den Verhandlungstisch zu holen, ist bislang wohl nur den miteinander kooperierenden Frauenorganisationen Women Wage Peace (israelisch) und Women of the Sun (palästinensisch) mit ihrem [Mothers' Call](#) gekommen, noch einmal bekräftigt am [4. Oktober 2023](#), vor dem 7. Oktober, bei einer internationalen Zusammenkunft von Tausenden Frauen am Toten Meer.

Welche weiteren Mitspieler gibt es in den Verhandlungen?

Die USA haben Interesse daran, Saudi-Arabien an den Westen anzubinden, es als potentiellen Bündnispartner gegen den Iran an seiner Seite zu wissen, aber auch als Handelspartner anstelle eines Handel anbietenden Chinas. Die Handelsroute IMEC durch Saudi-Arabien könnte für den Westen ebenso nützlich sein wie für Saudi-Arabien. IMEC wäre auch eine Alternative zur chinesischen neuen Seidenstraße, Belt and Road Initiative (von 2013), deren südliche Meeresroute durch das Rote Meer, am Bab el Mandeb und Jemen vorbei und durch den Suezkanal führt.

Saudi-Arabien plant mit der „Vision 2030“ seine öl- und gaslastige Wirtschaft auf Produktion von Wasserstoff umzustellen. Die Thyssen-Krupp-Tochter liefert dazu die technischen Anlagen im Zukunftsprojekt NEOM an der Nordostküste des Roten Meers und wird [von der Bundesregierung dafür gefördert](#). NEOM soll aus der Wohnstadt The Line bestehen (170 km an einer kostenlosen Bahnlinie für 9 Mio. Menschen), Industrie und Seehafen Oxagon sowie Tourismus (die Badeinsel Sindalah und das Skigebiet Trojena in den Bergen). Die erhofften 150 Mio. Luxustourist:innen sind allerdings seit dem Beginn des Gazakriegs nicht gekommen. Die Angriffe der jemenitischen Huthis auf Schiffe an der südlichen Einfahrt zum Roten Meer Bab el Mandab können auch Baumaterialien für NEOM verhindern. – 2024 kam das Projekt NEOM ins Stocken. [Saudi-Arabien braucht dringend Frieden in Gaza](#), um seine Wirtschaftsvision zu verwirklichen. Aber wird es dafür die Interessen der Palästinenser:innen opfern?

Jordanien hat die Aufnahme von Gazaner:innen zurückgewiesen. Jordaniens Bevölkerung besteht schon zu so großen Teilen aus Flüchtlingen (aus Palästina 1947/48 und 1967, Irak 1991 und 2003, Syrien seit 2011). Mehr als ein Drittel der etwa 12 Millionen zählenden [Bevölkerung](#) haben keine jordanische Staatsbürgerschaft. Trumps Forderung von 2020, Palästinenser:innen mit Flüchtlingsstatus zu integrieren und nun seine Erwartung weitere, über eine Million aufzunehmen, bringt Jordanien in Bedrängnis. Jordanien hat 1994 mit Israel Frieden geschlossen, es ist auf Gas- und Wasserlieferungen aus Israel angewiesen. Israel muss sich allerdings auch weiter darauf verlassen können, dass es an dieser Grenze keine Bedrohung mehr erfährt, vor allem nicht von Palästinenser:innen, die seit Generationen darauf warten, dass

ihr Flüchtlingsstatus beendet wird und sie Staatsbürger:innen in ihrem eigenen Staat Palästina würden.

Ägypten hat sich bislang als standfest erwiesen und allen Versuchen widerstanden, Gazaner:innen in sein Land umzusiedeln. Ägypten ist (noch) für Israel wichtig. Israel fördert große Mengen Gas vor der israelischen Küste. Das Gasfeld [Tamar](#) birgt über 200 Mrd. m³ Gas, wird von Chevron betrieben und ist zu 25 % im Besitz von Chevron, 28,75 % von Isramco – US und israelische Unternehmen. Das Gasfeld [Leviathan](#) enthält 22 Billionen m³ Gas, wird von Chevron betrieben und ist zu 45,33 % in der Hand des israelischen Unternehmens Delek, zu 39,66 % von Chevron. Israel hat keine Gasverflüssigungsanlage an der eigenen Küste und leitet sein Gas entlang der Küste von Gaza nach Ägypten zu zwei ägyptischen Gasverflüssigungsanlagen. Von dort wird es nach Europa verschifft. Ägypten braucht Israel für dieses Geschäft (und auch als Gaslieferant angesichts der eigenen knapp werdenden Vorkommen). Israel braucht Ägypten für die Verflüssigung. Europa wiederum ist seit dem Ukrainekrieg (2022) dringend auf Gas von irgendwo angewiesen.

Trumps Plan von 2020 sieht vor, dass Israel im Falle der Entstehung eines autonomen Staates Palästina die (militärische) Sicherheitskontrolle über das Jordantal, den Luftraum und die Mittelmeerküste vor Gaza behält. Ein Hafen von Gaza (wie Netanjahus Plan „Gaza 2035“) ihn vorsieht, läge somit in israelisch abgesichertem Gebiet. Ebenfalls würde Israel damit automatisch die Kontrolle über das Gasfeld Gaza Marine erhalten. Die [geschätzten 25 Mrd. m³ Gas](#) sind im Vergleich zu den großen Funden Israels wenig. Für die Wirtschaft eines unabhängigen Palästinas allerdings wären sie das Fundament größerer ökonomischer Unabhängigkeit (von internationalen Hilfeleistungen).

Um Ägyptens Wirtschaft steht es nicht am besten, der Staat ist verschuldet, daran hat auch die Privatisierung von Staatsunternehmen in den zurückliegenden Jahren nicht viel ändern können. Israel bot Ägypten gleich zu Beginn des Krieges an, beim Internationalen Währungsfonds (IWF) für [Schuldenerlass](#) zu sorgen, wenn es Palästinenser:innen aus Gaza aufnähme. Ägypten befürchtet, dass palästinensische Flüchtlinge zur Destabilisierung im Lande beitragen könnten. Daran ist auch den USA nicht gelegen.

2024 erreichten [ausländische Direktinvestitionen](#) in Ägypten einen Höhepunkt. Es handelte sich hauptsächlich um Gelder aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) im Zusammenhang mit dem Megastadtentwicklungspro-

jekt Ras El-Hekma. Daran sind auch inländische Investoren mit Krediten beteiligt. Erfolgreich kann das Projekt nur mit Nachfolgeprojekten werden, für die wiederum ausländische Investitionen im Tourismus (in Ras El-Hekma am Mittelmeer) gefragt sind.

Ägypten verlässt sich nicht mehr ausschließlich auf die USA als Kooperationspartner, erkennt seine geostrategische Bedeutung und spielt für China und dessen Belt and Road Initiative seit 2013 eine Rolle. Ägypten ist ein Staat mit Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent, es pflegt wirtschaftliche und politische Beziehung mit der arabischen Welt und es kontrolliert den Suezkanal, durch den die Meeresroute der Neuen Seidenstraße von Asien nach Europa laufen soll. [12 % des Welthandels](#) gehen durch dieses Nadelöhr. Ägypten und China haben 2016 eine Kooperationspartnerschaft angefangen, die 2024 mit der Mitgliedschaft von Ägypten als BRICS-Staat verstärkt wurde.

„Ein größerer Einfluss in Ägypten wird Chinas Position gegenüber den Vereinigten Staaten stärken, und Chinas wachsende Investitionen in Ägypten könnten die wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten im kommenden Jahrzehnt gefährden. Zweifellos wird sich eine weitere strategische Partnerschaft zwischen Ägypten und Peking letztlich negativ auf die besonderen Beziehungen Ägyptens zu den Vereinigten Staaten auswirken.“ stellt das [Washington Institute am 27. April 2023](#) fest.

Wie also Trump Jordanien oder Ägypten zur Aufnahme von über einer Million Gazaner:innen bewegen will, was Trump mit Netanjahu bei dessen Besuch in den USA am 4. Februar absprechen wird / kann, hängt von vielen Faktoren ab. Zu guter Letzt wird nicht nur Gaza eine Rolle spielen, sondern auch die israelischen Annexionsinteressen in den besetzten palästinensischen Gebieten insbesondere in Ostjerusalem und Westjordanland. – Der Ausgang der anstehenden Verhandlungen in der 2. Phase der Waffenruhe, vermittelt von Ägypten und Katar, ist ungewiss. Doch die dahinterstehenden Interessen verweisen klar darauf, dass das Schicksal der palästinensischen Menschen lediglich eine Manövriermasse ist, für alle am Handel/Verhandlungstisch Beteiligten.

[Helga Merkelbach](#) ist pensionierte Lehrerin, Aktivistin für Frieden, Gender-Gerechtigkeit, Klima/Umwelt/Natur und Menschenrechte. Sie hat viele Länder bereist, in Großbritannien, Äthiopien und Brasilien auch gelebt, Menschen vor Ort in ihrer Lebenslage kennengelernt, so dass ihr Engagement zur persönlich untermauerten Herzenssache geworden ist.

Alain Gresh: Gaza – die alte Fantasie von der Vertreibung

Donald Trumps wahnwitziger Plan, die Bewohner:innen des Küstenstreifens nach Ägypten und Jordanien „umzusiedeln“, trifft in Israel auf viel Zustimmung. Dort hat der Traum vom Verschwinden Gazas eine lange Geschichte, die bis ins Jahr 1949 zurückreicht. Artikel in <https://monde-diplomatique.de/artikel/!6069416>

Pablo Flock, 14. Februar 2025
Brüchiger Waffenstillstand in Gaza

Vorbemerkung der SiG-Redaktion: Inzwischen hat Israel die Waffenruhe gebrochen. Zum Verständnis der aktuellen Situation eignet sich jedoch dieser Artikel, den wir hier auszugsweise veröffentlichen.

Danke an die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. - www.imi-online.de

<https://www.imi-online.de/2025/02/14/bruechiger-waffenstillstand-in-gaza-gibt-es-hoffnung>

(14.02.2025) Am 19. Januar 2025 trat endlich wieder ein Waffenstillstand zwischen der israelischen Regierung und der Hamas in Gaza in Kraft. Einerseits bietet diese erst zweite Feuerpause in dem über 15 Monate dauernden Krieg eine lang ersehnte Erleichterung für die rund zwei Millionen im zerbombten Gazastreifen siechenden Menschen und ein Ende dieses Horrors für die israelischen Geiseln und ihre Familien. Zugleich wären die Absprachen tatsächlich geeignet, das Fundament für einen nachhaltigen Frieden zu bieten. Bisher sind auch alle Gefangenenaustausche erfolgreich und nur mit kürzeren Verzögerungen wegen Unstimmigkeiten zwischen Israel und den bewaffneten Gruppen in Gaza verlaufen und die Hamas kündigte Anfang Februar, also im Zeitplan, an, dass die Verhandlungen über die zweite Phase des Waffenstillstands mit Israel begonnen hätten.^[1]

Jedoch scheint eine gütliche Einigung zwischen den Opponenten doch sehr fraglich, seitdem der neue US-Präsident Donald Trump bei einer Pressekonferenz während des Besuchs des israelischen Premierministers Anfang Februar verkündete, dass die USA den Gazastreifen als „Eigentümer“ „besitzen“ und zur „Riviera des Nahen Ostens machen“ wollten – wofür die palästinensische Bevölkerung nach Ägypten oder Jordanien umgesiedelt, also vertrieben würde. Zudem drohen die rechtsextremen Koalitionspartner Netanyahus wiederholt mit dem Platzen der Regierungskoalition und selbst gemäßigte Israelis scheinen das Abkommen teilweise als Niederlage zu interpretieren. Könnten Trumps, über die Abmachungen im Waffenstillstand hinausgehenden, Forderungen einer sofortiger Freilassung aller Geiseln, sowie seine Aneignungspläne ernst gemeint sein und bald (erneut) die „Hölle“ dort ausbrechen? [...]

Drei Phasen des Waffenstillstands

In der ersten, sechs Wochen dauernden Phase sollen nun vorerst 33 israelische Geiseln und über 1000 palästinensische Gefangene freigelassen bzw. ausgetauscht werden, in einem Verhältnis von 1 zu 3 im Falle von Palästinensern mit lebenslangen Haftstrafen, denen überwiegend tödliche Attacken auf Israelis vorgeworfen werden, und 1 zu 27 im Falle von palästinensischen Zivilist*innen. So beziffern es von Zeitun-

gen wie der Times of Israel und dem arabischen Middle East Eye veröffentlichte Abschriften des Deals.^[2] [...]

Außerdem sollen sich die israelischen Streitkräfte während dieser Phase auf bis zu 700m von der Grenze Gazas zurückziehen und palästinensische Zivilisten binnen Wochen zurück in ihre – nun eher einem Geröllfeld oder Schutthaufen gleichende – Heimat im Norden Gazas zurückkehren dürfen. Bei der Durchquerung des den Norden Gazas abtrennenden, während des Kriegs von Israel errichtete Netzarim-Korridors mit Autos und anderen Fahrzeugen sollen die Rückkehrenden Berichten zufolge durch US-amerikanische und ägyptische Sicherheitsfirmen auf Waffen kontrolliert werden.^[5] Der 12km breite Philadelphi-Korridor, der Gaza und Ägypten trennt, bleibt vom israelischen Rückzug ausgenommen. Sobald alle weiblichen Geiseln nach Israel zurückgekehrt seien, dürfen verwundete und kranke Palästinenser*innen über den Grenzübergang von Rafah zur Behandlung nach Ägypten reisen, was ebenso schon begonnen hat. So gar bis zu 50 verwundete palästinensische Kämpfer dürfen pro Tag, nach Billigung Israels und Ägyptens, zur Behandlung ausreisen.

Während dieser Gefangenenaustausche und des Rückzugs müssen auch die Details für spätere Phasen des Waffenstillstands ausgehandelt werden, bevor diese in Kraft treten können. Klar ist schon, dass die zweite Phase die Rückführung aller israelischer Geiseln und den vollständigen Rückzug der israelischen Armee beinhalten soll. In der letzten Phase soll dann diskutiert werden, wie Gaza in Zukunft regiert werden soll, die letzten leiblichen Überreste israelischer Soldaten zurückkehren und zusammen mit internationalen Partnern ein Wiederaufbauplan für Gaza ausgehandelt werden. Die Palästinensische Autonomiebehörde hat schon Interesse an der Verwaltung des Gazastreifens angemeldet und die Hamas ihre Machterhalt nicht zur Voraussetzung gemacht. Dass diese letzten beiden Phasen tatsächlich realisiert – und selbst nur die erste komplett abgeschlossen – werden, ist natürlich alles andere als garantiert.

Netanyahus Betonung in verschiedenen Reden und Interviews, dass sowohl der zu Abkommensabschluss

noch amtierende US-Präsident Joseph Biden, als auch der mittlerweile inaugurierte Präsident Donald Trump zugesichert hätten, dass dies nur eine temporäre Feuerpause sei, und Israel stets zur Kriegführung zurückkehren könne, deuten wohl in eine andere Richtung.[6]

Nur ein kurzer Waffenstillstand vor 13 Monaten

[...] Bisher gab es nur sechs Wochen nach Beginn des Krieges eine kurze einwöchige Feuerpause Ende November 2023. Seitdem war der größtenteils mehrfach vertriebenen, in Zelten frierenden und weggeschwemmten, auch in humanitären Zonen bombardierten und im Norden ausgehungerten Bevölkerung Gazas kein Moment des Aufatmens, der kurzen Sicherheit gegönnt.

Während dieses ersten kurzen Waffenstillstands wurden 110 von den insgesamt 237 in den Gazastreifen verschleppten Geiseln freigelassen. Im Gegenzug entließ Israel damals insgesamt 290 von 350 zur Entlassung freigegebenen palästinensischen Gefangenen. Jedoch hatte Israel allein in der Woche dieses Waffenstillstands, wie Al Jazeera schreibt, schon wieder „ungefähr die selbe Anzahl in der Westbank und Ostjerusalem festgenommen.“[7]

Spezielle Arithmetik israelisch-palästinensischer Gefangenentausche

Gerade unter mit der Thematik nicht so sehr befassten Nachrichten-Leser*innen, aber auch bei skandalisierenden Medienschaffenden, begegnet man immer wieder Unverständnis für die Verhältnisse, in denen palästinensische und israelische Gefangene ausgetauscht werden. [...]

Dieses Verhältnis ist im Interesse sowohl vonseiten der Hamas, die sich als effektive Verhandlungsmacht und „Befreierin“ – und somit durch die Geiselnahmen trotz ihrer militärtechnischen Unterlegenheit überhaupt als handlungsfähig inszenieren kann, als auch der israelischen Regierung, die inszenieren kann, wie viele palästinensische Leben ihr ein israelisches angeblich Wert sei – obwohl sie den Krieg in die Länge zog und Geiseln dabei tötete – und damit auch Vorstellungen von Höherwertigkeit unterfüttert. Andererseits ist es natürlich auch einfach nur Produkt der Realität, dass Israel als Besatzungsmacht viel mehr „Gefangene“ nehmen kann – was sich nicht nur an den 1000 seit dem 8. Oktober 2023 Gefangenen zeigt, sondern auch an den laut der palästinensischen Prisoner Support and Human Rights Association Addameer 10.400 politischen Gefangenen, darunter 3.376 ohne Anklage Festgehaltene und 320 Kinder[8] sowie 5 palästinensische Abgeordnete der Selbstverwaltung

(Stand am 07.01.2025, also vor den aktuellen Freilassungen).[9] Angesichts dieser großen Zahl von Häftlingen ohne Anklage und mit meist nur geheimen (vorge-schobenen?) Indizien und Klagen, muss man sich auch fragen, inwieweit das sprachliche Framing von „Geiseln“ gegen „Gefangene“ der Wirklichkeit entspricht. Nicht nur sind unter den am 7. Oktober verschleppten „Geiseln“ auch viele Angehörige der Streitkräfte, die streng genommen als Kriegsgefangene und nicht kriminell verschleppte Zivilist*innen gelten sollten, es sind eben auch viele Zivilist*innen unter den sogenannten „Gefangenen“ Israels.

Gerade bei prominenten Persönlichkeiten wie der nun freigelassenen Khalida Jarrar, Politikerin und Expräsidentin der erwähnten Gefangenen- und Menschenrechtsorganisation Addameer, die nun ebenfalls für Monate ohne Anklage in Isolationshaft festgehalten wurde, lassen sich eben nicht nur Vorwürfe wie Kollektivbestrafungen, sondern auch staatlicher Geiselnahme machen. Und auch wenn die israelischen Geiseln in den zwei Phasen des Waffenstillstands hoffentlich alle freikommen, wird die Gefahr für die Palästinenser*innen, willkürlich oder aus Repression verschleppt und eingesperrt zu werden, vermutlich nicht vorbei sein.

Der regionale Krieg macht nur eine lokale Pause

Und selbst wenn sich der Waffenstillstand in eine nachhaltige Waffenruhe in Gaza übersetzen ließe, zeigt Israels vermehrte Gewalt gegenüber dem Westjordanland und ihr Bruch des Waffenstillstands im Libanon sowie die Besetzung von Teilen Syriens, dass der regionale Krieg keineswegs als beendet gesehen wird. Die beständige Erweiterung des Gebiets, inklusive der Zerstörung der Dörfer und Städte in Grenzgebieten, gehört zudem weiterhin zu jeder Front und Kampfphase der israelischen Inanspruchnahme ihres „Rechts auf Selbstverteidigung“.

So weigert sich Israel bisher, dem Waffenstillstandsabkommen mit dem Libanon zu entsprechen und seine Truppen abzuziehen, wo die israelische Armee (IDF) zuvor auch schon das Kriegsverbrechen des Angriffs auf UN-Truppen der UNIFIL Mission begangen hatte. Als am Sonntag, 25. Januar 2025, an dem die Bewohnenden der besetzten Dörfer eigentlich zurückkehren durften und dies tun wollten, tötete die IDF 22 Personen, darunter hauptsächlich Zivilist*innen und ein Soldat der libanesischen Armee. Letzteres birgt Brisanz, da die israelische Armee ihren Verbleib und Bruch des Waffenstillstandsabkommens mit dem fehlenden Einzug der libanesischen Armee begründete, die dem Vertrag zufolge ein Erstarken der Hisbollah in der Gegend verhindern soll. Die libanesischen Armee

jedoch behauptet, Israel verzögere den Abzug.^[10] Auch wenn einige der Zurückkehrenden Flaggen der Hisbollah trugen – die ja auch eine politische Partei im Libanon ist, sind sie trotzdem Zivilisten. Fürs Erste gab Trump mal wieder seinen Segen: der Waffenstillstandsvertrag während dem Israel die Teile Libanons, in dem es teilweise ganze Dörfer gesprengt hat, weiter besetzt halten darf, soll bis zum 18. Februar 2025 verlängert werden.^[11]

Ähnlich in Syrien: So war Israels Armee bereits im November 2024 in die eigentlich demilitarisierte Zone nördlich der schon illegal besetzten bzw. annektierten Golanhöhen Syriens eingedrungen und hatte damit das Waffenstillstandsabkommen von 1973 gebrochen. Daraufhin besetzte es, nach dem Sturz Assads – den es selbst durch hunderte, ebenfalls völkerrechtswidrige Luftangriffe auf die syrische Luftwaffe und andere Infrastruktur mitherbeigeführt hatte – auch noch den Rest der Golanhöhen. Die dortige Bevölkerung wurde teilweise daran gehindert, ihrem normalen oder wirtschaftlichen Leben wie der Landwirtschaft nachzugehen.^[12]

Direkt nachdem der Waffenstillstand in Gaza in Kraft trat, intensivierte Israel die militärischen Schläge auf Ziele im Westjordanland, besonders in Jenin, dem sogenannten Geflüchtetenlager, wo sich aus den von Israel besetzten Gebieten vertriebene Palästinenser*innen ansiedelten und wo seit dem Angriff auf Gaza paramilitärische Gruppen aus Solidarität mit den Menschen in Gaza Angriffe auf Israel verübten. Zuvor war seit Dezember 2024 besonders die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) selbst gegen diese Gruppen vorgegangen. Nachdem Israel jedoch über 20 Gebäude in der Stadt sprengte – die zuerst als Infrastruktur der Terroristen benannt wurden, nach Insiderberichten jedoch einfach breiteren Straßen für Militärfahrzeuge Platz machen sollte^[13] – bat nun am 2. Februar 2025 der Präsident der PA den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, sich in einer Notfallsitzung mit dem Krieg Israels gegen die palästinensische Bevölkerung im Norden des Westjordanlands zu befassen.^[14] Unterfüttert wird diese Forderung durch eine Veröffentlichung des Büros des Hochkommissars für Menschenrechte der UN selbst vom Ende Januar. Diese kritisiert neben den verschiedenen menschenrechtlichen Themen das Zusammenfallen der staatlichen Gewalt im besetzten Westjordanland „mit einer beispiellosen Ausweitung der Siedlungen, bewaffneter Siedlergewalt, Vertreibung, Entvölkerung und Landbeschlagnahme durch den Staat Israel“ sowie durch Siedlermilizen. Schockierend hierbei ist nicht nur die seit Langem größte Vertreibung von über 90% der rund 20.000 Menschen, die in Jenin lebten. Beispielsweise wurden in zwei

Jahren seit Januar 2023 auch fast so viele palästinensische Kinder (224) durch die IDF und Siedlergewalt getötet, wie in den 18 Jahren seit Beginn der Zählung durch OCHA im Jahr 2005 zuvor.^[15]

Verbot humanitärer Hilfe – und Überwindung des Völkerrechts

Das Verbot der Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Palästinensische Geflüchtete (UNRWA), das Ende Januar 2025 in Kraft getreten ist, wird von Vielen ebenso als ein Angriff auf die gesamte palästinensische Zivilbevölkerung gesehen. Die Organisation stemmt nicht nur den Löwenanteil der humanitären Hilfe für die verbleibenden rund 2 Millionen größtenteils obdachlosen Menschen im Gazastreifen. Sie betreibt fast alle Schulen, Krankenhäuser und Gesundheitszentren im Westjordanland, in denen Palästinenser*innen kostenlosen Zugang zu Bildung und Krankheitsversorgung bekommen können, sowie Müllabfuhr etc.^[16]

Israel verbot die Organisation im Herbst 2023 wegen vorgeblicher Teilnahme von über 1.000 Mitarbeitern am Angriff und Terror der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen auf Israel am 7. Oktober 2023. Eine Untersuchung der UN, die auch Materialien der israelischen Regierung verwendete, konnte zwar keine Belege dafür finden, dass Mitarbeiter wirklich daran beteiligt waren. Es wurden jedoch neun Mitarbeiter*innen entlassen, bei denen eine Beteiligung nicht ausgeschlossen werden konnte.^[17] Auch die Vorwürfe Israels, man habe von der Hamas gebaute Tunnel unter den Liegenschaften der Organisation gefunden, wies die Organisation damit zurück, dass stets wenn sie solche entdeckt hätten, diese mit Beton gefüllt und gemeldet hätten.

Trotzdem ist das Verbot der Betätigung in israelischem und besetztem Gebiet nun in Kraft. Israelische Behörden dürfen nicht mehr mit der Organisation kooperieren (oder sich auch nur koordinieren) und im besetzten Ostjerusalem darf sie nicht mehr agieren. Wer die Aufgaben nun übernehmen soll, ist unklar. Israel wünscht sich, dass andere UN-Organisationen dies nun erledigen. Doch das ARD zitiert den deutschen, bisherigen Chef der UNRWA im Westjordanland, dessen Arbeitsvisum nun auch beendet ist und der nicht glaubt, „dass die Aufgaben des Palästina-Flüchtlingshilfswerkes so ohne weiteres von anderen übernommen werden können. UNRWA sei die einzige UN-Organisation, die direkte Dienstleistungen erbringt. Es gebe auch keine andere UN-Organisation, die wie die UNRWA vor Ort sei, die nötige Zahl von Mitarbeitern und Liegenschaften habe – und das Vertrauen und den Zugang zur Bevölkerung.“^[18]

Zweistaatenlösung oder eher rechtsradikale Verschleppung und Genozid

In der von der von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) publizierten Zeitschrift Internationale Politik und Gesellschaft argumentiert der Referent der FES für die Region mit Verweis auf ein Paper des PRIO Middle East Centers, dass wohl Teile der UNRWA nun versuchen würden durch „Re-Labeling“, also „Umetikettieren“ durch die Verwendung von Logos und Briefköpfen anderer UN-Organisationen, weiter Hilfe zu leisten. Die Ermöglichung von humanitärer Hilfe für Gaza sei durch das Verbot so erschwert worden, dass keine ausreichende Verbesserung der Lage durch das Waffenstillstandsabkommen erwartet werden könne.^[19]

Im eher für konservative US-Außenpolitik bekannte Foreign Policy Magazin wird das Verbot der UNRWA, trotz der schwerwiegenden wohl kurzfristigen Verschlimmerung der humanitären Lage hauptsächlich als Angriff auf den Geflüchtetenstatus und das Rückkehrrecht gewertet und somit auch auf die Zweistaatenlösung, da Israel so völkerrechtswidrig gehaltenes Territorium behalten möchte.^[20]

Rolle der US-Präsidenten und Rezeption des Deals

Es sei darauf hingewiesen, dass nicht nur die oben genannten, anhaltenden Angriffe auf für die palästinensische Bevölkerung essentielle Infrastruktur, weitere Enteignung und Bekämpfung der arabischen Nachbarn auf eine eher kurze Feuerpause hinweisen. Die israelische Regierung kann sich derweil durch die Befreiung eines großen Teils der Geiseln von einem großen Teil des inneren Drucks nach Verhandlungen und einem Ende des Krieges befreien.

[...] Sicher ist [...], dass Donald Trumps lautstarkes Sich-auf-die-Fahne-Schreiben des Deals viele überzeugte, dass er dies nun schon vor Amtsantritt geschafft habe. Dabei waren Trumps Äußerungen stets von maximaler Unterstützung Israels und sogar dessen völkerrechtswidrigen Expansionismus über die palästinensischen Gebiete und darüber hinaus geprägt. Und zu Trumps ersten Regierungshandlungen bzw. Dekreten gehörte auch direkt das Lockern bzw. Aufheben einiger Sanktionen gegen rechts-extreme israelische Siedler, die (zumindest in ihrem Land) straffrei nach Angriffen auf Palästinenser blieben. Die Autorisierung weiterer Waffenexporte nach Israel im Wert von rund 7,4 Milliarden Dollar, darunter auch Hellfire Raketen und 2000-Pfund-Bomben, deren Export Biden in den letzten Monaten wegen humanitären Befürchtungen ausgesetzt hatte,^[21] sowie seine Drohungen, die Hölle in Gaza ausbrechen zu lassen, wenn die Hamas nicht sofort alle Geiseln frei lasse, zeigen, dass Trump nicht wirklich an den späteren Phasen des Waffenstillstands interessiert ist. [...]

Die geplanten Phasen auf der Basis des aktuellen Waffenstillstands würden die rechten und rechtsradikalen Israelis, die ihre Hoffnung auf Trump setzten und zumindest nach den Wahlergebnissen und der Knessetbesetzung über 50% der Bevölkerung auszumachen scheinen, also kaum befriedigen. Kein Wunder folglich, dass Trump ihn auch immer wieder in Frage stellt: „er sei nicht sicher, dass es der Waffenstillstand in die nächste Phase schaffe.“ Trotzdem versichert Trumps Abgesandter für die Region, Steve Witkoff, ihm sei aufgetragen worden, den Übergang in die nächste Phase zu schaffen.^[25] Wie passt das jedoch mit Trumps provokanten Äußerungen zusammen, an der Küste Gazas eine neue Riviera für „die Leute [er meint Superreiche] der Welt“ zu schaffen?

Natürlich garantiert uns nichts, dass der wenig berechenbare Trump diesen Plan – den sein Schwiegersohn, Jared Kushner, übrigens schon vor einem Jahr, am 15. Februar 2024, andeutete – nicht doch noch wirklich umsetzt, nachdem er Jordanien und Ägypten, sowie die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien mit anderen Druckmitteln zur Kooperation zwingen könnte. Doch mag man vielleicht auch Hoffnung aus der Interpretation ausgerechnet einer konservativen israelischen Zeitung, der Jerusalem Post, ziehen, die Trumps Plan für einerseits unrealisierbar und andererseits besonders für eine Verhandlungsfinte hält, die die umliegenden Staaten unter Druck setzen soll, mehr Engagement und Kooperationswille für eine nachhaltige Lösung aufzubringen.^[26] Diese könnten abgesehen von Geldern für Wiederaufbau und Sicherheitskräften für Pufferzonen o.ä. besonders auch die Einbürgerung der Nachkommen palästinensischer Geflüchteter, die Israel nicht zurückkehren lassen will, bieten. Nach Angaben der New York Times haben Jordanien und Ägypten seitdem auch schon erste Vorschläge für den Wiederaufbau Gazas, mit Verbleib der Bevölkerung, und die Aufnahme kranker Kinder eingebracht.^[27]

[...] Aktuell verzögert die Hamas den Austausch weiterer Gefangener/Geiseln aus Protest gegen die offensichtlich trotzdem weitergehenden Angriffe Israels auf das Gebiet^[28] und eine beklagte Behinderung der humanitären Hilfe. Laut der Tageszeitung junge Welt geht es dabei u.a. um eine Lieferung von „60.000 mobile[n] Häuser[n] und 200.000 Zelte[n].“^[29] Während die dafür zuständige Einheit der israelischen Armee dies dementierte, bestätigten gegenüber der New York Times mehrere israelische Unterhändler und Offizielle die Anschuldigung, die vereinbarten Unterkünfte nicht

durchgelassen zu haben.[30] Dessen ungeachtet fordert Trump nun ‚alles‘ von den Hamas, also die Freilassung aller Geiseln ohne irgendwelche Zugeständnisse, und nichts von Israel.

Das könnte seine Art des Anfangs von Verhandlungen um tatsächliche zukünftige Lösungen sein, oder das Ende des Waffenstillstands und der Startschuss für eine tatsächliche ethnische Säuberung oder eine Verschlimmerung des mutmaßlichen Genozids.

Die noch-aktuelle deutsche Regierung unter Kanzler Olaf Scholz und Außenministerin Anna-Lena Baerbock wird wohl, trotz des jüngsten Bekenntnisses zum Völkerrecht in Anbetracht von Trumps schamlosen Aneignungs-Äußerungen, kaum noch Gestaltungs- oder Vermittlungspositionen bei der Lösung einnehmen werden. Schließlich bestand auch der bisherige Beitrag aus dem Mittragen aller US-Entscheidungen – und natürlich dem Liefern von Waffen („wir haben Waffen gesendet und wir werden Waffen senden“ – Olaf Scholz). 99% der Kriegsgüter, die Israel zwischen 2019 und 2023 importierte, kamen von den USA (69%) und Deutschland (30%).[31]

Zudem zeichnet sich mit der Einstellung der deutschen Finanzierung für israelische NGOs, die sich gegen militärische Lösungen von Seiten Israels und für die völkerrechtlichen Rechte der Palästinenser*innen einsetzen, auch eine Abkehr Deutschlands von diesen Werten ab. In die Reihe von zwischen acht bis 15 solchen Defundings seit Oktober 2023 reihten sich kürzlich die israelische NGO Zochorot, die für das Rückkehrrecht von während der Nakba vertriebenen Palästinenser*innen einsetzt, sowie die Kriegsdienstverweigerungs-Unterstützung von New Profile ein. Beide verloren zwischen 30-50% ihres Budgets durch den Entzug deutscher Gelder.[32]

Leider zeichnet sich jedoch auch keine realistische Regierungskoalition in Deutschland ab, die Israel im Falle von erneuten Völkerrechtsbrüchen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit hier einen Riegel vorschoben und auf Menschenrechte und Völkerrecht festnageln würde.

Anmerkungen

- [1] Nidal Al Mughrabi und James Mckenzie: Hamas says talks start on second phase of ceasefire deal. [reuters.com](https://www.reuters.com) 4.2.2025
[2] Text of the hostage-ceasefire agreement reached between Israel and Hamas. [timesofisrael.com](https://www.timesofisrael.com) 16.1.2025;

Israel-Gaza ceasefire: Full text of agreement. [middleeasteye.net](https://www.middleeasteye.net) 15.1.2025 (mit Grafiken)

[5] US-Söldner laut Berichten bald in Gaza stationiert. [junge-welt.de](https://www.junge-welt.de) 25.1.2025

[6] Dave DeCamp: Netanyahu says that US gave guarantee that he can restart military operations in Gaza. [news.anti-war.com](https://www.news.anti-war.com) 19.1.2025

[7] The Israel-Hamas truce has ended: What we know so far. [aljazeera.com](https://www.aljazeera.com) 1.12.2023

[8] Siehe auch: Why are there so many Palestinian children in Israeli prisons? [aljazeera.com](https://www.aljazeera.com) 26.1.2025

[9] Übersicht der Gefangenen bei ADDAMEER: <https://www.addameer.org/statistics> (abgerufen 30.01.2025)

[10] Laila Bassam und Alexander Cornwell: Israeli forces kill 22 people in South Lebanon as residents try to return, Lebanese authorities say. [reuters.com](https://www.reuters.com) 27.1.2025

[11] Hicham Safieddine: How Lebanon's surprise marches of return have snatched victory from Israel. [middleeasteye.net](https://www.middleeasteye.net) 4.2.2025

[12] Villagers in Syria border town claim IDF preventing them from accessing their fields. [timesofisrael.com](https://www.timesofisrael.com) 20.12.2024

[13] Yaniv Kubovic: IDF razes homes in West Banks Jenin to ease troops movement through the camp. [haaretz.com](https://www.haaretz.com) 2.2.2025

[14] PA's Abbas calls for emergency UN Security Council meeting on IDF West Bank op. [timesofisrael.com](https://www.timesofisrael.com) 2.2.2025

[15] 'No end in sight': Israeli forces attack occupied West Bank as Gaza ceasefire takes hold, say experts. [ohchr.org](https://www.ohchr.org) 27.1.2025; Humanitarian Update #262 Westbank. [unocha.org](https://www.unocha.org) 6.2.2025

[16] Isabel Debre: Fear hits East Jerusalem as Israels moves to close UN Palestinian refugee agency. [apnews.com](https://www.apnews.com) 29.1.2025

[17] UN completes investigation in UNRWA staff. [news.un.org](https://www.news.un.org) 5.8.2024

[18] Was wird aus der Palästinenserhilfe? [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) 30.01.2025

[19] Konstantin Witschel: Ohne Vison. [ipg-journal.de](https://www.ipg-journal.de) 28.1.2025

[20] Anchal Vohra: The real reason Israel wants to ban UNRWA. [foreignpolicy.com](https://www.foreignpolicy.com) 21.11.2025

[21] Trump genehmigt Waffenlieferungen an Israel für 7,4 Milliarden – und brüskiert US-Kongress. [welt.de](https://www.welt.de) 8.2.2025

[25] Witkoff says Trump directed him to get Gaza ceasefire to next phase. [middleeasteye.net](https://www.middleeasteye.net) 22.1.2025

[26] Alex Winston: Trump's Gaza plan isn't meant to work, but that's the point – comment. [jpost.com](https://www.jpost.com) 5.2.2025

[27] Lara Jakes, Patrick Kingsley u.a.: Gaza cease-fire imperiled as Netanyahu threatens to resume 'intense fighting'. [nytimes.com](https://www.nytimes.com) 11.2.2025

[28] Liveblog: Israel kills four Palestinians in Gaza despite ceasefire. [trtworld.com](https://www.trtworld.com) 9.2.2025; Zuvor auch schon: Hosni Nedim: Israel kills two Palestinians despite ceasefire. [aa.com.tr](https://www.aa.com.tr) 23.01.2025

[29] Knut Mellenthin: Trump droht der Hamas. [jungewelt.de](https://www.jungewelt.de) 12.2.2025

[30] Lara Jakes, Patrick Kingsley u.a.: Gaza cease-fire imperiled as Netanyahu threatens to resume 'intense fighting'. [nytimes.com](https://www.nytimes.com) 11.2.2025

[31] Andreas Noll: War in Gaza: Germany supplies 30% of Israel's arms imports. [dw.com](https://www.dw.com) 19.7.2024

[32] Naomi Conrad, Birgitta Schülke: Germany defunds 2 Israeli human rights groups. [dw.com](https://www.dw.com) 5.1.2025

Derek Albert Schurbon

„Lasst die Hölle losbrechen“: Der Waffenstillstand im Gazastreifen und wie wir alle hereingelegt wurden

Trump gibt Israel "grünes Licht, Feuer und Hölle auf Gaza regnen zu lassen"
– neuer Manager, gleiches Imperium
[Übersetzung aus dem englischen](#)



10.04.2025 – Das [Waffenstillstandsabkommen](#) zwischen Israel und Gaza Ende Januar 2025 wurde von den westlichen Medien als diplomatischer Durchbruch präsentiert, der das Blutvergießen endlich eindämmen könnte – ein möglicher Wendepunkt für den Frieden in der Region. Doch innerhalb weniger Wochen wurde die düstere Realität unbestreitbar: Es ging nie um [Frieden](#). Es war eine strategische Pause – [ein Lockvogelangebot](#) –, in der Israel sich neu formiert, die Welt wegschaut und die Palästinenser sich auf den nächsten Angriff einstellen.

Waffenstillstände beschwören typischerweise Bilder von humanitärer Hilfe und Deeskalation herauf – Atempausen von der Gewalt, die zu dauerhaftem Frieden führen. Für die USA und Israel dienen sie einem dunkleren Zweck: strategische Pausen, die die Konsolidierung der Macht, [territoriale Expansion](#) und die Vorbereitung auf weitere Gewalt ermöglichen, wie diese Analyse detailliert beschreibt.

Der Waffenstillstand war kein Schritt in Richtung einer Lösung, sondern lediglich ein PR-Manöver, das den andauernden Kreislauf von Zerstörung und Vertreibung des palästinensischen Volkes und der gesamten arabischen Region verschleierte.

Dieser Kreislauf wird von beiden Seiten des US-amerikanischen politischen Establishments ermöglicht, die weiterhin das Narrativ verbreiten, dass „alles, was in Gaza passiert, wegen der Hamas passiert“, wie Außenministeriumssprecherin Tammy Bruce als Reaktion auf die Nachricht [kürzlich sagte](#), dass 15 palästinensische Rettungskräfte und Sanitäter von den Israelis „einzeln“ hingerichtet wurden. Ihre [Leichen und deutlich gekennzeichnete Fahrzeuge](#) wurden anschließend in einem Massengrab verscharrt.

Die Botschaft ist klar: Das Leben der Palästinenser ist entbehrlich, und Washington ist dazu da, Alibis für deren Vernichtung zu liefern und gleichzeitig die amerikanische Öffentlichkeit zu benutzen, um dafür zu arbeiten und zu bezahlen.

Die Fassade ist zusammengebrochen. Was wir erleben, ist kein außer Kontrolle geratener Konflikt, sondern eine kalkulierte Kampagne, die durch die Sprache der Diplomatie beschönigt wird – unabhängig davon, welche Partei im Weißen Haus sitzt.

Grünes Licht für Gaza

Im Oktober 2024, während der Biden-Administration, [skizzierte](#) ich Israels Pläne für eine aggressive territoriale Expansion, die sich über Gaza, das Westjordanland, den Libanon und jetzt auch [Syrien](#) erstrecken sollte. Anfang 2025, an Bord der Air Force One, [bestätigte Trump](#) diese Realität und beschrieb Gaza als „buchstäblich eine Abrissfläche“, die für eine [Neubauung](#) „gesäubert“ werden müsse. In einem späteren Briefing [ermutigte](#) er uns, es als „großes [Immobilien-gelände](#)“ zu betrachten.

Anfangs deutete Trump an, die Vertreibung könne „vorübergehend“ oder „langfristig“ sein. Anfang Februar, während Netanjahus Besuch im Weißen Haus, bestätigte der Präsident jedoch, dass der Plan dauerhaft sein werde. Wie die Journalistin Caitlin Johnstone [schreibt](#), haben die USA und Israel „[eine lange Geschichte](#)“ darin, Palästinensern Land wegzunehmen und es dann nicht zurückzugeben“.

Diese Maßnahmen würden jedoch [direkt](#) gegen das Völkerrecht verstoßen, das die [Zwangsumsiedlung](#) aus besetzten Gebieten verbietet – ein Kriegsverbrechen gemäß [Artikel 49](#) der Vierten Genfer Konvention. Dennoch stehen diese Maßnahmen im Einklang mit den langjährigen Zielen [Israels](#), [Trumps Großspendern](#) und Schlüsselfiguren wie Trumps Schwiegersohn [Jared Kushner](#), der [enge Verbindungen](#) zur israelischen Regierung unterhält, in [deren Auftrag agiert](#) und [sich offen einsetzt](#) für „sehr wertvolle“ Strandgrundstücke in Gaza.

Wie Ben Reiff vom +972 Magazine [berichtete](#), waren Trumps Aussagen weniger eine Blaupause als vielmehr „grünes Licht für die israelische Regierung und das israelische Verteidigungsestablishment, [Szenarien](#) für die [ethnische Säuberung](#) des Gazastreifens zu entwickeln“. Da die [Pläne](#) bereits feststanden, [reagierte Israel schnell](#).

Sie brauchten lediglich die [volle Unterstützung der USA](#) – die sie hatten – und ein Gütesiegel „[Made in America](#)“, um ihre Vision der ethnischen Säuberung als normal und etabliert erscheinen zu lassen, was ihnen Trumps Aussagen [ermöglichten](#).

[Diese Politik](#) der ethnischen Säuberung und des [Völkermords](#) dient der umfassenderen Strategie, jede Möglichkeit eines souveränen palästinensischen Staa-

tes zu zerstören. Durch die [Schaffung](#) von Fakten durch illegale Siedlungen und militärische Besetzung soll die Ausweitung [Groß-Israels](#) angestrebt werden – und damit [Palästinas territoriale Integrität](#) und Selbstbestimmung systematisch untergraben werden.

Wie frühere Abkommen war auch dieser Waffenstillstand kaum mehr als eine Tarnung, die die Konsolidierung der israelischen Machterfolge und die Vorbereitungen für weitere Vorstöße verschleierte. In Wirklichkeit hatte Israel [nie die Absicht, über die erste Phase hinauszugehen](#). Der Kreislauf aus Gewalt, Vertreibung und Landnahme geht unvermindert weiter, wobei die USA eine zentrale Rolle dabei spielen.

„Mitreten, um es zu verdrehen“

Der Waffenstillstand im Gazastreifen – von Israel [wiederholt gebrochen](#) – trat nur wenige Tage vor Beginn von Trumps zweiter Amtszeit in Kraft. Auf dem Papier handelte es sich um [dasselbe Abkommen](#) vom [Mai 2024](#), das einen vollständigen israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen, einen Gefangenen austausch und ein dauerhaftes Ende der Gewalt versprach. In Wirklichkeit war es eine strategische Täuschung, die [von den USA und Israel sabotiert wurde](#), mit der [vollen Absicht der Wiederaufnahme](#) der Feindseligkeiten.

Was die Welt seitdem erlebt hat, scheint politisches Theater zu sein, das eine größere Agenda verschleiern sollte. Dies wurde im Voraus erwartet, sei es durch Wahlkampfversprechen, die „[pro-israelischste Regierung](#) der US-Geschichte“ zu sein, durch die einflussreichen [zionistischen Milliardäre](#), die die Trump-Administration und sein [pro-israelisches Kabinett](#) unterstützten, oder durch Trumps Behauptungen, [Israels „bester Freund“](#) zu sein und sie „die Arbeit zu Ende bringen“ zu lassen.

Wer das Muster aufmerksam verfolgte, musste unweigerlich schlussfolgern: Es war klar, dass dieser Waffenstillstand nichts weiter als ein Deckmantel für die Fortsetzung der von den USA unterstützten israelischen [Expansion](#) sein würde.

Als Trump sein Amt antrat, gab es einen Chor von Hosiannas, die ihn für die Ermöglichung des Gaza-Waffenstillstands rühmten, den er dann in den nächsten zwei Monaten bei jeder Gelegenheit untergraben hat, und jetzt wird der Gaza-Krieg – wie absehbar – fortgesetzt. <https://t.co/wP38eQulQh>
Michael Tracey (@mtracey), 18. März 2025

Dennoch führen die westliche Medien und der öffentliche Diskurs fort, Israel weiterhin als „Amerikas größten Verbündeten“ darzustellen, verharmlosten dessen Gräueltaten und legitimierten gleichzeitig den Einsatz US-amerikanischer Ressourcen für massive Gewalt gegen das palästinensische Volk und die gesamte Region.

Israels Ausbeutung geht über finanzielle Aspekte hinaus; sie ist zutiefst ideologisch und psychologisch. In dem Israel [sich selbst als Opfer darstellt](#), manipuliert es die amerikanische Öffentlichkeit, um seine expansionistische Gewalt zu finanzieren – alles unter dem Deckmantel der „Selbstverteidigung“. Dies äußert sich in Waffengeschäften, Militärhilfe, Geheimdienstoperationen, Überwachung, der Verfolgung abweichender Meinungen, medialer Berichterstattung und politischer Unterstützung – alles als Waffe gegen Palästinenser und andere Fraktionen des arabischen Widerstands, weil sie [aufstehen gegen Israels internationale Verbrechen in Palästina](#).

Diese Umkehrung der Realität, in der der Unterdrücker als Unterdrückter dargestellt und die Opfer als Aggressoren diffamiert werden, wurde in einer [kürzlichen Erklärung](#) von Präsident Trump deutlich: *„In den letzten 16 Monaten hat Israel einen anhaltenden, aggressiven und mörderischen Angriff an allen Fronten ertragen, sich aber tapfer gewehrt. Wir haben einen umfassenden Angriff auf die Existenz des jüdischen Staates in der jüdischen Heimat erlebt. Die Israelis haben einem Feind, der unschuldige Männer, Frauen, Kinder und sogar kleine Babys entführt, gefoltert, vergewaltigt und abgeschlachtet hat, standhaft und vereint gegenübergestanden.“*

Es geht nicht darum, dass er es gesagt hat, sondern darum, was es im breiteren Konsens – einschließlich einer beträchtlichen Anzahl amerikanischer Christen – darstellt. Was solche Äußerungen so schrecklich macht, ist die offene Unehrllichkeit und Verdrehung der Wahrheit.

Tatsächlich gibt es [umfassende](#) und [fortlaufende Beweise](#) für die Entführung, Folter, Vergewaltigung und [Ermordung unschuldiger Männer, Frauen, Kinder, Kleinkinder](#) und [älterer Menschen](#) – allerdings nicht durch Palästinenser. Jede Gräueltat, die Trump den Palästinensern zuschreibt, wurde [ausführlich dokumentiert](#) als Israels eigenes Handeln.

Trump's Aussage ist hundertprozentig richtig, aber sie stellt die Sichtweise auf Opfer und Täter auf den Kopf. Es ist Israel, das diese Verbrechen begangen hat. Das ist keine Frage der Meinung. Und solche Aussagen sind nicht nur Propaganda; sie sind eine Form psychologischer Kriegsführung, die Palästinenser entmenschlicht und das globale Gewissen betäubt.

Ohne die narrative Verzerrung würde seine Aussage wie folgt lauten:

*„In den letzten 16 Monaten haben **[die Palästinenser]** einen anhaltenden aggressiven und mörderischen Angriff an allen Fronten ertragen, aber sie haben tapfer zurückgeschlagen. Wir haben einen umfassenden Angriff auf die Existenz eines **[palästinensischen]** Staates im **[palästinensischen]** Heimatland erlebt. Die **[Palästinenser]** haben einem Feind **[Israel]**, der unschuldige Männer, Frauen, Kinder und sogar kleine*

*Babys entführt, gefoltert, vergewaltigt und abgeschlachtet hat, standhaft und vereint gegenüber ge-
standen.“*

Die erste Version dominiert die westlichen Medien. Die zweite ist dokumentierte Tatsache – von den [fast 18.000 toten Kindern](#) bis hin zur [systematischen sexuellen Gewalt](#) gegen palästinensische Gefangene – Gräueltaten, die die US-Medien ignorieren und stattdessen als israelische Selbstverteidigung darstellen.

Es wurden keine Beweise vorgelegt, um Behauptungen wie die von Trump und vielen anderen im Namen Israels aufzustellen. Die vorgebrachten Berichte und Vorwürfe waren erfunden und zielten darauf ab, die Öffentlichkeit zu manipulieren und sie dazu zu bringen, die tatsächlichen Gräueltaten der USA, Großbritanniens, Israels und anderer Länder zu akzeptieren. Diese Behauptungen wurden wiederholt aufgrund mangelnder Beweiskraft und journalistischer Integrität widerlegt, halten sich jedoch hartnäckig und befeuern ein Narrativ, das Blutbäder rechtfertigt und das Leid der Palästinenser ausklammert.

Weit davon entfernt, die Gewalt zu beenden, diente der Waffenstillstand als Fassade für Israels fortgesetzte [Aggression und Expansion](#), während sich Washingtons neue Führung einrichtete.

„Palästinenser stellen das Feuer ein, Israelis schießen“

In einem klaren Eingeständnis [gab](#) Präsident Donald Trump Israel "grünes Licht, Feuer und Hölle auf den Gazastreifen regnen zu lassen". Für diejenigen, die gehofft hatten, dass Trump ein „Präsident [des Friedens](#)“ sein könnte, [erweist sich](#) die Realität als ganz anders. Aber dieser Moment unterstreicht die Brutalität eines Systems, das darauf ausgelegt ist, den Superreichen und der herrschenden Elite zu dienen - nicht den einfachen Menschen und schon gar nicht dem Frieden.

Unter der gegenwärtigen Regierung hat die US-Politik diese Eskalation nicht nur ermöglicht, sondern [aktiv gefördert](#) mit verheerenden Folgen für die Menschen in Gaza und darüber hinaus.

Trump hätte Netanjahu auffordern können, die Phase zwei des Waffenstillstandsabkommens umzusetzen und die restlichen Gefangenen nach Hause zu bringen.

Stattdessen gab er Netanjahu grünes Licht für die Verhängung einer neuen Blockade und ein neues Massaker an wehrlosen Zivilisten in dem belagerten Gaza-Todeslager. Israel First

X- Aaron Maté (@aaronjmate) 18. März 2025

Wie der Journalist Michael Tracey [feststellte](#): "Wenn die Geschichte ein Anhaltspunkt ist, wird Israel den geringsten Vorwand nutzen, um zu behaupten, die Hamas habe das Waffenstillstandsabkommen verletzt. Und die neue Regierung sagt, wenn Israel beschließt, wieder einzugreifen, wird es die volle Unterstützung der USA haben."

*Dies ist ...nur das jüngste einer Reihe von Waffenstillstandsabkommen, die erzielt wurden....Das [übliche Muster](#) besteht darin, dass Israel jedes bestehende Abkommen missachtet, während die Hamas es einhält – wie Israel offiziell anerkannt hat.
Noam Chomsky, [openDemocracy](#) (10. September 2014)*

Präsident Trump hat [Berichten zufolge](#) „betont“, dass der ‚vorübergehende‘ Waffenstillstand mit der ‚vollen Unterstützung‘ der USA scheitern könnte und „alle verbleibenden Beschränkungen“ für Munition aufheben könnte, [was Israel in die Lage versetzen würde](#), seine völkermörderische und ethnische Säuberungskampagne im Gazastreifen mit „[enormer Gewalt](#)“ wieder aufzunehmen.

Bisher hat sich alles wie vorhergesagt entwickelt. Israel „verstieß gegen das ursprüngliche Waffenstillstandsabkommen“, berichtete [The Cradle](#). „Die erste Phase des Waffenstillstands in Gaza hätte am Samstag [1. März] enden sollen. Israel drängte auf die Verlängerung ... und... verzögerte ständig den Beginn der Verhandlungen für die zweite Phase.“ Selbst [israelische Medien](#) bestätigen [das](#).

Die USA und Israel änderten die Bedingungen des Waffenstillstands, erlegten der Hamas inakzeptable Bedingungen auf, was zu weiterer [Vertreibung, Zerstörung und dem Verlust](#) unschuldiger palästinensischer Menschenleben führte und so den Weg weiter ebnete für „Groß-Israel“ und das, was einige Kritiker als „Gaza-Lago“, „MAGA-Strip“ oder „[Trump-Gaza-Riviera](#)“ bezeichnet haben.

Israel hat seinen „Höllensplan“ bereits [vorbereitet](#) und ausgeführt, indem es die gesamte Strom- und Wasserversorgung des Gazastreifens unterbrochen und gleichzeitig die Versorgung mit Lebensmitteln, Treibstoff und [humanitärer Hilfe](#) blockiert hat. Lebensmittel, Wasser, Strom, Treibstoff und medizinische Hilfsgüter dürfen niemals als Kriegswaffen oder Zwangsmittel gegen Zivilisten eingesetzt werden.

Nach dem US-amerikanischen [Leahy-Gesetz](#) dürfen die Vereinigten Staaten ausländischen Streitkräften, die an Kriegsverbrechen oder schweren Menschenrechtsverletzungen (GVHR) wie diesen beteiligt sind, keine Militärhilfe leisten. Dennoch liefert Trumps Regierung weiterhin Waffen nach Israel – darunter [12 Milliarden Dollar](#) an Waffengeschäfte und Militärhilfe – und [hebt gleichzeitig alle Beschränkungen](#) für Munition und Militärunterstützung auf, so als ob Israel unter Biden „zurückhaltend“ gewesen wäre.

Als Reaktion darauf [verurteilte](#) die Hamas „die billige Erpressung unseres Volkes durch Netanjahu und seine extremistische Regierung, indem sie humanitäre Hilfe als Verhandlungsmasse einsetzten“. Der Hamas-Vertreter erklärte, Israels „Verhalten und Verstöße während der ersten Phase des Abkommens beweisen zweifelsfrei, dass seine Regierung das Abkommen platzen lassen wollte und aktiv auf dieses Ziel hinarbeitete.“

„Wir [Hamas] setzen uns weiterhin für die Umsetzung des Abkommens und seiner zweiten Phase ein und machen die Besatzungsmacht für deren Verletzung voll verantwortlich“, [erklärte](#) der hochrangige Hamas-Vertreter Osama Hamdan. Sie sind sogar [bereit](#), alle Geiseln im Austausch für einen dauerhaften Waffenstillstand freizulassen – wozu die USA und Israel nicht bereit sind, wie aus den folgenden Erklärungen hervorgeht.

Trumps Nationaler Sicherheitsberater Michael Waltz brachte die Haltung der Regierung [auf den Punkt](#): „Die Hamas möchte gern glauben“, dass Israel in Gaza am Ende ist, aber „Gaza muss [vollständig entmilitarisiert](#) und die Hamas so weit zerstört werden, dass sie sich nicht vollständig wiederherstellen kann.“ Mit anderen Worten: Das Ziel ist nicht Frieden, sondern die vollständige Ausrottung des palästinensischen Widerstands gegen die Besatzung, der völkerrechtlich [völlig gerechtfertigt ist](#).

Waltz betonte zudem Israels „Recht auf umfassenden Selbstschutz“, ein gängiges Argument, um Israels Vorgehen als „Recht auf Selbstverteidigung“ zu rechtfertigen. Obwohl Israel wie jeder Staat das Recht hat, seine Bürger zu schützen, waren seine Handlungen [nicht defensiv](#). Sie waren offensiv – Teil einer umfassenderen Agenda der Besatzung, [Kolonisierung](#) und territorialen Expansion.

Diese umfassendere militärische Haltung beschränkt sich nicht nur auf Israels [Invasion im Gazastreifen](#). Sie umfasst die [illegale Besatzung](#) des [Westjordanlands](#), des [Südlibanons](#) und [Syriens](#) – verschärft durch [US-Angriffe auf den Jemen](#) und die [drohende Kriegsgefahr](#) mit dem [Iran](#).

Obwohl westliche Geheimdienstschätzungen bestätigen, dass das iranische Atomwaffenprogramm [nicht existiert](#), setzten die USA eine [zweimonatige Frist](#) zur Beendigung des [nicht existierenden](#) Programms, während sich sowohl die USA als auch Israel darauf vorbereiten, den Iran für dieses – nicht existierende – Programm zu bombardieren. Dabei sind die gleichzeitige Eskalation der USA in Richtung [Krieg mit China](#) und das [Scheitern der Friedensverhandlungen](#) in der Ukraine noch gar nicht berücksichtigt.

Als Israels vollständige Blockade des Gazastreifens im März wieder aufgenommen wurde, drohte der Jemen mit der Wiedereinführung einer Blockade der mit Israel verbundenen Schifffahrt im Roten Meer und machte Israel [verantwortlich für seine Verstöße](#) gegen das Völkerrecht – ähnlich wie unter der Biden-Regierung. Als Reaktion darauf nahmen die USA [ihre Bombenangriffe](#) im Jemen ohne Zustimmung des Kongresses wieder auf und töteten und verwundeten Zivilisten, während sie wichtige [Infrastruktur](#) bombardierten. Anstatt wie der Jemen es [tat](#), Israels Tötung von Zivilisten zu verhindern, [verteidigen die USA Israel](#), indem sie weitere unschuldige Menschen töteten.

Diese Taktiken, die denen unter Biden ähneln, offenbaren eine beunruhigende Wahrheit: Beide Parteien dienen den Interessen einer kleinen, mächtigen Elite und nicht der amerikanischen Öffentlichkeit oder [irgendjemandem, der Israel](#) und der [US-Außenpolitik](#) kritisch gegenübersteht.

Die Konsequenz dieser Aktionen spiegelt umfassendere geopolitische Interessen wider – ein unnachgiebiges Streben nach Kontrolle, militärischer Überlegenheit und wirtschaftlicher Dominanz, alles für Profit und Macht – und hält unter dem Deckmantel des Schutzes von „Sicherheit“ und „Stabilität“ Gewaltspiralen aufrecht.

In der letzten Botschaft [eines der palästinensischen Journalisten](#), die kürzlich von der israelischen Armee [direkt angegriffen](#) wurden, heißt es:

„Ich bitte euch jetzt: Hört nicht auf, über Gaza zu sprechen. Lasst die Welt nicht wegsehen. Kämpft weiter, erzählt unsere Geschichten – bis Palästina frei ist.“

Zum letzten Mal, Hossam Shabat aus dem Norden des Gazastreifens. [X/Twitter](#)

Derek Albert Schurbon ist ein unabhängiger Journalist mit Schwerpunkt auf US-Außenpolitik und Narrativmanipulation. Er schreibt über Themen, die uns helfen, uns in eine positivere Richtung zu bewegen, gemeinsam aufzuwachen und eine gesündere Welt zu schaffen. Derek arbeitet außerdem im Bereich der Verhaltens- und psychischen Gesundheit und unterrichtet Achtsamkeitsmeditation für mentales und emotionales Wohlbefinden sowie zum Abbau von Vorurteilen und inneren und äußeren falschen Narrativen.

Derek ist zu finden unter:

Schreiben: [derekalbert.substack.com](#);

Meditation: [takebackyourmind.online](#).

[Quelle: 'Let All Hell Break Loose': The Gaza Ceasefire and How We All Got Playe](#)

Übersetzung: SiG-Redaktion

Zwangsumsiedlungspläne von Trump und Netanyahu

In einer gemeinsamen [Pressekonferenz](#) mit Netanyahu erläuterte Trump am 4. Februar 2025 seine Pläne für Gaza: „Die USA werden den Gazastreifen übernehmen und wir werden daraus auch einen Job machen. Ich habe das de facto Waffenembargo der letzten Administration von über einer Milliarde Dollar Militärhilfe für Israel beendet. Und (...) die USA haben (...) jede Unterstützung für die UNRWA beendet.“ Die Palästinenser müssten Gaza verlassen, meinte er.

05.02.2025 - IPPNW warnt vor schwerem Völkerrechtsbruch: "Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW fordert die Bundesregierung auf, die Pläne der USA zur „Inbesitznahme“ des Gazastreifens und die Entsendung von US-Truppen als schweren Völkerrechtsbruch scharf zurückzuweisen. Von der israelischen Regierung solle die Bundesregierung einen sofortigen Stopp der Militärangriffe im Westjordanland verlangen, sie dürfe keine Rüstungsgüter mehr an die israelische Regierung liefern." [Mehr](#)

07.02.2025 - Deutsch-Palästinensische Gesellschaft: Trump gefährdet den Weltfrieden, Pressemitteilung: (...) Wir fordern die Bundesregierung auf, allen Empfehlungen des Rechtsgutachtens des Internationalen Gerichtshofes vom 19. Juli 2024 nachzukommen, und alles zu unternehmen, die illegale Besetzung der Westbank und Gazas zu beenden. (...)

Handelsblatt: USA – Harter Widerstand gegen Trumps Gaza-Pläne: Der US-Präsident will die Palästinenser umsiedeln und Gaza unter amerikanischer Führung neu aufbauen. Doch nicht nur im Nahen Osten wird protestiert. Auch aus den USA kommt scharfe Kritik.

Die Gaza-Pläne von US-Präsident Trump sorgen in den USA für Empörung. Der demokratische Senator Chris Van Hollen wertet den Plan, den Gazastreifen unter Kontrolle der USA zu bringen und die dort lebenden Menschen zwangsweise umzusiedeln, als Ankündigung eines schweren Völkerrechtsbruchs und spricht von ethnischer Säuberung.

9.2.2025 - middleeasteye - Saudi-Arabien hat die Äußerungen des israelischen Premierministers scharf verurteilt, in denen dieser die Gründung eines Palästinenserstaates auf Saudi-arabischem Territorium vorschlug.

Am 4. Februar [sagte](#) Benjamin Netanyahu in einem Interview mit dem israelischen Sender Channel 14: „Die Saudis können einen palästinensischen Staat in Saudi-Arabien gründen; sie haben viel Land dort.“ Als eine Reihe von Ländern, darunter Ägypten, Jordanien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Irak diese Äußerungen verurteilten, teilte das Außenministerium des Königreichs mit, dass es „die Missbilligung und die vollständige Ablehnung von den brüderlichen Ländern gegenüber den Äußerungen Benjamin Netanjahus zu schätzen wisse“.

Vollständiger Artikel: [middleeasteye](#)

„Am 19. Februar bot die Hamas an, alle israelischen Geiseln im Gegenzug für einen dauerhaften Waffenstillstand freizulassen. Israel hat den Vorschlag abgelehnt.“

Netanjahu sprach sich gegen eine Verlängerung des Waffenstillstands aus. (...) Die rechtsextremen Politiker Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir machen keinen Hehl aus ihrem Plan, den Gazastreifen von seiner Bevölkerung zu „säubern“ und sie durch jüdische Siedlern zu ersetzen. “

<https://bip-jetzt.de/2025/02/25/bip-aktuell-337-die-zweite-phase-des-waffenstillstands>

Am 5. März 2025 drohte Donald Trump der Bevölkerung in Gaza mit Völkermord. Er postete auf X: An die Bevölkerung von Gaza: Eine schöne Zukunft wartet auf euch, aber nicht, wenn ihr Geiseln behaltet. Wenn ihr das tut, seid ihr TOT! Trefft eine KLUGE Entscheidung. LASST DIE GEISELN JETZT FREI, ODER IHR WERDET SPÄTER MIT DER HÖLLE BEZAHLLEN! <https://x.com/jeremyscahill/status/1897405942875947294>

USA und Israel erwägen Umsiedlung von Palästinensern auch nach Ostafrika.

14.03.2025 – [Der Standard](#) - US-Präsident Donald Trump hat Anfang Februar eine Übernahme des Gazastreifens durch sein Land vorgeschlagen, um das im Krieg zwischen Israel und der radikalislamischen Hamas zerstörte Küstengebiet zu einer "Riviera des Nahen Ostens" umzubauen. Demnach sollen die Palästinenser für die Realisierung der Pläne dauerhaft in andere Länder ziehen – das würde einer Vertreibung entsprechen, auch wenn Trump den Terminus ablehnt.

Die Palästinenser und die arabischen Staaten in der Nahostregion lehnen Trumps Pläne ab und unterstützen einen ägyptischen Plan zum Wiederaufbau des Gazastreifens ohne eine Umsiedlung von Palästinensern. Massive Kritik an Trumps Vorhaben kam auch aus Österreich, China, Frankreich, Deutschland, Großbritannien und von Uno-Experten. Demnach würde eine Vertreibung der Palästinenser aus dem Gazastreifen gegen das Völkerrecht verstoßen. Die Vereinten Nationen warnen vor einer "ethnischen Säuberung". [...]

Die Politik des neuen US-Botschafters in Israel: Mike Huckabee wurde als Botschafter vom US-Senat bestätigt. „Huckabee ist ein evangelikaler Christ und sogar [Baptistenpastor](#). Er unterstützt die theologische Auffassung, dass der Staat Israel eine Fortsetzung des biblischen Königreichs ist. Im [Interview](#) sagte er, die Errungenschaften des Staates Israel seien die Erfüllung „einer Prophezeiung“. (...) Er [sagte](#), dass Palästinenser nicht existieren und dass Israel dauerhaft die Kontrolle über das Westjordanland behalten muss. Er lehnt die Gründung eines palästinensischen Staates ab.(...)“ - [bip-jetzt.de](#) (am 9.4.25)

Wie man den Waffenstillstand im Gazastreifen nicht unterstützt

Während er Trumps Verdrehungen der Ukraine-Krise anprangerte, ließ sich der EU-Außenbeauftragte Kallas auf Netanjahus Verdrehungen ein, die darauf abzielten, das Abkommen für den Gazastreifen zu Fall zu bringen. Hier ist der Grund, warum die EU solche Fehltritte vermeiden muss.

10. März 2025 - Am 2. März, zu einem kritischen Zeitpunkt des brüchigen Waffenstillstands im Gazastreifen, gab die EU-Außenbeauftragte, Kaja Kallas, eine Erklärung ab, die viele Beobachter fassungslos machte.

Die [Erklärung](#) wurde im Namen von Kallas' Sprecher Anouar El Anouni veröffentlicht und kam genau zu dem Zeitpunkt, als die erste Phase des Waffenstillstandsabkommens auslief, Israel den Übergang zu Phase zwei blockierte und die Einfuhr jeglicher humanitärer Hilfe nach Gaza stoppte.

Die Erklärung beginnt jedoch wie folgt: „Die EU verurteilt die Weigerung der Hamas, die Verlängerung der ersten Phase des Waffenstillstandsabkommens in Gaza zu akzeptieren. Die anschließende Entscheidung Israels, die Einfuhr jeglicher humanitärer Hilfe nach Gaza zu blockieren, könnte möglicherweise humanitäre Folgen haben.“

Hier gibt es zwei eklatante Probleme. Erstens stellt die Schuldzuweisung an die Hamas für die Untergrabung des Waffenstillstands die Realität auf den Kopf. Trotz all ihrer Fehler hat sich die Hamas weitgehend an die [Bedingungen des Waffenstillstands und des Geiselfreilassungsabkommens](#) gehalten. Es ist Israel, das gegen das Abkommen verstößt, wie von [zahlreichen israelischen](#) und [internationalen](#) Beobachtern [hervorgehoben](#) wurde. Wie der Militärkorrespondent der Zeitung Haaretz, [Amos Harel](#), zusammenfasste, „zieht es sich nicht aus dem Philadelphi-Korridor zurück, es hat seine Verpflichtung zur Beendigung der Kämpfe aufgekündigt und ist nicht bereit, die zweite Phase des Abkommens einzuleiten“. Kritiker machen außerdem geltend, dass Israel weit weniger Zelte und Wohnwagen in die vom Krieg zerstörte Zone gelassen hat als vereinbart, die Evakuierung von Patienten durch den Grenzübergang Rafah eingeschränkt hat und nach Inkrafttreten des Waffenstillstands weiterhin Einfälle und Angriffe durchgeführt hat, bei denen Dutzende von Menschen aus Gaza getötet wurden.

Zweitens verharmlost die Formulierung der EU – dass die „anschließende“ Blockade aller Hilfsgüter durch Israel „möglicherweise humanitäre Folgen haben könnte“, ohne dies zu verurteilen – den Ernst der Verweigerung wichtiger Hilfsgüter für zwei Millionen Menschen durch Israel im Kontext einer bereits andauernden humanitären Katastrophe. Es sei daran erinnert, dass der Internationale Strafgerichtshof den israeli-

schen Premierminister Netanjahu wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit [angeklagt hat](#), und zwar genau wegen dieser Blockade der humanitären Hilfe, die für das Überleben der Zivilbevölkerung im Gazastreifen lebenswichtig ist.

Zusammengenommen lesen sich Kallas' Worte fast wie eine Bestätigung der Rechtfertigung Israels, die Hilfe für Gaza einzustellen – wie in einer [Erklärung](#) einer Gruppe unabhängiger UN-Menschenrechtsexperten kritisiert.

Darüber hinaus spielt die Botschaft des EU-Außenbeauftragten Netanjahus Strategie in die Hände, den Waffenstillstand zu torpedieren und die Schuld auf die Hamas zu schieben. Vom ersten Tag der Waffenruhe Mitte Januar an haben israelische Kommentatoren [davor gewarnt](#), dass Netanjahu versuchen würde, das Abkommen zu Fall zu bringen, um seine Regierungskoalition zu erhalten – deren radikalere Elemente versuchen, den Krieg wieder aufzunehmen, Gaza neu zu besiedeln und die palästinensische Bevölkerung zu vertreiben, selbst wenn dafür israelische Geiseln geopfert werden müssten.

Und genau das ist passiert.

Am Morgen des 2. März, als die erste Phase der Waffenruhe ablief, [gab Netanjahu bekannt](#), dass Israel einen Vorschlag des US-Gesandten Steve Witkoff akzeptiert, der die Bedingungen des Abkommens ändert. Anstatt wie ursprünglich vereinbart mit Phase zwei fortzufahren, würde der „Witkoff-Vorschlag“ – laut Netanjahu – die Freilassung der Hälfte der verbleibenden israelischen Geiseln vorziehen und gleichzeitig den Rückzug Israels aus dem Gazastreifen verzögern, wodurch das Abkommen zugunsten der Regierung Netanjahu beeinflusst und mehr Spielraum für die Wiederaufnahme des Krieges geschaffen würde.

Nachdem die Hamas Netanyahus Erklärung als Verstoß gegen das unterzeichnete Abkommen [verurteilte](#), veröffentlichte der israelische Premierminister eine [zweite Ankündigung](#), in der er erklärte, dass Israel angesichts der „Weigerung der Hamas, den Witkoff-Rahmen zu akzeptieren“, die Einfuhr jeglicher Hilfe für Gaza einstellen werde.

Die Amerikaner bestätigten zu keinem Zeitpunkt öffentlich die Existenz eines solchen Vorschlags von Witkoff und [sagten nur](#), dass sie die Maßnahmen Israels unterstützten. Ein Hamas-Beamter [soll gesagt ha-](#)

[ben](#), dass der Gruppe ein solcher Vorschlag noch nicht einmal offiziell vorgelegt worden sei, bevor Israel sie beschuldigte, ihn abgelehnt zu haben.

Dennoch verurteilte Kallas' Sprecher später am selben Tag „die Weigerung der Hamas, die Verlängerung der ersten Phase zu akzeptieren“ und schloss sich damit Netanyahus Darstellung an.

Im Gegensatz dazu verurteilten [Ägypten](#) und [Katar](#), die beiden Vermittler neben den USA, in Erklärungen die Verweigerung der israelischen Hilfe als Verstoß gegen den Waffenstillstand. Katar [forderte außerdem](#), an der bestehenden Vereinbarung festzuhalten, und schien jedes Gespräch über einen neuen Vorschlag abzulehnen. Die Außenminister der [E3 \(Frankreich, Deutschland und Großbritannien\)](#) äußerten später ihre „tiefe Besorgnis“ über die israelische Hilfsblockade und forderten „alle Parteien“ auf, über die nachfolgenden Phasen des Abkommens zu verhandeln. Die einzige, die in Netanjahus Falle tappte und dessen Erzählung, die Hamas sei schuld, nachplapperte, war Kallas.

Kallas' Erklärung widerspricht sich auch selbst. Nach der irreführenden Einleitung fordert sie im Rest ihrer Erklärung zu Recht „eine rasche Wiederaufnahme der Verhandlungen über die zweite Phase des Waffenstillstands“ und entspricht damit wieder dem bestehenden Rahmen.

Manche mögen sagen, dass die Position der EU keine Rolle spielt, da sie nicht am Verhandlungstisch sitzt.

Aber sie spielt eine Rolle im Krieg gegen die Wahrheit. Um die Aufkündigung des Waffenstillstands zu rechtfertigen, braucht Netanjahu den Westen zur Beschuldigung der Hamas, ungeachtet der Fakten. Daher ist es für Europa unerlässlich, wachsam zu sein und die Fakten so zu nennen, wie sie sind.

Ironischerweise hat Kallas Netanjahus Darstellung des Gaza-Konflikts geglaubt, gerade als Europa die Verdrehung der Fakten über den Ukraine-Krieg durch US-Präsident Trump anprangerte. Nur wenige Tage zuvor [beschuldigte](#) Kallas selbst Trump, auf die russische Darstellung der Ukraine hereinzufallen.

Das Schicksal des Gazastreifens bleibt ungewiss. Ein Pfad führt zur Beendigung des Krieges, zur Freilassung aller israelischen Geiseln und zum Wiederaufbau der zerstörten Enklave. Der andere führt zu einem erneuten militärischen Angriff, Massenvertreibungen und Hungersnot, wobei die Geiseln geopfert werden und der Weg für Trumps „Säuberungsplan“ geebnet wird. Wenn die EU und ihr außenpolitischer Chef Ersteres unterstützen und Letzteres vermeiden wollen, dürfen sie nicht noch einmal solche Fehlritte begehen.

<https://eumep.org/blogs/how-not-to-support-the-gaza-ceasefire/> Übersetzung: SiG-Redaktion

Dazu auch:

S. 17 im Sonderheft "[Gaza-Waffenstillstand](#)" und: <https://www.ipg-journal.de/regionen/nahe-osten/artikel/frieden-nur-auf-dem-papier-8051/>

Democracy Now: Microsoft unterstützt Israels Militär



11.04.2025 - Microsoft hat zwei Mitarbeiter entlassen, die auf der Feier zum 50. Jahrestag des Unternehmens am 4. April 2025 gegen die Verbindungen des Unternehmens zu Israels Angriff auf Gaza protestiert hatten. Die Mitarbeiter protestierten, nachdem durchgesickerte Dokumente aufgedeckt hatten, dass

Microsoft das israelische Militär mit KI- und Cloud-Technologie sowie eine als Ofek bekannte Einheit der Luftwaffe beliefert, um „Tötungslisten“ zu erstellen. „Wir wollten, dass jeder weiß, dass Microsofts Cloud und KI die Bomben und Kugeln des 21. Jahrhunderts sind“, sagt Vaniya Agrawal, Organisatorin von No Azure for Apartheid (<https://noazureforapartheid.com/>) und ehemalige Microsoft-Mitarbeiterin, die entlassen wurde, nachdem sie am 4. April eine Diskussion zwischen aktuellen und ehemaligen Microsoft-CEOs, darunter Bill Gates, gestört hatte.

Mehr: [democracy now](#)

Ausführlicher Artikel:

Inside the campaign to end Microsoft's collaboration with the Israeli army
<https://www.middleeasteye.net/news/inside-campaign-end-microsofts-collaboration-israeli-army>

Palästinensische Nationalkonferenz ruft zum Wiederaufbau der PLO auf

Die Palästinensische Nationalkonferenz in Doha rief trotz des Widerstands der Palästinensischen Autonomiebehörde zu einer Reform der PLO, zu demokratischen Wahlen und zur Einheit auf.

19. Februar 2025



Mustafa Barghouti, Generalsekretär der Palästinensischen Nationalinitiative, eröffnete die Konferenz am Montag [Al-Araby Al-Jadeed]

Die Palästinensische Nationalkonferenz, eine [basisdemokratische Initiative](#), die nach dem Gaza-Krieg eine breite palästinensische Einheit und erneute nationale Maßnahmen anstrebt, wurde am Mittwoch in Doha abgeschlossen. Sie bekräftigte ihr Engagement für den Wiederaufbau der [Palästinensischen Befreiungsorganisation \(PLO\)](#) als alleinige legitime [Vertreterin des palästinensischen Volkes](#).

Die Delegierten betonten die Notwendigkeit einer geeinten nationalen Führung, um der politischen Zersplitterung und dem Druck von außen entgegenzuwirken.

In ihrer Abschlusserklärung erklärte sich die Konferenz zu einer nachhaltigen Volksbewegung, die sich für Dialog, politischen Druck und Strukturreformen einsetzt. Sie rief zu demokratischen Wahlen unter den Palästinensern innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete auf, um die PLO auf einer integrativen Grundlage wiederherzustellen.

Die Konferenz fand unter schwierigen Umständen statt, darunter Völkermord in Gaza, ethnische Säuberungen im Westjordanland und politische Spaltung innerhalb der palästinensischen Führung. Sie wurde als Reaktion auf eine Initiative vom Februar 2024 abgehalten, in der zur Bildung einer einheitlichen Führung und einer wiederbelebten PLO aufgerufen wurde.

Mustafa Barghouti, Generalsekretär der Palästinensischen Nationalinitiative, eröffnete die Konferenz am

Montag mit der Erklärung, dass die Initiative eine „beispiellose Volksbewegung zur Wiederherstellung der palästinensischen nationalen Einheit und zum Wiederaufbau unserer nationalen Institutionen auf demokratischen Grundlagen“ darstelle.

„Unser Volk leidet seit langem unter Besatzung, Spaltung und systematischer Unterdrückung; jetzt ist es an der Zeit, unsere nationale Vertretung zurückzufordern und entschlossen gegen die anhaltenden Bedrohungen vorzugehen“, sagte er.

Die Delegierten betonten das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Widerstand im Rahmen des Völkerrechts. Sie verurteilten außerdem die Ausweitung der Siedlungen, die Vertreibungs politik und die Bemühungen, die palästinensische Flüchtlingsfrage und das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) zu schwächen. In der Abschlusserklärung wurde das Recht auf einen vollständig souveränen palästinensischen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt bekräftigt und Unterstützung für Gefangene, Familien von Märtyrern und im Kampf Verwundete zugesagt.

Ein wichtiges Ergebnis war die Wahl eines 108-köpfigen Generalgremiums, das die Aufgabe hat, einen 17-köpfigen Lenkungsausschuss zu wählen. Dieser Ausschuss wird palästinensische Fraktionen, auch solche außerhalb der PLO, in die Bemühungen um eine einheitliche Führung einbeziehen. Die Konferenz verabschiedete außerdem einen 100-Tage-Aktionsplan, der sich auf die Mobilisierung an der Basis, die Verteidigung der Rechte von Gefangenen und die Stärkung palästinensischer Gemeinschaften in der Diaspora konzentriert.

Der Präsident der New Arab Staff Conference, Muin Taher, betonte, dass „die Konferenz kein Ersatz für die PLO ist, die einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes“.

„Unser grundlegendes Motto ist eine einheitliche palästinensische Führung und der Wiederaufbau der PLO auf nationaler und demokratischer Grundlage“, sagte er gegenüber der arabischsprachigen Ausgabe von *The New Arab*, *Al-Araby Al-Jadeed*.

„Deshalb wollen wir die PLO wiederaufbauen und aktivieren, nicht ersetzen, und wir haben nicht die Absicht, eine Alternative zu ihr zu sein. Wir werden weiterhin Druck ausüben und Maßnahmen ergreifen, um die Ziele der Konferenz zu erreichen.“

Auf die Frage, ob der nächste Schritt darin bestehen würde, den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas zu kontaktieren, antwortete Taher: „Das Kontaktkomitee, das im Rahmen der PLO-Wiederaufbauinitiative und des 100-Tage-Plans gebildet wurde, wird mit allen Fraktionen in der palästinensischen Gesellschaft zusammenarbeiten, auch mit denen, die nicht in der PLO vertreten sind.“

Das Kontaktkomitee hat die Aufgabe, mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas und dem Exekutivkomitee der PLO zusammenzuarbeiten, um einen Fahrplan für demokratische Wahlen und institutionelle Reformen festzulegen. Zu den Empfehlungen gehörten die Reaktivierung von Berufsverbänden, das erneute Zulassen von Mitgliedschaften in der PLO und die Durchführung öffentlicher Kampagnen, um Wahlen zu fordern.

Doch trotz ihrer Ziele der Einheit stieß die Konferenz auf Widerstand seitens der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) von Abbas, die 33 Mitglieder daran hinderte, nach Doha zu reisen. Sicherheitskräfte hinderten mehrere Delegierte daran, das Westjordanland zu verlassen, und drohten mit Verhaftung und Entlassung. Die Konferenz kündigte rechtliche Unterstützung für Teilnehmer an, die Repressalien ausgesetzt waren.

Ahmed Ghoneim, ein Fatah-Führer und Mitglied des Lenkungsausschuss für die Palästinensische Nationalkonferenz, berichtete *Al-Araby Al-Jadeed*, dass Beamte der Palästinensischen Autonomiebehörde zehn Teilnehmer aus verschiedenen palästinensischen Regionen kontaktierten und ihnen mit Verhaftung, Passbeschlagnahme, Entlassung und Gehaltskürzungen drohten, falls sie nach der Teilnahme an der Konferenz nach Palästina zurückkehren würden.

Die Organisatoren wiesen die Anschuldigungen zurück, die Konferenz strebe eine Ersetzung der PLO an. Ihr einziger Zweck sei die Wiederherstellung ihrer

nationalen Rolle. Teilnehmer, darunter prominente politische Persönlichkeiten und ehemalige Gefangene, beschrieben die Initiative als dringende Reaktion auf den Krieg Israels gegen Gaza und die umfassendere palästinensische Krise.

Drei Tage lang diskutierten etwa 400 Delegierte aus ganz Palästina und der Diaspora über den Wiederaufbau der palästinensischen Führung. Die Ausschüsse legten Berichte über politische Strategien, Widerstand, Flüchtlingsrechte und internationales Engagement vor, die in einer Reihe abschließender Empfehlungen gipfelten, die in den kommenden Monaten umgesetzt werden sollen.

Die Konferenz endete mit dem Versprechen, den Reformdruck aufrechtzuerhalten, die palästinensischen Gemeinschaften zu mobilisieren und den Bemühungen zur Zersplitterung der nationalen Vertretung entgegenzuwirken. Die Organisatoren betonten, dass die Bewegung so lange bestehen bleiben wird, bis ihre Ziele der Einheit, der demokratischen Vertretung und einer reformierten PLO erreicht sind.

Die Konferenz legte großen Wert auf die palästinensische Flüchtlingsfrage und mahnte eine Bekräftigung des Rückkehrrechts an. Sie schlug eine nationale Strategie zur Verbesserung der Dienstleistungen des UNRWA und zur Schaffung einer palästinensischen lokalen Einrichtung zur Unterstützung vertriebener Gemeinschaften vor, die durch Beiträge der Diaspora finanziert werden soll.

<https://www.newarab.com/news/palestinian-national-conference-calls-rebuilding-plo>

Übersetzung: SiG-Redaktion

Anmerkungen der Redaktion:

Juni 2024: Vorbereitende Konferenz

<https://www.newarab.com/news/palestinian-diaspora-prep-palestine-national-conference>

The statement calling for a National Conference for Palestine <https://ncpalestine.org/>

Juli 2024: Hamas announces 'national unity' deal in Beijing with Fatah and 12 other Palestinian groups

<https://www.newarab.com/news/hamas-announces-national-unity-deal-beijing-fatah>

Übersetzung der gemeinsamen Erklärung von 14 palästinensischen Organisationen

Sommer 2024:

[SiG-Palästina Sonderheft](#), September 2024 (Seiten 51-52)

Pläne der arabischen Staaten

9. Februar 2025 – [newarab](#) - [Saudi-Arabien](#) hat Äußerungen des israelischen Premierministers [Benjamin Netanjahu](#) scharf verurteilt, in denen er die Gründung eines [palästinensischen](#) Staates auf saudischem Territorium vorgeschlagen hatte.

Am 4. Februar 2025 [hatte Benjamin Netanjahu](#) in einem Interview gesagt: „Die Saudis können einen palästinensischen Staat in Saudi-Arabien gründen; sie haben dort viel Land.“

[...] Seit Beginn des Krieges am 7. Oktober 2023 hat Riad erneut seine Position bekräftigt, dass es nur dann Beziehungen zu Israel aufnehmen werde, wenn ein palästinensischer Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt gegründet werde.

Das Außenministerium erklärte am Sonntag, dass die Palästinenser ein Recht auf ihr Land hätten und „keine Eindringlinge oder Einwanderer seien, die jederzeit nach Belieben der brutalen israelischen Besatzungsmacht vertrieben werden können“. Es fügte hinzu, dass Befürworter „extremistischer Ideen“ Israel daran gehindert hätten, eine friedliche Koexistenz zu akzeptieren, und „seit mehr als 75 Jahren systematisch Ungerechtigkeiten gegenüber den Palästinensern begangen hätten“.

[...] Die deutliche Erklärung vergrößert die Distanz zwischen Saudi-Arabien und Israel, nachdem sich beide Länder vor über einem Jahr offenbar auf eine Normalisierung ihrer Beziehungen zubewegt hatten.

[...] Hussein al-Sheikh, Generalsekretär der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), bezeichnete Netanjahus Äußerungen zu einem palästinensi-

schen Staat auf saudischem Boden als „Verstoß gegen das Völkerrecht und internationale Konventionen“.

„Wir bekräftigen, dass der Staat Palästina nur auf palästinensischem Boden bestehen wird, und wir würdigen die Position des Königreichs Saudi-Arabien, seiner Führung und seines Volkes, die stets die Umsetzung der internationalen Legitimität und des Völkerrechts fordern“, erklärte Sheikh am Samstag.

4. März (Reuters) – **Die Arabischen Staats- und Regierungschefs** haben einen ägyptischen Wiederaufbauplan für Gaza verabschiedet, der 53 Milliarden US-Dollar kosten und die Vertreibung von Palästinensern aus der Enklave vermeiden würde, im Gegensatz zu [Donald Trumps](#) Vision [einer „Riviera des Nahen Ostens“](#).

Ägypten habe in Zusammenarbeit mit den Palästinensern einen Verwaltungsausschuss aus unabhängigen, professionellen palästinensischen Technokraten gebildet, der nach dem Ende des Israel-Gaza-Krieges mit der Verwaltung des Gazastreifens betraut wurde.

Die Hamas hat zugestimmt, keine Kandidaten für den von Kairo vorgeschlagenen Ausschuss aufzustellen. Abbas, der seit 2005 an der Macht ist, erklärte sich außerdem bereit, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abzuhalten. Die Hamas begrüßte die Wahlen.

Ausführlicher Artikel über den ägyptischen Plan (mit Karten):

<https://www.middleeasteye.net/news/gaza-future-how-would-look-egypt-arab-plan>

Katherine Hearst

Kein Wiederaufbau unter Besatzung:

Warum die Pläne für den Wiederaufbau Gazas voller Lücken sind

24. März 2025 - Experten sagen, dass die bestehenden Pläne das kulturelle Erbe Gazas nicht wahren und die von der israelischen Armee errichteten Angriffsrouten und Pufferzonen beibehalten.

[...] Der ägyptische [Vorschlag zum Wiederaufbau Gazas bis 2030](#) in Höhe von 53 Milliarden Dollar wurde auf einem Gipfeltreffen der Arabischen Liga am 4. März in Kairo vorgestellt. Der dreistufige Plan lehnt die Vertreibung der Palästinenser aus Gaza ab und sieht eine Sanierung des Gebiets ohne Entvölkerung vor.

Die Initiative wurde vom Europäischen Rat unterstützt, aber von Israel abgelehnt.

Unterdessen sind die Bewohner Gazas gezwungen, in notdürftigen Zelten auf den Trümmern ihrer Häuser zu leben und mit Nahrungsmittelknappheit zu kämpfen, während Israel die Blockade von Hilfsgütern und Strom für den Gazastreifen wieder verschärft hat.

Die Aussichten auf eine Verbesserung sind weiterhin düster.

Eine fremde Landschaft

Israels Gestaltung der Architektur und Stadtplanung dienen seit langem der Kontrolle der Palästinenser in der Enklave.

Der ägyptische Plan für Gaza verstärkt die Mechanismen dieser Kontrolle, indem er die von Israel errichteten Pufferzonen und Überfallrouten – Straßen, die von israelischen Militärbasen nach Gaza führen – beibehält, wie die britische Forschungsgruppe Forensic Architecture [hervorhebt](#).

Die Beibehaltung der Pufferzone innerhalb des Grenzzauns von Gaza besiegelt die Auslöschung historisch und politisch bedeutender Stadtteile wie Jabalia und Shuja'iyya, während die Erhaltung von Sicherheitskorridoren und Überfallrouten Wege für eine neue Invasion offen lässt.

[...] Die im Plan vorgesehenen Wohnblöcke unterscheiden sich von der dichten und labyrinthartigen Struktur der Flüchtlingslager und palästinensischen Viertel und ermöglichen einen leichten Zugang für militärische Überfälle sowie eine genaue Überwachung der Bewegungen der Bewohner.

Für Yara Sharif, Architektin und Mitbegründerin des [Palestine Regeneration Teams \(PART\)](#) und [Architects for Gaza](#), scheitert der Plan an seinem Top-Down-Ansatz für den Wiederaufbau, der die Stimmen der Palästinenser in Gaza ausschließt. „Wer soll über die Zukunft Gazas entscheiden, wenn nicht die Bewohner Gazas?“, fragte Sharif gegenüber MEE.

Aus architektonischer Sicht weist der Plan mehrere Lücken auf.

Die Art und Weise, wie er konzipiert ist, ist ein Einheitsansatz. Es ist besorgniserregend, dass die reiche Geschichte Gazas, seine Denkmäler und die Vielfalt seiner städtischen und ländlichen Struktur nicht berücksichtigt werden. Von der dicht bebauten Stadt über die einzigartige Küste bis hin zu den landwirtschaftlichen Gebieten hat jeder Teil seine Besonderheiten und seine Identität. „Am Ende entsteht eine fremde Landschaft, die den Menschen aufgezwungen wird“, sagte sie.

Sharif betonte, dass unter der anhaltenden Belagerung des Gebiets durch Israel kein Wiederaufbau möglich sei. „Gaza ist nach wie vor belagert, die Menschen haben keinen Zugang zu Materialien und grundlegenden Ressourcen. Die Kolonisierung, Besatzung und Kriegsverbrechen dauern an, und die Menschen leben weiterhin in Zelten ohne Zugang zu ausreichend sauberem Wasser, Strom und Hilfsgütern“, sagte sie.

„Die internationale Gemeinschaft muss dazu beitragen, die Belagerung aufzuheben und den Menschen in Gaza ihre grundlegenden Menschenrechte zu ermöglichen, einschließlich des Rechts auf ein Zuhause, eine Stadt und Baumaterialien.“ [...]

„Wir haben ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs, das zwei Dinge ganz klar sagt: Gaza ist besetztes Gebiet, und die Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel ist illegal und muss sofort beendet werden“, sagte die ehemalige UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Wohnen, Leiliani Farha, gegenüber MEE. „Ich denke daher, dass dies auch im Mittelpunkt jedes Wiederaufbauplans stehen sollte. In den meisten Plänen, die ich gelesen habe, finde ich das nicht“, fügte sie hinzu. „Ohne ein Ende der Besatzung wird es keinen Wiederaufbau geben.“

[...] Farha warnte davor, dass private Interessen von der Wiederaufbauhilfe für Gaza profitieren könnten, so wie sie es 2003 beim Wiederaufbau des [Irak](#) und nach dem verheerenden Hurrikan Katrina in New Orleans in

den USA getan haben, als die Bewohner traditioneller schwarzer Stadtviertel durch Neubauten verdrängt wurden. „Es besteht die reale Gefahr, dass in Gaza eine Art finanziellierter, überneoliberaler Katastrophenkapitalismus Einzug hält“, warnte Farha und bezog sich dabei auf einen Begriff, den die Autorin Naomi Klein in ihrem Buch ‚Die Schockstrategie‘ geprägt hat und der die Durchsetzung unternehmensfreundlicher Maßnahmen nach Katastrophen beschreibt.

Ein im November 2024 von der Weltbank und der Palästinensischen Autonomiebehörde entwickelter [Wiederaufbauplan](#) stellt Gaza als „freie Wirtschaftszone zur Ansiedlung von Unternehmen und Industrien aus aller Welt“ vor. „Dieser Plan war durch und durch von Katastrophenkapitalismus geprägt. Es ging wirklich darum, Investoren anzulocken und Freihandelszonen zu schaffen“, sagte Farha.

Im Dezember 2023, nur zwei Monate nach Beginn des Krieges Israels gegen Gaza, nahm die US-amerikanische Unternehmensberatung McKinsey [an einer Veranstaltung](#) der Palestine Emerging Initiative teil, einer Koalition des privaten Sektors, die sich zum Ziel gesetzt hat, „die wirtschaftliche Erholung in Gaza zu beschleunigen und zu festigen“.

Und im Mai veröffentlichte das Büro des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu [KI-Bilder seiner Vision für Gaza im Jahr 2035](#) – die die Enklave als neues Dubai mit Wolkenkratzern und Solarkraftwerken neu erfindet.

[...] Was die Palästinenser vor Ort tun – in ihre Häuser zurückkehren und zerbrochene Sofas und Zelte auf den Trümmern aufstellen – widerspricht dem jedoch.

Sie zeigen eine alternative Form des Wiederaufbaus. Eine, die die Vorstellung, dass ihre Häuser eine Katastrophenzone sind, ablehnt und ihre Verbindung zu ihrem Land bekräftigt. Weit davon entfernt, „aus dem Nichts“ aufzubauen, sind ihre Bemühungen darauf ausgerichtet, ihr Leben aus den Trümmern zu retten.

Im Jahr 2010 reisten Sharif und ihr Team nach Gaza, um die Wiederaufbauarbeiten zu unterstützen, und beobachteten, dass die Palästinenser eigene Techniken entwickelten, um ihre Häuser durch die Wiederverwendung von Trümmern wieder aufzubauen.

Während nun verschiedene Akteure Vorschläge für die Zukunft Gazas präsentieren, leiten Kommunen und Einheimische vor Ort kleine Wiederaufbauinitiativen ein.

„Sie versuchen, sich die Ruinen wieder anzueignen und zu retten, was noch zu retten ist“, sagte Sharif.

<https://www.middleeasteye.net/news/no-recovery-without-occupation-experts-say-plans-gazas-reconstruction-are-riddled-holes>

Übersetzung: SiG-Redaktion

Ramzy Baroud

Die verborgene Hand: Arabische Regierungen und die Aufrechterhaltung der israelischen Brutalität



Während sich die Solidarität mit Palästina zunehmend vom globalen Süden auf die globale Mehrheit ausgeweitet hat, bleiben die Araber weitgehend wirkungslos. Die Erklärung für das Versagen der arabischen Politik, Israel herauszufordern, durch traditionelle Analysen - wie Uneinigkeit, allgemeine Schwäche und das Versäumnis, Palästina Priorität einzuräumen - wird dem Bild nicht gerecht.

Die Vorstellung, dass Israel die Palästinenser nur deshalb brutal behandelt, weil die Araber zu schwach sind, um die Regierung Benjamin Netanjahu - oder irgendeine andere Regierung - herauszufordern, impliziert, dass sich die arabischen Regime theoretisch um Palästina scharen könnten. Diese Sichtweise vereinfacht die Angelegenheit jedoch zu sehr.

Viele wohlmeinende Befürworter Palästinas fordern die arabischen Staaten seit langem auf, sich zu vereinen, Washington unter Druck zu setzen, damit es seine unerschütterliche Unterstützung für Israel überdenkt, und entscheidende Maßnahmen zu ergreifen, um die Belagerung des Gazastreifens aufzuheben und andere wichtige Schritte zu unternehmen.

Diese Schritte mögen zwar einen gewissen Wert haben, doch die Realität ist weitaus komplexer, und es ist unwahrscheinlich, dass solche Wunschvorstellungen das Verhalten der arabischen Regierungen ändern werden. Diese Regime sind eher damit beschäftigt, eine Form des Status quo aufrechtzuerhalten oder zu ihm zurückzukehren - eine Form, in der die Befreiung Palästinas eine zweitrangige Priorität bleibt. Seit dem Beginn des israelischen Völkermordes in Gaza am 7. Oktober 2023 ist die arabische Position gegenüber Israel bestenfalls schwach und schlimmstenfalls verräterisch.

Einige arabische Regierungen gingen sogar so weit, den palästinensischen Widerstand in Debatten der Vereinten Nationen zu verurteilen. Während Länder wie China und Russland zumindest versuchten, den Angriff der Hamas am 7. Oktober auf die israelischen Besatzungstruppen, die den Gazastreifen brutal belagern, in einen Zusammenhang zu bringen, gaben Länder wie Bahrain den Palästinensern die Schuld.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, brauchten die arabischen Regierungen Wochen - oder sogar Monate - um eine relativ deutliche Haltung zu entwickeln, die die israelische Offensive in bedeutsamer Weise verurteilte.

Obwohl sich die Rhetorik langsam zu ändern begann, folgten die Taten nicht. Während die Ansarallah-Bewegung im Jemen und andere arabische nichtstaatliche Akteure versuchten, Israel durch eine Blockade in irgendeiner Form unter Druck zu setzen, bemühten sich die arabischen Länder stattdessen darum, dass Israel den potenziellen Folgen seiner Isolation standhalten konnte.

In seinem Buch **War** enthüllte **Bob Woodward**, dass einige arabische Regierungen dem damaligen US-Außenminister Antony Blinken mitteilten, sie hätten keine Einwände gegen Israels Bemühungen, den palästinensischen Widerstand zu brechen. Einige waren jedoch besorgt über die Medienbilder von verstümmelten palästinensischen Zivilisten, die in ihren eigenen Ländern öffentliche Unruhen auslösen könnten.

Zu diesen öffentlichen Unruhen kam es nie, und mit der Zeit wurden der Völkermord, die Hungersnot und die Hilferufe in Gaza als ein weiteres tragisches Ereignis normalisiert, nicht anders als der Krieg im Sudan oder die Unruhen in Syrien.

Während des 15-monatigen unerbittlichen israelischen Völkermords, der zur Tötung und Verwundung von über 162.000 Palästinensern im Gazastreifen führte, blieben die offiziellen arabischen politischen Institutionen bei der Beendigung des Krieges weitgehend irrelevant. Die US-Regierung unter Biden wurde durch diese arabische Untätigkeit ermutigt und drängte weiterhin auf eine stärkere Normalisierung zwischen den arabischen Ländern und Israel - selbst angesichts von über 15.000 Kindern, die in Gaza auf brutalste Weise getötet wurden.

Während das moralische Versagen des Westens, die Unzulänglichkeiten des Völkerrechts und die kriminellen Handlungen von Biden und seiner Regierung weiterhin kritisiert wurden, weil sie als Schutzschild für Israels Kriegsverbrechen dienten, **wird die Mitschuld arabischer Regierungen an der Ermöglichung dieser Gräueltaten oft ignoriert.**

Die Araber haben in der Tat eine bedeutendere Rolle bei den israelischen Gräueltaten im Gazastreifen gespielt, als uns oft bewusst ist. Einige durch ihr Schweigen, andere durch direkte Zusammenarbeit mit Israel. Während des gesamten Krieges tauchten Berichte auf, die darauf hindeuteten, dass einige arabische Länder in Washington aktiv Lobbyarbeit für Israel betrieben und sich gegen einen Vorschlag der Ägyptisch-Arabischen Liga aussprachen, der auf den Wiederaufbau des Gazastreifens ohne ethnische Säuberung der Bevölkerung abzielte - eine Idee, die von der Trump-Regierung und Israel gefördert wurde.

Der ägyptische Vorschlag, der von den arabischen Ländern auf ihrem Gipfeltreffen am 4. März einstimmig angenommen wurde, stellte die stärkste und einheitlichste Haltung der arabischen Welt während des Krieges dar.

Der Vorschlag, der von Israel abgelehnt und von den USA zurückgewiesen wurde, trug dazu bei, den Diskurs in den USA über das Thema der ethnischen Säuberung zu verändern. Dies führte schließlich zu den Äußerungen, die Trump am 12. März bei einem Treffen mit dem irischen Premierminister Micheál Martin machte, als er erklärte: "Niemand vertreibt irgendjemanden aus dem Gazastreifen".

Dass sich einige arabische Staaten aktiv gegen die einzige relativ starke arabische Position stellen, zeigt, dass das Problem des arabischen Versagens in Palästina über bloße Uneinigkeit oder Inkompetenz hinausgeht - es spiegelt eine viel dunklere und zynischere Realität wider. Einige Araber richten ihre Interessen auf Israel aus, für das ein freies Palästina nicht nur kein Thema ist, sondern eine Bedrohung darstellt.

Dasselbe gilt für die **Palästinensische Autonomiebehörde in Ramallah**, die weiterhin Hand in Hand mit Israel arbeitet, um jede Form von Widerstand im

Westjordanland zu unterdrücken. **In Gaza geht es ihr nicht um die Beendigung des Völkermords, sondern um die Marginalisierung ihrer palästinensischen Rivalen, insbesondere der Hamas.**

Der Palästinensischen Autonomiebehörde bloße "Schwäche" vorzuwerfen, sie tue "nicht genug" oder schaffe es nicht, die palästinensischen Reihen zu vereinen, ist daher eine Fehleinschätzung der Situation. Die Prioritäten von Mahmoud Abbas und seinen Verbündeten der Palästinensischen Autonomiebehörde sind ganz andere: die Sicherung der relativen Macht über die Palästinenser, eine Macht, die nur durch die militärische Dominanz Israels aufrechterhalten werden kann.

Dies sind schwierige, aber entscheidende Wahrheiten, denn sie ermöglichen es uns, die Diskussion neu zu gestalten und von der falschen Annahme abzurücken, dass die arabische Einheit alles lösen wird.

Der Fehler in der Einheitstheorie ist die naive Annahme, dass die arabischen Regime die israelische Besatzung von Natur aus ablehnen und Palästina unterstützen.

Während einige arabische Regierungen wirklich über Israels verbrecherisches Verhalten empört und über die irrationale Politik der USA in der Region zunehmend frustriert sind, werden andere von Eigeninteressen angetrieben: ihrer Feindseligkeit gegenüber dem Iran und ihrer Angst vor dem Aufstieg nichtstaatlicher arabischer Akteure. Sie sind gleichermaßen besorgt über die Instabilität in der Region, die ihre Machtposition in einer sich rasch verändernden Weltordnung bedroht.

Während sich die Solidarität mit Palästina zunehmend vom globalen Süden auf die globale Mehrheit ausgeweitet hat, bleiben die Araber weitgehend wirkungslos, da sie befürchten, dass ein bedeutender politischer Wandel in der Region ihre eigene Position direkt in Frage stellen könnte. Was sie nicht verstehen, ist, dass ihr Schweigen oder ihre aktive Unterstützung für Israel sehr wohl zu ihrem eigenen Untergang führen kann.

- *Ramzy Baroud ist Journalist und Herausgeber des Palestine Chronicle. Er ist der Autor von sechs Büchern. Sein neuestes Buch, das er gemeinsam mit Ilan Pappé herausgegeben hat, ist "Our Vision for Liberation: Engagierte palästinensische Führungspersönlichkeiten und Intellektuelle kommen zu Wort". Dr. Baroud ist ein Non-Resident Senior Research Fellow am Zentrum für Islam und Globale Angelegenheiten (CIGA). Seine Website lautet www.ramzybaroud.net.*

Quelle: [The Hidden Hand: Arab Governments and the Perpetuation of Israeli Brutality - Palestine Chronicle](#)

Übersetzung: SiG-Redaktion

Abraham-Abkommen

Avi Shlaim (2020): UAE-Israel-Abkommen: Durchbruch oder Verrat?

29. August 2020 - Auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus verkündete US-Präsident Donald Trump am 13. August 2020 stolz die von ihm mit vermittelte Vereinbarung zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel über die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen. Er lobte sie als "einen bedeutenden Schritt zum Aufbau eines friedlicheren, sicheren und wohlhabenden Nahen Ostens". Trumps nationaler Sicherheitsberater Robert O'Brien erklärte gegenüber Reportern, dass dieses Abkommen den Präsidenten "zu einem Spitzenkandidaten für den Friedensnobelpreis" machen sollte.

Die Reaktionen auf diese Einigung fielen unterschiedlich aus. Führende europäische Politiker und die Mainstream-Medien begrüßten es als einen bedeutenden historischen Durchbruch. Der britische Premierminister Boris Johnson nannte es "eine sehr gute Nachricht".

Kein Land für Frieden

Die Reaktion der Palästinenser hingegen war durchweg ablehnend: Sie bezeichneten das Abkommen als Verrat am palästinensischen Befreiungskampf und sogar als Dolchstoß. Die offizielle Tageszeitung der Palästinensischen Autonomiebehörde *al-Hayat al-Jadida* bezeichnete das Abkommen in wütenden roten Lettern als "dreiseitige Aggression gegen die Rechte des palästinensischen Volkes". Al-udwan al Thulathi, die dreiseitige Aggression, war die arabische Bezeichnung für die anglo-französisch-israelische Verschwörung zum Angriff auf Ägypten im Jahr 1956. Keine arabische Partei war an der Aggression gegen Ägypten im [Suezkrieg](#) beteiligt. Heute wird die emiratische Regierung beschuldigt, mit Israel und den USA bei der diplomatischen Aggression gegen ihre palästinensischen Brüder zusammenzuarbeiten.

Ein zentrales Prinzip der arabischen Diplomatie im Konflikt mit Israel ist "Land für Frieden": Israel gibt das arabische Land, das es im Juni 1967 besetzt hatte, im Gegenzug für Frieden mit seinen Nachbarn zurück. Dies war die Grundlage für den Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel im Jahr 1979 und für den Friedensvertrag mit Jordanien im Jahr 1994.

Das Abkommen zwischen den VAE und Israel schadet den Aussichten auf einen umfassenden Frieden, da es den Grundsatz "Land für Frieden" zugunsten von "Frieden für Frieden" aufgibt. Die Unterstützung der Rechte der Palästinenser war früher einer der wenigen Konsenspunkte zwischen den autoritären arabischen Regimen und ihrer Bevölkerung. Dieser Konsens ist in der arabischen Friedensinitiative verankert, die 2002 von der Arabischen Liga gebilligt wurde. Sie

bietet Israel Frieden und Normalisierung mit allen 22 Mitgliedern der Arabischen Liga an, wenn es im Gegenzug einem unabhängigen palästinensischen Staat im Gaza-Streifen und im Westjordanland mit einer Hauptstadt in Ost-Jerusalem zustimmt. Mit anderen Worten: Der Rückzug aus den besetzten palästinensischen Gebieten war eine Voraussetzung für die Normalisierung mit der übrigen arabischen Welt.

Wenn ein Friedensplan es verdient, als "Abkommen des Jahrhunderts" bezeichnet zu werden, dann war es dieser. Doch Israel ignorierte ihn, weil es in Bezug auf die Palästinenser Land dem Frieden vorzog. Das jetzt vereinbarte neue Abkommen bedeutet für Israel, dass es seine Beziehungen zu den Golfstaaten normalisieren kann, ohne seine Besetzung palästinensischen Landes zu beenden. Bahrain und Oman haben den Schritt der VAE begrüßt und werden ihm wahrscheinlich folgen. (1)

Ein diplomatischer Sieg

Die Emirate behaupten, sie hätten im Interesse der Palästinenser gehandelt, indem sie Israel zur Aufgabe seines Plans, große Teile des Westjordanlands formell zu annektieren, überredet haben. Diese Behauptung ist in mehrfacher Hinsicht nicht überzeugend:

Erstens haben die Emirate die Palästinenser nicht konsultiert; sie haben hinter ihrem Rücken mit dem Feind gesprochen und sie dann als Feigenblatt benutzt.

Zweitens ist die schleichende Annexion des Westjordanlandes seit 53 Jahren im Gange, und das Abkommen kann nichts daran ändern.

Drittens wäre der jüngste Plan des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu, etwa ein Drittel des Westjordanlandes einschließlich der Siedlungsblöcke und des Jordantals offiziell zu annektieren, ein einseitiger und illegaler Landraub; er verdient keine Belohnung dafür, dass er ihn aufgeschoben hat.

Viertens hat Netanjahu nur zugestimmt, seinen Plan der formellen Annexion zu verschieben, keineswegs ihn aufzugeben. Unmittelbar nach der Ankündigung im Weißen Haus machte Netanjahu im israelischen Fernsehen unmissverständlich klar, dass die Annexion sein langfristiges Ziel bleibt. Das Abkommen mit den VAE stellt somit einen wichtigen diplomatischen Sieg für den rechtsgerichteten israelischen Regierungschef dar.

Seit Jahrzehnten argumentiert Netanjahu gegen die gängige Meinung, dass eine Normalisierung der Beziehungen zu den Golfstaaten möglich sei, ohne dass zuvor der Konflikt mit den Palästinensern gelöst werden müsse.

Verbündete gegen den Iran

Dies nennt er den Outside-in-Ansatz: die Entwicklung offener diplomatischer, wirtschaftlicher und strategischer Beziehungen zu den Golfstaaten, um die Palästinenser zu isolieren und zu schwächen und sie zu zwingen, den Konflikt zu Israels Bedingungen beizulegen. Netanjahus Erfolg in diesem Fall war weniger seiner Überzeugungskraft zu verdanken als vielmehr der sich verändernden regionalen und internationalen Dynamik. Die Golfmonarchien fühlen sich zunehmend durch den Iran und seine Stellvertreter in Bahrain, Jemen, Irak, Syrien und Libanon bedroht. Um dieser Bedrohung zu begegnen, brauchen sie mächtige Verbündete.

Ein Verbündeter ist Präsident Trump, der aus dem Atomabkommen ausgestiegen ist, das sein Vorgänger 2015 mit Iran geschlossen hatte. Ein weiterer Verbündeter ist Netanjahu, der sich unermüdlich gegen den Iran, die vom Iran unterstützte libanesische Bewegung Hisbollah und dessen nukleare Ambitionen eingesetzt hat. Die Geopolitik hat zu einer Neuausrichtung der Kräfte geführt, die die Trump-Administration, Netanjahus Regierung und die Herrscher der Golfstaaten gegen den Iran zusammenbringt.

Eine Heuchelei ersten Ranges

Die palästinensische Frage, der Kern des arabisch-israelischen Konflikts, wurde dabei ausgeklammert. Wenn die Regierung der VAE ihr engstirniges nationales Interesse verfolgt, indem sie ihre jahrzehntelange verdeckte Zusammenarbeit mit Israel an die Öffentlichkeit bringt, kann es als traditionelle Realpolitik gerechtfertigt werden: Der Iran ist ihr Feind, und sie brauchen die Hilfe Israels, um ihn zu bekämpfen. Aber

S. auch: <https://www.972mag.com/saudi-israel-normalization-abraham-accords/>

so zu tun, als hätten die VAE das Friedensabkommen mit Israel geschlossen, um den Palästinensern zu helfen, ihre Ziele zu erreichen, ist pure Heuchelei.

Die amerikanischen Vermittler des Abkommens zwischen den VAE und Israel haben es als Abraham-Abkommen bezeichnet. Abraham wird von allen drei im Nahen Osten gegründeten monotheistischen Religionen - Christentum, Islam und Judentum - als Mann des Friedens verehrt. Durch die Benennung des Abkommens nach dem Patriarchen versuchten die Vermittler, es als Beitrag zum Frieden darzustellen.

Hier ist die Kluft zwischen Rhetorik und Realität am auffälligsten. In den Worten von Ali Abunimah, dem Gründer von Electronic Intifada, ist der Name Abraham-Abkommen "ein Versuch, ein schmutziges politisches Abkommen, das die Rechte der Palästinenser untergräbt, als hehre Errungenschaft der interreligiösen Verständigung zu verbrämen". Es gibt ein arabisches Sprichwort, das besagt, dass etwas, das krumm beginnt, auch krumm bleibt. Leider könnte sich dies als das Schicksal des Abraham-Abkommens herausstellen.

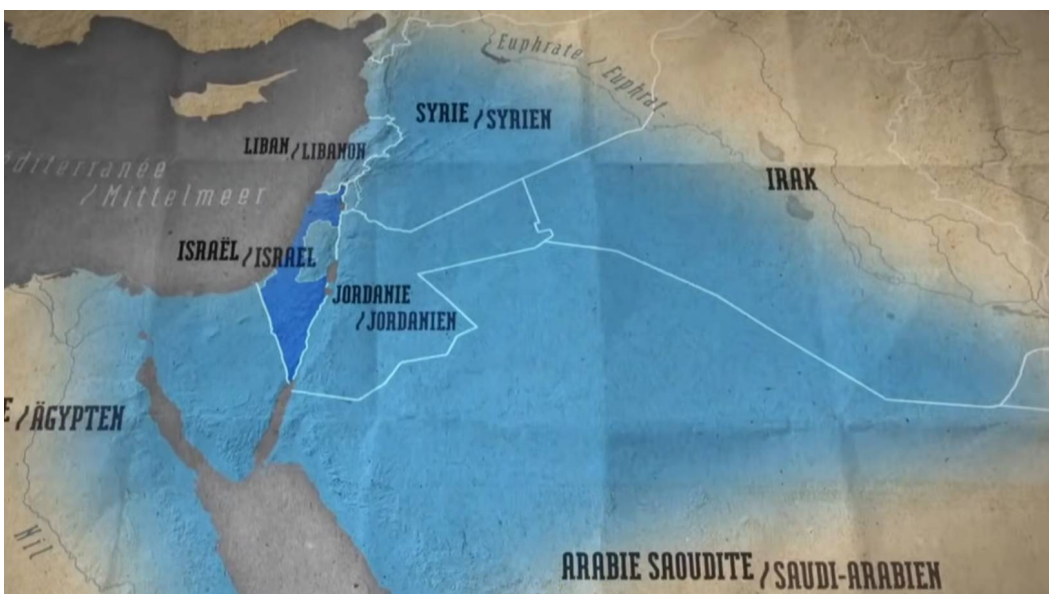
Avi Shlaim ist emeritierter Professor für internationale Beziehungen an der Universität Oxford und Autor von **The Iron Wall: Israel und die arabische Welt** (2014) und **Israel and Palästina: Reappraisals Revisions Refutations** (2009). Sein Artikel erschien in der Zeitschrift [Middle East Eye](https://orientxxi.info/magazine/l-accord-abraham-contre-la-palestine.4093).

<https://orientxxi.info/magazine/l-accord-abraham-contre-la-palestine.4093>

Übersetzung: SiG-Redaktion

(1) Dem Abraham-Abkommen sind inzwischen Marokko (Dez. 2020) und der Sudan (Januar 2021) beigetreten

Bezalel Smotrich, israelischer Finanzminister: Seine Vorstellung eines zukünftigen israelischen Staates



aus der
[Arte-Sendung](#):
„Israel, Extremisten
an der Macht“

11.11.2024 -
»Die Zeit ist gekommen,
die Souveränität über das
Westjordanland
auszuüben«,
sagte Smotrich nun
angesichts des Wahlsiegs
Trumps.

Quelle: der [Spiegel](#)

Die begehrte Region Westasien

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Ägypten: Al-Sisis Schwäche verschärft die Brutalität seiner Diktatur

Gespräch mit Robert Springborg



Anhänger des amtierenden ägyptischen Präsidenten Abdel-Fattah al-Sisi feiern in Kairo nach seinem jüngsten erdrutschartigen Wahlsieg, 18. Dezember 2023. Foto: IMAGO / Xinhua

Nach seiner Machtübernahme im Jahr 2013 hat der ägyptische Präsident und Militärdiktator Abd al-Fattah Al-Sisi umfassende Maßnahmen zum Ausbau des Sicherheitsstaates ergriffen, die ihm ein Ausmaß an Kontrolle über die Bevölkerung verschafften, von der seine Vorgänger nur träumen konnten. Gleichzeitig hat das Land jedoch erheblich an wirtschaftlicher und geopolitischer Stärke verloren. Zwar mag Al-Sisi einer der loyalsten Steigbügelhalter des Westens in der Region sein, doch im Westen scheinen seine Dienste auf schwindendes Interesse zu stoßen.

Wie lässt sich diese scheinbar paradoxe Situation erklären? Um Al-Sisis Herrschaftsmodell ebenso wie seine Rolle in den regionalen und globalen Machtdynamiken nachzuvollziehen, sprach der Journalist Hossam el-Hamalawy mit Robert Springborg, einem der führenden Ägypten-Experten, über das aktuelle Regime, seine Unterschiede zu vorherigen Diktaturen in Ägypten und die möglichen Auswirkungen einer zweiten Trump-Präsidentschaft auf das Land und die Region.

Wie unterscheidet sich die Repression des Al-Sisi-Regimes von der seiner Vorgänger wie Hosni Mubarak?

Robert Springborg ist einer der führenden Forscher zum ägyptischen Militär- und Sicherheitsapparat. Zu seinen Publikationen gehört *Egypt (Hot Spots in Global Politics)*, 2017.

Sie ist wesentlich zielgerichteter, brutaler und weniger durch zivile Institutionen eingeschränkt – sei es das Jus-

tizwesen, die Medien, die Zivilgesellschaft oder selbst der Druck aus dem Ausland. Mubarak musste immer darauf achten, wie Washington auf sein repressives Vorgehen reagieren würde. Al-Sisi wiederum machte 2013 die Erfahrung, dass Washington – und in der Folge auch alle anderen westlichen Mächte – ihn nicht daran hinderten, die Ermordung friedlicher Demonstrant*innen und die Inhaftierung von Zehntausenden politischen Dissident*innen unter horrenden Bedingungen anzuordnen.

Der ägyptische Präsident ist davon überzeugt, von Allah dazu auserkoren zu sein, nach eigenem Gutdünken – und ohne dass eine ausländische Schutzmacht ihn zur Räson rufen könnte – über das Land zu herrschen. Und da er auch keinem anderen inländischen Akteur das Recht zuerkennt, sich auf dem politischen Feld zu äußern, hat Al-Sisi eine Stellung inne, die jener entspricht, die faschistische Führer in anderen Systemen ausüben, insbesondere Italiens Mussolini, dessen Praktiken und Ansichten sehr ähnlich waren. Mubarak hingegen war zwar ebenfalls autoritär, jedoch kein Faschist. Er hatte weder eine besondere Botschaft, die er verbreiten wollte, noch wollte er ein System treu ergebener Kader schaffen, um das Land unter seine Kontrolle zu bringen, wie Al-Sisi es gerade praktiziert.

Im letzten Sommer erneuerte Al-Sisi die Führungsspitze im Militär, letzten Monat tat er dasselbe mit der Leitung des Nachrichtendienstes General Intelligence Directorate (GIS). Wie deutest du diese Maßnahmen?

Das Militär und die Sicherheitsdienste haben im derzeitigen ägyptischen Regime kein politisches Gegengewicht. Will Al-Sisi seine Machtposition sichern, muss er also auch die Personalstrukturen beider Institutionen unter seiner Kontrolle haben. Zu diesem Zweck ist ein häufiger Austausch entsprechender Personen vonnöten, eine Maßnahme, auf die Gamal Abdel Nasser oder Mubarak verzichten konnten. Insbesondere unter Letzterem konnten zentrale Führungspersonen sowohl beim Militär als auch bei den Sicherheitskräften lange Zeit auf ihren Posten bleiben.

Sowohl Nasser als auch Mubarak sorgten für ein zumindest halb-ziviles politisches Gegengewicht, mit dem sie ihre Herrschaft gegen Staatsstriche absichern konnten. Anwar Sadat war bestrebt, die politische Bedeutung dieser beiden repressiven Institutionen zu verringern, indem er deren Führung während seiner Amtszeit mehrfach austauschte. Gleichzeitig bemühte er sich aber auch, die Rolle des Parlaments, der politischen Parteien, der Gerichte usw. zu stärken.

Der Niedergang Ägyptens lässt sich hauptsächlich auf seine desolante wirtschaftliche Lage zurückführen, die wiederum zu großen Teilen auf die militärische Kontrolle über die formale politische Ökonomie des Landes zurückgeht.

Im Gegensatz dazu ist Al-Sisi vollständig auf das Militär und das GIS angewiesen – nicht nur, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten, sondern auch in den Bereichen Verwaltung und Wirtschaft. Im Vergleich zu seinen Vorgängern ist Al-Sisi also weitaus abhängiger von Militär und Geheimdiensten, und dementsprechend verfügen die jeweiligen Führungspersonen dieser Institutionen auch über mehr Macht. Das ist der Grund, warum er es nicht zulassen kann, dass Amtsträger*innen zu lange auf einem Posten bleiben. Andernfalls würde das Risiko wachsen, dass diese Personen Patronage-Netzwerke aufbauen, die ihnen gegenüber loyal sind, und sie so zu alternativen Machtzentren werden, die ihn eines Tages ablösen könnten.

Die jüngsten Personalentscheidungen sind in diesem Licht zu sehen, obgleich sich die politischen Beobachter*innen etwa im konkreten Fall von Abbas Kamel uneins darin sind, wie seine Versetzung von der Leitung des GIS auf eine Position als Präsidentenberater zu deuten ist. Die genauen Beweggründe für diese Entscheidung lassen sich unmöglich feststellen. Da dem Regime jedoch keine unmittelbare Gefahr droht und es auch nicht mit negativen Auswirkungen seiner Gaza-Politik zu kämpfen hatte, scheint es eher unwahrscheinlich, dass Kamel aufgrund einer mangelhaften Amtsführung oder fehlender Loyalität versetzt wurde – immerhin ist er der engste und langjährigste Verbündete Al-Sisis. Stattdessen könnte es um die erfolgte Konsolidierung der Sicherheitsdienste gehen – ein Ziel, das das Regime seit Jahren anstrebte, für das Kamel die Hauptverantwortung trug und das er nun offenbar erreicht hat.

Mal angenommen, es gäbe heute einen spontanen sozialen Aufstand in Ägypten, sei es aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen, würde das Militär

deiner Meinung nach anders agieren als im Arabischen Frühling?

Definitiv, denn die Geschichte würde sich nicht in Form einer Protestbewegung aus der Mittelklasse wiederholen, die Gewalt ablehnt und das Militär dazu aufruft, sie beim Sturz des Präsidenten zu unterstützen. Die Wirtschaftsmaßnahmen des Regimes haben die Mittelklasse sehr stark in Mitleidenschaft gezogen, und jeglicher Protest – oder sogar der Versuch, sich zu beschweren – stößt auf eine unerbittliche Einschüchterungspraxis. Wenn es also zu großen Protesten kommen sollte, werden sie nicht nur von reformorientierten Kräften aus der Mittelklasse getragen, sondern von wesentlich radikaleren Elementen und Positionen, was der Bildung einer sehr viel breiteren Koalition Vorschub leisten würde – insbesondere mit der Beteiligung der ärmeren Schichten aus den Städten und dem ländlichen Raum.

Und da das Militär mittlerweile unangefochten an den Schalthebeln der Macht sitzt, ist die Idee, wonach es zu einer «Zusammenarbeit» von Zivilist*innen und Militärs kommen könnte, schlicht absurd. Jeglicher groß angelegte Protest würde sich direkt gegen das Militär richten, weshalb dieses mit noch brutalerer Repression antworten würde, also mehr wie in Raba' al-Adawiya als in Midan al-Tahrir. Hemmungslose Repression würde wiederum eine aggressivere Gegenwehr mit sich bringen und damit auch das Militär potenziell spalten: Die Bereitschaft von Unteroffizieren und Mannschaftsgraden, mit tödlicher Gewalt gegen die Zivilbevölkerung vorzugehen, käme damit auf den Prüfstand. Ob das Militär diesen Test bestehen würde, wenn die Proteste sich ausweiten und lange anhalten, ist eine offene Frage.

Die USA, der Internationale Währungsfonds (IWF), die EU und andere Geldgeber sind mehrmals eilends eingesprungen, um das Al-Sisi-Regime finanziell zu stützen. Allein dieses Jahr sind 57 Milliarden US-Dollar geflossen, während über die Menschenrechtslage ein Mantel des Schweigens ausgebreitet wird. Denn Ägypten gilt als «systemrelevant», als *too big to fail*. Könnte diese Politik den westlichen Staaten in der Zukunft zum Verhängnis werden?

Die Gefahr einer politischen Destabilisierung ist groß. Ein solches Szenario würde nicht nur die Investitionen in ein stabiles Ägypten mit einem Schlag zunichtemachen, sondern auch diejenigen diskreditieren, die sie getätigt haben. Aber auch wenn das Regime in der Lage ist, mögliche politische Gegner*innen in Schach zu halten, wird es ihm nicht gelingen, seinen stetigen wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten, der die kontinuierlichen Mittelzuflüsse und anderweitigen Unterstützungsleistungen aus dem Ausland überhaupt erst nötig macht.

Sowohl westliche als auch regionale Akteure haben es heute – angesichts des seit mehr als einem Jahr andauernden regionalen Krieges – mit anderen, wachsenden Herausforderungen zu tun. Diese kommen zusätzlich zu den bislang unerfüllten Forderungen nach einer Unterstützung beim Wiederaufbau Syriens, ganz zu schweigen von den irgendwann anstehenden Bemühungen für einen Wiederaufbau des Sudan, sollte der dortige Bürger-

krieg jemals ein Ende finden. Neben den Investitionen in andere kriegsgebeutelte arabische Länder werden auch für den Gazastreifen und den Libanon enorme Summen erforderlich sein. Die Bedürfnisse Ägyptens werden im Vergleich dazu zweitrangig erscheinen, insbesondere wenn es der EU gelingt, ihre Kapazitäten zur Eindämmung der illegalen Migration weiter auszubauen. Denn dadurch könnte die EU ihre Abhängigkeit von Ägypten und anderen Mittelmeeranrainern als vorgelagertem Grenzschutz verringern.

Anders als Barack Obama oder Joe Biden hat Trump aber keine Probleme mit der Diktatur eines Al-Sisi oder ihren Methoden. Allerdings – und auch das unterscheidet ihn von seinen Vorgängern – sieht er auch keine zwingende Notwendigkeit, Ägypten zu unterstützen.

Die teuren Rettungspakete für Ägypten im Jahr 2024 werden rückblickend wohl als enorme Geldverschwendung erscheinen, denn sie werden ebenso wenig wie frühere Programme die dringend benötigten Reformen in Gang setzen. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Saudi-Arabien – denen die fehlende Bereitschaft der Al-Sisi-Regierung, einen Reformprozess in Gang zu setzen, durchaus bewusst ist – stellen ihre Gelder derzeit fast ausschließlich für den Erwerb handfester ägyptischer Vermögenswerte zur Verfügung, insbesondere Land.

Im Westen werden es die Steuerzahler*innen sein, die hinterfragen, warum Gelder nach Ägypten fließen sollten, wenn doch in der Region selbst, aber auch – so der Einwand mancher – zu Hause sehr viel dringendere Probleme zu lösen seien. Vor diesem Hintergrund werden westliche Staats- und Regierungschefs immer weniger motiviert sein, Ägypten direkt oder womöglich sogar nur indirekt zu unterstützen, also mittels des IWF, der Weltbank oder der EU. Anders gesagt, wird das Rettungspaket von 2024 im Nachhinein als das Ende einer Ära erscheinen, in der die Regime in Kairo durch das Ausland vor dem finanziellen Ruin bewahrt wurden.

Welche Politik haben die verschiedenen US-Präsidenten gegenüber Al-Sisi verfolgt? Welche Rolle spielt Ägypten in der Strategie, mit der die Vereinigten Staaten ihre Dominanz in der Region, aber auch global verfolgen? Und schließlich: Was ist von Donald Trump zu erwarten?

Trump bringt den Starken Bewunderung oder zumindest Respekt entgegen, während er die Schwachen ignoriert oder gar verachtet. Dementsprechend wird Ägypten keine besondere Rolle in seiner Nahost-Politik spielen. Diese zweifelhafte Ehre wird wohl eher Israel, Saudi-Arabien, den VAE und, zu einem geringeren Maß, der Türkei und dem Iran zukommen. Trump wird das «ägyptische Problem» – sprich: Fragen rund um die finanzielle und diplomatische Unterstützung – an eines oder mehrere dieser Länder zu delegieren, vor allem an Saudi-Arabien und die VAE. Er wird zudem versuchen, Europa dazu zu bringen, die Hauptlast einer finanziellen Rettung Ägyptens zu übernehmen.

Was die aktuellen Machtinteressen Ägyptens in Libyen, dem Sudan und am Horn von Afrika angeht, so wird er

diese Bestrebungen weder torpedieren noch unterstützen, da sie weder von entscheidender Bedeutung noch realistisch sind. Er könnte vielleicht versuchen, die militärische Unterstützung der USA für Kairo zu reduzieren; insbesondere, wenn Ägypten einem möglichen, von Israel bestimmten Gaza-Deal im Wege stünde.

Anders als Barack Obama oder Joe Biden hat Trump aber keine Probleme mit der Diktatur eines Al-Sisi oder ihren Methoden. Allerdings – und auch das unterscheidet ihn von seinen Vorgängern – sieht er auch keine zwingende Notwendigkeit, Ägypten zu unterstützen. Die Folge: Er hat einen größeren Handlungsspielraum beim Umgang mit Al-Sisi, ob nun zum Schlechteren oder zum Besseren. Der Unterschied besteht darin, dass Obama und Biden Al-Sisi nur ungerne unterstützten, aber keine Alternative dazu sahen, während Al-Sisi Trump keine schlaflosen Nächte bereitet, denn er betrachtet den ägyptischen Diktator und sein Land als zu schwach, als dass die USA dort politische Energie und reales Kapital einsetzen müssten.

Inwiefern ist Al-Sisi gewillt, angesichts der gefährdeten US-Hegemonie auch andere Schutzmächte wie etwa China oder Russland in Betracht zu ziehen?

Seine eigenen Vorlieben sind dabei zweitrangig; Al-Sisi wäre bereit, sich jeden Teufel ins Haus zu holen. Die Frage liegt eher bei den besagten Teufeln, die womöglich wie Trump nur wenig Nutzen darin sehen, sich übermäßig politisch, wirtschaftlich oder anderweitig in Ägypten zu engagieren. Die Unterstützung Chinas und Russlands wird, unabhängig von der weiteren Entwicklung der US-Hegemonie, niemals das Ausmaß erreichen, das die USA seit den Zeiten Sadats in Ägypten an den Tag gelegt haben. Stattdessen wird es eine rein transaktionale Beziehung zu Al-Sisi und Ägypten geben, bei der es zu bestimmten Vereinbarungen kommen mag, aber keinesfalls zu einer vollumfänglichen Absicherung des Regimes.

Unter Al-Sisi verfestigte sich das Bündnis zwischen Ägypten und Israel. Warum? Und welche Rolle spielte das für den aktuellen Krieg in Gaza?

Israel hat die Schwäche Ägyptens und Al-Sisis sowie dessen Bedarf nach ausländischer Unterstützung erkannt und war mehr als gewillt, diese anzubieten – im Gegenzug für einen Freibrief für den Umgang mit den Palästinenser*innen und die eigenen Machtbestrebungen in der Region. Alles, was Israel dafür tun musste, war, in Washington ein gutes Wort für Al-Sisi und Ägypten einzulegen und Erdgas aus seinem Leviathan-Erdgasfeld zu liefern. Letzteres ist aber auch nicht mehr als eine finanzielle Transaktion.

Israel konnte sich Ägyptens Einverständnis billig erkaufen – ein Ausdruck des unausgewogenen Machtverhältnisses zwischen den beiden Ländern. Als klar war, dass Ägypten seine politische Seele an Israel verkauft hatte, konnte Netanjahu in Gaza schalten und walten, wie er wollte, woran sich bis heute nichts geändert hat.

Ist Kairo noch immer eine regionale Hegemonialmacht?

Ägypten ist inzwischen hinter den tatsächlichen Hegemonialmächten der Region – Israel, der Türkei, dem Iran, den VAE und Saudi-Arabien – auf die zweite Stufe abgerutscht und reiht sich nunmehr unter Staaten wie dem Irak, Algerien und Marokko ein. Obwohl es keiner dieser zweitrangigen Staaten mit der Macht Ägyptens aufnehmen kann, spielt dieser Unterschied regional keine entscheidende Rolle.

Die militärische Macht Ägyptens ist lediglich auf dem Papier eindrucksvoll, eine Tatsache, der sich die wahren Hegemonialmächte der Region durchaus bewusst sind.

Wodurch erklärt sich dieser Niedergang?

Der Niedergang Ägyptens lässt sich hauptsächlich auf seine desolante wirtschaftliche Lage zurückführen, die wiederum zu großen Teilen auf die militärische Kontrolle über die formale politische Ökonomie des Landes zurückgeht. Die nominale militärische Stärke des Landes – mit den größten Heeres-, Marine- und Luftwaffenkontingenten unter den arabischen Staaten – entspricht nicht der tatsächlichen militärischen Einsatzbereitschaft. Durch seine Teilnahme an der wirtschaftlichen Verwaltung des Landes ist das Offizierskorps von seinen eigentlichen Aufgaben im militärischen Bereich abgelenkt, und dementsprechend werden selbst grundlegendste militärische Funktionen vernachlässigt: Training, Wartung, das Zusammenspiel der Teilstreitkräfte, Fortbildungen usw. Verschärfend kommt die große Vielfalt der Bezugsquellen für militärisches Material hinzu. Die Luftwaffe muss sich beispielsweise damit auseinandersetzen, dass sie Flugzeuge aus den Vereinigten Staaten, aus Frankreich, Russland und China zusammenführen muss, was zu enormen Problemen in den Bereichen Training, Wartung und Interoperabilität führt.

Kurzum: Die militärische Macht Ägyptens ist lediglich auf dem Papier eindrucksvoll, eine Tatsache, der sich die wahren Hegemonialmächte der Region durchaus bewusst sind. Zur Unfähigkeit, die eigene wirtschaftliche oder militärische Macht in die Waagschale zu werfen, gesellt sich noch der Verlust der einstigen Dominanz im Bereich qualifizierter Arbeitskräfte hinzu – wozu der Niedergang des Bildungssystems und des Produktionssektors in Ägypten sowie ein größerer Pool höher qualifizierter Arbeitskräfte in der Region beigetragen haben.

Wie wird Trump die Situation im Nahen Osten und die aktuellen Kriege in der Region in den kommenden vier Jahren handhaben?

Eine ähnliche Frage stellte sich bereits nach seinem Wahlsieg 2016. Und wie heute auch reichten die damaligen Antworten von einer kompletten Abwendung von der Region, über eine Eskalation der Konflikte bis hin zur Herbeiführung von Friedensabkommen mit den verschiedenen Kriegsparteien. Das Erstaunlichste ist jedoch, dass der «Trumpismus» auch acht Jahre später noch im-

mer so zweideutig ist wie am Anfang. Ist er rein transaktional und priorisiert er den Abschluss von Deals, wie es Trump zu seiner Zeit als Geschäftsmann tat, oder ist er ideologisch motiviert und spiegelt damit die populistischen, rechtsgerichteten Ansichten wider, die sich im MAGA-Slogan niederschlagen?

Einen möglichen Anhaltspunkt könnten die Besetzung wichtiger außenpolitischer Posten liefern. Doch wie seine erste Amtszeit zeigte, ist auch dieser Indikator alles andere als eindeutig. Die Schlüsselpositionen wurden sowohl von Pragmatiker*innen als auch von Ideolog*innen besetzt; der Außenpolitik im Allgemeinen und dem Nahen Osten im Besonderen drückte keine Person ihren Stempel auf. Obgleich Trump dezidiert pro-israelische Berater*innen hat, verfügt er auch über starke persönliche Verbindungen zur arabischen Welt sowie zu Akteur*innen, die eine eher pro-arabische Politik gutheißen.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass es sinnlos ist, Donald Trumps Verhalten auf beliebigen Politikfeldern voraussagen zu wollen, speziell wenn es um Außenpolitik geht, und darin nochmal gesondert um den Nahen Osten. Ich wage dennoch mal eine Prognose: Was Trump am meisten respektiert, ist Macht und die Ausübung von Macht, woraus man ableiten könnte, dass er noch pro-israelischer als bei seiner ersten Amtszeit auftreten wird. Und damit meine ich, dass die Zerschlagung der Hamas, der empfindliche Schlag gegen die Hisbollah und die neuerliche politische Wiederauferstehung Netanjahus bei Trump Eindruck hinterlassen. Trump ist viel eher geneigt, auf diesen Erfolgen aufzubauen, als den Schaden zu reparieren, der auf menschlicher und politischer Ebene entstanden ist.

Zu diesem Zweck muss er weitere israelische Aggressionen nicht unterstützen oder ihnen grünes Licht erteilen. Stattdessen kann er – im Rahmen einer Taktik des «good cop, bad cop» – den guten Bullen spielen und auf den potenziellen Schaden hinweisen, den weitere israelische Angriffe, sagen wir mal, dem Iran zufügen könnten – es sei denn, der Iran hört auf Trump, der dann den bösen Bullen Israel davon abhalten kann, beispielsweise dessen Atomanlagen anzugreifen. Ein solcher Ansatz würde viel eher seinem ausgesprochenen Wunsch entsprechen, die USA aus den Wirrungen im Nahen Osten herauszuhalten, als es eine vollumfängliche US-Intervention an der Seite Israels wäre.

Entsprechend erwarte ich ganz allgemein eher Worte denn Taten, wie es bereits in seiner ersten Amtszeit der Fall war, wobei er die Starken unterstützen, die Schwachen einschüchtern und seine zentrale Rolle im jeweiligen Prozess hervorheben wird. Dabei wird er dafür Sorge tragen, dass diese Rolle eher darin besteht, einen Deal abzuschließen, und weniger im Kontext eines Engagements um Krieg und Frieden zu verorten sein wird. Schließlich ist er Geschäftsmann und nicht auf der Suche nach einem Nobelpreis.

<https://www.rosalux.de/news/id/52875/aegypten-al-sisis-schwaecher-verschaerft-die-brutalitaet-seiner-diktatur>

Imad Mustafa

Syrien: Die Schatten des Krieges

Die Hoffnung auf eine Zukunft in Frieden und Selbstbestimmung wird von anti-alawitischen Massakern infrage gestellt.

Drei Monate nach dem Sturz Assads, ist die Zukunft des Landes ungewisser denn je. Die Euphorie über den Sturz des Regimes ist nach den Massakern von letzter Woche an der alawitischen Minderheit überschattet von Verzweiflung und Angst. Hinzu kam nun die überraschende Einigung zwischen syrischer Zentralregierung und der kurdischen Selbstverwaltung in Nordostsyrien zu Stande. Über allem schwebt die Frage der gesellschaftlichen und juristischen Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen in Syrien.

„Ohne Gerechtigkeit, ohne eine vollständige Aufarbeitung der Diktatur in Syrien, kann es zu einem Bürgerkrieg kommen“. Diese Worte spricht Anas al-Rawi, Leiter des Hooz-Zentrums für politische Bildung in Aʿzaz und medico-Partner, bei unserer Begegnung vor knapp vier Wochen in Syrien. Dabei geht es nicht nur um die Verbrechen der Diktatur und deren Aufklärung, sondern auch um die Verbrechen, die von bewaffneten Gruppen während des 14-jährigen Bürgerkrieges begangen wurden.

Neu hinzugekommen sind nun die massenhaften Tötungen von Alawiten letzte Woche – mindestens 1000 Zivilist:innen sollen bei den Massakern getötet worden sein. Die Nachrichtenlage ist unübersichtlich, Opferzahlen sind kaum präzise zu verifizieren. Klar ist indes, darin sind sich alle Beobachter:innen einig, dass das Massaker zu den schlimmsten Verbrechen der letzten 14 Jahre in Syrien gehört. Die offenen Wunden der syrischen Gesellschaft weiter vertieft. Was passiert ist, wird den Übergangsprozess auf eine harte Probe stellen.

Nachhallende Gewalt

Entzündet hatte sich der regelrechte Blutausch letzten Donnerstag, nachdem bewaffnete Anhänger Assads Sicherheitskräfte der Regierung in einen Hinterhalt lockten, überfielen und 16 von ihnen töteten. Es folgten koordinierte Angriffe gegen Einrichtungen der Übergangsregierung, scheinbar mit dem Ziel ihrer Destabilisierung.

Daraufhin mobilisierte die Übergangsregierung ihre eigenen Einheiten, um die Angriffe abzuwehren und zurückzuschlagen. Auch Milizen der von der Türkei gestützten Syrian National Army, kurz SNA, schlossen sich dem Auf Ruf an. Weitere Zehntausende Bewaffnete haben sich aus Homs, Aleppo, Idlib und anderen Städten Syriens auf den Weg an die Küste gemacht - Milizen, die weder der HTS noch der SNA angehören. Es folgten tagelange, unkontrollierte Massaker an der schutzlosen Zivilbevölkerung der Alawiten in der Küstenregion. Befehle der Übergangsregierung, Massaker und Plünderungen zu unterlassen, wurden ignoriert.

Es dauerte mehrere Tage, bis Sicherheitskräfte der Übergangsregierung dem Töten schließlich ein Ende setzten. In den schwer zugänglichen Bergen der Region ist die

Lage aber weiterhin angespannt, wie wir von unseren Partnern vor Ort hören. Der syrische Übergangspräsident Ahmad al-Sharaa setzte eine Untersuchungskommission ein und versprach, innerhalb von dreißig Tagen, Ergebnisse zu präsentieren und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen. Aufgrund des erschütterten Vertrauens in die Regierung, ist Transparenz bei diesem Prozess von großer Bedeutung. Die Vorgaben und Verpflichtungen, die sich aus dem humanitären Völkerrecht zum Schutz von Zivilist:innen in bewaffneten Konflikten für die Übergangsregierung ergeben, sind der Maßstab und müssen eingehalten werden. Die Möglichkeit, ein politisch integratives Syrien aufzubauen, dass alle sozialen Gruppen einschließt, ist sonst Geschichte, noch bevor es begonnen hat.

Auch in der Bevölkerung ist das Vertrauen in die Übergangsregierung schwer erschüttert. In Damaskus und anderen Teilen Syriens kam es zu Protesten und Solidaritätsbekundungen mit den Opfern und zu wichtigen Akten der Solidarität: Aus Damaskus, Afrin, Qamishlo und anderen Städten sind Gruppen und Initiativen der syrischen Zivilgesellschaft an die Küste unterwegs, um den betroffenen Menschen zu helfen und Nothilfe zu leisten.

Ungewisse Zukunft

An den Massakern und den verschiedenen – offiziellen und zivilgesellschaftlichen Reaktionen - wird deutlich, dass Aufklärung und Rechenschaft allein nicht reichen. Es bedarf Anstrengungen, die verschiedenen Gesellschaften Syriens zusammenzuführen. Nach 54 Jahren Diktatur und 14 Jahren Krieg ist das Land tief gespalten. Menschen, die keinen Krieg erlebt haben, leben neben Menschen, die seit Jahren in befreiten Gebieten leben, neben Menschen, die vertrieben wurden, neben Menschen, die Angehörige verloren haben, neben Menschen, die seit Jahren in Zelten leben, neben Menschen, die wie die syrischen Kurd:innen, aus einer vollkommen anderen historisch-politischen Konstellation heraus um ihre Anerkennung und Freiheit kämpfen. Realitäten zwischen denen Welten liegen, und die einander nicht selten als Ursache des eigenen Leids ansehen.

Die Schatten des Krieges und die über Jahrzehnte forcierten Fraktionierungen werden noch lange schwer auf dem Land lasten. Der Eindruck, den wir bei unserer Reise durch Syrien im Februar gewonnen haben, stimmt vorsichtig optimistisch: Viele Menschen sind von den Jahren des Bürgerkrieges erschöpft und wollen nicht mehr, dass Politik, Alltag und Gesellschaft von Gewalt bestimmt sind. In der solidarischen Anteilnahme mit den Betroffenen der Massaker zeigt sich, worauf es weiterhin ankommen wird – eine kritische Zivilgesellschaft, die für ein multiethnisches und friedliches Syrien einsteht und sich nicht einschüchtern lässt.

<https://www.medico.de/blog/die-schatten-des-krieges-20012>

Gründungserklärung der Haager Gruppe, 31. Januar 2025



7. Februar 2025 von **The Hague Group**

Wir, die Vertreter der Regierungen von Belize, des Plurinationalen Staates Bolivien, der Republik Kolumbien, der Republik Kuba, der Republik Honduras, Malaysias, der Republik Namibia, der Republik Senegal und der Republik Südafrika in Den Haag, Niederlande, gründen an diesem 31. Januar 2025 die Haager Gruppe.

Geleitet von den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Zielen und Grundsätzen und von der Verantwortung aller Nationen, die darin verankerten unveräußerlichen Rechte aller Völker, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung, zu verteidigen,

Betrübt über den Verlust von Menschenleben, Lebensgrundlagen, Gemeinschaften und kulturellem Erbe durch die völkermörderischen Handlungen der Besatzungsmacht Israel gegen das palästinensische Volk in Gaza und im restlichen besetzten palästinensischen Gebiet,

sich weigernd, angesichts solcher internationaler Verbrechen passiv zu bleiben,

entschlossen, unsere Verpflichtung zur Beendigung der israelischen Besatzung des Staates Palästina zu erfüllen und die Verwirklichung des unveräußerlichen Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung zu unterstützen, einschließlich des Rechts auf einen unabhängigen Staat Palästina,

unter Hinweis auf

die **Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs im Fall Südafrika gegen Israel vom 29. Dezember 2023**, die eine ernsthafte Besorgnis über die Begehung von Völkermordverbrechen in Palästina zum Ausdruck bringen, und unter Hinweis auf die beträchtliche und vielfältige Zahl von Staaten, die sich dem Fall als Drittstaaten angeschlossen haben, um die Verurteilung und sofortige Beendigung des andauernden Völkermords zu fordern,

das **Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024** zu den „Rechtsfolgen der Politik und Praxis Israels im besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jerusalem“,

und das **Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004** zu den „Rechtsfolgen des

Baus einer Mauer im besetzten palästinensischen Gebiet“

die **Resolution A/RES/Es-10/24 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die am 18. September 2024** auf der zehnten außerordentlichen Sondersitzung angenommen wurde und in der das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2024 gebilligt wurde, sowie die nach internationalem Recht bestehenden Verpflichtungen der Mitgliedstaaten einzuhalten, die sich aus dem Gutachten ergeben

die Ausstellung von Haftbefehlen durch den **Internationalen Strafgerichtshof am 21. November 2024**, in denen „hinreichende Gründe für die Annahme“ festgestellt wurden, dass „Herr Netanjahu und Herr Gallant als zivile Vorgesetzte jeweils die strafrechtliche Verantwortung für das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Anweisung eines Angriffs gegen die Zivilbevölkerung ... das Kriegsverbrechen des Hungers als Methode der Kriegsführung ... und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Form von Mord, Folter und anderen unmenschlichen Handlungen“ tragen,

den **Beschluss des Internationalen Gerichtshofs im Fall Nicaragua gegen Deutschland vom 30. April 2024**, „der alle Staaten an ihre internationalen Verpflichtungen bezüglich Waffenlieferungen an Parteien eines bewaffneten Konflikts erinnert, um das Risiko des Einsatzes solcher Waffen“ bei der Verletzung der Völkermordkonvention und der Genfer Konventionen im Zusammenhang mit dem Vorgehen Israels in Gaza und dem Rest des besetzten palästinensischen Gebiets „zu vermeiden“,

die **Resolution 418 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 4. November 1977** und die **Resolution 591 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 28. November 1986**, die ein „verpflichtendes Waffenembargo“ gegen das Apartheid-Regime in Südafrika verhängten.

alle einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, einschließlich der Resolution 2334 (2016) vom 23. Dezember 2016, in der bekräftigt wurde, dass „die Errichtung von Siedlungen in den seit

1967 besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, durch Israel keine rechtliche Gültigkeit hat und eine flagrante Verletzung des Völkerrechts darstellt“;

unter Betonung der Tatsache, dass die von Israel verletzten Rechtsnormen bestimmte Verpflichtungen des erga omnes-Charakters umfassen, die aufgrund ihrer Natur alle Staaten betreffen und dass angesichts der Bedeutung der betreffenden Rechte davon ausgegangen werden kann, dass alle Staaten ein rechtliches Interesse an ihrem Schutz haben,

unter Betonung der Notwendigkeit, die Verantwortlichkeit für die schwersten Verbrechen nach dem Völkerrecht durch angemessene, faire und unabhängige Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen auf nationaler oder internationaler Ebene festzustellen, Gerechtigkeit für alle Opfer zu gewährleisten und künftige Verbrechen zu verhindern;

in der Überzeugung, dass kollektives Handeln durch koordinierte rechtliche und diplomatische Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene dringend geboten ist, um die Grundsätze der Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit zu wahren, die die Grundlage der Charta der Vereinten Nationen bilden,

erklären wir unsere Absicht:

1. die UN-Resolution A/RES/Es-10/24 umzusetzen und als staatliche Parteien die Forderungen des Internationalen Strafgerichtshofs zu unterstützen und unseren Verpflichtungen gemäß dem Römischen Statut in Bezug auf die am 21. November 2024 ausgestellten Haftbefehle nachzukommen; sowie die am 26. Januar, 28. März und 24. Mai 2024 erlassenen einstweiligen Maßnahmen des Internationalen Gerichtshofs umzusetzen.

2. die Bereitstellung oder den Transfer von Waffen, Munition und zugehöriger Ausrüstung an Israel zu verhindern, wenn eindeutig das Risiko besteht, dass diese Waffen und zugehörigen Güter zur Begehung oder Erleichterung von Verstößen gegen das humanitäre Völ-

kerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen oder das Verbot des Völkermords eingesetzt werden könnten, in Übereinstimmung mit unseren internationalen Verpflichtungen und im Einklang mit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 und der Resolution A/RES/Es-10/24 der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

3. Das Anlegen von Schiffen in einem Hafen, der innerhalb unserer territorialen Zuständigkeit liegt, in allen Fällen zu verhindern, in denen ein eindeutiges Risiko besteht, dass das Schiff für den Transport von militärischem Treibstoff und Waffen nach Israel genutzt wird, die zur Begehung oder Erleichterung von Verstößen gegen das humanitäre Recht, die internationalen Rechtsvorschriften zum Schutz der Menschenrechte und das Verbot des Völkermords in Palästina verwendet werden könnten, in Übereinstimmung mit der zwingenden rechtlichen Verpflichtung der Staaten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Maßnahmen bei der Verhinderung von Völkermord und anderen Verstößen gegen zwingende Normen mitzuwirken.

Wir werden weitere wirksame Maßnahmen ergreifen, um die israelische Besetzung des Staates Palästina zu beenden und Hindernisse für die Verwirklichung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf einen unabhängigen Staat Palästina, zu beseitigen.

Wir fordern alle Staaten auf, alle möglichen Maßnahmen und Strategien zu ergreifen, um die Besetzung des Staates Palästina durch Israel zu beenden.

Wir rufen alle Nationen auf, sich uns in der Haager Gruppe bei der feierlichen Verpflichtung zu einer internationalen Ordnung anzuschließen, die auf Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht beruht und zusammen mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit für ein friedliches Zusammenleben und eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten unerlässlich ist.

<https://thehaguegroup.org/>

<https://act.progressive.international/english/>

Übersetzung: Redaktion von 'Sand im Getriebe'

SiG-Redaktion: Quellen der erwähnten Texte

1. Internationaler Gerichtshof: <https://www.icj-cij.org/>

- **Südafrika gegen Israel:**

<https://www.icj-cij.org/case/192>

Übersetzung der Klage Südafrikas, 29.12.2023

26.01.2024 **Anordnungen im Fall Südafrika gegen Israel**; Teilübersetzung: *SiG 153*

Am **28. März** und **24. Mai** 2024 erlassene einstweilige Maßnahmen

- **Beschluss** im Fall **Nicaragua gegen Deutschland**

vom 30. April 2024, <https://www.icj-cij.org/case/193>

Gutachten vom 19. Juli 2024, Übersetzung der Pressemitteilung *SiG-SN Palästina*, S. 26-29

Gutachten vom 9. Juli 2004 (Mauerbau)

2. Generalversammlung der Vereinten Nationen:

<https://www.un.org/en/ga/>

Resolution A/RES/Es-10/24, 18. September 2024

Übersetzung (Auszüge): *SiG-SN Palästina*, S. 31

3. Sicherheitsrat der Vereinten Nationen:

<https://main.un.org/securitycouncil/en>

Resolution 418 vom 4. November 1977

Resolution 591 vom 28. November 1986,

Resolution 2334 vom 23. Dezember 2016

4. Internationaler Strafgerichtshof

<https://www.icc-cpi.int/>

21. November 2024: **Haftbefehl gegen Netanyahu und Gallant**

/ **Haftbefehl gegen Al-Masri**

Das israelische Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten (B'Tselem)

„Die internationale Gemeinschaft muss alles in ihrer Macht Stehende tun, um von Israel die vollständige und dauerhafte Einstellung des Krieges zu fordern. Neben einem dauerhaften Waffenstillstand, der ausreichende humanitäre Hilfe für den gesamten Gazastreifen umfasst, muss den Bewohnern die Rückkehr in alle Teile des Gazastreifens gestattet werden.“

„Die israelischen Entscheidungsträger, die für schwere

Verstöße gegen das Kriegsrecht und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind, müssen zur Rechenschaft gezogen werden, und jegliche israelische Gewalt gegen das palästinensische Volk im gesamten Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer muss eingestellt werden.“

https://www.btselem.org/press_releases/20250115_btselem_welcomes_deal_but_warns_the_catastrophe_is_ongoing

Palästina-Solidarität Österreich – PSÖ

In Österreich haben sich viele Gruppen in aktiver Solidarität mit Palästina in der **Palästina-Solidarität Österreich (PSÖ)** vereinigt. In deren Statement „Wer wir sind“ heißt es: „Auch wenn es derzeit andere grausame und blutige Kriege ... gibt, weist der Konflikt zwischen PalästinenserInnen und Israel um das historische Palästina außergewöhnliche Elemente auf.

Z.B. ist er

- durch die Ideologie des Zionismus vom jüdisch-ethnozentrischen Überlegenheitsanspruch, Apartheid und Siedlerkolonialismus und Anspruch auf ganz Palästina gekennzeichnet,

- für die Energiewirtschaft und die Hegemonialpolitik des globalen Westens von hoher geostrategischer Bedeutung. Er trägt daher die Gefahr der Ausweitung zu einem Weltkrieg in sich,

- seit über einem Jahrhundert ungelöst und von einem starken Missverhältnis an Macht zwischen Besatzer und Besetzten geprägt,

- aktuell durch Israels Vernichtungs- und Vertreibungskrieg in Gaza in das Stadium des gezielten Völkermordes übergegangen. Mehr: <https://www.palaestinasolidaritaet.at/text/>

Wiener Jüdisch-antizionistische Initiative

Am 14. März 2025 stellte sich in Wien auf einer Pressekonferenz die **Wiener Jüdisch-antizionistische Initiative** vor. Die APA – Austria Presse Agentur sowie einige Vertreter der Auslandspresse waren anwesend. „Wie erwartet, keine Regime-Medien. Doch politisch ist das Erreichte monumental: wir haben eine konstituierte jüdisch-antizionistische Position in der Gesellschaft. Das ist eine historische Errungenschaft“, schätzten die Veranstalter ein. „Als Teil der Initiator:Innen waren dabei:

Dalia Sarig: <https://youtu.be/rdTfDyBuDng>

Andrew Feinstein: <https://youtu.be/ovPy3REQwqw>

Maya Rinderer: <https://youtu.be/u3SXX89xbYQ>

Gesamte Pressekonferenz: <https://youtu.be/y3zQh-QB1GLY>

Fotos: <https://www.palaestinasolidaritaet.at/gallery/juedische-antizionistische-erklaerung/>

Die „Jüdisch-Antizionistische Erklärung“ kritisiert den Anspruch zionistischer Organisationen im Namen aller Jüd:innen zu sprechen. Jüdische Stimmen, die die Idee eines „jüdischen Staates“ und den Apartheid-Staat Israel als Folge dieses Konzepts ablehnen, wer-

den unsichtbar gemacht und delegitimiert. Die Initiator:innen der „Jüdisch-Antizionistische Erklärung“ wehren sich dagegen, dass die jüdische Identität zur Rechtfertigung des Völkermords und der Unterdrückung der Palästinenser:innen genutzt wird. „Antizionistische jüdische Stimmen werden systematisch unterdrückt. Unsere Position ist klar: Wir werden uns nicht zum Schweigen bringen lassen und werden uns weiterhin für Gerechtigkeit und gegen Apartheid einsetzen“, betont Dalia Sarig, Mitinitiatorin der Erklärung und Mitbegründerin der Initiative „Not in Our Name“.

Mit der Erklärung wenden sich die Initiator:innen auch gegen die Repression der pro-palästinensischen Bewegungen in Europa. „Die israelische Regierung begeht in Gaza ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, unterstützt von westlichen Staaten, die selbst wiederum jede Kritik daran unterdrücken. Als Jüdinnen und Juden sagen wir: „Nicht in unserem Namen“, meint Andrew Feinstein, Autor und ehemaliger Abgeordneter des südafrikanischen Parlaments unter Nelson Mandela, dessen Großmutter die Nazi-Zeit in einem Keller in Flindersdorf überlebte.

<https://www.jewishvoiceforpeace.org/take-action/>

Digital actions: <https://www.jewishvoiceforpeace.org/actions/>

Campaigns with us: [Break the Bonds](#) / [Not In My Name](#) / [Fight antisemitism, reject the ADL / Not On Our Dime](#) / [No Tech for Apartheid](#) / [Break the Bonds New York State](#) / [Deadly Exchange](#)

Anwälte werfen britischen Israelis Kriegsverbrechen im Gazastreifen vor

Der führende Rechtsanwalt Michael Mansfield und ein Team von Rechtsforschern haben am 7. April 2025 der Londoner Metropolitan Police einen ausführlichen Bericht vorgelegt, in dem zehn britische Staatsbürger Kriegsverbrechen in Gaza vorgeworfen werden.

Der 240-seitige Bericht wurde von einem Team aus Anwälten in Großbritannien und Forschern in Den Haag erstellt und dem War Crimes Team des Counter Terrorism Command der Metropolitan Police vorgelegt. Die Einreichung erfolgte im Namen des Palästinensischen Zentrums für Menschenrechte und des

britischen Public Interest Law Centre, die Palästinenser in Gaza und Großbritannien vertreten.

Der Bericht identifizierte insbesondere zehn britische Verdächtige und legte ein Dossier mit Beweisen für ihre Beteiligung an „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ des israelischen Militärs vor. Darüber hinaus fordert es Ermittlungen gegen diese britischen Staatsangehörigen mit dem Ziel, Haftbefehle zu erlassen und sie vor britischen Gerichten zu verfolgen. <https://www.youtube.com/watch?v=BpSMLTx-pjs>

Mexiko erkennt Palästina an: eine historische Geste der Solidarität



22.03.25 - [Pressenza New York](#)

Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum hat Palästina in einem bedeutungsvollen diplomatischen Schritt offiziell als Staat anerkannt und damit einen geschichtsträchtigen Moment in den internationalen Beziehungen markiert. Sheinbaum bekräftigte ihr Engagement für die palästinensischen Menschenrechte, als sie die Botschafterin der Palästinensischen Autonomiebehörde in Mexiko, Nadya Rasheed, begrüßte.

Während einer feierlichen Veranstaltung drückte Botschafterin Rasheed im Namen ihrer Regierung ihre tiefe Dankbarkeit aus und würdigte die Anerkennung durch Mexiko als mutige Haltung angesichts der anhaltenden globalen Spannungen. Dieser Moment wurde in einem ausdrucksvollen Foto festgehalten, das Sheinbaum neben Rasheed zeigt, die Notwendigkeit von Mut und Güte bei der Bewältigung internationaler Konflikte symbolisierend.

Dieser Schritt ist angesichts der jüdischen Herkunft von Sheinbaum von besonderer Bedeutung, da er die vorherrschenden Darstellungsweisen bezüglich politischer und religiöser Zugehörigkeiten in der globalen Diplomatie in Frage stellt. Ihre Regierung hat Israels Angriffe auf die palästinensischen Gebiete offen kritisiert und Mexiko damit in eine Linie gestellt mit anderen Nationen, die sich für die palästinensische Selbstbestimmung einsetzen.

Diese Anerkennung markiert einen Wandel in der mexikanischen Außenpolitik und stärkt seine Position als eine Nation, die sich für Gerechtigkeit und Frieden in globalen Angelegenheiten einsetzt. Es wird erwartet, dass die Entscheidung internationale Reaktionen auslösen und möglicherweise andere Länder dazu bewegen wird, diesem Beispiel zu folgen und den palästinensischen Staat anzuerkennen.

Flash Mob in Milan, 28.März 2025

<https://youtu.be/71L5hynJosg>



Kampagne: <https://www.maskoffmaersk.com/>

Die Reederei MAERSK gehört zu den Zielen einer weltweiten Boykottkampagne gegen Firmen, die an der Lieferung von Waffen nach Israel beteiligt sind.

Die Menschen gingen in Tanger und Casablanca auf die Straße, mit dem Ziel, die Ankunft von zwei Frachtschiffen zu verhindern. Mehr: peopledispatch.org,

2. Mai 2025: [Elbit Systems in Ulm blockiert](#)

[...] Der CEO von Elbit Systems Ltd. : “Im vergangenen Jahr hat das Unternehmen seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, [...] eine starke Präsenz an der Seite der IDF aufrechtzuerhalten, indem es die Systeme während des Kampfes in Echtzeit aufrüstet. Zahlreiche neue technologische Fähigkeiten wurden zum ersten Mal vorgestellt, was zur Ausweitung bestehender und neuer Verträge sowie zu erheblichem internationalen Interesse führte.” Elbit nutzt den Horror in Gaza, um die eigenen Produkte zu testen, zu verbessern und zu vermarkten.

Das Völkerrecht kennt keine Staatsräson!

Offener Brief an CDU/CSU & SPD anlässlich der Koalitionsverhandlungen

14. März 2025 - Seit mehr als 17 Monaten erleben wir eine erschütternde **Eskalation an Gewalt, Leid und Rechtlosigkeit** in ganz Palästina, in Gaza und im Westjordanland, im Libanon, in Syrien und in Israel. Wir erleben zugleich, dass die politische Debatte in Deutschland sowie politische Entscheidungen zu einer **fundamentalen Erosion völkerrechtlicher Standards** beitragen und die von politischen Entscheidungsträger:innen angewandten **Doppelstandards** im Umgang mit den Rechtsbrüchen Israels zu einer **nachhaltigen Schwächung der Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik** in der Welt führen. Im Kontext der Palästina-Solidarität erleben wir darüber hinaus **Polizeigewalt** sowie massive **Eingriffe in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit**, eine

problematische Politisierung der Antisemitismusdebatte und eine Kriminalisierung von legitimen Protesten.

Als Organisationen und Initiativen, die sich für einen gerechten Frieden in Palästina und in Israel einsetzen, wenden wir uns an Sie als Verhandler:innen eines möglichen Koalitionsvertrags und appellieren in aller Dringlichkeit, im Koalitionsvertrag **zentrale völker- und menschenrechtliche Leitplanken mit Blick auf Palästina und Israel festzuschreiben**.

Als Organisationen der Zivilgesellschaft werden wir diese Anliegen und Forderungen auch in der kommenden Legislaturperiode in die Öffentlichkeit und auf die Straße tragen.

Völker- und menschenrechtliche Leitplanken in den Koalitionsvertrag:

- Bekennen Sie sich **uneingeschränkt** zur grundgesetzlich verankerten **Geltung des internationalen Rechts und seiner Institutionen**, vor allem des **Internationalen Gerichtshofs (IGH)** und des **Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH)**, und bekennen Sie sich dazu, deren Entscheidungen, Urteile, Haftbefehle und andere Maßnahmen vollständig und unverzüglich umzusetzen.
- Respektieren Sie das Gutachten des **Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024** und die zugehörige Resolution der VN-Generalversammlung und verpflichten Sie sich im Koalitionsvertrag konkret, auf ein **unverzügliches Ende der illegalen Besatzung**, des **völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus** und der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland einschließlich Ostjerusalem hinzuwirken.
- Verankern Sie im Koalitionsvertrag explizit die Anerkennung des **Rechts auf kollektive Selbstbestimmung**, und zwar nicht nur für Jüd:innen, sondern auch für die Palästinenser:innen.
Dieses Recht stellt ein zentrales Prinzip und Fundament des Völkerrechts dar. Versuchen, das kollektive Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser:innen zu negieren, **muss** die Bundesregierung entschlossen entgegenzutreten.
- Bekennen Sie sich zur **Unterstützung** der deutschen Bundesregierung für **Organisationen der palästinensischen und israelischen Zivilgesellschaft** (NGOs), die sich für Menschenrechte, das internationale Recht und für einen gerechten Frieden einsetzen. Die deutsche Bundesregierung muss **Bestrebungen der Kri-**

minialisierung, der Diskreditierung und der unzulässigen Einschränkung der Spielräume dieser Organisationen durch die israelische Regierung und auch durch die palästinensischen Behörden entschlossen entgegenzutreten. Sie darf diese nicht durch das Vorenthalten von außenpolitischen Unbedenklichkeitsbescheinigungen oder durch die Streichung öffentlicher Mittel mittragen.

- Verankern Sie im Koalitionsvertrag ein **Bekennnis zur Unterstützung der Vereinten Nationen** einschließlich des VN-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (**UNRWA**).
Die Arbeit der UNRWA in Palästina, im Libanon, in Jordanien und in Syrien ist unverzichtbar. Den seit Jahren andauernden Versuchen israelischer Regierungen, die Arbeit der UNRWA, aber auch der Vereinten Nationen insgesamt zu diskreditieren, zu behindern und schließlich zu verbieten, muss sich Deutschland mit einem **klaren Bekenntnis** zu den VN entgegenstellen.
- Verpflichten Sie sich, auch bei allen **Verträgen und Kooperationsvereinbarungen mit Israel**, sowohl bilateral als auch auf EU-Ebene, die **Einhaltung von Menschenrechten und völkerrechtlichen Standards** einzufordern.
- Verpflichten Sie sich, sämtliche – direkten und indirekten – **Transfers von Waffen, Munition und anderer militärischer Ausrüstung** an Israel einzustellen, weil das eindeutige Risiko besteht, dass sie zu schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, einschließlich Völkerrechtsverbrechen, beitragen.

Einschränkungen von Meinungsfreiheit klar entgegenzutreten

Wir erleben seit geraumer Zeit ein erschütterndes und nicht hinnehmbares Maß an Diskreditierung und pauschaler Kriminalisierung Palästina-solidarischer Akteure und Äußerungen und damit einhergehend einen **immer**

enger werdenden Raum für eine kritische Auseinandersetzung mit israelischer Regierungspolitik und insbesondere für eine klare Benennung und Verurteilung von Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen durch Israel.

Wir appellieren in aller Dringlichkeit an Sie:

•Verankern Sie im Koalitionsvertrag das Bekenntnis, **zivilgesellschaftliche, wissenschaftliche und künstlerische Räume für kritische Meinungsäußerungen** offen zu halten und zu schützen. Die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit müssen gewahrt bleiben, auch und gerade, wenn Themen gesellschaftlich und politisch divers und kontrovers diskutiert werden.

•Legen Sie im Koalitionsvertrag den Grundstein dafür, den Einsatz gegen Rassismus, Antisemitismus und alle Formen von Diskriminierung zu verstärken. Sorgen Sie dafür, dass dieses wichtige politische Ziel **nicht** dazu benutzt wird, Minderheiten gegeneinander auszuspielen und das Grundrecht auf Meinungsfreiheit einzuschränken. Eine **Strafrechtsverschärfung**, die zur politischen Verfolgung von Palästina-solidarischen Stimmen missbraucht werden kann, **darf nicht eingeführt werden.**

<https://gerechter-frieden.org/offener-brief/>

Unterzeichnende Organisationen: [Allianz für Kritische und Solidarische Wissenschaft \(KriSol\)](#) • [Amnesty International Deutschland](#) • [Arbeitskreis Palästina Brühl-Battir](#) • [Bremer Friedensforum](#) • [Bundesweite Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg](#) • [Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern \(BIP\)](#) • [Café Palestine Colonia](#) • [ChanceMaker Foundation](#) • [Deutsch-Palästinensische Gesellschaft \(DPG\)](#) • [EYE4PALESTINE – Palästina Stimme](#) • [Flüchtlingskinder im Libanon e. V.](#) • [Frauen wagen Frieden](#) • [Freunde von Sabeel Deutschland](#) • [Humanistische Union](#) • [Internationale der Kriegsdienstgegner*innen \(IDK\)](#) • [Israelisches Komitee gegen Hauszerstörungen \(ICAH\)](#) • [Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie](#) • [medico international](#) • [Nahostgruppe Mannheim](#) • [Netzwerk Friedenskooperative](#) • [4neukoellnplusberlin e. V.](#) • [Palästina Initiative Region Hannover](#) • [Partnerschaftsverein Bonn-Ramallah](#) • [pax christi, Deutsche Sektion](#) • [pax christi – Kommission Nahost](#) • [Pegah Wuppertal e. V.](#) • [SALAM SHALOM Arbeitskreis Palästina-Israel e.V. München](#) • [Terre des Hommes Deutschland](#) • [Wuppertaler Friedensforum](#)

Aktion Aufschrei Das Völkerrecht kennt keine Staatsräson – Rüstungsexporte nach Israel stoppen!

27. März 2025 - „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ kritisiert massiv die [Rüstungsexporte im Wert von rund 24,5 Mio. Euro nach Israel, die die Bundesregierung in den letzten drei Monaten genehmigt hat.](#)

„[...] Es besteht das eindeutige Risiko, dass mit den aus Deutschland gelieferten Waffen Verstöße gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht durch die israelische Armee im Gaza-Streifen und Westjordanland, in Syrien und Libanon begangen werden könnten. Recht muss Recht bleiben und uneingeschränkt gelten!“, so Gerold König, Sprecher der „Aktion-Aufschrei-Stoppt den Waffenhandel!“ und Bundesvorsitzender pax christi – Deutsche Sektion e.V.

„Israels Armee greift seit Monaten Flüchtlingslager im Westjordanland an und hat mittlerweile Zehntausende Palästinenser:innen vertrieben. In Syrien attackiert sie wiederholt völkerrechtswidrig Gebiete und bricht die Waffenstillstandsvereinbarungen im Libanon immer wieder.

Jetzt wird auch die Waffenruhe im Gaza-Streifen im wahrsten Sinne des Wortes bombardiert. Hinzu kommt, dass seit Anfang März die notleidende Bevöl-

kerung im Gaza-Streifen erneut komplett von Hilfslieferungen und Strom abgeschnitten wurde. Zusammen mit den jüngsten Angriffen auf Gebäude der UN- und des Roten Kreuzes im Gaza-Streifen zeigt sich auf bedrückende Art und Weise, dass die israelische Regierung und Armee eklatant gegen ihre völkerrechtlichen Pflichten verstoßen“, so König weiter.

„Der Krieg im Gaza-Streifen, aber auch im Libanon und die Angriffe auf Syrien sowie die Aufrechterhaltung der illegalen Besatzung, u.a. im Westjordanland haben gezeigt, dass Israel militärische Waffengewalt zu anderen als den legitimen Zwecken der Selbstverteidigung missbraucht. Entsprechend müssen die jüngst erteilten Rüstungsexportgenehmigungen widerrufen werden. Und auch die neue Bundesregierung darf keine Rüstungsexporte nach Israel genehmigen, solange die Gefahr besteht, dass Deutschland damit gegen seine rechtlichen Pflichten verstößt. Vielmehr muss sie alles in ihrer Macht Stehende tun, damit wieder humanitäre Hilfe in den Gaza-Streifen gelangt und die Kampfhandlungen sofort gestoppt werden“, so Susanne Weipert, Koordinatorin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.
[Aufschrei-waffenhandel.de](https://aufschrei-waffenhandel.de)

Unterdrückung der Solidarität: 4.2.2025 -

Graswurzeln: Solidarität mit Israels Graswurzelbewegung!

„Seit Juni 2024 verweigert die deutsche Regierung den israelischen Friedensorganisationen Zochrot und New Profile die Unterstützung. Obwohl sich beide NGOs gewaltfrei für Frieden und Menschenrechte einsetzen, hat ihnen die Bundesregierung die außenpolitische Unbedenklichkeit bzw. Förderfähigkeit entzogen. New Profile ist Mitglied der War Resisters' International (WRI). [Mehr](#)

Rechtsbruch mit Ansage – Merz will den Internationalen Strafgerichtshof im Fall Netanjahu missachten

19. März 2025, Pressemitteilung -

Merz, in seiner Pose als noch nicht gewählter neuer Bundeskanzler, konstatiert in der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 10. Februar 2025 und erneut in seiner Pressekonzferenz am 24. Februar: Natürlich könne Netanjahu, sein Freund (sic!), in Deutschland ungehindert ein- und ausreisen. Er lud den mit Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zur Festnahme ausgeschrieben israelischen Regierungschef zu einem Deutschlandbesuch ein und sagte ihm wörtlich „Mittel und Wege zu, dass er Deutschland besuchen und wieder verlassen kann, ohne dass er in Deutschland festgenommen worden ist.“

Wie der – früher auch mal strafrichterlich tätige – Rechtsanwalt das bewerkstelligen will, ließ er offen. Er weiß natürlich, dass Deutschland, gebunden an das Statut von Rom, verpflichtet ist, die Haftbefehle des IStGH zu vollstrecken. Er weiß, dass es dabei keine rechtlichen Ausnahmen gibt und auch keine Befugnis, die Begründung des Haftbefehls zu überprüfen. Er kennt das deutsche Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem IStGH von 2002. Nach § 2 des Gesetzes ist Deutschland verpflichtet, Netanjahu festzunehmen und nach Den Haag zu überstellen, wie es vor kurzem mit dem früheren Ministerpräsidenten der Philippinen, Rodrigo Duterte, geschehen ist. In Deutschland ist das Bundesministerium für Justiz für die Zusammenarbeit mit dem IStGH zuständig, konkret dann die örtlich zuständige Generalstaatsanwaltschaft und das Oberlandesgericht. Weder die GenStA noch das OLG dürfen im Auslieferungsverfahren den ordnungsgemäßen Erlass des Haftbefehls überprüfen oder irgendeine Verdachtsprüfung durchführen. Auch die Vorschriften über die Immunität von Staatsoberhäuptern (§ 98 IStGHG) sind bei Völkerrechtsverbrechen – auch bei Nicht-Vertragsstaaten – nicht anwendbar. Das hat der IStGH zuletzt im Fall des Haftbefehls gegen Putin festgestellt.

Offenbar will Merz durch eine Weisung in das Festnahme- und Überstellungsverfahren eingreifen und damit die Autorität des IStGH und die Unabhängigkeit der deutschen Justiz zugleich in Frage stellen: ein vorsätzlicher und angekündigter schwerwiegender Bruch internationalen und nationalen Rechts, womöglich sogar strafbar als Strafvereitelung nach §§ 258, 258 a StGB.

IALANA sieht sich im Protest gegen Merz in einer Reihe mit angesehenen Juristen („Opportunistischer Rechtsbruch“ – Herta Däubler-Gmelin; „Rechtsbruch mit Ansage“ – Kai Ambos; „Freies Geleit mit der Brechstange“ – Max Kolter; „Zertrümmerung des Völkerrechts“ – Stephan Detjen).

Merz äußert nicht zum ersten Mal solche rechts-nihilistischen Tendenzen, wie wir sie weithin beobachten, insbesondere bei der Missachtung verbindlichen Völkerrechts. Bereits bei Erlass des Haftbefehls gegen Netanjahu u.a. hatte er erklärt, er werde alles tun, um eine Vollstreckung dieses Spruchs des IStGH abzuwenden. Der IStGH sei – erklärt er wider besseres Wissen – nur eingerichtet worden, „um Despoten und autoritäre Staatsführer zur Rechenschaft zu ziehen, nicht um demokratisch gewählte Regierungsmitglieder festzunehmen.“ Israel steht aber nicht über dem Völkerrecht, auch nicht für deutsche Politiker und ihre Staatsräson. Da Israel schwerste Völkerrechtsverbrechen in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten nicht selbst strafrechtlich wirksam verfolgt, greift die subsidiäre Zuständigkeit des IStGH.

Deutschland war führend bei der Errichtung des IStGH durch das Rom-Statut von 1998. Es hat seine völkerrechtlichen Verpflichtungen vorbildlich in nationales Recht umgesetzt durch das Völkerstrafgesetzbuch und den Gerichtshof weiterhin international gefördert. Noch am 22. Mai 2024 bekräftigte die Bundesregierung, sie werde das Gericht weiterhin unterstützen; auch im Fall eines Haftbefehls gegen israelische Politiker werde sie sich an Entscheidungen des Gerichts halten. Regierungssprecher Hebestreit damals: „Natürlich. Ja, wir halten uns an Recht und Gesetz.“

Merz dazu: „Ein Skandal“. Und auch Kanzler Scholz ging auf Abstand: die Gräueltaten der Hamas ließen sich nicht mit Israels Kriegsführung vergleichen.

Donald Trump hat den IStGH zu einer Bedrohung der Nationalen Sicherheit der USA erklärt und Sanktionen sowie persönliche Konsequenzen für seine Unterstützer angeordnet. Beschlagnahmen von Vermögen der zuständigen Ermittler und Richter sind gefolgt. Sie hätten „illegale und unbegründete Aktionen gegen Amerika und unseren engen Verbündeten Israel vorgenommen.“

Israel verweigert den Ermittlern des IStGH die Einreise, ebenso Personen, die sich öffentlich für eine Strafverfolgung von israelischen Amtsträgern wegen Völkerrechtsverstößen aussprechen. Beide Staaten sind dem Vertrag zum IStGH nicht beigetreten und bekämpfen seine Arbeit mit allen Mitteln. Der US-Kongress hat im Jahr 2002 mit dem American Service-Members Protection Act sogar beschlossen, seine Bürger notfalls mit militärischen Mitteln vor der Strafverfolgung durch den IStGH zu schützen.

Auf der Website des deutschen Außenministeriums ist dagegen zu lesen:

„Die Bundesregierung ist aktuell der zweitgrößte Beitragszahler (sc. nach Japan) zum Haushalt des IStGH und setzt sich aktiv dafür ein, dass der Gerichtshof möglichst effektiv arbeiten kann und breite Unterstützung in der Staatengemeinschaft findet. Die Bundesregierung ist überzeugt, dass der Gerichtshof im Ringen um mehr Gerechtigkeit und beim Kampf gegen die Straflosigkeit schwerster Verbrechen, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren, einen wirksamen Beitrag leistet und dabei zunehmend universale Bedeutung und Akzeptanz als „Weltstrafgericht“ erlangt.“

IALANA -Deutschland fordert die jetzige und die künftige Bundesregierung auf, diese klare Position beizubehalten und Merz zu hindern, rechtswidrig den Haftbefehl des IStGH zu missachten.

Ein Kanzler hat bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag nach Art. 64 GG den Eid zu leisten, dass er „das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen werde.“ Auch ist er als Teil der Exekutive nach Art. 20 Abs.3 GG an Gesetz und Recht gebunden. Wir fragen die neu gewählten Abgeordneten des Bundestag: Darf jemand überhaupt Kanzler werden, der schon vorweg ankündigt, das Recht brechen zu wollen?

https://www.ialana.de/wp-content/uploads/2025/03/250319_pm-merz-und-der-istgh.pdf

Stellungnahme der DPG zum Interview des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung mit der Neuen Osnabrücker Zeitung am 04. 03. 2025

In dem [Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung](#) äußert sich der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Felix Klein, positiv zustimmend zum Vorschlag von US-Präsidenten Trump, den Gazastreifen in ein Fünf-Sterne-Ressort einer globalen Elite zu verwandeln und die palästinensischen Bewohner in andere Länder umzusiedeln. Statt die Vertreibungspläne zu zurückzuweisen, lobte Klein Trumps Pläne mit den Worten: „Ich halte es nicht für verkehrt, radikal und einmal völlig neu zu denken.“ Ethnische Säuberungen sind jedoch Verbrechen gegen die Menschlichkeit und damit völkerrechtswidrig.

Laut Art. 25 des Grundgesetzes sind „die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ Die Vertreibung einer Bevölkerung aus ihrer Heimat ist im deutschen Völkerstrafgesetzbuch in § 7, Abs. 4 als Verbrechen gegen die Menschlichkeit sanktioniert.

Das müsste Herr Dr. Klein als promovierter Jurist wissen.

Das Grundgesetz verlangt von allen Bürgern die Treue zu den Normen des Völkerrechts und die Beachtung seiner Regeln. Dies gilt natürlich ganz besonders für Personen, die direkt für die Bundesregierung tätig sind. Mit seinen zynischen Äußerungen hat Dr. Klein nicht nur seine Verachtung für Normen des Völkerrechts zum Ausdruck gebracht, sondern er steht auch erkennbar nicht mehr auf dem Boden des deutschen Grundgesetzes.

Jemand, der in einem Interview ein geplantes Völkerrechtsverbrechen gutheißt, ist in seiner Funktion als Beauftragter der Bundesregierung nicht mehr tragbar.

Aus Sicht der Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG) ist die Entbindung Dr. Felix Kleins von seiner Aufgabe als Antisemitismusbeauftragter der Bundesregierung die einzige angemessene Reaktion.

März 2025,
Das DPG-Präsidium praesidium@dpg-netz.de

<https://dpg-netz.de/>

18.02.2025 - **LIVE FROM BERLIN:** Palestine, Justice and the Power of Truth with UN SR Francesca Albanese Prof. Michael Barenboim (Violinist, Barenboim-Said Academy) Eyal Weizman (Forensic Architecture, Goldsmiths, University of London) Melanie Schweizer (Lawyer, Civil Servant, Berlin) Qassem Massri (Palestinian Doctor, Berlin)

- > Die UN-Sonderberichterstatterin F. Albanese sollte an der FU Berlin sprechen. Dann mischte sich Berlins Bürgermeister ein. Es ist die zweite Uni, die absagt. <https://taz.de/UN-Berichterstatterin-Francesca-Albanese/!6069186/>

Genozid in Palästina: »Wenn wir dagegen sind, müssen wir das sagen« Über die Rolle der internationalen Gemeinschaft beim israelischen Völkermord in Palästina. Ein Gespräch mit Francesca Albanese, [JungeWelt 1.3.2025](#)

Beschluss des Bundesausschusses der DFG-VK „Menschenrechte achten – Antisemitismus entgegenwirken!“

9. März 2025

1. Der Bundeskongress der DFG-VK empfiehlt den Gliederungen der DFG-VK, bei ihrer Verwendung des Begriffs „Antisemitismus“ die Definition „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ (2021) <https://www.jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/JDA-German.pdf> zu verwenden: „Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).“ [...]

Begründung:

Die Bundesregierung hat am 20.9.2017 beschlossen, die von einer Expertengruppe des Bundestages empfohlene „erweiterte Arbeitsdefinition“ der IHRA zu verwenden. Seitdem wurde die „erweiterte Arbeitsdefinition“ in zahlreichen staatlichen Behörden und Institutionen durchgesetzt. Auch nichtstaatliche Institutionen wie beispielsweise die Deutsche Bischofskonferenz beziehen sich auf die Definition der IHRA.

Die „erweiterte Arbeitsdefinition“ verwischt allerdings die notwendige Unterscheidung zwischen Judenfeindlichkeit einerseits und der Kritik am Handeln einer israelischen Regierung andererseits. Die „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ (2021) ist eine Reaktion auf dieses Problem.

Die in Deutschland weithin verwendete „erweiterte Arbeitsdefinition“ hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass regierungskritische jüdische Israelis von Deut-

schen als „Antisemiten“ bezeichnet wurden. Das kann nicht richtig sein.

Der Bundeskongress der DFG-VK hat hier einen Beitrag zur Klärung von Missverständnissen und Konflikten innerhalb unseres Verbandes geleistet. Gleichzeitig können wir überzeugender nach außen auftreten, wenn wir benennen, was wir meinen, wenn wir über Antisemitismus reden.

Quellenhinweise:

International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA): Arbeitsdefinition von Antisemitismus (kurze „nicht rechtsverbindliche Arbeitsdefinition“ vom 26.5.2016 mit Ergänzungen)

Christian Müller: Sie kritisieren Israel – und wurden gefeuert, 13.12.2018, infosperber.ch

Stefan Rein: Zoff um Antisemitismus-Vorwurf. Ein Projekt von jüdisch-israelischen Studierenden steht wegen vermeintlicher BDS-Nähe unter Druck. Die Gelder sind gestrichen, ein Prof wehrt sich. In: [taz](https://taz.de), 14.10.2020: Aus dem Artikel: „Die Amadeu Antonio Stiftung, eine antirassistische NGO, führt das Projekt „School for Unlearning Zionism“ inzwischen in ihrer Chronik antisemitischer Vorfälle auf. Dort wird es direkt neben Nazischmierereien in Leipzig genannt. Yinhar, in Israel in einem Kibbuz aufgewachsen und Enkelin einer 1938 aus Berlin geflohenen deutschen Jüdin, macht das fassungslos. „Wie kann man uns und unsere Arbeit in einem Atemzug mit Neonazis nennen? Wollen deutsche Institutionen so Rassismus und Antisemitismus bekämpfen?“

<https://dfg-vk-bayern.de/menschenrechte-achten-antisemitismus-entgegenwirken/>

Linke-Abgeordnete:

„Der Gaza-Krieg und die Berichterstattung: Die falschen Lehren gezogen“

SiG-Redaktion:

In einem [Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau am 30. 04. 2025](#) verurteilten die Linke-Abgeordneten *Nicole Gohlke, Cem Ince, Cansin Koptürk, Lea Reiser und Janine Wissler* den Diskurs zum Gaza-Krieg in Politik und Medien als „verzerrt und einseitig“. Die Berichterstattung zeige nicht „die ungeheure Gewalt, die dort wütet“. So habe es nach dem Bruch des Waffenstillstands durch Israel in Gaza, bei dem innerhalb von drei Tagen 700 Palästinenser, darunter mehr als 200 Kinder, getötet wurden, Wohnhäuser, Schulen, Arztpraxen und Flüchtlingslager zertrümmert wurden, nur verhaltene Berichte gegeben. Der Kontrast zwischen deutschen und internationalen Medien sei gra-

vierend. Auch die ethnische Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung durch Israel werde nicht klar benannt. Eine Kritik der Bundesregierung fehle weitestgehend, selbst dann, wenn Friedrich Merz verkündet, den völkerrechtlich bindenden Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs „keinesfalls umzusetzen“.

Die deutsche „Staatsräson“ sei fragwürdig. Mit ihr solle Kritik an Israel delegitimiert und die Meinungsfreiheit eingeengt werden. Der Beitrag endet mit Fragen: „Doch was bedeutet es, einen Staat zu verteidigen, der eine illegale Besatzung aufrechterhält, Kriegsverbrechen begeht und in dessen Regierung Politiker sitzen, die offen ethnische Säuberung fordern?“

Positionierung zu Palästina

So...

Koalitionsvereinbarung in Deutschland

(https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025_bf.pdf, S. 127; pdf: Seite 129):

"Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind und bleiben Teil der deutschen Staatsräson. Wir verurteilen den brutalen Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 auf das Schärfste und unterstützen Israel bei der Gewährleistung der eigenen Sicherheit. Gleichzeitig muss die humanitäre Lage im Gaza-Streifen grundlegend verbessert

werden. Die tragfähige Perspektive für ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern ist eine zu verhandelnde Zweistaatenlösung. Den Umfang unserer zukünftigen Unterstützung des VN-Hilfswerks UNRWA machen wir von umfassenden Reformen abhängig."

... oder so?

Der Papst Franziskus

"Er fühlte unseren Schmerz": Katholische Kirchengemeinde in Gaza trauert über den Tod von Papst Franziskus

Von Bethan McKernan and Malak A Tantesh, **The Guardian**, 22. April 2025

In deutscher Sprache veröffentlicht von der [Vertretung des Staates Palästina in Österreich](#).

Der Papst telefonierte seit Beginn des Krieges im Oktober 2023 jede Nacht mit der katholischen Kirchengemeinde zur Heiligen Familie. ...

... Als er zum ersten Mal mit Papst Franziskus sprach, während der Pontifex allabendlich in der katholischen Kirche Holy Family in Gaza Stadt anrief, war das Kirchengemeindemitglied George Antone, 44, sprachlos.

... „Ich war so schüchtern, als Pater Yousef mir das Telefon reichte und seine Heiligkeit auf dem Bildschirm war und mich ansah. Ich dachte: ‚Träume ich, worüber soll ich denn mit ihm reden?‘ Er lächelte und war sehr nett, er fragte mich, was ich an diesem Tag gegessen hatte und stellte Fragen über meine Familie“, berichtet Antone. „Wir sprachen über alles. Er lernte uns alle kennen ... Trotz all der Verpflichtungen, die er in dieser Welt hatte, kümmerte er sich um uns in Gaza. Es fühlt sich nun so an, als hätten wir unseren Vater verloren.“...

... Sein Tod am Montag war ein schwerer Schlag. ... Pater Gabriel Romanelli, ein Argentinier, der seit 2019 als Priester der Pfarre Heilige Familie tätig ist, berichtet: „Selbst nachdem er ins Krankenhaus eingeliefert wurde, rief er immer wieder an, um nach uns zu sehen. Unsere Trauer ist tief, weil wir jemanden verloren haben, von dem wir das Gefühl hatten, dass er ein Mitglied unserer Kirche geworden ist.“

Franziskus war ein lautstarker Befürworter eines Endes des Krieges.

In seiner letzten öffentlichen Ansprache, die er am Ostersonntag vom Balkon des Petersdoms aus hielt, verurteilte er die „beklagenswerte humanitäre Situation“ in Gaza und forderte Israel und die Hamas auf, „einen Waffenstillstand zu schließen, die Geiseln freizulassen

und einem hungernden Volk zu helfen, das nach einer Zukunft in Frieden strebt.“ ...

... Es wurde zur allabendlichen Routine, dass Franziskus um Punkt 20.00 Uhr Gaza-Zeit anrief - und darauf bestand, mit allen über ihre Hoffnungen und Ängste zu sprechen, nicht nur mit den Priestern, berichtet ein anderes Gemeindemitglied, Bahia Ayad, 80.

„Er spürte unseren Schmerz und unser Leid zutiefst. Er sagte uns, wir bräuchten keine Angst zu haben. Er sagte: ‚Ich bin bei euch und ich werde für euch kämpfen, ich werde zum Frieden aufrufen und alle bitten, euch zu beschützen‘“, sagt sie.

Unter seiner Führung hat der Vatikan 2015 den Staat Palästina anerkannt. Im Gaza-Krieg kritisierte Franziskus lautstark und wiederholt das Vorgehen Israels und drängte auf eine Untersuchung der Frage, ob der Krieg einem Völkermord gleichkommt – ein Vorwurf, den Israel bestreitet. ... Seit Israel Anfang März eine totale Blockade des Gazastreifens verhängt hat und ein zweimonatiger Waffenstillstand zusammengebrochen ist, hat die humanitäre Krise im Gazastreifen ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht. ...

... Für Ayad war die Ansprache von Franziskus am Ostersonntag eine ergreifende letzte Botschaft. Sie sagt: „Seine letzte Erklärung, die er nur einen Tag vor seinem Tod abgab, hat uns große Freude bereitet. Als der Krieg wieder aufflammte, hatten wir das Gefühl, dass uns alle im Stich gelassen hatten – Araber, Ausländer, die ganze Welt. Es gab uns das Gefühl, dass es immer noch Menschen gibt, die sich für uns einsetzen und ein Ende des Krieges gegen Gaza fordern.“

Martin Konecny

Den Assoziationsrat EU-Israel ernst nehmen

Auf der Sitzung am 24. Februar forderte die EU Israel auf, mehr Hilfe in den Gazastreifen zu lassen, den Siedlungsbau im Westjordanland zu stoppen und die territoriale Integrität Syriens zu respektieren. Aber – Überraschung – Israel tat prompt genau das Gegenteil. Wozu also der Assoziationsrat? Wenn die EU ernst genommen werden will, muss sie ihren Einfluss nutzen.

11. März 2025 - Auf der Tagung des Assoziationsrates EU-Israel am 24. Februar legte die EU Israel eine umfassende [Erklärung](#) vor, die von allen 27 Mitgliedstaaten gebilligt worden war und in der sie ihre politischen Positionen zur Lage in der Region und zu den bilateralen Beziehungen darlegte.

Das Treffen, das inmitten eines brüchigen Waffenstillstands im Gaza-Streifen und einer großen Eskalation Israels im Westjordanland stattfand, wurde von der EU-Außenbeauftragten, Kaja Kallas, und dem israelischen Außenminister Gideon Sa'ar geleitet. Ungewöhnlicherweise waren fast alle EU-Außenminister anwesend. Die Erklärung der EU, über die über einen Monat lang verhandelt wurde, enthielt etwa 30 dringende Anliegen der EU und Appelle an Israel.

Darunter forderte die EU „uneingeschränkten und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe in den Gazastreifen“ und bestand auf der „vollständigen Umsetzung“ des Waffenstillstands im Gazastreifen. Doch nur wenige Tage nach dem Treffen [blockierte](#) Israel jegliche humanitäre Hilfe für den Gazastreifen und verstieß damit gegen die Waffenstillstandsbedingungen, gefolgt von einer Abschaltung der Stromversorgung.

Die EU bekräftigte außerdem „ihre entschiedene Ablehnung der israelischen Siedlungspolitik“ im Westjordanland und forderte Israel auf, „die anhaltende Ausweitung der Siedlungen und damit zusammenhängende Aktivitäten“ zu stoppen, einschließlich der Zerstörung palästinensischer Gebäude. Doch seit der Sitzung des Assoziationsrates [hat Israel die](#) wöchentliche Genehmigung neuer Wohneinheiten in Siedlungen [weiter erhöht](#): 1.170 Einheiten am 26. Februar, 1.408 Einheiten am 5. März und eine Rekordzahl von 1.439 Einheiten, die am 12. März erwartet werden. Erstmals [zerstörte](#) Israel auch palästinensische Häuser in Jerusalem während des Ramadan und brach damit mit einer jahrelangen Praxis, solche Zerstörungen während des heiligen Monats auszusetzen.

Die EU bekräftigte außerdem, dass die „Souveränität und territoriale Integrität Syriens innerhalb sicherer Grenzen im Einklang mit dem Völkerrecht uneingeschränkt zu respektieren“ sei, forderte Israel auf, „die Bestimmungen des Truppenabzugsabkommens von 1974 einzuhalten“, und betonte, dass „die entmilitarisierte Pufferzone [die im Dezember von Israel eingenommen wurde] respektiert werden müsse“. Doch nur wenige Tage nach dem Treffen [führte](#) Israel eine Welle

von Luft- und Bodenangriffen im Süden Syriens durch, während seine Führung [drohte](#), weiter in Syrien vorzudringen, indem sie die IDF anwies, sich auf die „Verteidigung“ eines drusischen Vororts von Damaskus vorzubereiten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Israel nach der Sitzung des Assoziationsrates genau das Gegenteil von dem getan hat, was die EU forderte. Dies wirft die Frage auf: Wird die EU etwas unternehmen? Und wenn nicht, wozu war dann der gesamte Assoziationsrat? Die EU ist Israels größter Handelspartner und der Assoziationsrat ist die höchste politische Plattform für den bilateralen Dialog. Die EU hatte den Assoziationsrat neun Monate lang diskutiert und vorbereitet, seit die EU-Außenminister ihn im Mai 2024 gefordert hatten.

Die Idee entstand als Reaktion auf den [spanisch-irischen Antrag](#), die Einhaltung der Menschenrechtsklausel des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel durch Israel zu überprüfen, um eine mögliche Aussetzung des Abkommens als Reaktion auf das Blutbad in Gaza zu ermöglichen. Andere Mitgliedstaaten sprachen sich dagegen aus und plädierten stattdessen für einen Dialog im Rahmen des Assoziationsrates, um „unsere Positionen und Bedenken zu vermitteln“.

Dieses Argument war äußerst unseriös. Es hätte offensichtlich sein müssen, dass das bloße Äußern von Bedenken keine Wirkung zeigen würde. Auf der letzten Tagung des Assoziationsrates mit Israel im Jahr 2022 forderte die EU auch einen Stopp der Siedlungspolitik, der Abrisse und der Gewalt durch Siedler – doch all dies hat sich seitdem nur noch beschleunigt.

Israel ignoriert die Positionen der EU, weil es weiß, dass es keine Konsequenzen hat. Zwar brachte die EU in ihrer Erklärung auf dem jüngsten Assoziationsrat zahlreiche Bedenken vor, doch lobte sie auch ausführlich ihre engen Handels- und Forschungsbeziehungen zu Israel und versprach, diese fortzusetzen – ein Zeichen dafür, dass trotz der verheerenden Handlungen Israels alles beim Alten bleibt.

Eine von uns zusammengestellte Tabelle veranschaulicht diese Diskrepanz, indem sie auf der einen Seite die politischen Bedenken und Appelle der EU und auf der anderen Seite das Lob für die bilateralen Beziehungen auflistet.

Key points from EU statement at the EU-Israel Association Council (24 February 2025)

Political messages: EU concerns and appeals to Israel	Bilateral relations: EU praise and business as usual
<ul style="list-style-type: none"> • must comply with international law • ensure protection of civilians • implement Gaza ceasefire deal • deplores unacceptable number of civilian lives lost • catastrophic humanitarian situation due to insufficient aid entry into Gaza • calls for full access for humanitarian aid to Gaza • ensure return of displaced Gazans • facilitate EU citizens to leave Gaza • implement ICJ orders • no demographic or territorial changes in Gaza, to be unified with West Bank under the PA • engage in efforts to revive political process towards two-state solution • support the PA, facilitate its return to Gaza, release clearance revenues • strong opposition to settlements, annexation is illegal • halt settlement expansion, state land declarations, evictions, demolitions, confiscation and forced transfers of Palestinians • strongly condemns demolitions of EU-funded structures, expects compensation • improve freedom of movement, enable Palestinian development in Area C • strongly condemns escalation in the West Bank • strongly condemns settler violence, Israel must prevent it, hold perpetrators to account • ensure safe access to Holy Sites, uphold Status Quo • deplores Israeli legislation on UNRWA • regrets declaring UNSG 'persona non grata' • cooperate fully with the UN, issue visa for international staff • respect demilitarized buffer zone with Syria • adhere to IHL and IHRL re use of force, investigate misconduct • ensure civic space, media freedom and safety of journalists • concerned with restrictions for foreign-funded NGOs • allow media access to Gaza • comply with human rights obligations re. arrest, interrogation, detention • concerned about indiscriminate arrests and administrative detention • concerned by rejections of medical devices for West Bank hospitals 	<ul style="list-style-type: none"> • attaches great significance to close relations with Israel • close and mutually beneficial political, cultural, people-to-people, tourism, trade and investment relations, as well as significant economic, financial, research and innovation and security cooperation • opportunity to take forward cooperation, including through possible negotiation of partnership priorities • considers Israel key partner for cooperation in five priority policy areas identified in EU's "New Agenda for the Mediterranean", suggesting that the EU steps up cooperation with Israel in digital, research and innovation areas and identifies opportunities to reinforce cooperation in other related areas • committed to strengthening energy cooperation with Israel, welcomes Israel's participation in Horizon Europe and looks forward to increased cooperation on research and innovation in the energy sector • expresses readiness to explore cooperation with Israel on the India-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEC) • warmly welcomes increased participation of Israeli research entities in the Horizon Europe programme, looks forward to continue cooperation with Israel, which contributes to stronger bilateral economic and trade relations; welcomes Israel's continuous active participation in regional science diplomacy initiatives, such as SESAME, PRIMA and EMUNI • welcomes participation of Israel in Erasmus+ programme 2021-2027, welcomes benefits brought by the programme to Israeli higher education, including its increased internationalisation, and looks forward to continuing cooperating with Israel under the Erasmus+ programme

Wenn die EU möchte, dass Israel ihre Bedenken ernst nimmt, muss sie damit beginnen, eine Verbindung zwischen den beiden Seiten der Tabelle herzustellen.

Und wenn die EU – oder zumindest eine Koalition williger Mitgliedstaaten – nicht möchte, dass der Assoziationsrat völlig missachtet wird, sollten sie jetzt auf entschlossene Folgemaßnahmen drängen. Zunächst sollte sie die Reaktion Israels innerhalb eines Monats nach dem Treffen bewerten. Wenn Israel die Bedenken der EU nicht ausgeräumt hat – oder die Situation sogar noch verschlimmert hat, wie bereits offensichtlich ist – sollte sie auf Konsequenzen drängen.

Da sich der Dialog als ineffektiv erwiesen hat, sollte sie sich wieder auf den spanisch-irischen Vorschlag konzentrieren, die Menschenrechtsklausel gemäß Artikel 2 des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel geltend zu machen.

Zur Erinnerung: Artikel 2 besagt, dass das Abkommen „auf der Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze beruht“, was ein „wesentliches Element“ ist. Ein schwerwiegender Verstoß gegen Artikel 2 ermöglicht es der EU, „geeignete Maßnahmen“ gemäß Artikel 79 zu ergreifen – ein diplomatischer Begriff für die Aussetzung von Teilen oder des gesamten Abkommens.

Dies ist keine theoretische Angelegenheit. Seit den 1990er Jahren hat die EU **mindestens 25 Mal** ähnliche Menschenrechtsklauseln in Abkommen mit Drittländern, hauptsächlich in Afrika, geltend gemacht, um solche Maßnahmen zu verhängen.

Die EU ist in Bezug auf Israel nach wie vor gespalten. Aber eine einfache Mehrheit der Mitgliedstaaten könnte

den ersten Schritt tun: die Europäische Kommission aufordern, eine teilweise Aussetzung des Assoziierungsabkommens vorzuschlagen. Dies allein würde Israel dazu bringen, die Standpunkte der EU ernster zu nehmen.

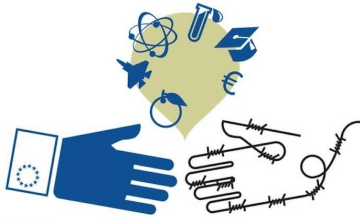
Der Handelsteil des Abkommens, der Israel einen bevorzugten Zugang zum EU-Markt gewährt, ist das wichtigste Druckmittel des EU-Blocks. Ein Vorschlag der Kommission zur Aussetzung des handelspolitischen Teils würde dann die Zustimmung einer **qualifizierten Mehrheit** der Mitgliedstaaten erfordern (im Gegensatz zur Aussetzung des gesamten Abkommens, für die Einstimmigkeit erforderlich wäre).

Mitgliedstaaten, die diesen Ansatz vorantreiben wollen, können auf die Erklärung des Assoziationsrates der EU verweisen, in der der Artikel 2 in Absatz 3 ausdrücklich hervorgehoben wurde – während er 2022 nur in Absatz 32 erwähnt wurde.

Sie können sich auch auf die **interne EU-Zusammenstellung** von Einschätzungen der Vereinten Nationen und internationaler Gerichte beziehen, die im vergangenen Jahr vom EU-Menschenrechtsbeauftragten Olof Skoog erstellt wurde und als Beweis für Israels schwerwiegende Verstöße gegen Artikel 2 dienen kann.

Angesichts der Spaltungen innerhalb der EU und des aktuellen wilden geopolitischen Kontextes ist all dies eine große Herausforderung. Aber wenn die EU relevant sein will – und die schlimmsten Szenarien einer Annexion und ethnischen Säuberung verhindern will – ist dies die Richtung, die eingeschlagen werden muss.

<https://eumep.org/blogs/taking-eu-israel-association-council-seriously/> Übersetzung: SiG-Redaktion



Aufruf von europäischen Gewerkschaften: Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel!

Brüssel, 19. Januar 2025

Zu Händen von:

Kaja Kallas, Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission,
Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission,
Maroš Šefčovič, Kommissar für Handel und wirtschaftliche Sicherheit

Wir, die unterzeichnenden europäischen Gewerkschaftsorganisationen, fordern die Europäische Kommission auf, die Einhaltung von Artikel 2 des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel durch die israelische Regierung zu überprüfen.

Wir fordern die Kommission nachdrücklich auf, ihrer Verantwortung als „Hüterin des Vertrags“ nachzukommen, indem sie dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs und gemäß den Ersuchen der Regierungen Irlands und Spaniens vom Februar 2024 dem Rat angemessene Maßnahmen empfiehlt, um die schwerwiegenden Verstöße der israelischen Regierung gegen das humanitäre Völkerrecht in den letzten 15 Monaten zu ahnden.

Seit Oktober 2023 wurden nach [Angaben der Vereinten Nationen](#) über [46.000 Palästinenser in Gaza](#) getötet, mindestens 10.000 weitere werden vermisst oder befinden sich unter den Trümmern. Fast die gesamte Bevölkerung wurde vertrieben, viele davon mehrmals, und viele sind an Infektionskrankheiten gestorben, die durch die sich verschlechternden Bedingungen verursacht wurden. Öffentliche Versorgungsleistungen wie Gesundheitswesen, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wurden stark zerstört, und [über 80 Prozent der Schulen und Universitäten](#) wurden vernichtet oder beschädigt. Hunderte weitere Menschen sind infolge der jüngsten Eskalation im Norden des Gazastreifens gestorben, unter anderem durch die Zwangsumsiedlung von Palästinensern und die Verweigerung humanitärer Hilfe, und Hunderttausende weitere sind in Gefahr. Darüber hinaus verbietet Israel dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) – dem größten Anbieter humanitärer Hilfe für die palästinensische Bevölkerung des Landes – die Einreise.

Die UN-Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, dass Israel mit seinen gnadenlosen und vorsätzlichen Angriffen auf medizinisches Personal und Einrichtungen in Gaza Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Massenvernichtung begangen hat.

Der Internationale Gerichtshof wies in seinem [Gutachten](#) auf die rechtlichen Konsequenzen hin, die für Staaten und internationale Organisationen gelten, einschließlich der Pflicht zur Nichtanerkennung, Nichtunterstützung sowie zur Zusammenarbeit mit rechtmäßigen Mitteln, um die damit verbundenen Verstöße zu beenden.

In dieser Zeit hat die israelische Regierung die größte Eskalation im Westjordanland seit 2002 eingeleitet, die zum Tod von über 700 Palästinensern und zur Inhaftierung von 10.900 Menschen geführt hat. Etwa 1.800 palästinensische Häuser und andere Gebäude wurden zerstört, und es gab eine erhebliche Zunahme von Angriffen durch Siedler, wie im [Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation \(ILO\)](#) festgestellt wurde. Israel hat seine Angriffe ebenfalls auf den Libanon ausgeweitet, wobei weit über 1.000 Menschen getötet und mehr als eine Million vertrieben wurden.

Gewerkschaftsmitglieder sind besonders von den immer brutaleren Aktionen des Staates Israel betroffen, darunter auch die gezielte Tötung von medizinischem Personal, Helfern und Journalisten. Mehr als 1.000 Mitarbeiter des Gesundheitswesens und 318 Helfer wurden [in Gaza getötet](#), darunter 235 UN-Mitarbeiter.

In sieben Monaten wurden 200 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen getötet – das übersteigt die Gesamtzahl der in den letzten zwei Jahrzehnten weltweit pro Jahr getöteten Helfer.

Unter den mehr als 130 getöteten Medienmitarbeitern und Journalisten gibt es [31 glaubwürdige Fälle](#), in denen genügend Informationen vorliegen, um zu bestätigen, dass die Journalisten aufgrund ihres Berufs direkt angegriffen wurden.

In den letzten 12 Monaten hat der UN-Sicherheitsrat vier Resolutionen zu Gaza verabschiedet, darunter eine, in der ein Waffenstillstand gefordert wird, und der Internationale Gerichtshof (IGH) hat drei [verbindliche Urteile](#) erlassen, in denen dringende Maßnahmen aufgeführt sind, die die israelischen Behörden ergreifen sollten, um der [Gefahr eines Völkermords](#) bei ihren Militäroperationen in Gaza vorzubeugen.

Der IGH hat außerdem ein [Gutachten](#) herausgegeben, in dem festgestellt wird, dass die Besetzung und Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel illegal ist und Israel für Rassentrennung und Apartheid gegen die Palästinenser verantwortlich ist. Außerdem wird eine lange Liste von Missbräuchen und Verstößen gegen das Völkerrecht durch israelische Behörden aufgeführt. Die Urteile des IGH stehen im Einklang mit den Beweisen für sehr schwere Verbrechen israelischer Behörden, die vom [UN-Generalsekretär](#), einer [UN-Untersuchungskommission](#), [UN-Experten](#) und zahlreichen Nichtregierungsorganisationen vorgelegt wurden. Die israelischen Behörden haben sich weitgehend über diese Urteile hinweggesetzt. Sie set-

zen weiterhin [den Hungertod als Kriegswaffe](#) ein und verhängen willkürliche und belastende Beschränkungen für die Einreise und Verteilung dringend benötigter humanitärer Hilfe im gesamten Gazastreifen.

Die EU-Gesandten selbst forderten internationalen Druck, um die Massendepportationen zu stoppen und betonten die Notwendigkeit der Rechenschaftspflicht. Eine Reihe europäischer Diplomaten, darunter auch der [Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik](#), äußerten kürzlich ihre Besorgnis über die aktuellen Entwicklungen in Palästina. Wir fordern die Kommission auf, entsprechend zu handeln.

Abgesehen von Erklärungen, in denen eine Deeskalation gefordert wird, haben die EU und die internationale Gemeinschaft fast nichts unternommen, um den Verstößen der israelischen Regierung gegen das Völkerrecht und die Rechte der Palästinenser entgegenzutreten. Die EU muss als größter Handelspartner Israels den Worten Taten folgen lassen und die Verantwortlichen für diese Verbrechen zur Rechenschaft ziehen.

Die Achtung der Menschenrechte ist ein „wesentlicher Bestandteil“ der EU-Assoziierungsabkommen mit Partnerländern, einschließlich Israel. Die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge hat die Verantwortung dafür zu sorgen, dass das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel unter Einhaltung der Menschenrechte und demokratischen Grundsätze durchgeführt wird. Die Untätigkeit der Europäischen Kommission in dieser Hinsicht steht im Widerspruch zu den rechtsverbindlichen Verpflichtungen, wie sie im Gutachten des IGH mit der Bekräftigung der völkerrechtlichen Verpflichtungen definiert werden.

Daher fordern wir, dass die Europäische Kommission ihrer Pflicht nachkommt, indem sie das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel überprüft und dem Rat die Aussetzung des Vertrags empfiehlt,

da Israel gegen Artikel 2 verstößt, was auch vom Internationalen Gerichtshof und von anderen relevanten Gremien der Vereinten Nationen bestätigt wurde.

Darüber hinaus fordern wir die europäischen Länder auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, die Aufrechterhaltung der illegalen Situation, die sich aus Israels Verstößen gegen zwingende Normen ergibt, nicht zu unterstützen, indem sie unter anderem den Handel mit israelischen Siedlungen einstellen und die Lieferung von militärischer Ausrüstung sowie den Waffentransfer über ihr Hoheitsgebiet aussetzen.

Unterzeichnende Organisationen:

European Trade Union Network for Justice in Palestine
Belgien: ABVV-FGTB, La Centrale Générale-FGTB, ACV-CSC, FGTB Wallonne, MWB-FGTB, FGTB-Jeunes
Frankreich: CGT, CFTD, FILPAC-CGT, Fédération Syndicale Unitaire (FSU), La Fédération Nationale des Mines et de l'énergie – FNME-CGT, CGT des Services publics, Fédération Nationale des Salariés de la Construction du Bois et de l'Ameublement CGT, Union syndicale Solidaires

Irland: Irish Congress of Trade Unions, Fórsa, SIPTU (Services Industrial Professional Technical Union), INTO (Irish National Teachers Organisation), INMO (The Irish Nurses and Midwives Organisation), Craighavon Trades Council, Dundee Trades Union Council,

Italien: FIOM-CGIL

Niederlanden: MENA Working Group FNV, Palestinian Workers' Association Netherlands,

Norwegen: The Norwegian Union of Municipal and General Employees – Fagforbundet, Norwegian Trade Union of Commerce and Office employees,

Spanien: STACYL (Sindicato de Trabajadoras y Trabajadores de la Administración de Castilla y León), Colectivo Unitario de Trabajadores, Confederación Inter-sindical, SAT (Sindicato Andaluz de Trabajadores), USTEA (Unión de Sindicatos de Trabajadoras y Trabajadores En Andalucía), LAB (Basque Country), ELA (Basque Country), CIG (Galicia)

http://www.etun-palestine.org/site/wp-content/uploads/2025/01/TU-call-to-suspend-EU-IAA_EN-2.pdf

Übersetzung: SiG-Redaktion, 7.2.2025 ; Übersetzung von erwähnten UN-Dokumenten: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-veroeffentlichungen-zum-thema-israel-palastina>

S. auch: <https://eumep.org/blogs/taking-eu-israel-association-council-seriously/>

4.2.2025 - [Offener Brief](#) von 160 Organisationen an U. von der Leyen:
**Ban EU Trade and Business with Israel's Illegal Settlements
in the Occupied Palestinian Territory**

Mediziner im Hungerstreik gegen den Völkermord im Gazastreifen sprechen im Europäischen Parlament vor

24. April 2025 - Vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments beschrieben Ärzte, Sanitäter und andere Mitarbeiter des Gesundheitswesens die „Hölle“, die sie während ihrer Freiwilligeneinsätze im Gazastreifen erlebt haben, und begründeten ihre Entscheidung, einen solch radikalen Protestakt zu unternehmen. Das Gesundheitspersonal bekräftigte seine Forderungen, darunter die Aufhebung der von der Besatzung verhängten medizinischen Blockade, die Verhinderung weiterer Angriffe auf palästinensisches Gesundheitspersonal und vor allem die Beendigung der europäischen Unterstützung und Mitschuld am Völkermord. [...] [Artikel auf Englisch: Ana Vračar peopledispatch.org](#)

Israel/ Palästina: SiG-Sonderseite:

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

Mehrere SiG-Hefte: Gaza-Waffenstillstand, Januar 2025

Palästina, September 2024 ; Combatants for Peace, Juni 2024

Klage von Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof, April 2024

Gaza, Dezember 2023; Gaza, Oktober 2023

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-veroeffentlichungen-zum-thema-israel-palastina>

Weitere Artikel in den **SiG-Heften 153-158**

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft Bremen e.V.

Film der Weltnetz-Redaktion: "Children's Cries" von Iyad Aburok:

Iyad Aburok, ein norwegisch-palästinensischer Filmmacher und Buchautor, hat den gestorbenen, verletzten und verwaisten Kindern in Gaza – es sind viele Tausende – seinen Film "Children's Cries" gewidmet. Die Palästinensische Gemeinde Bremen und die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft hatten den international renommierten Regisseur zur Filmaufführung nach Bremen eingeladen.

Marlies und Sönke Hundt haben die Veranstaltung per Video aufgezeichnet. Darin werden mit ausdrücklicher Erlaubnis des Regisseurs lange Ausschnitte aus dem

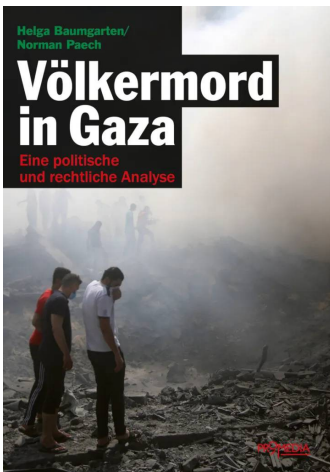
erschütternden Dokument über den genozidalen Vernichtungskrieg in Gaza gezeigt.

Im Anschluss informierte Iyad Aburok über das Making-of seines Films, die aktuelle Lage in Gaza und den unbeugsamen Überlebenswillen der Palästinenser. Fränkie Wettstedt von der Weltnetz-Redaktion hat den englisch-sprachigen Text mit gut lesbaren deutschen Untertiteln versehen.

https://youtu.be/SJ54p_8KXu4?si=T2fSPXtZdEzyB9_B

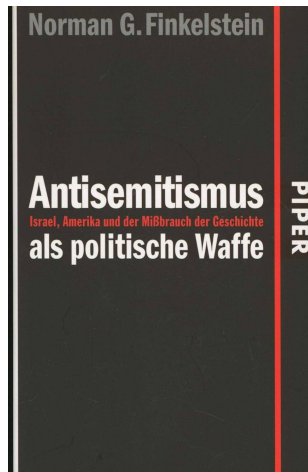
oder auf der Homepage der DPG-Bremen:

<https://nahost-forum-bremen.de/?p=14209>



Helga Baumgarten/Norman Paech
„Völkermord in Gaza – Eine politische und rechtliche Analyse“

Eine [Rezension](#) von Annette Groth
„[...] **Helga Baumgarten** beschreibt nicht nur die verschiedenen Aspekte der Vertreibung, begleitet von Terror gegen die Zivilbevölkerung, sondern auch den palästinensischen Widerstand gegen den Raub ihres Landes. [...] **Norman Paech** analysiert die israelische Politik auf der Basis des internationalen Rechts. [...] Er weist auf den „koordinierten Plan zur Auslöschung der Palästinenser in Gaza“, hin. [...] Im Kapitel zur Hamas schreibt er: „Von der Vernichtung Israels kann seit dem Grundsatzprogramm von 2017 nicht mehr gesprochen werden“.

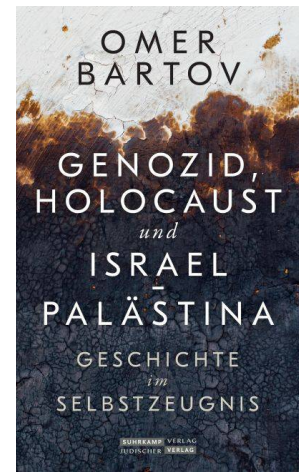


Norman G. Finkelstein
Antisemitismus als politische Waffe: Israel, Amerika und der Mißbrauch der Geschichte
2008 Piper Verlag GmbH

Widmung von Norman G. Finkelstein: „Für *Musa Abu Hashhash* und *all die anderen Palästinenser und Israelis, die gemeinsam Menschenrechtsverletzungen dokumentieren und so dafür sorgen, dass die Wahrheit nicht verlorengeht.*“

Mit einem Vorwort der Jüdin Felicia Langer, die 23 Jahre lang als Anwältin für Palästinenser gearbeitet hat. FAZ: „Man kann die Vielfalt und Seriosität der von Finkelstein herangezogenen Geschichts- und Rechtsquellen kaum genug hervorheben.“

N. Chomsky über N. G. Finkelstein:
<https://chomsky.info/power01/>



Omer Bartov, Genocid, Holocaust und Israel - Geschichte im Selbstzeugnis

Der Autor fasst einige seiner früher erschienenen Essays zusammen und plädiert für eine Geschichtswissenschaft des "Blicks von unten" und der "ersten Person" sowie des Lokalen gegen eine objektive "bürokratische" Erinnerung. Ein solcher Blick soll es ermöglichen, die Feindseligkeit und das Morden unter Menschen, die einst in Gemeinsamkeit lebten, zu verstehen.

"Die Einzigartigkeit des Holocaust, die Entstehung des Begriffs "Genozid", die Instrumentalisierung der Erinnerung und die nicht endende Gewalt im Nahen Osten verschränkt er mit profunder Selbstbefragung und Urteilskraft." (Anmerkung des Verlags).

Sand im Getriebe: Unsere Informationsquellen zu Palästina

UN-Webseiten

UN-Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: <https://ochaopt.org/updates>

<https://palestine.un.org/en>

<https://www.un.org/unispal/>

<https://news.un.org/en/news/topic/peace-and-security>

<https://www.unrwa.org/>

Internationaler Gerichtshof: <https://www.icj-cij.org>

Internationaler Strafgerichtshof: www.icc-cpi.int

Deutschsprachige Seiten

Vertretung des Staates Palästina in Österreich

<https://www.palestinemission.at/>

Koordinationskreis Palästina-Israel mit vielen Links:

<https://www.kopi-online.de>

<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de>

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und

Palästinensern: <https://bip-jetzt.de/blog/>

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft:

<https://dpg-netz.de/rundbriefe/>

<https://www.juedische-stimme.de/>

<https://www.medico.de/kriegsreport>

<https://palaestina-news.ch/>

<http://bds-kampagne.de/>

<https://amnesty-israel-palaestina.de/>

<https://www.imi-online.de/category/regionen/mittlerer-osten/israel-palastina/>

https://www.telepolis.de/thema/Israel_Krieg

<https://gewerkschaftliche-linke-berlin.de/krieg-frieden/>

<https://globalbridge.ch>

<https://www.infosperber.ch>

<https://www.pressenza.com>

u. v. m.

Veranstaltungen /Aktionen:

Termine in Deutschland:

<https://www.friedenskooperative.de/termine?thema=68>

Englischsprachige Seiten:

Palästinensische und israelische Journalisten berichten: <https://www.972mag.com>

Palestine News and Info Agency: <https://english.wafa.ps/>

<https://www.democracynow.org>

<https://www.middleeasteye.net/>

<https://www.middleeastmonitor.com/>

<https://www.newarab.com>

<https://peoplesdispatch.org>

Einige palästinensische und israelische Gruppen

<https://palestinecampaign.org/>

<https://stopthewall.org/>

<https://wearenotnumbers.org/>

<https://librarianswithpalestine.org/>

<https://www.womenwagepeace.org.il>

<https://www.breakingthesilence.org.il/>

<https://www.btselem.org/>

<https://icahd.org/>

<https://www.mezan.org/en>

<https://www.cfpeace.org/>

<https://newprofile.org/en/>

Solidaritätsgruppen weltweit

<https://palsolidarity.org>

<https://www.jewishvoiceforpeace.org/>

<https://www.eccpalestine.org/>

<https://www.stopwar.org.uk/>

<https://ujfp.org/>

<https://orientxxi.info/>

<https://www.france-palestine.org>

u. v. m.